



Landtag von Baden-Württemberg

49. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 17. Juli 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 9:38 Uhr

Schluss: 18:21 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3369	4. Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs	3396
1. Regierungserklärung – Landesmesse Baden-Württemberg – und Aussprache	3369	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 13/2160	
Minister Dr. Döring	3369, 3383	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 13/2226	3413
Abg. Kretschmann GRÜNE	3374	Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung)	3413
Abg. Dr. Birk CDU	3376	Abg. Wacker CDU	3414
Abg. Schmiedel SPD	3379, 3384	Abg. Zeller SPD	3415
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	3381	Abg. Kleinmann FDP/DVP	3417
2. Aktuelle Debatte – Die Haltung des Ministerpräsidenten Erwin Teufel zum notwendigen Subventionsabbau im Zuge der Steuerreform und die Auswirkungen auf Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE	3385	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	3418
Abg. Kretschmann GRÜNE	3385, 3392	Staatssekretär Rau	3419
Abg. Dr. Scheffold CDU	3386	Beschluss	3423
Abg. Drexler SPD	3387, 3394	Abg. Zeller SPD (zur Geschäftsordnung)	3423
Abg. Theurer FDP/DVP	3388, 3395	Abg. Zeller SPD (zur Abstimmung)	3424
Minister Stratthaus	3390	6. Fragestunde – Drucksache 13/2247	
3. Aktuelle Debatte – EU-Agrarreform – Auswirkungen auf Landwirte und Kulturlandschaft in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU	3399	6.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81	3396
Abg. Kiefl CDU	3399	Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	3397
Abg. Teßmer SPD	3401, 3409	Staatssekretär Mappus	3397
Abg. Drautz FDP/DVP	3402, 3411		
Abg. Walter GRÜNE	3403, 3411		
Minister Stächele	3405, 3413		
Abg. Hauk CDU	3407		

6.2 Mündliche Anfrage der Abg. Inge Utzt SPD – Zurückstellung von Einbürgerungsanträgen	3397	9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Zukunft der Wasserwirtschaft und die Ziele der Landesregierung – Drucksache 13/1314	3438
Abg. Inge Utzt SPD	3397, 3398	Abg. Haller SPD	3439
Staatssekretär Rech	3397, 3398	Abg. Hillebrand CDU	3439
6.3 Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn	3398	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3440
Abg. Boris Palmer GRÜNE	3398	Abg. Boris Palmer GRÜNE	3441
Staatssekretär Mappus	3399	Minister Müller	3442
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts – Drucksache 13/2175		Beschluss	3443
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/2244	3425	10. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Hochwasserschutz in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1316	3443
Abg. Kurz CDU	3425	Abg. Kaufmann SPD	3443, 3448
Abg. Nagel SPD	3426, 3432	Abg. Schebesta CDU	3444
Abg. Theurer FDP/DVP	3428	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3444
Abg. Oelmayer GRÜNE	3430	Abg. Walter GRÜNE	3445
Minister Dr. Schäuble	3432	Minister Müller	3446
Beschluss	3432	Beschluss	3449
8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1284	3433	11. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/2217, 13/2218, 13/2219, 13/2220 . .	3449
Abg. Boris Palmer GRÜNE	3433	Beschluss	3449
Abg. Scheuermann CDU	3435	12. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fach-	
Abg. Dr. Caroli SPD	3436	ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von	
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3437	Abgeordneten – Drucksache 13/2222	3449
Minister Müller	3438	Beschluss	3449
Beschluss	3438	Nächste Sitzung	3449

Protokoll

über die 49. Sitzung vom 17. Juli 2003

Beginn: 9:38 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 49. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank sind heute gemeldet die Herren Abg. Rudolf Hausmann, Jürgen Hofer und Wolfgang Staiger.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Dr. Repnik und – heute Vormittag – Herr Minister Müller sowie Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Landesmesse Baden-Württemberg – und Aussprache

Für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Regierungserklärung erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen mit der heutigen Erklärung zur Landesmesse Baden-Württemberg eine Zwischenbilanz ziehen. Wir wollen deutlich machen, wo wir stehen, wo wir bezüglich der Messe hinwollen, warum die Landesmesse Baden-Württemberg für das Land, für den Wirtschaftsstandort, für die Menschen in der Region und im ganzen Land von herausragender Bedeutung ist.

Es ist überhaupt keine Frage, dass es richtig war, dass dieses hohe Haus am 10. Dezember 1998 das Landesmessegesetz beschlossen hat.

Wir wollen mit dem Bau der Landesmesse erreichen, dass wir im internationalen Messe- und Ausstellungswesen sowie im Kongress- und Tagungswesen mithalten können. Wir wollen die Wirtschaftskraft des Landes Baden-Württemberg zum Ausdruck bringen. Wir wollen ein Schaufenster in die Welt schaffen.

Der Export ist das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft. Mit ihm steht und fällt unser Wohlstand. Wenn die Exporte der deutschen Wirtschaft, wie im April dieses Jahres, um 3,5 % unter dem Vorjahresniveau liegen, ist dies für uns ein Warnsignal. Wir brauchen in Baden-Württemberg ohne jede Frage einen international ausgerichteten, einen leistungsfähigen Messeplatz. Wir wollen diese Zielsetzung weiterhin positiv begleiten und realisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt ja bis in die jüngste Zeit hinein verschiedene Äußerungen, die sich mit der Frage beschäftigen, ob dieser Messeplatz notwendig sei und ob es nicht schon zu viele Messeplätze gebe. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, dann sehen wir, dass die Messekapazitäten im Land Baden-Württemberg unzureichend sind. Unser Land verfügt nur über Bruttohallenflächen von rund 200 000 Quadratmetern, Bayern hat nahezu 400 000 Quadratmeter, Hessen 400 000 Quadratmeter, Niedersachsen 500 000 Quadratmeter und Nordrhein-Westfalen nahezu 700 000 Quadratmeter.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass das exportstärkste Land, dass dieses wirtschaftsstarke Land Baden-Württemberg bezüglich der zur Verfügung stehenden Kapazitäten bei den Messeplätzen so weit hinten rangiert. Wir brauchen diese neue Landesmesse.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben andere Vergleichszahlen, die das ebenfalls unterstreichen: Auf 1 Milliarde € Bruttoinlandsprodukt kommen in Niedersachsen 2 800 Quadratmeter, in Hessen 1 800 Quadratmeter, in Nordrhein-Westfalen 1 500 Quadratmeter, in Bayern 1 100 Quadratmeter und bei uns 674 Quadratmeter Hallenfläche. Dies ist für Baden-Württemberg zu wenig. Wir sind es auch der Wirtschaft unseres Landes schuldig, einen international tauglichen, einen international präsentablen und wettbewerbsfähigen Messestandort zu präsentieren.

Natürlich haben wir unser Augenmerk nicht ausschließlich auf die Landesmesse Stuttgart fokussiert. Sie wissen, dass wir in den vergangenen Jahren mit breiter Unterstützung in Friedrichshafen, in Karlsruhe, wie wir meinen, ausgesprochen gelungene Messeplätze vorangebracht haben,

(Abg. Fischer SPD: Na ja! EnBW, was jetzt nicht mehr funktioniert!)

sodass wir mit Sicherheit regional, national und in Teilen auch international wettbewerbsfähige Standorte haben und die Standorte in Friedrichshafen und Karlsruhe auch genutzt werden. Deswegen ist klar, dass die Landesmesse eine komplementäre, keinesfalls aber eine substituierende Funktion zu den bestehenden Messen in Friedrichshafen und Karlsruhe einnehmen soll.

Entscheidend wichtig ist, wenn wir uns mit dem Standort in Stuttgart befassen, dass der Killesberg – das ist die Realität – seit Jahren zu klein ist. Er hat eine nicht erweiterungsfähige innerstädtische Lage, unmittelbar angrenzende Wohnbe-

(Minister Dr. Döring)

bauung und völlig unzureichende Verkehrserschließungsmöglichkeiten. Deswegen ist er für eine international ausgerichtete Messe nicht geeignet.

Wir haben, meine Damen und Herren – das ist mit das Entscheidende –, die Verpflichtung, etwas zu tun im Zusammenhang mit der Messe, mit dem Messestandort Baden-Württemberg, weil wir nicht tatenlos zusehen dürfen, wie wir ständig länger werdende Wartelisten haben, wie wir Aussteller, die gerne zu uns kommen wollen, abweisen müssen.

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen: Gerade vor dem Hintergrund, dass wir bei der AMB 200 Aussteller, bei R+T 130 Aussteller, bei der CMT – eine ausgesprochen wichtige, bedeutende Messe – 300 Aussteller, bei der INTERVITIS/ INTERFRUCTA 100 Aussteller, bei der INTERGASTRA 50 Aussteller nicht bei uns ausstellen lassen können, ist es unabdingbar, die notwendigen Kapazitäten zu schaffen, damit diejenigen, die die Messe bei uns beschicken wollen, dies auch tatsächlich können.

Es wäre fahrlässig, es wäre verantwortungslos, hier tatenlos zuzusehen. Die Landesregierung schaut nicht tatenlos zu, sondern sie handelt. Sie ist sich darüber im Klaren, dass wir mit dem Killesberg nicht zu einem gerade mal regionalen Messestandort absteigen dürfen. Wir wollen international aufsteigen, wir wollen diejenigen, die hier als Aussteller auftreten wollen, willkommen heißen. Dafür müssen wir Platz schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist auch so, dass wir auf der einen Seite diese mittlerweile große Zahl von Ausstellern haben, denen wir keinen Platz anbieten können, und daneben bereits feststellen müssen, dass wir Messen verlieren. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir zuschauen, wie wir auf der einen Seite – um es noch einmal zu sagen – einer Vielzahl von Ausstellern gar keinen Platz geben können, auf der anderen Seite aber auch Ausstellungen haben – Wandermessen, DACH+WAND, Bildungsmesse Interschul/Didacta, Inter-Show, IDS, DIMA, viele andere mehr –, die wir bei uns nicht annehmen können, die aufgrund von räumlichen oder terminlichen Engpässen abgewandert sind.

Es ist in diesem Zusammenhang auch mit ein Beleg für den Bedarf, wenn wir feststellen, dass die Stuttgarter, gemessen am Umsatz, den siebten Platz im nationalen Ranking an Nürnberg abgeben mussten und auf Platz acht abgerutscht sind. Da schauen wir nicht tatenlos zu.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir bis in diese Tage hinein Unterstützung aus der Wirtschaft bekommen. Ich zitiere den Präsidenten der IHK Region Stuttgart, Dr. Günter Baumann:

Die Landesmesse am Stuttgarter Flughafen wird die Position des Landes Baden-Württemberg und der Region Stuttgart, die Identifikation mit unserem Standort und die überregionale Wahrnehmung der Landeshauptstadt, der Region und des Landes weit verbessern. Im internationalen Wettbewerb der Regionen ist die neue Messe deshalb für Baden-Württemberg unverzichtbar.

Ich bin dem Präsidenten der IHK dankbar für dieses klare Bekenntnis.

Ich zitiere Professor Würth:

Das exportorientierteste Bundesland ist auf Dauer ohne repräsentatives Messegelände in der Landeshauptstadt einfach undenkbar, alles andere wäre kleinkariierter Provinzialismus.

Ich zitiere Professor Artur Fischer:

Messen öffnen das Tor zur Welt. Nur die attraktivsten sind heute dazu in der Lage.

Deshalb sind wir auf dem richtigen Weg. Wir befinden uns in Übereinstimmung mit der Wirtschaft des Landes und wollen den Notwendigkeiten und den zwingenden Gegebenheiten, wie sie sich für eine Verbesserung als notwendig darstellen, stattgeben.

Meine Damen und Herren, wir haben, spätestens beginnend mit dem Jahr 1997, Verhandlungen geführt; ich gehe aber davon aus, dass mein Vorgänger, Herr Spöri, sowie Herr Brechtken sicherlich auch in den Jahren davor bereits Verhandlungen mit Leinfelden-Echterdingen aufgenommen haben, erste Vorgespräche geführt haben.

All denen, die uns kritisieren und sagen, wir hätten nicht ausreichend das Gespräch mit denen gesucht, die dort wohnen und deshalb natürlich eine ganz andere Betroffenheit haben und Wert darauf legen, dass ihre Lebensbedingungen nur so gering wie irgend möglich beeinträchtigt werden, was Lärm, Verkehr und anderes angeht, können wir entgegen: Wir haben selbstverständlich von Anfang an das Gespräch gesucht. Ich weise in aller Entschiedenheit die Behauptung zurück, die Landesregierung und auch herausragende Vertreter der regierungstragenden Fraktionen hätten nicht ständig das Gespräch gesucht. Wir haben es gesucht. Wir werden es auch weiter suchen. Ich selbst war im Juni 1998 bei einer Veranstaltung in der Filderhalle in Leinfelden. Wir hatten Lokaltermine mit den Medien und Rundfunkanstalten, bei denen die Öffentlichkeit beteiligt war. Die Staatssekretäre Dr. Mehrländer und Rückert, der Geschäftsführer, Herr Bauer, und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen in ständigem Dialog. Denjenigen, die dieses Geschäft machen und sich dort oft auch harter Kritik ausgesetzt sehen, gilt Dank, Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit. Sie leisten eine wertvolle und wichtige Arbeit für unser Land, für die Landesmesse. Ich bedanke mich bei den Genannten sehr herzlich dafür.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist auch überhaupt keine Frage, dass der Dialog ganz selbstverständlich aufrechterhalten bleibt. Er ist schriftlich angeboten worden – das hätte man hier ebenfalls ausreichend darstellen können –, er wird jetzt nochmals sehr deutlich angeboten. Wir werden den Gesprächsfaden selbstverständlich auf gar keinen Fall abreißen lassen, sondern öffnen im Gegenteil unsere Türen für all diejenigen, die bereit sind, nach einem Konsens zu suchen – an dem auch wir ein großes Interesse haben. Wir wollen diese Landesmesse im Konsens, im größtmöglichen Miteinander, und nicht im

(Minister Dr. Döring)

Dissens, im Gegeneinander erreichen. Wir fordern deswegen alle dazu auf, sich daran zu beteiligen und die Gesprächsangebote anzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben über all die Jahre hinweg – das lässt sich punktgenau nach Datum erfassen – eine Vielzahl von ganz konkreten Auseinandersetzungen geführt, natürlich auch im juristischen Bereich. Wir haben bisher in allen Bereichen Recht bekommen. Unter dem Strich ermutigt uns dies, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Bei der Betrachtung einer Vielzahl von aus unserer Sicht für unsere Vorhaben positiven Gerichtsurteilen sage ich aber auch: Es besteht kein Anlass zu Triumphgeschrei. Um es einmal sehr deutlich zu machen: Es gibt kein Triumphgeschrei in dem Sinne, dass wir sagen würden: „Das haben wir immer gewusst! Das setzen wir durch!“, sondern wir wollen versuchen, den Argumenten der Messegegner Rechnung zu tragen und im Gespräch zu bleiben. Wir halten dies auch in Zukunft so.

Ich möchte auch darauf hinweisen: Es ist nicht fair, wenn man sagt, dass der Erörterungstermin des Regierungspräsidiums vom 15. bis 23. Juli 2002 mehr oder weniger eine Alibiveranstaltung ohne Konsequenzen gewesen sei. Das war ein Erörterungstermin, der ernst genommen wurde und ernst genommen wird. Es gab Veränderungen nach dem Erörterungstermin, weil wir die Argumente ernst nehmen und aufgreifen. Da war die Verbesserung der von vielen gewünschten Fußgänger- und Radfahrerverbindung zwischen Stuttgart-Plieningen über das Parkhaus zur Messe und zum Flughafen. Da ist die Reduzierung des Westeingangs; sie führt zu einer bedeutenden Verringerung des Bauvolumens in der Nachbarschaft zu Echterdingen. Da sind die Tieferlegung und die Verlegungen der westlichen Messeumfahrung; dies wird den Verkehrslärm verringern. Und da ist die Anhebung des Messeniveaus um etwa einen Meter, um möglichst große Erdmassen auf dem Messegelände belassen zu können; dadurch wird der Erdaushub um über 500 000 Kubikmeter verringert.

Die Veränderungen nach der Anhörung machen deutlich, dass die Einwände ernst genommen wurden und dass sie zu spürbaren Resultaten im Rahmen der Planfeststellung geführt haben. Man kann nur all denen danken, die sich an diesen Terminen beteiligt haben und die auch konkrete Ergebnisse umsetzen. Ich bitte darum, dass man dies auch ernst nimmt und damit zeigt und anerkennt, dass wir das, was vorgetragen wird, so weit wie möglich berücksichtigen und umsetzen. Auch dies bitte ich als ein Bemühen um Konsens zu werten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben jetzt eine Situation, in der wir uns mit dem einen oder anderen Argument der Messegegner – damaliger und heutiger – auseinander setzen müssen. Wir stellen auch unterschiedliche Bewertungen und Betrachtungen fest, wenn wir die einzelnen Parteien anschauen. Die Landes-SPD greift nicht das Ob einer neuen Messe, sondern das Wie an – Stichwort Messegesetz und weitere Themen mehr. Die Regional-SPD ist uneingeschränkt für die Landesmesse; sie

hat ihren Bau auch im Parlament in den unterschiedlichen Anhörungen unterstützt. Die kommunale SPD in Leinfelden-Echterdingen ist dagegen, teilweise mit Argumenten, bei denen man sich schon schwer tut, sie noch nachzuvollziehen, und bei denen man sich auch fragt: Wird denn nicht angenommen und aufgenommen, was man detailliert vorträgt? Die Grünen scheinen in weiten Teilen geschlossen dagegen zu sein. Ich will deswegen bei dieser Zwischenbilanz auf dem Weg zur Realisierung und bei der Suche und dem Werben und Streiten um einen Konsens auch noch einmal auf die Argumente der Gegner und der Ablehnenden eingehen.

Das Landesmessegesetz sei ein verdecktes Maßnahmege-
setz. Diesen Mythos hat das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus der Welt geschafft. Man sollte in einem Rechtsstaat auch annehmen, was ein Gericht spricht.

Es liege ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung vor. Dies wird durch das letztinstanzliche Urteil des Bundesverwaltungsgerichts klar verneint.

Der Ausbau des alten Standorts Killesberg sei die bessere Alternative. Ich habe die Zahlen dazu angesprochen, die belegen, dass dies nicht der Fall ist. Auch diese Behauptung wird im Planfeststellungsbeschluss klar verneint.

Mit der Landesmesse würden Überkapazitäten geschaffen, für die es keinen Bedarf gebe. Die Zahlen widerlegen dieses Argument. Baden-Württemberg hat einen erheblichen Nachholbedarf, und wir dürfen den Messemarkt nicht der Konkurrenz in anderen Bundesländern überlassen.

Meine Damen und Herren, der Bau der Landesmesse ist Zukunftsvorsorge für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg; so sieht es auch das Bundesverwaltungsgericht.

Weil kein Bedarf existiere, Vorschlag einer Fusion mit der Messe München. Donnerwetter! Darauf haben die gerade gewartet.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das kann es ja wohl nicht sein!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wirtschaftsstärkste Bundesland Baden-Württemberg braucht eine überregional und international ausgerichtete Landesmesse. Ich bitte auch um Verständnis dafür: Wir wollen diese neue Landesmesse auch zur Sicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Es geht uns auch darum, hier in der Region die 6 200 messeinduzierten Arbeitsplätze zu erhalten und weitere rund 2 800 messeinduzierte Arbeitsplätze neu zu schaffen. Der Einsatz für Arbeitsplätze lohnt sich an jeder Stelle, Kolleginnen und Kollegen. Dafür müssen wir uns mit allem Engagement und mit aller Kraft einsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Natürlich hat eine ernsthafte Auseinandersetzung auch im Zusammenhang mit Böblingen stattgefunden. Es wurde argumentiert, bei einer Verlagerung wäre der Standort Böblingen besser. Das ist doch in den eigenen Reihen ganz selbstverständlich diskutiert worden. Das Bundesverwaltungsgericht hat letztinstanzlich geurteilt, dass die Standortfestsetzung auf den Fildern rechtens ist. Böblingen hat bis

(Minister Dr. Döring)

auf das zweifelsohne wichtige Kriterium der schnelleren Verfügbarkeit in allen anderen Belangen – Verkehr, Untergrund, Altlasten usw. – schlechter abgeschnitten als der Standort auf den Fildern.

„Diese Standortabwägung ist inhaltlich richtig und nicht zu beanstanden“, so das Bundesverwaltungsgericht.

Daher, meine Damen und Herren, glaube ich, dass ich für die Landesregierung, für die Messegesellschaft, für die Staatssekretäre Dr. Mehrländer und Rückert, für alle diejenigen, die sich intensiv und mit großem Engagement um die Landesmesse bemühen und verdient machen, sagen kann: Alle Argumente der Gegner sind gerichtsfest widerlegt. Ich meine, dies sind wichtige Daten und Fakten, auf die wir auch ein Stück weit stolz sein können, weil man sie anfangs so nicht erwartet hatte.

Dann hieß es noch – ich sage das nur als eine Randbemerkung – von einem, der immer ganz besonders weit in die Zukunft blickt und meint, er wisse da viel, die Messe der Zukunft sei virtuell. Völlig daneben! Die Leute wollen Messen. Sie wollen sich begegnen, sie wollen „wo malange könne“, sie wollen etwas anfassen können. Gott sei Dank wollen die Menschen sich noch begegnen und nicht nur am Computer entscheiden, ob sie etwas kaufen oder nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich finde, das ist ein wichtiges Argument für Messen, und deswegen brauchen wir diese Messe, meine Damen und Herren.

Alles – und es gibt, glaube ich, keinen, der das widerlegen kann –, was bislang bei dem Projekt gelaufen ist, ist rechtens. Es kann aus meiner Sicht nicht mehr daran gezweifelt werden, dass es einen großen Bedarf für den Bau der Landesmesse in Baden-Württemberg bzw. bei uns in der Region gibt. Die Urteile, Kolleginnen und Kollegen, ziehen das Fazit: Der Neubau der Landesmesse ist vernünftigerweise geboten. Dem können wir uns in vollem Umfang anschließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg, die Landesregierung und der Landtag schulden dem Verband Region Stuttgart Dank und Anerkennung für seine hervorragenden Leistungen für die Landesmesse Baden-Württemberg. Was der Verband Region Stuttgart geleistet hat – im Zusammenhang mit Finanzierung, im Zusammenhang mit Planungen, im Zusammenhang mit Standortuntersuchungen, im Zusammenhang auch mit Werbung, mit Öffentlichkeitsarbeit, mit konkreten, detaillierten Arbeiten –, kann nur Anerkennung verdienen. Ich meine, der Verband Region Stuttgart hat an dieser Stelle seine Berechtigung unter Beweis gestellt. Er hat hervorragende Arbeit geleistet, und er hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass wir bezüglich der Landesmesse so weit sind, wie wir sind. Allen dort Verantwortlichen herzlichen Dank für ihre Unterstützung und für ihre wirklich großartige Arbeit!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat in einem Grundsatzurteil bundesweit erstmalig die Festlegung des Standorts für ein solch wichtiges Infrastrukturprojekt wie die Landesmesse

Baden-Württemberg durch den Regionalplan bestätigt. Diese höchstrichterliche Bestätigung der Leistungen des Verbands Region Stuttgart ist auch ein Beweis dafür, dass der Verband Region Stuttgart seine Handlungsmöglichkeiten aktiv zum Wohle und im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg nutzt. Wir sollten dies bei den anstehenden Diskussionen bezüglich der weiteren Kompetenzen für den Verband Region Stuttgart berücksichtigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auch einige Ausführungen zum Thema „Finanzierung der Landesmesse“ vortragen. Sie wissen: Das Volumen in Höhe von etwa 806 Millionen €, reduziert um 25 Millionen €, ist für ein Großprojekt nicht selbstverständlich, sondern eher ein einmaliger Vorgang. Rückblickend muss ich sagen, dass an der einen oder anderen Stelle vielleicht ein geschickteres Vorgehen besser gewesen wäre. Aber das Ergebnis gilt.

In der letzten Zeit wurde heftig kritisiert – vor allem natürlich Richtung Wirtschaftsminister –, es fehle der Beitrag der Wirtschaft. Die Wirtschaft habe klare Zusagen gemacht, es gebe Vereinbarungen bezüglich des Anteils der Wirtschaft. Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal ist festzuhalten, dass wir vonseiten der Wirtschaft feste Zusagen in Höhe von rund 5 Millionen € haben.

Jetzt kommen aber weitere Fragen: Wofür soll die Wirtschaft eigentlich, bevor der erste Spatenstich oder Baggerbiss getan ist, bevor wir der Wirtschaft klar sagen können, was sie an Gegenleistungen bekommt, Geld bereitstellen? Es ist doch das Normalste von der Welt, dass man so lange abwarten muss, bis wir ganz konkrete Angebote machen können, bis feststeht, wo wir Marketingchancen für die baden-württembergische, für die heimische Wirtschaft anbieten. Sobald wir dies konkret können, werden wir selbstverständlich in konkrete Verhandlungen und Gespräche eintreten. Ich sichere Ihnen an dieser Stelle zu: Die 40 Millionen € von der Wirtschaft werden kommen. Sie werden kommen, meine Damen und Herren! Ich habe daran keinen Zweifel.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Pfister
FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch ein Wort!)

Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass wir in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von konkreten Angeboten machen können, bei denen wir der Wirtschaft sagen: Eingang Ost, Dach über dem Atrium, gläsernes Flugdach, Messepiazza, Kongresszentrum, die sieben Standardhallen, die Hochhalle, Stirnwände des Parkhauses stehen zur Verfügung. Ich habe überhaupt keine Bedenken, dass wir den Finanzierungsbeitrag der Wirtschaft bekommen.

Die Finanzierung wäre für uns – dieser kleine Seitenhieb sei mir vielleicht gestattet – ein Stück weit leichter gewesen, wenn wir vom Bund den ursprünglich einmal in Aussicht gestellten Betrag von immerhin rund 51 Millionen € bekommen hätten. Der Bund hat sich aber aus der Mitfinanzierung gänzlich davongestohlen. Das ist kein besonders überzeugender Einsatz und keine besonders überzeugende Unterstützung für ein solch wichtiges Projekt.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

(Minister Dr. Döring)

– Verehrte Frau Kollegin, natürlich ist das eine Landesmesse. Es handelt sich aber bei den Verkehrsmaßnahmen zum Beispiel auch um Bundesstraßen.

(Zurufe der Abg. Ruth Weckenmann und Schmiedel SPD)

Diese sind, wie Sie schon am Wort erkennen können, eine Bundesangelegenheit. Der Bund hat sich nicht beteiligt, und wir bedauern dies, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Das hätte man wegen der Steuer wieder streichen müssen!)

Stellen Sie sich vor, da wären 50 Millionen € gekommen, wie es am Anfang durchaus ausgesehen hat. Dann wären wir sicher besser dran, als wir es jetzt sind.

Gerade weil die Verkehrsmaßnahmen rund um die Landesmesse eine außerordentlich wichtige Rolle spielen, wäre die Beteiligung des Bundes in Ordnung gewesen. Ich bin davon überzeugt, dass die Verkehrserschließungen und die Verkehrsverbesserungen am Standort eine gewaltige Verbesserung der dortigen Infrastruktur darstellen. Ich will deswegen auch deutlich machen, dass die Kostensteigerungen gegenüber den ursprünglichen Kostenannahmen – wir sind ja nicht von Schätzungen ausgegangen, sondern von Annahmen, wie hoch die Kosten sein könnten – Euro für Euro berechtigt sind.

Wir sind es gerade der betroffenen Region und dem Standort schuldig, entscheidende Verbesserungen der verkehrlichen Infrastruktur auf den Weg zu bringen. Sie kosten etwas; aber sie sind notwendig, und wir stehen zu jeder einzelnen Maßnahme im Zusammenhang mit der Verkehrsererschließung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist für uns überhaupt kein Thema.

Ich möchte – auch ein bisschen werbend gegenüber der Standortgemeinde – sagen: Die Standortgemeinde Echterdingen wird konkret fassbare Vorteile haben. Denn erfahrungsgemäß entfällt ein Großteil der Umsätze von Messerveranstaltungen auf die jeweilige Messestadt, also auf Leinfelden-Echterdingen. Messen generieren im Umfeld das Fünf- bis Siebenfache des Umsatzes der Messegesellschaft. Dies bedeutet, dass bei einem erwarteten Umsatz von mindestens 100 Millionen € pro Jahr eine so genannte Umwegrendite von 500 bis 700 Millionen € entstehen kann. Diese Gelder fließen im Wesentlichen in Beherbergungsunternehmen sowie in Dienstleistungs- und Transportunternehmen.

Der Neubau der Landesmesse bietet darüber hinaus der lokalen und der regionalen Bauwirtschaft für Jahre attraktive Aufträge und stärkt in schwierigen Zeiten diesen wichtigen Wirtschaftszweig. Ausgehend von einer Investitionssumme von etwa 800 Millionen € ergibt sich ein Gesamtproduktioneffekt von knapp 1,9 Milliarden €. Dies entspricht rund 19 000 Vollzeitbeschäftigungsjahren. Meine Damen und Herren, dieser Beschäftigungsaspekt muss doch auch gesehen werden, und diesen Beschäftigungsaspekt will ich ganz deutlich herausstellen, weil es gerade in diesem Bereich be-

sonders notwendig ist, alles zu tun, damit Beschäftigungschancen geschaffen und erhalten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

In einem Prognos-Gutachten wurden jährliche Einnahmen der Standortgemeinde von rund 13 Millionen € und Einnahmen des Landes von rund 38 Millionen € prognostiziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns beim Grunderwerb in der spannendsten und entscheidendsten Phase. Nach der Planfeststellung müssen ca. 83 Hektar für den Bau der Landesmesse und die äußere Erschließung dauerhaft erworben werden. Vorübergehend werden für Baustelleneinrichtungen, Erdlager usw. ca. 17 Hektar in Anspruch genommen. Die durch Dienstbarkeiten zu belastenden Flächen umfassen ca. 10 Hektar.

Von der Erwerbsfläche entfallen 60 Hektar auf den Kernbereich der Messe und 23 Hektar auf die äußere Verkehrserschließung. Im Kernbereich der Messe kann derzeit über knapp 35 Hektar Vorhabensfläche verfügt werden. Weitere 3 Hektar wurden erst vor kurzem erworben, sodass wir aktuell über 38 Hektar im Kernbereich der Messe verfügen. Damit sind knapp zwei Drittel des Messekerngebiets im Eigentum des Vorhabensträgers.

An alle restlichen Grundstückseigentümer in diesem Gebiet, die noch nicht verkauft haben, sind in den letzten Tagen notarielle Kaufangebote ergangen. Vorrangiges Ziel ist es, noch fehlende Grundstücke von den Eigentümern auf freiwilliger Basis zu erwerben und Enteignungen, die nach dem Planfeststellungsbeschluss jetzt schon möglich wären, wenn irgend möglich zu vermeiden.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wir wollen nicht enteignen. Wir wollen die Grundstücke im Konsens bekommen. Wir machen auch faire Angebote. Aus dem Höfepool erhält jeder Landwirt, der seine Hofstelle aufgeben will, bis zu fünf Angebote für alternative Höfe in Baden-Württemberg, auf die er umsiedeln kann. Seitens der Landsiedlung wurde uns versichert, dass es sich dabei um sehr attraktive Bauernhöfe handelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit an die Eigentümer: Wir wollen nicht enteignen. Wir wollen alles dafür tun, um über diese hervorragenden Alternativangebote im Konsens, auf gutlichem und fairem Weg zu einem Ergebnis zu kommen. Ich kann nur an die Betroffenen appellieren, diese Angebote auch anzunehmen. Ich bitte dringend darum, diese fairen Angebote im Interesse des Landes Baden-Württemberg, im Interesse der Wirtschaft unseres Landes, im Interesse der Menschen in unserem Land anzunehmen. Ich will nicht dazu gezwungen werden, das, was uns rechtlich, gesetzlich möglich wäre, als letzte Maßnahme zu ergreifen. Machen Sie bitte mit, meine Damen und Herren, damit wir dazu nicht gezwungen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Derselbe dringende Appell geht nach der Lektüre der Entscheidungsgründe zu dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 15. Mai 2003, die seit wenigen Tagen vorlie-

(Minister Dr. Döring)

gen, in aller Deutlichkeit auch an die Stadt Leinfelden-Echterdingen, die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zurückzunehmen und einen Konsens zu suchen. Es ist erklärter Wille der Landesregierung, zu jeder Zeit zu Konsensgesprächen zur Verfügung zu stehen. Nicht wir bestimmen Zeit und Ort. Wir warten darauf, dass die Gesprächsangebote von der Stadt Leinfelden-Echterdingen angenommen werden. Wir appellieren an die Verantwortlichen, an den dortigen Gemeinderat, unsere Angebote ernst zu nehmen. Wir suchen das Gespräch. Nehmen Sie diese Gesprächsangebote bitte an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir sind – unter dem Strich – davon überzeugt: Die Landesmesse wird über die weltweit beste Verkehrsanbindung verfügen. An keinem anderen Messestandort werden die Verkehrswege – S-Bahn, Regionalbahn, Flugverkehr, späterer ICE- und Stadtbahnanschluss, ausgebaute B 27, Bundesautobahn A 8 – derart optimal gebündelt. Das Konzept einer Messe der kurzen Wege spricht ebenfalls dafür.

Die Landesmesse verfügt über ein kompaktes und zugleich flexibles Nutzungskonzept.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die großzügige Verknüpfung des teilbaren Kongresssaales mit einer kongressstauglichen Messehalle über ein gemeinsames Foyer ermöglicht Veranstaltungen mit bis zu 15 000 Besuchern.

Die Hochhalle mit 25 000 Quadratmetern Fläche lässt neben Messen auch Veranstaltungen wie Hauptversammlungen großer Gesellschaften zu. Es ist doch klar, meine Damen und Herren, dass wir auch dafür sorgen wollen, dass Hauptversammlungen – zum Beispiel die von Daimler-Chrysler – wieder zurück nach Stuttgart kommen. Herr Schrempp, es gibt keinen Grund mehr, zu sagen: „Wir gehen nach Berlin.“ Kommen Sie mit Ihrer Hauptversammlung wieder nach Stuttgart – dahin, wo die Hauptversammlung von Daimler-Chrysler auch hingehört, meine Damen und Herren –, wenn die Messe fertig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Kretschmann, wir haben die ökologischen Aspekte in einigen, wie ich meine, wichtigen Bereichen außerordentlich umfassend berücksichtigt. Fast 50 % der Hallendächer sind begrünt. Projektiert ist ferner das größte Dünnschichtphotovoltaikdach der Welt. Das gesamte Regenwasser des Messegeländes wird in drei Retentionsflächen und in jeweils mehreren Becken ökologisch gereinigt, zurückgehalten, versickert und verdunstet.

Das bedeutet: Wir sind mit dieser Messe auch hinsichtlich der ökologischen Maßnahmen und der Umweltschutzmaßnahmen international an der Spitze. Dort wird das getan, was in diesem Zusammenhang getan werden kann.

Ein weiterer Punkt: Wir betreiben mit der Landesmesse keinen Gigantismus. Mit 100 000 Quadratmetern Bruttohallenfläche – zum Vergleich noch einmal: in Hannover sind es 500 000 Quadratmeter und in Nordrhein-Westfalen nahezu 700 000 Quadratmeter – kann sich die Landesmesse optimal positionieren und wird den Ansprüchen von Ausstellern und Besuchern sehr gut gerecht.

Wir wollen mit Ihnen zusammen klar und deutlich machen: Wir sind mit Blick auf die Bilanz zum Stand des Baus der Landesmesse Baden-Württemberg hier in der Landeshauptstadt Stuttgart auf gutem Weg. Wir brauchen aber die Unterstützung weiterer Verantwortlicher, damit wir sie auch zu einem guten Ende bringen können. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir hier in Baden-Württemberg auch im Meswesen noch erfolgreicher werden und mit der Landesmesse in die Spitzengruppe der ersten fünf Messen in Deutschland vorstoßen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Projekt Landesmesse befindet sich im Zeitplan. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist ein ganz wichtiger Meilenstein erreicht worden. Aus heutiger Sicht können wir davon ausgehen, dass bei einem weiterhin vergleichbaren positiven Verlauf wie bisher im Frühjahr 2004 mit dem Bau der Landesmesse begonnen werden kann. Bei einer Bauzeit von zweieinhalb Jahren gehen wir davon aus, dass die Einweihung der Landesmesse im Spätherbst 2006 erfolgen kann. Ich bin davon überzeugt, dass diese Landesmesse ein wichtiger Meilenstein im Bereich Zukunftssicherung für das Land Baden-Württemberg ist. Die Wirtschaft unseres Landes braucht diese Landesmesse. Diese Landesmesse brauchen wir für die Menschen, was die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Sicherung unseres Wohlstands in Baden-Württemberg angeht. Ich bitte Sie alle darum, an den Stellen, an denen Sie Verantwortung tragen, alles dazu beizutragen, dass die Landesmesse zeitgemäß und plangemäß realisiert werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Nach § 83 a Abs. 3 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Kretschmann das Wort.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach zehn Jahren Auseinandersetzung um diese Messe ist es mir wirklich unerfindlich, was diese 50-seitige Regierungserklärung, in der kein einziger neuer Satz erscheint, hier eigentlich soll.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Wir haben ja schon x-mal in diesem Parlament und außerhalb des Parlaments diese Debatte geführt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber der Zeitpunkt ist ein anderer!)

und eine Regierungserklärung hat normalerweise den Sinn, etwas Neues einzuleiten, eine neue Orientierung zu geben. Sie geben aber eine Regierungserklärung ab, in der Satz für Satz drinsteht, was wir schon hundertmal gehört haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Er wollte halt auch einmal!)

Was kann denn wohl der Sinn dieser ganzen Regierungserklärung sein?

(Abg. Seimetz CDU: Dass ihr die Notwendigkeit endlich einseht!)

(Kretschmann)

Es war eine reine Propagandaveranstaltung mit dem einzigen Zweck, nach dem Leipziger Urteil den Widerstand auf den Fildern zu brechen. Das war der Sinn Ihrer Regierungserklärung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Das ist ein guter Sinn! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das führt zu einer vernünftigen Lösung!)

Aber das Leipziger Urteil hat lediglich festgestellt, dass der Verband Region Stuttgart diese Messeplanung vornehmen darf. Das ist der Kern des Urteils und sonst gar nichts.

Das Land, auf dem die Messe gebaut werden soll, besitzen Sie nicht. Sechs Bauern haben stellvertretend für alle, die dort betroffen sind, Klage eingereicht, und sie werden bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen. Es ist auch hochgradig vernünftig, das zu machen; denn es muss wohl in diesem Land festgestellt werden, was die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes wert ist und ob die Tatbestände zur Enteignung einfach in dem Sinne, wie Sie es tun, ausgeweitet werden können. Sie werden also diesen Widerstand nicht brechen.

Über 150 Grundbesitzer haben sich in der Interessengemeinschaft „Bewahrung der Filder“ zusammengeschlossen, und die meisten davon werden mit Sicherheit ihre Grundstücke nicht hergeben, und Sie werden deshalb enteignen müssen. Diese Klage hat gute Aussichten auf Erfolg, weil das Messegesetz unserer Ansicht nach ein Maßnahmegesetz ist, eine Lex Filder, bei dem Sie erhebliche Verfahrensfehler gemacht haben. Das ist hier schon erörtert worden. Ich gehe deshalb in der kurzen Zeit nicht noch einmal darauf ein.

Die Messe ist zweitens ein Unternehmen, das sich zwar in öffentlicher Hand befindet, aber logischerweise auf Gewinn orientiert ist, und vom Bundesverfassungsgericht wird zu entscheiden sein, ob Bauern, die vom Volumen her einen geringeren Besitz haben, zugunsten eines anderen, auf wirtschaftlichen Gewinn abzielenden Betriebs enteignet werden können. Wenn dies bejaht würde, hätte dies gravierende Auswirkungen auf unser ganzes Rechtsverständnis. Das Land geht damit also ein außerordentlich hohes Risiko ein.

Zweitens: Diese Messe wird mit Schulden gebaut. Die Kosten sind von ursprünglich 511 Millionen € auf 805 Millionen € explodiert. Zwischendurch hat Herr Minister Döring einen seiner berühmten Luftballons steigen lassen und im Frühjahr dieses Jahres verkündet, man könne die Kosten durch Übertragung auf einen privaten Betreiber um 140 Millionen € senken. Der Geschäftsführer der Projektgesellschaft Neue Messe sagte daraufhin: „Mir ist das Müsli im Hals stecken geblieben.“ Denn das war natürlich eine absolute Luftbuchung. Dabei ist nichts herausgekommen.

Die Einsparung, die Sie jetzt noch vornehmen, haben Sie auch nur den Einwänden der Gegner im Planfeststellungsverfahren zu verdanken. Das sind Einsparungen, die sich aus diesen Einwänden ergeben. Die haben mit Ihrer Luftbuchung gewiss nichts zu tun gehabt. Es wäre schon interessant, Herr Minister, zu erfahren, warum Sie in Ihrer Regierungserklärung jetzt nicht wenigstens dazu etwas gesagt haben, wieso die Einsparungen von 140 Millionen € durch Ihre geniale Idee nicht erreicht worden sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Land wird die Messe 244 Millionen € kosten. Die muss es auf Pump beisteuern. Die Wirtschaft soll 40 Millionen € dazu beibringen. Es geht ja um ein Projekt, das logischerweise in erster Linie der Wirtschaft dient. Von diesen Mitteln sind 5 Millionen € zugesagt. Das sind noch nicht einmal 1 % der Gesamtkosten.

Was ist daraus zu folgern? Diese Messe führt für die Wirtschaft zu einem reinen Mitnahmeeffekt. Darum ist meine ordnungspolitische These ähnlich wie diejenige, die Sie vor Jahren auf den Fildern auch vertreten haben. Damals haben Sie gesagt, Sie würden sich für eine Privatisierung der Messe einsetzen. Davon haben wir nie wieder etwas gehört. Ich aber sage: Bei der Entwicklung der öffentlichen Haushalte, die wir gegenwärtig haben, und bei den Verhältnissen, die wir in der Wirtschaft haben, müssen wir den Staat umbauen. Der Staat muss auf seine Kernaufgaben reduziert werden. Aufgaben, die nicht zu seinen Kernaufgaben gehören, müssen an den Markt einerseits und die Bürgergesellschaft andererseits delegiert werden.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das muss die FDP/DVP erst lernen!)

Das ist, glaube ich, das wichtige ordnungspolitische Credo in dieser Zeit.

(Beifall bei den Grünen)

Dazu gehören ohne jeden Zweifel auch Messen. Das sind Einrichtungen der Wirtschaft. Die Wirtschaft hat letztlich den Sachverstand, das zu beurteilen. Sie soll diese Messe auch selbst bauen, wenn sie sie braucht. Ihr geringes Engagement – die 5 Millionen € sind ja nur zugesagt; auch diese haben Sie noch nicht – beweist mir: Diese Subvention hat einen klassischen Mitnahmeeffekt zur Folge. Ich bin sicher, wenn die Wirtschaft die Messe selbst finanzieren müsste, würde sie sie selbstverständlich nicht bauen. Schauen Sie sich einmal die neuesten Nachrichten von der Kölner Messe an: Die Kölner Messe verzeichnet einen Umsatzeinbruch von 20 %, und ihren Gewinn hat sie nur durch Cross-Border-Leasing erreicht. Herzlichen Glückwunsch zu solchen Fehlallokationen, die wir als Land machen!

Drittens: Eine wirkliche Messekonzeption liegt bis heute nicht vor. Ich darf dazu noch einmal den ehemaligen Ministerpräsidenten Späth zitieren:

Warum plant man überall die gleiche Struktur von Messen? Warum diskutiert man in Stuttgart mehr die Frage des Standorts als die Inhalte der Messe?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Warum wohl?)

Braucht die Messe von morgen noch dieselben Flächen für die Produktausstellung, oder wird sie nicht mehr ein Kommunikationsplatz, der hochintelligente Konferenz- und Medienegebäude braucht und dessen Ziel weniger die Produktschau als die Kommunikation über neue Entwicklungen ist?

Eine Messekonzeption legen Sie weder für das Land noch für die Stuttgarter Messe vor, sondern Sie erklären in Ihrer

(Kretschmann)

Regierungserklärung noch: Das ist ein Betriebsgeheimnis. Herzlichen Glückwunsch! So muss man die Gelder des Landes Baden-Württemberg verbraten.

(Beifall bei den Grünen)

Sie folgen also nicht dem Späth-Konzept, sondern meinen: Viel hilft viel. So etwas wie eine Nullvariante, zu deren Betrachtung Sie eigentlich verpflichtet gewesen wären, nämlich die Killesberg-Variante, haben Sie gar nicht ernst genommen und gar nicht seriös geprüft.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Eine Unterstellung!)

Wir haben eine Veränderung der Messelandschaft. Gefragt ist heute eine Konzeption für „Messe und Internet“.

Jeder weiß, dass sich bei dieser wirtschaftlichen Situation immer mehr mittelständische Betriebe fragen, ob sie überhaupt noch ausstellen sollen. Branchenübliche Hausmessen kommen in den Vordergrund, weil sie viel effektiver sind. Etwas anderes sind natürlich Informationsmessen, Konsumentenmessen, die von den Leuten massenweise besucht werden, weil es ihnen am Sonntag zu langweilig ist und sie nicht wissen, was sie tun sollen. Aber solche Messen haben bekanntermaßen einen viel geringeren wirtschaftlichen Effekt, als immer angenommen wird.

Ich fasse zusammen: Es ist Aufgabe der Wirtschaft, dieses Problem mit ihrem Sachverstand anzugehen und zu lösen, und nicht Aufgabe der Landesregierung.

Zum nächsten Punkt, den Verkehrsproblemen. Ich frage Sie: Was soll auf den Fildern noch hinzukommen? Die B 27 soll dreispurig werden, die A 8 soll achtspurig werden, die Gäubahn mitten durch die Stadt Leinfelden-Echterdingen soll von 200 Zügen täglich befahren werden, davon 20 nachts. Ihr toller Tunnel, Herr Kollege Noll, kommt wegen Mangels an Geld ja nicht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hat nichts mit der Messe zu tun!)

Das ist ja die größte Luftnummer gewesen. Gelder, die das Land Baden-Württemberg in zwei Jahren vom Bund für den gesamten Schienenverkehr erhält, wollen Sie in Ihrem Wahlkreis verbraten, um wieder gewählt zu werden. Das ist doch wirklich lächerlich gewesen.

(Beifall bei den Grünen)

Der Nachtflugverkehr hat zugenommen. Es sollen eine ICE-Trasse und ein neuer Flughafenbahnhof gebaut werden. Ich frage Sie, insbesondere meine Kollegen aus dem Wahlkreis, wie die Menschen dort noch leben sollen, wie dort noch irgendeine Lebensqualität möglich sein soll, wenn schon heute die Verkehrsprobleme nicht lösbar sind. Sie werden auch durch den Umbau des Echterdinger Eis nicht gelöst werden. Das Echterdinger Ei kann den Verkehr nicht verringern.

Wenn die Prognose der Flughafengesellschaft, wonach sich der Flugverkehr bis zum Jahre 2015 verdoppeln wird, zutrifft, frage ich Sie: Wenn jetzt dort oben verkehrsmäßig schon alles zu ist, wie wollen Sie das mit einer neuen Fil-

dermesse, die täglich von bis zu 20 000 Leuten besucht wird, verkehrsmäßig darstellen?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber nicht jeden Tag!)

Das ist völlig unmöglich. Das gibt dort eine Katastrophe. Allein das ist schon ein Grund, aus dem man die Messe dort nicht bauen kann.

(Beifall bei den Grünen)

Schließlich zur Ökologie. Bekanntlich nimmt der Flächenverbrauch immer noch zu. Wir sind jetzt bei 12 Hektar, und die Prognose lautet, wenn man so weitermacht wie Sie, gemäß Statistischem Landesamt bis zum Jahre 2015 16 Hektar pro Jahr.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Pro Tag!)

– Pro Tag!

Das kommt daher, weil man so tut, als hätte man hier frei verfügbares Land und könnte bauen, wo man will. Es gab Alternativen. Sie wurden von Ihnen verworfen. Anderenfalls hätten Sie die Probleme nicht gehabt. Aber Sie bauen immer weiter auf dem besten Filderboden. Wenn das geschieht, ist der Dammbruch endgültig. Die Ausgleichsflächen, von denen Sie reden, haben Sie überhaupt nicht. Sie stehen dort auch nicht zur Verfügung, und sie waren schon beim Flughafenausbau überhaupt nicht darstellbar. Also auch aus ökologischen Gründen ist dieses Projekt ganz entschieden abzulehnen.

Deswegen fordere ich nochmals alle auf, Vernunft walten zu lassen, aus Gründen der Finanzen, der Ökologie und des Verkehrs – das sind die drei wichtigsten Problemkomplexe – nicht weiter daran zu arbeiten, einen wichtigen Teil unserer Heimat zu ruinieren.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, wir haben mit der Regierungserklärung zur Messe heute genau den richtigen Zeitpunkt für diese Debatte gewählt, Herr Kretschmann. Es könnte keinen besseren Zeitpunkt geben, und zwar erstens nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts und zweitens, um heute nochmals von dieser Stelle aus – der Wirtschaftsminister hat es bereits getan – ein Angebot nicht nur an die Gemeinde Leinfelden-Echterdingen zu machen, sondern auch an die Bürgerinnen und Bürger sowie an die betroffenen Grundeigentümer. Ich denke, diese Art der Dialogbereitschaft und der Verhandlungsbereitschaft ist das richtige Angebot, um weiterhin fair Kompromissbereitschaft zu zeigen. Insofern ist diese Debatte heute sehr wohl berechtigt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber klar muss auch sein – das sage ich für die CDU-Landtagsfraktion –, dass wir weiterhin uneingeschränkt hinter dem Projekt der neuen Messe stehen und die Landesregierung im Realisierungsprozess zur neuen Messe weiterhin unterstützen werden.

(Dr. Birk)

Wir begrüßen es, dass die Lenkungsgruppe am 1. Juli dieses Jahres den Baubeschluss für die neue Messe gefasst hat. Wir hoffen, dass es zu einem baldigen Beginn der Bauarbeiten kommt.

Es geht darum, dass wir mit der Messe auf den Fildern ein Schaufenster für die Wirtschaft Baden-Württembergs bekommen. Wenn irgendwo eine Landesmesse ihre Berechtigung hat, dann doch in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Die weit überwiegende Zahl der Aussteller auf dem Killesberg kommt bislang aus Baden-Württemberg. Wir haben eine Warteliste von über 850 Ausstellern, die bislang aufgrund des begrenzten Flächenangebots auf dem Killesberg nicht berücksichtigt werden können. Allein schon deshalb brauchen wir die Messe auf den Fildern. Wir brauchen ein modernes Schaufenster, wir brauchen ein national und international konkurrenzfähiges Ausstellungsangebot in einem stark exportabhängigen Land wie Baden-Württemberg.

Herr Kollege Kretschmann, wir brauchen die Messe nicht nur virtuell, sondern wir brauchen sie real. Was ist der Vorteil einer solchen Messe? Derjenige, der als Kunde, als Besucher auf die Messe kommt, der besucht die entsprechenden Partner in der Regel nicht nur am Messestand, sondern eben auch in ihrem Unternehmen. Ich glaube, dass wir deshalb mit dem Messestandort auf den Fildern richtig liegen; dies haben ja auch aufwendige Standortsuchläufe ergeben. Es ist die Messe der kurzen Wege. Wo im Land, wo in der Bundesrepublik, wo in Europa hat man überhaupt die Bündelung der verschiedenen Verkehrsträger?

(Abg. Zeller SPD: In Friedrichshafen!)

Es wurde angesprochen: Straße, Schiene, Flughafen, Autobahn, Bundesstraßen, S-Bahn, ICE-Anschluss. All dies wird dazu beitragen, dass man eine Messe rasch erreicht und auch wieder schnell wekommt. Ich denke, dies hat wirklich seine Berechtigung und ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor, ein Alleinstellungsmerkmal auch gegenüber den anderen Messestandorten in Deutschland, das uns eben weiterbringt und es uns ermöglicht, weitere Messen nach Baden-Württemberg zu holen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch herzlich die Aufforderung an Rot-Grün richten, einen konstruktiven und positiven Beitrag zur raschen Realisierung des Projekts Stuttgart 21 zu leisten. Wir wissen ja, dass vor allem die Grünen auf Bundes- und Landesebene erhebliche Probleme mit diesem Thema haben. Wir sind der Überzeugung, dass dies der richtige Weg ist. Wir brauchen die Schnellbahntrasse, wir brauchen den Filderbahnhof, wir brauchen ein leistungsfähiges Hochgeschwindigkeitsnetz und eine entsprechende Anbindung der neuen Messe auf den Fildern. Deshalb leisten Sie bitte Ihrerseits Ihren Beitrag, damit dies erreicht werden kann!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen die neue Messe auf den Fildern aus einem weiteren Grund: Wir laufen Gefahr, als Messestandort ins Hintertreffen zu geraten – nicht gegenüber den bereits etablierten großen Standorten wie München, Frankfurt und

Düsseldorf, sondern gegenüber denen, die in derselben Größenklasse spielen wie wir. Leipzig und Nürnberg sind uns heiß auf den Fersen und setzen auf der Überholspur an.

Der Standort am Killesberg – auch dies wurde bereits gesagt – ist sehr begrenzt. Wir haben keinerlei Expansionsmöglichkeiten mehr. Mit 54 000 Quadratmetern ist dieser Standort heute zu klein, um internationalen und nationalen Ansprüchen zu genügen. Er ist im Übrigen auch verkehrsmäßig überhaupt nicht gut angebunden. Deshalb müssen wir uns von diesem Standort verabschieden. Wir haben dies getan. Wir haben den besten Standort für die Landesmesse gefunden. Dieser wird aus den bereits genannten Gründen eben auf den Fildern sein.

Ich denke, auch was den bisherigen Verfahrensablauf angeht: Der Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums, der nach einem umfangreichen Erörterungsverfahren zustande gekommen ist, sowie die Urteile des Verwaltungsgerichtshofs und des Bundesverwaltungsgerichts, die wir nachdrücklich begrüßen, haben gezeigt, dass die Landesregierung, der Landtag, die Projektgesellschaft Neue Messe sowie alle weiteren Beteiligten rechtlich nicht beanstandbar, handwerklich korrekt und auf der Grundlage einer sauber abgewogenen Entscheidung gearbeitet haben. Auch dies begrüßen wir außerordentlich. Man kann weder der Politik noch der neuen Messegesellschaft, noch den entsprechenden Verwaltungen einen Vorwurf machen. Sie haben formal richtig und sachlich korrekt gearbeitet. Man muss dies hervorheben. Ich sage das vor allem auch deshalb, weil Sie ja bereits bei der Verabschiedung des Landesmessegesetzes die Befürchtung geäußert haben, dass wir mit diesem Vorhaben scheitern werden. Wir sind aber nicht gescheitert. Wir sind hier auf einem guten Weg.

Wir haben auch die Kosten in den Griff bekommen. Ich gebe zu: Es hat einen Nachschlag gegeben. Wir stehen jetzt bei Kosten von 805 Millionen €. Dies muss aber auch wirklich die Obergrenze sein. Auf Bitten und Drängen der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion wurde ein Antrag für ein regelmäßiges Kostenmonitoring hier eingebracht. Die Landesregierung wird halbjährlich über die Entwicklung der Kosten berichten, sodass sowohl die Landesregierung als auch die Projektgesellschaft Neue Messe zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt entsprechend gegensteuern können.

Im Übrigen ist es erfreulich, wenn immerhin überhaupt ein Einsparbetrag zustande kommt. Minister Döring hat die 25 Millionen € angesprochen. Dieser Beitrag wird erbracht.

(Lachen des Abg. Schmiedel SPD)

Ich glaube nicht, dass man darüber hinaus noch weitere Einsparbeiträge ohne weiteres erbringen können. Immerhin ist es ein respektable Beitrag.

Ich denke auch, dass wir erwarten können, dass alle beteiligten Partner – das Land, die Landeshauptstadt Stuttgart, der Verband Region Stuttgart, die Betreibergesellschaft Neue Messe, der Flughafen und auch die Wirtschaft – ihren Beitrag erbringen. Deshalb sage ich an dieser Stelle nochmals: Es ist eine Landesmesse, es ist eine Messe für die Wirtschaft. Deshalb fordern wir auch die Wirtschaft auf, sich daran zu beteiligen. Dies muss man natürlich mit

(Dr. Birk)

entsprechenden Angeboten unterlegen. Das heißt, man kann nicht nur erwarten, dass hier ein Sponsoringbeitrag geleistet wird, sondern man muss eine entsprechende Gegenleistung erbringen. Wenn es in Baden-Württemberg ein Schaufenster für die baden-württembergische Wirtschaft gibt, ein Aushängeschild national und international, dann ist es diese neue Landesmesse. Dann müssen sich eben die großen baden-württembergischen Firmen, die mittelständischen Firmen auch sichtbar daran beteiligen. Ich denke, dass die Landesregierung hier auch entsprechende Angebote unterbreiten wird.

(Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

Es geht jetzt auch darum, dass wir den Bauprozess rasch einleiten. Derzeit haben wir am Markt noch sehr attraktive Baupreise. Deshalb ist es auch richtig gewesen, den Bauentschluss jetzt zu fassen. Ich sage dies auch deshalb, weil wir Wert darauf gelegt haben – auch die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion –, dass es zu einer mittelstandsfreundlichen Ausschreibung der Gewerke kommt, damit sich auch Konsortien aus der mittelständischen Bauwirtschaft in Baden-Württemberg an den Aufträgen zum Bau der Landesmesse beteiligen können. Wir möchten nicht nur mit der neuen Messe, sondern auch mit dem Bau und dem Ausbau der neuen Messe auf den Fildern Wertschöpfung für die Wirtschaft Baden-Württembergs erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb war es richtig, dass diese Messe an keinen Generalunternehmer oder Generalübernehmer gegeben wurde, sondern dass die Projektgesellschaft Neue Messe die entsprechenden Aufträge ausschreibt, vergibt und für die Realisierung und Umsetzung sorgt.

(Abg. Schmiedel SPD: Darauf seid ihr aber spät gekommen! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Das steht auch im Vertrag!)

Das ist der richtige Weg. Das war immer unser Weg, Herr Kollege Schmiedel. Diesen Weg werden wir auch weiterhin gehen. Wir werden diesen Weg allein schon deshalb gehen, damit es keinen Zweifel an der Rechtssicherheit der Beschlüsse geben wird. Denn eine Änderung der Trägerschaft dieses Vorhabens durch die Übertragung von der öffentlichen Hand auf einen Generalunternehmer würde dieses Projekt möglicherweise gefährden.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber weshalb kommt ihr jetzt darauf, wenn es erledigt ist?)

Deshalb haben wir hier eindeutig und klar unsere Absicht festgelegt.

Wir fordern die Gegner der neuen Messe auf, ihre Position zu überdenken und die Chancen des Projekts zu erkennen.

Erstens: Es liegt ein wirklich überzeugender Entwurf für die neue Landesmesse vor. Sowohl architektonisch als auch von der Logistik her, als auch von der Gesamtrealisierung her bietet die neue Messe auf den Fildern eine neue Perspektive auf den Fildern. Es ist eine moderne Messe mit zeitgemäßer Technik. Sie ist entsprechend attraktiv konzipiert und passt sich hervorragend in die Filderlandschaft ein.

Im Übrigen ermöglicht die Nähe zur Messe den umliegenden Gemeinden auch, an dieser Wertschöpfung unmittelbar zu partizipieren. Es wurde bereits angesprochen: Im Dienstleistungs- und Servicebereich, für Gastronomie und Hotellerie, aber auch für andere Dienstleistungen, die für das Funktionieren einer Messe erforderlich sind, sehen wir Chancen für den Standort Leinfelden-Echterdingen und für die gesamten Filder.

Ich bin auch dafür dankbar, Herr Wirtschaftsminister, dass Sie nochmals in dieser Deutlichkeit gesagt haben, dass Sie keine Enteignungen wollen. Nicht nur die Landesregierung, sondern auch die sie tragenden Fraktionen wollen keine Enteignungen. Wir wollen weiterhin im Konsens, in der Dialogbereitschaft mit den Eigentümern dieser Grundstücke in Verhandlungen kommen und dann auch rasch zu Ergebnissen gelangen. Deshalb war es auch richtig, notariell unterlegte Kaufangebote abzugeben und gleichzeitig deutlich zu machen, dass wir, wenn es keine Bereitschaft gibt, Verhandlungen mit uns zu führen, den Weg auch weitergehen und als letzte mögliche Konsequenz auch Enteignungsverfahren in Betracht ziehen. Dies werden wir auch durchführen und zu Ende bringen. Ich denke, das ist ein klares Signal an die Gegner dieser Messe sowie auch an diejenigen, die bislang versuchen, über den Weg des Bundesverfassungsgerichts diesen Beschluss doch noch zu kippen.

Mein Eindruck ist auch, Herr Kollege Kretschmann, dass dies in der Stadt Leinfelden-Echterdingen seitens des Bürgermeisters, Herrn Klenk, zunehmend ebenso gesehen wird. Wie heute in der „Eßlinger Zeitung“ steht, hat er bereits erkennen lassen, dass man sich seitens der Stadt durchaus überlegen müsse, ob man diesen Konfrontationskurs fortsetzt, ob man diese Position weiterhin halten kann. Wir begrüßen das und hoffen, dass Herr Klenk zusammen mit dem Gemeinderat rasch zu den Verhandlungen mit dem Land an den Verhandlungstisch zurückkommt.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen: Diese Landesmesse muss bis zum Jahr 2006 kommen. Herr Kretschmann, Sie haben die Frage angesprochen, inwieweit eine Messe eine Aufgabe des Landes, der Landespolitik sein kann. Wir sagen ganz klar: Diese Messe ist ein Infrastrukturprojekt des Landes; sie ist ein Auftrag des Landes. Das Messewesen gehört – wie der Straßenbau, der Leitungsbau und anderes – natürlich auch in den Aufgabenbereich eines Landes.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Leitungsbau?)

Deswegen sind wir nachdrücklich der Meinung: Wenn das Land die Messe nicht auf den Weg gebracht hätte, dann wäre vermutlich überhaupt nichts auf den Weg gekommen. Baden-Württemberg würde dann weiterhin zurückfallen. Dies können wir uns als attraktiver Wirtschaftsstandort in Europa nicht leisten. Deshalb war es richtig, diesen mutigen Beschluss zu fassen. Das ist eine Vorsorge für die Zukunft. Es ist eine Vorsorge für die Wirtschaft in Baden-Württemberg. Es ermöglicht neue Dienstleistungen. Es schafft und sichert Arbeitsplätze. Deshalb stehen wir mit voller Überzeugung hinter diesem Projekt „Neue Messe“ und hoffen,

(Dr. Birk)

dass sich der Zeitfahrplan einhalten lässt und wir diese Messe im Jahr 2006 einweihen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung noch einmal ausführlich begründet, weshalb wir eine neue Landesmesse brauchen. Sie haben dargelegt, weshalb der Standort am Killesberg nicht zukunftsfähig ist, und Sie haben auch noch einmal erläutert, weshalb der Standort am Flughafen der richtige ist.

Sie haben sich auch mit den Argumenten der Messegegner auseinander gesetzt und sozusagen die Diskussion der vergangenen Jahre skizziert. Sie haben dabei aber schamhaft verschwiegen, welchen Zickzackkurs die Landesregierung beim Messethema eingeschlagen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das muss gerade der Herr Schmiedel sagen! – Gegenrufe der Abg. Drexler und Fischer SPD)

Herr Minister, ein Kabinettsmitglied stellte nach jahrelanger Diskussion zwei Jahre nach der Verabschiedung des Landesmessegesetzes hier in diesem hohen Hause öffentlich fest:

Es setzt sich bei mir immer mehr der Eindruck fest, dass für die Unternehmen in unserem Lande . . . ein Ausbau des Landesflughafens und eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Region Stuttgart wichtiger wäre als die neue Landesmesse.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist aber eine ganz neue Erkenntnis!)

Er fuhr dann fort:

Sie wissen,

– das Schreiben ging an die baden-württembergische Wirtschaft –

dass ich persönlich ein Anhänger der neuen Landesmesse bin. Man muss aber ganz selbstverständlich getroffene Entscheidungen immer mal wieder hinterfragen und an den Realitäten messen, zumal wenn diese sich geändert haben.

Das war zwei Jahre nach der Verabschiedung des Landesmessegesetzes. Deshalb schrieb das Kabinettsmitglied zum Schluss:

(Zurufe: Wer war denn das?)

Aus diesem Grunde erlaube ich mir die Bitte, dass Sie mir mitteilen, ob die neue Messe auf der einen oder ein Flughafenausbau und weitere Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur auf der anderen Seite für Sie Priorität haben.

(Abg. Scheuermann CDU: Um wen handelt es sich denn?)

Herr Minister, das ist doch Ihr Briefkopf, das ist doch Ihre Unterschrift.

(Abg. Behringer CDU: So ist es!)

Ich sage: Kein Argument der Messegegner, kein Flugblatt der Schutzgemeinschaft Filder hat die Glaubwürdigkeit des Messeprojekts so beschädigt wie dieser Brief von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Das war ja nicht die einzige Eskapade. Ich erinnere an Ihren peinlichen Versuch, sich aus der Trägerschaft für die neue Landesmesse herauszustehlen und das Bauprojekt Ihrem Freund Häussler zuzuschauen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Wenn man schon so ausführlich wie Sie über die vergangenen Jahre und die Entwicklung des Projekts referiert, dann gehört zur Vollständigkeit dazu, dass Sie bei diesem Thema alles andere als verlässlich waren.

Sie haben dann vorgetragen, dass die neue Landesmesse natürlich den Messestandort Stuttgart stärke, ihn wettbewerbsfähiger mache und die Wirtschaftskraft insbesondere in der Region Stuttgart voranbringe. Sie haben aber nicht gesagt, mit welcher Konzeption diese neue Landesmesse das Meseland Baden-Württemberg voranbringt. In Ihrer Regierungserklärung haben Sie selbst eingeräumt, dass wir in der Vergangenheit zu wenig getan haben, um das Messeland der Bedeutung und der Wirtschaftskraft unseres Bundeslandes angemessen zu entwickeln. Sie haben sich übrigens sogar auf die Schulter geklopft beim Neubau der Messen Friedrichshafen und Karlsruhe und haben dabei verschwiegen, dass Sie natürlich mitnichten entsprechend der Bedeutung dieser Messestandorte mitfinanziert haben. Wir haben damals einen Finanzierungsvorschlag gemacht,

(Abg. Dr. Birk CDU: Der unseriös war!)

die Schuldendiensthilfe zugunsten der neuen Landesmesse zu verringern und dafür die Messestandorte im Land angemessen zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben damals gesagt: „Unseriös, können wir nicht, dafür gibt es keine richtige Deckung.“ Jetzt warten wir einmal ab, was die Diskussion um die Finanzierung des Landesbeitrags für den Flugplatz in Söllingen erbringt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Warten wir einmal ab, ob da nicht von der Regierung selbst der Vorschlag kommt, die Schuldendiensthilfe des Landes zugunsten der Landesmesse zu reduzieren, um den Flughafen in Söllingen anzufüttern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine Landesmessekonzeption, Herr Minister.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

(Schmiedel)

Wenn wir an den Topf der Landesmesse gehen, dann wollen wir etwas für die Messestandorte im Lande tun, aber kein Fass ohne Boden in Söllingen aufmachen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Quatsch!)

Es gibt einen weiteren Gesichtspunkt, weshalb eine Messekonzeption für das Land im Zusammenhang mit der neuen Landesmesse überfällig ist. Nicht mehr die Messengesellschaft der Stadt Stuttgart betreibt die Messe am Flughafen. Das Land selber ist in die Betriebsgesellschaft für die neue Landesmesse einbezogen. Sie glauben doch nicht, dass wir es Ihnen durchgehen lassen, dass mit Unterstützung des Landes, der aktiven Mithilfe der Landesregierung andere wichtige Messestandorte im Land konkurriert werden!

Deshalb brauchen wir ein geschlossenes Konzept für unser Land. Sie haben selbst die Rechnung aufgemacht: 200 000 Quadratmeter Messefläche in Baden-Württemberg, 400 000 Quadratmeter in Hessen, 500 000 Quadratmeter in anderen Bundesländern, 500 000 in Bayern, 700 000 in Niedersachsen. An dieser Rangfolge ändert sich doch durch den Neubau der Landesmesse nichts. Wir werden ein bisschen besser, aber wir bleiben auf dem letzten Platz. Deshalb drängt es sich doch auf, dass wir uns bei dieser geringen Fläche, die wir für Messeveranstaltungen haben, nicht gegenseitig Konkurrenz machen, sondern dass wir uns gegenseitig stützen, dass wir koordinieren, kooperieren und die Kräfte bündeln, um damit gemeinsam stärker zu sein.

Deshalb frage ich Sie: Wann wird denn endlich diese neue Betriebsgesellschaft gegründet? Welche Strategie wird ihr mit auf den Weg gegeben? Welche Konzeptionen hat Ihr Ministerium für ein Messekonzept für das Land Baden-Württemberg? Warum nutzen wir denn nicht die Chance, zu sagen: „Wir sind das Bundesland, das Kongresse und hochwertige Messen in Verbindung mit hervorragenden Urlaubsangeboten präsentieren kann“? Wer denkt denn schon an Urlaub in Hannover, meine Damen und Herren?

(Abg. Dr. Birk CDU: Schröder! – Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Blenke CDU: Der Bundeskanzler! Gerhard Schröder heißt er! – Weitere Zurufe)

– Wenn Sie den Bundeskanzler meinen,

(Lebhafte Heiterkeit im ganzen Haus)

dann wissen Sie, dass doch völlig klar ist: Ein Bundeskanzler muss viele Opfer für sein Land bringen.

(Große Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Drautz FDP/DVP: Urlaub in Hannover!)

Aber das gilt doch nicht für jeden Messebesucher.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister: So kleinkariert, wie Sie Ihre Messopolitik betreiben, ist es doch, zu sagen: Wir verabschieden uns aus dem Tourismusverband der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Thema! Thema!)

Warum haben Sie denn nicht die Chance ergriffen, zum Beispiel das Angebot anzunehmen, als Präsident des Deutschen Tourismusverbands auch eine solche Konzeption für unser Bundesland für Messen, Kongresse, Urlaub, Erholung, Freizeit, Kultur voranzubringen? Nutzen Sie es! Es hilft!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Wir sind im Parlament und nicht beim Fasching! – Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Das sagt ausgerechnet der Drautz!)

Sie haben gesagt, Sie seien am Konsens mit Leinfelden-Echterdingen interessiert. Das begrüßen wir.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Befördern Sie es auch?)

Sie haben darauf hingewiesen, Sie waren schon 1998

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: 97!)

bei einer FDP/DVP-Veranstaltung in Leinfelden-Echterdingen vor Ort.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: In der Filderhalle!)

– Ja. – Ich kann mich noch gut erinnern. Ich war nicht dort. Aber die öffentliche Begleitmusik – –

(Lebhafte Heiterkeit)

– Ich war nicht bei Ihrer FDP/DVP. Das wissen Sie.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie waren nie oben!)

– Also, hören Sie mal, Sie wissen doch nicht, wo ich war.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Öffentlich nicht!)

Denn wo ich hingehe, nehme ich Sie nicht mit.

(Heiterkeit)

Aber die öffentliche Begleitmusik zu dieser Veranstaltung war wahrnehmbar. Das ist eine weitere Peinlichkeit

(Vereinzelt Heiterkeit)

in der Geschichte der Landesregierung und dieses Messeprojekts. Denn der Wirtschaftsminister hat im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung einmal mit leichter Hand 200 bis 300 Millionen DM Kompensation versprochen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Quatsch!)

Zwei Tage später hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion dieses Lockvogelangebot aus dem Verkehr gezogen. Das ist diese Vorgehensweise, die natürlich überhaupt keinen Konsens aufkommen lässt. Denn jeder fragt sich: Was machen die? Wer hat die Federführung? Wer ist überhaupt autorisiert?

Deshalb fragen wir Sie, Herr Minister: Welche Konzeption haben Sie, wenn Sie jetzt neu auf die Stadt Leinfelden-Echterdingen zugehen? Was bieten Sie an? Das darf doch nicht noch einmal ein Schuss aus der Hüfte sein. Man muss sagen: Wir schlagen vor, wir strecken die Hand aus. Aber die Hand darf doch nicht leer sein. Man kann doch nicht erwar-

(Schmiedel)

ten, dass Leinfelden-Echterdingen sagt: „Entschuldigung! Wir sehen ein, wir haben alles falsch gemacht, und machen jetzt alles ganz anders.“ Da muss doch ein Ergebnis angestrebt werden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir haben es doch nicht falsch gemacht, Herr Kollege!)

Wir können nicht erkennen, dass außer trockenen Briefen „Bitte spricht wieder mit uns“ eine Konzeption des Landes für eine Einigung mit der Stadt Leinfelden-Echterdingen vorliegt. Wenn sie vorliegt, geben Sie uns bitte wenigstens die Richtung bekannt, damit wir darüber diskutieren und uns ein Urteil bilden können.

Vor allem muss endlich einmal jemand benannt werden. Wir lesen heute in der Zeitung, dass sich jetzt der Ministerpräsident angeboten habe. Sie sagen, Sie bieten sich an, und auch die Fraktionen diskutieren. Es gibt keine konsequente Linie.

Wir sehen heute sehr viel größere Chancen, tatsächlich zu einem Ergebnis zu kommen. Es wäre doch wirklich aller Anstrengungen wert, dass wir das Projekt am Ende nicht gegen den massiven Widerstand der Standortgemeinde durchsetzen müssen. Wir wollen ein Einvernehmen. Aber dazu bedarf es einer Konzeption, und dazu sollten Sie heute im Rahmen der Regierungserklärung Auskunft geben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kretschmann hat zu Recht die Frage gestellt: Was ist an dieser Diskussion eigentlich neu? Denn niemand konnte erwarten, dass heute nach zehn Jahren intensivster Diskussion völlig neue Argumente auf den Tisch gelegt werden. Fraglich ist aber der Zeitpunkt.

Da möchte ich einen von mir persönlich geschätzten Gemeinderat aus Leinfelden-Echterdingen – er ist kein FDP-Gemeinderat; den Namen nenne ich nicht –, der erklärter Messegegner ist, zitieren. Er hat nach der Lektüre der Begründung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts aus juristischer Sicht – er ist selber Jurist – kurz und knapp gesagt: „Die Messe ist gelesen.“ Das spürt also einer, der wie ich – übrigens im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kretschmann – seit über 30 Jahren auf den Fildern lebt und arbeitet und die Stimmungen und die Empfindungen der Menschen vor Ort bemerkt.

Wir auf den Fildern haben uns von Anbeginn – damals hat übrigens die FDP noch nicht den Wirtschaftsminister gestellt, sondern da waren Herr Spöri und Herr Brechtken zuständig – unter großen Schmerzen und nach Abwägung der verschiedenen Gesichtspunkte, auch mit kommunalen Mandatsträgern – einer der ehemaligen Mandatsträger sitzt hier oben; er war vielen Anfeindungen, Verleumdungen und anonymen Briefen ausgesetzt –, an der der Sache entlang – vielleicht erinnern Sie sich: Reschl-Gutachten, Verband Region Stuttgart – und nach ernsthafter Abwägung aller Aspekte für ein bedingtes Ja entschieden.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer ist denn „wir“?)

– Die Liberalen auf den Fildern.

(Abg. Schmiedel SPD: So viele gibt es doch von denen dort gar nicht!)

– Ausreichend viele. Sie haben im Gegensatz zu Ihnen, Herr Schmiedel, auf den Fildern immer klar Flagge gezeigt und sich nicht versteckt.

Jetzt komme ich zu Stilfragen. Sie sehen mir nach, dass ich jetzt nicht wieder alle Argumente abarbeite, sondern auch einmal etwas über Stilfragen spreche.

Wenn ich aus meiner Praxis nach Stuttgart fahre, sehe ich immer noch Schilder „Mörder unserer Heimat“. Da wird vom Tod einer Stadt gesprochen. Ich verstehe, dass man gegen bestimmte Planungen sein kann. Aber ich würde doch sehr darum bitten, dass man auch ein Stück weit demokratisches Verständnis zeigt und nicht versucht, Einzelne herauszunehmen und zu sagen: „Ihr seid Landräuber, ihr macht unsere Heimat kaputt.“

Insbesondere kann ich überhaupt nicht verstehen, Herr Schmiedel, dass die SPD nicht nur einen Zickzackkurs einschlägt, wie Sie das dem Minister vorgeworfen haben, sondern täglich einen Spagat macht: Sie sind hier im Landtag einer klaren Aussage elegant ausgewichen, indem Sie auf Tourismus und Messekonzeption eingegangen sind. Aber im Verband Region Stuttgart – dort sitzen wir ja gemeinsam – sind Sie glühender Verfechter der neuen Landesmesse.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Ist das nicht deutlich geworden?)

Der Abgeordnete vor Ort und zum Teil auch Ihr Fraktionsvorsitzender dürfen immer die Bedenkenträger spielen und das Fähnlein der Gegner hochhalten. Das werden wir Ihnen so nicht mehr durchgehen lassen.

Jetzt aber zu Herrn Kretschmann. Ich spreche allen Messegegnern meinen Respekt aus. Ich würde als Demokrat auch dafür kämpfen, dass jeder bis zur letzten Instanz, die möglich ist, dem Bundesverfassungsgericht, sein Recht suchen kann und auch suchen soll. Das ist ganz klar. Aber umgekehrt erwarte ich auch, dass man demokratische Entscheidungen, die gefallen sind, ein Stück weit zu akzeptieren versucht.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts –

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

das ist vielen Bürgerinnen und Bürgern gar nicht bekannt – ist ja nicht in der Klage gegen das Land, sondern gegen den Verband Region Stuttgart ergangen.

(Abg. Schmiedel SPD: Nicht gegen, sondern zugunsten!)

Jetzt will ich einmal denen, die nicht so tief wie Sie und ich mit der Materie vertraut sind, sagen, wer der Verband Region Stuttgart ist: Das ist die Gemeinschaft der Kommunen, die übrigens bei ihrer Beteiligung am Messeprojekt über Umlagen mitfinanzieren. Sie haben mit ganz großer Mehrheit beschlossen – auch mit Ihrer –, dass dies ein ganz zentrales Projekt für die Region Stuttgart und natürlich auch für das ganze Land sein wird.

(Dr. Noll)

Von daher ist es unglaublich, hier im Land zu sagen: „Ihr habt stillmäßig alles falsch gemacht. Wir hätten es besser gemacht.“ Da kann ich nur fragen: Warum sind Sie in den zwei Jahren, in denen Sie beim Start der Messediskussion federführend waren, das Sagen hatten – Spöri, Brechtken, Sie –, nicht hoch auf die Filder gegangen? Dazu darf ich nur anmerken: Herr Brechtken hat mir mehrfach bestätigt, die Aussage, man habe die Entscheidung sozusagen über die Köpfe in Leinfelden-Echterdingen hinweg getroffen, sei eine wirkliche Mär. Und wer weiß, dass der Ex-OB –

(Abg. Schmiedel SPD: Weshalb behaupten Sie dann, wir seien nicht oben gewesen?)

– Sie haben nicht öffentlich Flagge gezeigt. Ich habe Sie dort oben nie in einer öffentlichen Veranstaltung zur Messe gesehen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Lassen Sie mich jetzt zu ein paar praktischen Punkten kommen.

Zum Thema Standortgunst: Da hat mich vor wenigen Tagen eine Einladung – ich bekomme viele Einladungen – in die Filderrhalle erreicht. Ich darf Ihnen die Einladung einfach einmal zeigen.

(Der Redner hält ein Einladungsschreiben in die Höhe.)

Sie sagt alles über die Standortgunst: „Nur zu Wasser sind wir nicht erreichbar. Aber ansonsten stehen Ihnen alle Wege offen.“ Und dies bei einer Einladung zur Verleihung von Meisterbriefen an Gärtner. Von Messegegnern wird immer gesagt, die Flughafennähe spiele für eine Messe überhaupt keine Rolle. Ich vermute einmal: für eine Messe doch eher als für die Übergabe von Meisterbriefen an Gärtner. Von daher braucht man wohl kein großer Experte zu sein, um sagen zu können: Dieser Standort ist weltweit einer der besten, weil er eben hochwertigste Verkehre bündelt.

Herr Kretschmann, natürlich werden nicht mehr so sehr die Produktschauen, sondern wird die Kommunikation im Vordergrund stehen. Aber wenn ich nicht nur virtuell kommunizieren möchte, muss ich eben gut hin- und auch schnell wieder wegkommen. Genau deswegen ist die Standortgunst auch in einer veränderten Messelandschaft ein entscheidend wichtiger Faktor.

Bei den Grünen hat man manchmal schon das Gefühl,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Es gibt keine Messe in Deutschland, zu der man laufen muss!)

sie wollten alles virtuell: virtuelle Umgehungsstraßen, virtuelle Abstimmungen bis hin zu virtuellen Messen. Das wird wohl nicht der Zug der Zeit sein.

Zum Thema „Kosten der Messe“ sage ich einfach einmal:

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Herr Kretschmann, die so genannte Kostensteigerung begrüße ich sehr. Wissen Sie, warum? Das muss man nämlich

auch einmal deutlich sagen: Die Kosten sind nicht im eigentlichen Bereich des Messebaus entstanden. Vielmehr entstehen sie in der Infrastruktur um die Messe. Es liegt genau im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dort oben, dass eine leistungsfähige Infrastruktur, vor allem was den Verkehr betrifft, geschaffen wird. Das ist der Teil, der eben zu den gut 800 Millionen € beiträgt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Versuchen Sie also nicht, den Leuten da Sand in die Augen zu streuen. Machen Sie ihnen vielmehr klar, dass es gerade im Interesse der Menschen liegt, dass wir versuchen, dort oben das Hauptproblem, das Verkehrsproblem, das ich auch kommen sehe, zu lösen. Übrigens: nicht täglich 20 000. Das ist bei einer Messe auch klar. Vielmehr sind das Spitzentage; aber es gibt noch andere Tage. Ich kenne die Verkehrsproblematik dort oben natürlich, die schon heute besteht. Da will ich jetzt als einer, der seit über 30 Jahren auf den Fildern lebt und arbeitet, einfach sagen:

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ich bitte Sie alle, ein Stück weit auch Verständnis dafür aufzubringen, dass man in der betroffenen Kommune, in der Bevölkerung natürlich jede zusätzliche Belastung als Bedrohung sieht. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Nur, die Frage ist jetzt: Wollen wir bis zum bitteren Ende – die Messe ist gelesen, juristisch scheint alles gegen die Belegenheitskommune zu laufen – Nein zu allen Angeboten sagen? Später möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern dort oben nicht erzählen: Wir haben für euch gekämpft, wir haben verloren, und jetzt könnt ihr sehen, wo ihr bleibt. Ich möchte konkret, dass wir – Gemeinderat, Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger – auf den Fildern an den Planungen und Konzeptionen beteiligt sind. Das können wir nur, wenn wir ausgestreckte Hände mit Angeboten nicht ablehnen, sondern bereit sind, auf Angebote einzugehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD:
Wo sind denn die Angebote? Ich habe noch kein Angebot gehört!)

– Herr Schmiedel, Sie haben darauf hingewiesen, es seien keine Angebote da. Vor zehn Jahren sind die Verhältnisse sicher anders gewesen als heute. Herr Kretschmann, ich hätte mir sehr gewünscht, dass Sie nicht jeden Versuch, zum Beispiel im Bereich der Problematik im Zusammenhang mit der Gäubahn, die natürlich nicht direkt mit der Messe zusammenhängt, sondern mit Stuttgart 21, vernünftige Lösungen zu finden, im Vorhinein lächerlich zu machen versucht hätten. Warum? Weil Sie die Strategie haben: Wir wollen alles ablehnen. Das ist bei den Grünen nichts Neues.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nur dagegen!
– Abg. Schmiedel SPD: Wer regiert denn? Sie regieren doch!)

Sie lehnen ja Stuttgart 21 ab, Sie lehnen die Messe ab.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Stuttgart 21 und die Messe sind nur zwei Dinge in der Welt!)

(Dr. Noll)

Ich akzeptiere auch, dass Sie eine sehr stringente Haltung in diesem Bereich haben.

Ich sage Ihnen, Herr Schmiedel: Der Verband Region Stuttgart, der planerisch zuständig ist, bietet für die Filder ein Projekt, genannt „Landschaftspark“, an.

(Abg. Schmiedel SPD: Völlig unseriös! Das macht der Verband? Sollen wir jetzt die Landesregierung ersetzen?)

– Herr Schmiedel, hören Sie doch einmal zu. Der Verband Region Stuttgart ist für solche Dinge planerisch zuständig. Meine konkrete Vorstellung ist, dass Sie und ich gemeinsam mit dem Verband darauf hinwirken, dass der Verband moderierend, Geld akquirierend aus Ausgleichszahlungen, die ja notwendig sind, zusammen mit der Belegengemeinschaft und mit allen auf den Fildern versucht, die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen nicht irgendwo an der Körschaltalmündung, sondern vor Ort auf den Fildern durchzusetzen. Dafür ist Geld da, gesetzlich vorgeschrieben. Da kommt es jetzt darauf an, dass wir Vorschläge machen, zum Beispiel in Bezug auf die Überwindung von Zerschneidungen durch große Verkehrsstrassen, nicht nur durch das Parkhaus über die A 8, sondern zum Beispiel auch durch die B 27 im Bereich Zeppelinstein,

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

um den Freiraum wieder für die Menschen erlebbar zu machen.

Ich darf Ihnen auch eines sagen: Wenn ich mit meiner Familie mit dem Fahrrad unterwegs war,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ein bisschen Flugzeuge angucken beim Spazierenlaufen!)

bin ich nicht auf den Krautfeldern neben dem Flughafen unterwegs gewesen, sondern im angrenzenden Schönbuch, im Körschtal. Da müssen wir in Zukunft verstärkt auf Freiraumsicherung das Augenmerk legen. Da gibt es durchaus konkrete Möglichkeiten, wo wir uns auf allen Ebenen einbringen können.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Bei allem Respekt für diejenigen, die nach wie vor nicht überzeugt sind, dass diese Messe sinnvoll sei, bitte ich, wenigstens einmal darüber nachzudenken, ob jetzt nicht die Zeit wäre, dem alten englischen Spruch zu folgen: If you can't beat them, join them – wenn du sie nicht schlagen kannst, dann schließe dich ihnen an. Genau dies ist der Zeitpunkt dafür. Das ist das Neue, dass wir jetzt an einem Punkt sind, wo wir, glaube ich, versuchen könnten, erneut gemeinsam zu überprüfen: Wie können wir die Chancen in wirtschaftlicher Hinsicht und im Hinblick auf die Arbeitsplätze, die keiner bestreiten kann, nutzen und gleichzeitig Belastungen und Risiken minimieren?

(Abg. Schmiedel SPD: Ist das ein liberales Programm? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir sind nicht im Krieg, sondern in einem Rechtsstaat, Herr Kollege!)

Ich wünsche mir sehr, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass zwar im Frühjahr 2004 die Bagger anrollen, um die

Fundamente für die neue Messe auszugraben. Ich wünsche mir aber auch, dass von heute und hier ein Zeichen ausgeht, dass auch die Planierarbeiten gestartet werden, um Gräben, die in zehn Jahren aufgerissen worden sind, wieder zuzuschütten, und dass man aufeinander zugeht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Herrn Kollegen Birk für seine unterstützenden Ausführungen dankbar, ebenso dem Kollegen Noll. Herr Schmiedel, ich sage Ihnen ehrlich: Ich hätte Ihnen heute gern noch ein wenig länger zugehört, zwar nicht in allen Punkten, aber doch in einigen. Nur eines sollten Sie wirklich auch hinbekommen, so wie es der Kollege Noll eben ausgeführt hat: ein klares Bekenntnis, eine klare Aussage. Sie sollten nicht denjenigen, die an verschiedenen Stellen auch einmal nachfragen, so wie Sie es zitiert haben, Vorwürfe machen, dabei aber selber dermaßen gespalten, was die SPD angeht, bei diesem Thema auftreten. Das passt nicht zusammen.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na!)

Das ist auch ein Stück weit unehrlich. Je weiter man davon weg ist, umso größer die Zustimmung; je näher man dran ist, umso größer die Ablehnung. Das passt nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist auch nicht redlich. Ich sage das nur, weil Sie auf Redlichkeit im Umgang miteinander Wert legen und Sie mir auch den einen oder anderen Vorwurf gemacht haben. Ich habe gar kein Problem damit, auch zu sagen: Es wurde nicht an jeder Stelle nur glücklich gehandelt. Das gilt auch für die Vorgehensweise von mir. Sie haben auch den einen oder anderen Punkt angesprochen.

Aber eines weise ich in aller Entschiedenheit zurück. Herr Schmiedel, ich weiß nicht, warum Sie nach mehreren Diskussionen darüber – zuletzt auch im Ausschuss – einen Vorwurf wiederholen, der wirklich völlig daneben ist, und sagen, ich wollte meinem Freund Häussler einen Auftrag zuschanzen. Das ist eine so infame und eine so dumme Unterstellung.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt aber! – Abg. Schmiedel SPD: Und wo ist das Schreiben? Warum rücken Sie dann das Schreiben nicht heraus?)

Diese Unterstellung weise ich in aller Klarheit zurück. Dies ist überhaupt nicht möglich. Ich hätte aber Sie und auch andere hören wollen, wenn Sie von verschiedener Seite von Leuten mit hoher Kompetenz darauf aufmerksam gemacht würden, durch verschiedene Änderungen könnten Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe erzielt werden. Wenn man dem nicht nachginge, wären Sie die Ersten, die gesagt hätten: „Da kriegt er Angebote und Hinweise, und da pennt er und macht gerade so weiter und verschleudert Landesgeld.“ Deswegen muss man diesen Hinweisen nachgehen.

(Minister Dr. Döring)

Man ist denen nachgegangen. Ich kann nur sagen: Ich bin froh darüber, dass es Unternehmer wie Häussler hier im Land Baden-Württemberg gibt. Sie tun eine Menge für dieses Land, und ich nehme sie auch ernst mit ihren Vorschlägen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Es ist doch Quatsch, da von „Zuschancen“ zu reden. Jeder weiß doch, dass da Ausschreibungen stattfinden müssen. Deshalb kann das doch gar nicht sein. Nehmen Sie diesen Vorwurf zurück, weil er einfach völlig daneben ist.

Ich mache Ihnen – weil es mir um die Sache geht – ein Angebot in Bezug auf das, was Sie angesprochen haben: Man muss da einmal schauen, wie verschiedene Dinge gemeinsam gemacht werden sollen. Setzen wir uns da zusammen! Es ist doch gar keine Frage, dass der Tourismus-Verbandspräsident im Zusammenhang mit der Messe mit Hunderttausenden und Millionen Gästen in Baden-Württemberg eine Riesenchance sieht und dass wir die dann auch für die Kurzzeitturlaube, die in den letzten Jahren ohnehin mehr im Fokus stehen, nutzen wollen.

Ihnen ist das alles egal, oder Sie wollen das gar nicht haben. Ich will das haben. Wir werden das machen. Wir werden Tourismuskonzepte dafür haben, um dies zu nutzen. Das ist doch gar keine Frage. Wenn wir Ende 2006 die Messe eröffnen können, werden diese Konzepte fix und fertig daliegen. Da wird es Angebote geben. Dann werden wir den kulturellen Bereich, den sportlichen Bereich und den touristischen Bereich in breitem Umfang für das Land Baden-Württemberg nutzen.

Mich treibt es eben um, Herr Kollege Kretschmann, wenn ich auf Messen außerhalb des Landes Baden-Württemberg bin und immer höre, wie viele Aussteller aus Baden-Württemberg auf den Messen außerhalb des Landes sind. Das treibt mich um. Ich will, dass die im Land Baden-Württemberg ein Schaufenster in die Welt bekommen. Ihnen ist das egal. Wahrscheinlich kriegen Sie das gar nicht mit, weil Sie da nicht hingehen. Ich will, dass die eine Möglichkeit haben, in Baden-Württemberg als Aussteller aufzutreten und ihre Produkte anzubieten. Darum müssen wir kämpfen. Das ist eine Aufgabe von uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann nur sagen: Ausgerechnet Sie! Das war wie immer bei Ihnen mit hohem moralischem Anspruch verbunden. Sie gehen her und fragen: „Was soll es eigentlich, dass wir uns jetzt hier über die Messe unterhalten?“ Sie haben nichts zur Kenntnis genommen. Nicht einen einzigen Urteilsspruch haben Sie zur Kenntnis genommen, nicht eine einzige Widerlegung all Ihrer altbekannten Kritikpunkte. Wenn hier jemand Altbekanntes vorgetragen hat, obwohl Sie in der Lage wären, anzuerkennen, dass alle Ihre Argumente widerlegt sind, dann sind Sie das gewesen. Das bekomme ich nicht auf die Reihe.

Da ist am 25. Mai – jetzt haben wir Juli – ein ganz zentral wichtiges Urteil ergangen. Da ist eine Kette von Urteilen ergangen, die all diese Punkte, die Sie angesprochen haben, Punkt für Punkt widerlegt haben. Da sind Ihre Argumente bezüglich Bedarf und was weiß ich längst widerlegt wor-

den. Sie wollen das nicht wahrhaben. Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Ich halte das für unredlich. Ich weise deswegen die Aussage zurück, dass wir hier eine Veranstaltung machten, die ausschließlich Werbecharakter hätte.

Die Messe ist das größte laufende Projekt im Lande Baden-Württemberg für das Land Baden-Württemberg. Da ist es nach einer Reihe von Gerichtsurteilen und einer Reihe von Fakten, die uns jetzt eindeutig bestätigen, richtig, eine solche Bilanz zu ziehen, wie ich es eingangs gesagt habe. Wir ziehen heute Bilanz. Wir wollen den Grundstein dafür legen, dass wir mit dieser Landesmesse Baden-Württemberg, die wir dringend brauchen, zu einem positiven Ende kommen.

Ich kann deswegen nur noch einmal sagen: Bei allem, was Sie kritisieren, wäre es hilfreich, von Ihnen auch zu hören, wie Kostenreduzierungen konkret erreicht werden könnten. Natürlich kann man sich über die 25 Millionen € Einsparungen lustig machen. Ich hätte es gern gesehen, wenn Sie einmal gesagt hätten: „Wir machen einen konkreten Vorschlag für Einsparungen von 50 Millionen €.“ Ihr Vorschlag sollte nicht in die Richtung gehen, gar nichts zu machen und dadurch den Gesamtbetrag zu sparen, sondern auch Sie sollten einmal eine konkrete Vorschlagsliste machen, wie wir der Reihe nach bei gleichzeitiger weiterer Optimierung der Landesmesse noch kostengünstiger vorangehen könnten.

Ich halte es für zwingend notwendig, dass wir uns mit dem Thema auseinander setzen. Der Zeitpunkt ist genau der richtige, weil man in Leinfelden gerade – anders als Sie – dazu bereit ist, die Gerichtsurteile zu bewerten und dann – das ist ja auch unsere Hoffnung – zu einer anderen Einschätzung und Bewertung der Gesamtlage zu kommen.

Wir werden an diesem Konzept festhalten. Wir werden die Landesmesse für Baden-Württemberg realisieren. Ich sage Ihnen voraus: Wenn sie gebaut wird, drängen Sie in die erste Reihe, damit Sie bei der Eröffnungsveranstaltung dabei sind. Das werden wir unterbinden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Für eine kurze Redezeit erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort. Eine Minute!

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, eines kann ich hier nicht stehen lassen, nämlich die Behauptung, ich hätte eine unklare Position zur Messe.

(Minister Dr. Döring: Was sagten Sie?)

– Die Behauptung, ich hätte eine unklare Position zur Messe! – Ich habe – Sie wissen das – im Gegensatz zu meiner Fraktion, die damals mehrheitlich das Messesgesetz als den falschen Weg zur Messe abgelehnt hat, für dieses Landesmessegesetz gestimmt.

Ich habe aber nicht für das Landesmessegesetz gestimmt, um zwei Jahre später von Ihnen zu hören: Es gibt nach meinem Eindruck vielleicht doch Wichtigeres für die Wirtschaft im Land als dieses Messeprojekt. Das erweckt bei den Betroffenen nämlich zu Recht den Eindruck, dass dort Leute am Werk seien, die gar keinen Plan haben.

(Schmiedel)

Die Aktion, aus der Trägerschaft herauszugehen, ein Investorenmodell zu machen und auf diese Weise 140 Millionen € zu sparen, hat dasselbe Ergebnis: Die Leute denken, die Verantwortlichen haben keinen Plan und sind offensichtlich nicht sicher, was sie eigentlich machen wollen. – Deshalb haben diese beiden Aktionen dem Messeprojekt geschadet. Dabei bleibe ich.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Nicht eingegangen sind Sie auf das Thema, ein Konzept für das ganze Land zu entwickeln. Ich bitte Sie nochmals, dem nachzugehen. Es lohnt sich doch, die Messebetreiber einzuladen und jetzt, nachdem wir als Land in der Betriebsgesellschaft eine stärkere Verantwortung als in der Vergangenheit haben, als die Messengesellschaft Stuttgart die Verantwortung hatte, zu prüfen: Wo können wir Synergien bilden, wo können wir gemeinsam auftreten, wo können wir das, was Sie gerade aufgegriffen haben – dafür bedanke ich mich –, nämlich Messe Stuttgart, Kultur, Tourismus miteinander zu verbinden, für das ganze Land organisieren? Das wäre etwas, und dazu sollte man jetzt den Anfang machen, weil dadurch auch deutlich wird, dass diese neue Landesmesse nicht nur der Region Stuttgart dient, sondern der Wirtschaftskraft des ganzen Landes.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, mache ich darauf aufmerksam, dass der Finanzausschuss 15 Minuten nach Eintritt in die Mittagspause im Eugen-Bolz-Saal eine Sitzung durchführt. Die Einladungen werden Ihnen ausgehändigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Haltung des Ministerpräsidenten Erwin Teufel zum notwendigen Subventionsabbau im Zuge der Steuerreform und die Auswirkungen auf Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Es gilt die übliche Redezeit: 40 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten in der ersten Runde und fünf Minuten für die weiteren Ausführungen in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Vorschlag zur Vorziehung der Steuerreform liegt nun auf dem Tisch. Allerdings muss es unser Ziel sein, den Grad der Neuverschuldung, den Eichel geplant hat, noch mehr zu reduzieren, indem stärker Subventionsabbau betrieben wird.

(Beifall bei den Grünen)

Dies wurde bereits versucht, ist allerdings aufgrund der Blockade der CDU-geführten Länder im Bundesrat gescheitert. Ich nenne die Beispiele Eigenheimzulage, Verringerung der Ausnahmetatbestände, die mit einem ermäßigten

Umsatzsteuersatz belegt sind, Beschneidung diverser Abschreibungsmöglichkeiten.

Ich erinnere noch einmal daran, dass das für den Landeshaushalt erhebliche Auswirkungen gehabt hätte, nämlich im Jahr 2004 650 Millionen €, aber eben auch für die Gemeinden, die sich in einer besonders großen Finanznot befinden, bundesweit über 2 Milliarden €. Ich glaube, das ist etwas, was jetzt erneut auf der Agenda steht. Ihre Blockade war verantwortungslos, weil Sie ohne eigene Gegenvorschläge blockiert haben.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt wird Ihren damaligen Einwänden, man könne Steuer-subventionen nur dann abbauen, wenn die Steuern gesenkt werden, Rechnung getragen. Umso wichtiger ist es, dass Sie jetzt konstruktiv an dieses Thema herangehen.

Herr Ministerpräsident, ich möchte hervorheben, was uns dazu veranlasst hat, diese Aktuelle Debatte zu beantragen. Das war Ihr Interview in „Sonntag Aktuell“ vom 6. Juli dieses Jahres. Dort sagten Sie: „Über die Eigenheimzulage lässt sich mit mir nicht reden.“ Ich glaube, dass wir so nicht weiterkommen. Die Opposition in Berlin darf sich nicht einfach im Neinsagen erschöpfen, und die Wartesaalpolitik von Frau Merkel muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei den Grünen)

Die CDU ergeht sich geradezu in organisierter Verantwortungslosigkeit. Stoiber will an der Entfernungspauschale festhalten, Teufel an der Eigenheimzulage, und Koch fordert, überhaupt keine Neuverschuldung vorzunehmen. Dies ist eine Kakophonie, von der Sie wegkommen müssen. Jetzt gilt es, konstruktiv an das Thema heranzugehen.

Ihr Innenminister hat in der gestrigen Debatte über die Verwaltungsreform noch einmal angemahnt, dass auch Sie in Berlin eine Verantwortung haben. Dieser Einsicht müssen jetzt Taten folgen. Es muss Schluss sein mit den taktischen Spielchen, weil wir sonst die Finanzen des Landes und der Kommunen an die Wand fahren.

Unsere Vorschläge sind bekannt. Lassen Sie uns anfangen mit dem Abbau ökologisch schädlicher Subventionen wie der Eigenheimzulage in ihrer bisherigen Form, wie den Kohlesubventionen, wie der Entfernungspauschale oder dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz für innereuropäische Flüge.

Herr Ministerpräsident Teufel, wenn der Union das, was Eichel vorgelegt hat, nicht passt: Die Regierung ist dafür offen, dass Sie andere Vorschläge auf den Tisch legen.

(Abg. Fleischer CDU: Sie machen doch die Neuverschuldung!)

Wir sind kompromissbereit, wir kommen Ihnen entgegen. Wir sind auch bereit, uns an einer pauschalen Kürzung aller Subventionen zu beteiligen.

(Minister Dr. Döring: Sehr gut!)

Bei uns besteht also Kooperationsbereitschaft, aber diese muss auch von Ihrer Seite kommen. Wir brauchen darüber

(Kretschmann)

hinaus noch Schwerpunkte beim Abbau von Subventionen. Wir brauchen ein Konzept, das die Neuverschuldung so gering wie möglich hält.

Nur wenn wir den Weg beschreiten, die Steuerreform vorzuziehen und gleichzeitig schädliche oder überflüssige Subventionen zu streichen, tun wir etwas für dieses Land. Dann schaufeln wir mittelfristig die Investitionen für Bildung, Forschung, ökologische Modernisierung und eine moderne Kinderpolitik frei, die wir brauchen, um ein positives Signal für die Bevölkerung und die Wirtschaft zu setzen, sich an allen Reformen zu beteiligen, damit es mit diesem Land wieder aufwärts geht.

Nützen Sie jetzt diese Chance. Sie haben im Bundesrat eine große Verantwortung. Wir haben Ihnen die Hand gereicht und erwarten von Ihnen jetzt: Schluss mit dem Neinsagen, Schluss mit der Wartesaalpolitik, Ihre Vorschläge bitte auf den Tisch!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute eine Aktuelle Debatte über die Steuerpolitik der Bundesregierung und die Auswirkungen auf die Landespolitik führen, muss man zunächst einmal sagen, Herr Kollege Kretschmann – darauf muss man dieses Thema zuschneiden –, dass es nicht genügt, den Blickwinkel allein auf die Steuer- und Finanzpolitik zu richten, sondern dass es in der Tat in Deutschland in erster Linie entscheidend wäre, den Blickwinkel auf die Wirtschaftspolitik insgesamt, auf die Arbeitsmarktpolitik und auf unsere Lohnnebenkosten zu lenken.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wenn Sie einmal bedenken, dass vor zwei, drei Tagen Alan Greenspan damit gerechnet hat, für die USA gebe es in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 2,5 bis 2,75 % und im nächsten Jahr von 3,75 bis 4,75 %, dann erkennen Sie, welche Welten uns von anderen Wirtschaftsnationen, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, trennen. Deswegen wäre es zwingend notwendig, dass die Bundesregierung in diesen zentralen Themenfeldern endlich Handlungsfähigkeit zeigt.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Ich finde es ganz vernünftig, dass der Ministerpräsident, auch in einem Interview – Sie haben ihn ja vorhin auch zitiert –, gesagt hat, wir müssten zu längeren Arbeitszeiten kommen. Es ist eine durch vielfältige Untersuchungen belegte Tatsache, dass dies nicht Arbeitsplätze vernichtet, sondern Arbeitsplätze schafft. Deswegen wäre es zwingend notwendig, dass in diese Richtung gehandelt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die jetzt vorgeschlagene Vorziehung der dritten Stufe der Steuerreform führt für das Land Baden-Württemberg zu einem Ausfall in der Größenordnung von 650 Millionen € in einer Zeit, in der wir ohnehin, finanzpolitisch gesehen, einen begrenzten Handlungsspielraum haben. Trotzdem sage ich für die

CDU-Landtagsfraktion: Wir sind der Auffassung, dass die Steuern herabgesetzt werden sollen und die Steuerreform vorgezogen werden soll. Aber dann, bitte schön, Herr Kretschmann, muss das seriös passieren.

(Abg. Drexler SPD: Wie denn? – Abg. Schmiedel SPD: Machen Sie einmal Vorschläge! – Abg. Walter GRÜNE: Beispiele!)

Dann muss das passieren, indem man eine solide Gegenfinanzierung macht,

(Abg. Drexler SPD: Wie denn?)

indem man möglichst wenig neue Schulden macht und vor allem einen Ausgleich für die Länder und die Kommunen zur Verfügung stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Alles richtig! Aber jetzt bitte konkret! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Vorschläge! – Abg. Drexler SPD: Machen Sie doch einmal einen Vorschlag!)

– Herr Kollege Drexler, ich brauche Ihnen ja nur vorzulesen, was heute in der Zeitung steht oder aus dem Internet herausgezogen werden kann.

(Abg. Capezzuto SPD: Ihre Vorschläge! – Weitere Zurufe von der SPD)

Oder, Herr Kretschmann:

Die Grünen-Haushaltsexpertin im Bundestag, Antje Hermenau, hält das von Finanzminister Hans Eichel vorgelegte Finanzierungskonzept zum Vorziehen der Steuerreform für „nicht ausreichend“.

Bundesbankchef kritisiert Schröders Kurs.

Simonis fordert neue Vorschläge von Eichel

– weil sein Konzept unzureichend für ihre Landespolitik, für ihre finanziellen Spielräume in Schleswig-Holstein sei.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch die Reaktion aus Ihrem eigenen Lager.

(Abg. Drexler SPD: Dann sagen Sie doch, was Sie wollen!)

Wir haben doch die Situation, dass Sie sich an die Stelle wenden sollten, die auch die Vorschläge machen muss und machen kann. Das ist zunächst einmal die Bundesregierung.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ihre Meinung! – Abg. Birzele SPD: Gilt dieses Prinzip auch im Landtag?)

Die Regierung in Berlin soll jetzt ein vernünftiges Steuerkonzept vorlegen. – Selbstverständlich gilt dieses Prinzip auch im Landtag, Herr Kollege Birzele. Wir werden uns im Zuge der Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 sehr genau überlegen, an welcher Stelle wir Einsparungen vornehmen und inwieweit wir uns neu verschulden müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Abg. Dr. Scheffold CDU: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Scheffold, sind Sie schon auf den Gedanken gekommen, dass sich der Bundesfinanzminister schwer tut mit Vorschlägen zum Abbau von Subventionen, weil er sofort damit rechnen muss, dass Sie alles im Bundesrat ablehnen?

(Abg. Seimetz CDU: Der arme Mensch! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Kollege Palmer, die größte Subvention im Bundeshaushalt betrifft die Steinkohle. Ich habe aus diesem Parlament noch nie jemanden gehört, der gesagt hat, die Subvention der Steinkohle dürfe nicht zurückgefahren werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist nicht die größte Subvention, bei weitem nicht, Herr Kollege!)

– Herr Kollege, ich kann es Ihnen vorlesen. Ich habe die Angaben dabei: Die Subvention der Steinkohle beträgt 2,92 Milliarden €.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: 10 Milliarden € für Eigenheime! Ist das keine Subvention?)

– Entschuldigung. Dann sollten Sie eine Diskussion darüber führen, welchen Subventionsbegriff Sie anwenden. Wenn Sie aber den Bundes- und Landessubventionsbegriff nehmen, dann dürfen Sie das nicht dazurechnen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und die Landwirtschaft? – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Definieren Sie Subvention! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Nur Subventionen ablehnen, die einen nicht persönlich betreffen, ist auch nicht besonders intelligent!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schließe mich im Übrigen der Auffassung des Ministerpräsidenten an: Die Abschaffung der Eigenheimzulage ist in diesem Land, in Baden-Württemberg, in der Situation, in der wir uns befinden, und bei den Auswirkungen, die sie auf die Wirtschaft hat, vollkommen unerträglich.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich habe mir einmal die Zahlen herausgesucht, als das Vorziehen der Steuerreform in die Diskussion gekommen ist. Die Steuerersparnis durch die Steuerreform beträgt bei einem Bruttoverdienst von 50 000 € im Jahr 900 € und bei 75 000 € Bruttoverdienst ca. 1 600 €. Wenn Sie verheiratet sind und zwei Kinder haben, bekommen Sie beim Neubau eines Hauses über 4 000 € Eigenheimzulage im Jahr. Ich möchte einmal wissen, Herr Kollege Kretschmann, wo das wirtschaftliche Wachstum herkommen soll, wenn Sie den Leuten auf der einen Seite ein bisschen geben und auf der anderen Seite das Doppelte und Dreifache nehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das sind Mitnahmeeffekte! – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU – Abg. Kübler CDU: Sehr gut! Guter Mann!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Scheffold, Sie haben keinen einzigen Vorschlag gemacht. Sie haben nur herumgeeiert.

(Abg. Hauk CDU: Entschuldigung! Wir reden doch über die Auswirkungen!)

Sie hätten den Vorschlag der Bundesregierung jetzt ablehnen können – was Sie gemacht haben. Dann muss man aber auch sagen, wie man es machen will.

(Abg. Zimmermann CDU: Wir lehnen die Bundesregierung ab!)

– Herr Zimmermann, Sie lehnen alles ab. Das ist mir klar. Sie können nach Kirchheim zurückgehen; das langt auch.

Sie haben also abgelehnt. Dann soll man doch nicht so tun, als wäre das eine ganz einfache Geschichte. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben im Übrigen sehr unterschiedliche Meinungen. Die eine Seite sagt: Wenn man den Bürgern jetzt wieder zu viel an Subventionen aus der Tasche holt – also aus der rechten Tasche herausholt und in die linke Tasche die Steuerermäßigung steckt –, dann haben wir keine erhöhte Binnennachfrage. Das ist durchaus eine logische Begründung.

Schließlich haben Sie selber – Herr Stoiber, Herr Teufel, alle – im Bundestagswahlkampf gesagt: „Zieht die Reform der Steuern vor, gebt den Menschen mehr von ihrem Einkommen, um die Nachfrage zu stützen.“ Auf unsere Frage, wie Sie das finanzieren wollen, haben Sie damals gesagt: „Das finanziert sich im Großen und Ganzen durch das Wachstum selbst!“ Das war Ihre Aussage im Wahlkampf, unisono.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter GRÜNE – Abg. Birzele SPD: Sehr richtig! Und zwar 100 %!)

Herr Westerwelle hat im Wahlkampf gesagt: „Jetzt macht doch die Steuerreform! Schaut nach Amerika. Die machen dort ständig Steuerreduzierungen, und das schafft dann das Wachstum und finanziert sich von selbst.“ Jetzt ist das der Vorschlag der Bundesregierung. Und prompt sagt die CDU Nein, und die FDP/DVP sagt auch Nein.

Ich sage Ihnen: Wenn das so weitergeht, kriegen wir das nicht hin. Das wird sehr teuer werden. Und wenn wir kein Wachstum mehr haben, Herr Scheffold, dann wird es im nächsten Jahr noch schlimmer und schwieriger, Wachstum zu erzeugen. Deshalb appelliere ich einfach an die Union –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und was machen die Ländler, Herr Drexler?)

– Darüber muss man reden, Herr Kollege. Im Übrigen haben wir vor einem halben Jahr im Bundesrat einen Vor-

(Drexler)

schlag zum Subventionsabbau gemacht, mit vielen Beispielen. Unter anderem war vorgesehen, den Mehrwertsteuersatz auf Blumen wieder von 7 % auf 14 % zu erhöhen; die Länder hätten partizipiert: mittelfristig 1,6 Milliarden €. Aber das ist alles abgelehnt worden,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sehr richtig!)

außer der Körperschaftsteuer. Jetzt verlangen Sie wieder Vorschläge.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ja auch eine Belastung für die Bürger! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Milchmännerrechnung!)

Man muss doch einmal ehrlich sein. Entweder Sie wollen Subventionsabbau, und zwar so massiv, dass der größte Teil dieser Steuerreform damit finanziert wird. Dann bezahlen es natürlich die Bürger; das ist doch klar. Auf der anderen Seite entlasten Sie die Bürger durch Steuersenkungen. Damit bekommen Sie keine erhöhte Binnennachfrage.

Bei der Union gehen die Meinungen völlig durcheinander – aber völlig! Vor einigen Tagen hat sich Frau Merkel für die Steuerreform ausgesprochen, Herr Stoiber auch. Herr Merz war massiv dagegen und Herr Koch auch.

(Abg. Wieser CDU: Wenn ich Ihre Regierung hätte, würde ich alles zumachen!)

Dann hat man alles zusammengefasst und gesagt, man warte jetzt auf die Vorschläge der Bundesregierung. Jetzt sind die Vorschläge der Bundesregierung gekommen, und Frau Merkel sagt wieder Nein. Herr Koch sagt: „So überhaupt nicht!“ In der Zwischenzeit wurde Herr Merz abgesetzt, wie ich der Zeitung entnommen habe,

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses! So ein Durcheinander!)

und Ole von Beust als Finanzkoordinator eingesetzt, weil Frau Merkel Herrn Merz nicht mehr an ihrer Seite haben will.

Ich sage Ihnen: Suchen Sie sich zuerst einmal eine Linie. Ich weiß, dass das schwer ist. Ich weiß auch, dass der Herr Finanzminister den Ausfall von 640 Millionen € auch nicht decken kann. Aber dann machen wir doch gemeinsam Vorschläge!

Bei der Eigenheimzulage gebe ich im Übrigen zu, dass wir auf Ihrer Seite stehen. Da haben wir einen Dissens mit den Grünen. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass man das in einem Bereich, in dem wir in Baden-Württemberg so viel Zuwachs und Zuwanderung haben, nicht machen kann. Aber, Herr Scheffold, dann kann man nicht sagen: Sie muss bestehen bleiben. Dann muss man etwas anderes machen. Dann nehmen wir die 10 Milliarden € für die Eigenheimzulage, schlagen die rund 3 Milliarden € für den Osten noch dazu, denn für 3 Milliarden € sollen dort in den nächsten zehn Jahren fast eine Million Wohnungen abgerissen werden – mit Staatsgeld, das muss man sich einmal vorstellen –, weil es dort zu viele gibt. Dann haben wir 13 Milliarden €. Da kann man einiges sparen, und dann kann man das Geld vernünftigerweise denen geben, die noch Wohnungen brau-

chen. Der Rest kann für den Abriss verwendet werden. Dagegen habe ich ja nichts. Aber die Eigenheimzulage so zu erhalten, wie sie jetzt aussieht, werden wir finanziell nicht durchstehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Bitte lautet also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Deutschland braucht Reformen; Deutschland braucht die Steuerreform. Mit der Agenda 2010 haben wir etwas versucht. Ich hoffe, dass Sie da mitmachen. Bei der Gesundheitsreform versuchen wir es gerade. Auch da hoffe ich, dass Sie mitmachen. Wenn wir die Steuerreform hinbekommen und nicht an allem herummäkeln, sondern wenn es relativ schnell gelingt, dass sie zum 1. Januar 2004 wirksam wird, hoffe ich, dass wir wieder Wachstum haben und aus dem Tal herauskommen. Das täte uns allen gut: der CDU, der SPD, der FDP/DVP und auch den Grünen. Jetzt besinnen wir uns doch einmal gemeinsam auf unsere Verantwortung für Deutschland und machen das!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Punkt hat der Kollege Drexler Recht: Deutschland braucht Reformen, Deutschland braucht eine neue Bundesregierung. Deshalb fordere ich Neuwahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Jesses Gott! Um Gottes willen! Kleingeist! Geh doch zum Frisör! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Nur, wenn der den Meisterbrief hat!)

Die Koalition hat angesichts leerer Kassen und völlig zerrütteter Haushalte Reformpläne präsentiert, deren Umsetzung neue Riesenlöcher in den Etat reißen wird,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

sagte Frau Kerstin Müller im Jahr 1997 im Deutschlandfunk, meine Damen und Herren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla!)

Sie führte für die grüne Bundestagsfraktion am 10. Juni 1997 aus:

Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte ist eine Senkung des Steueraufkommens nicht zu vertreten.

(Abg. Birzele SPD: Warum zitieren Sie nicht die Reden von 1993?)

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist finanzpolitisch unsolid, die damit verbundenen Steuerausfälle sind für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden nicht verkraftbar.

(Theurer)

So hieß es damals in einem Antrag der grünen Bundestagsfraktion. Hätten wir 1997 die Steuerreform gemacht, die gegenfinanziert war,

(Abg. Drexler SPD: Die war nicht gegenfinanziert! Erzählen Sie doch keine Märchen! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

dann hätten wir heute eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft. Dann hätten wir heute weniger Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir hätten heute mehr Geld in der Kasse.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Rot-Grün hat damals im Bundesrat eine überzeugende Steuerreform der Petersberger Beschlüsse blockiert und erwartet jetzt, dass die Länder auf eigene Interessen verzichten.

(Abg. Birzele SPD: In acht Jahren die Schulden verdreifacht! – Zurufe der Abg. Drexler und Capezzuto SPD)

Wie unglaublich das ist, das kann sich doch jeder an einer Hand abzählen. Herr Schröder war selber der Wortführer der Blockadehaltung damals im Bundesrat und erwartet jetzt ein anderes Verhalten. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Ich verleihe Herrn Schröder den Pharisäerpreis, meine Damen und Herren. Den hat er verdient.

(Abg. Drexler SPD: Sie reden so wenig im Landtag! Deshalb versuchen Sie, jeden Auftritt zu zelebrieren! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Wir haben Vorschläge. Wir wollen die Steuerreform auch heute noch.

(Lachen bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Das ist völlig unglaublich!)

– Nein, das ist gar nicht unglaublich.

(Abg. Capezzuto SPD: Blockierer!)

Das Schlimme an der ganzen Geschichte ist: Sie wollen eigentlich gar nicht wirklich eine Verschlinkung des Staates.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Ihnen fällt im Moment nichts anderes ein. Ihr seid Getriebene. Jetzt kommt eine Steuerreform,

(Abg. Drexler SPD: Verwaltungsreform! Fassen Sie sich selber an der Nase!)

die ihre Wirkung verfehlen wird, weil sie zu spät kommt,

(Abg. Schmiedel SPD: Was wollen Sie denn? – Abg. Capezzuto SPD: Sagen Sie doch mal, was die FDP will!)

weil der psychologische Effekt der Entlastung der Wirtschaft gar nicht mehr wirken kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn jetzt eine Steuerreform kommt, dann ist sie längst überfällig, weil das gesamte Ausland sagt: „Jetzt kommt ihr wie die alte Fasnacht hinterher.“

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Das hättet ihr schon vor Jahren machen können.“

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! Jawohl! – Abg. Drexler SPD: Theurer ist der Chaosredner!)

Aber ihr in der rot-grünen Bundesregierung habt diese Steuerreform nicht gemacht. Die Bundesregierung muss sie auch gegenfinanzieren.

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie jetzt?)

Die FDP schlägt vor,

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Hör doch mal zu!)

dass linear 20 % der Subventionen gestrichen werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Rasenmäher!)

– Rasenmäher, ganz genau. – Machen Sie das bei den Sonntagszuschlägen zum Beispiel, bei den Werften, bei der Braunkohle, bei der Steinkohle.

(Abg. Drexler SPD: Bei der Eigenheimzulage!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns aufhören, in alte Industrien zu investieren. Lassen Sie uns in moderne Hochtechnologie, in moderne Techniken investieren. Schneiden Sie vor allen Dingen den Staat zurück.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt denn das: „Schneiden Sie den Staat zurück“?)

Lassen Sie den Menschen mehr Eigeninitiative, und gehen Sie endlich auf Bundesebene mit einem Haushaltssicherungskonzept auch an die gesetzlichen Grundlagen, die die Ausgaben der Länder und vor allen Dingen auch der Kommunen im sozialen Bereich vorschreiben.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Wir können nur sparen, wenn die Bundesregierung, wenn der Deutsche Bundestag sagt, was wir uns nicht mehr leisten können.

(Abg. Drexler SPD: Dann sagen Sie es doch mal!)

Daran trauen Sie sich nicht heran, weil Sie vor diesen Einschnitten Angst haben, meine Damen und Herren.

Wir als FDP tragen eine Steuerreform mit, auch hier über die baden-württembergische Landesregierung. Wir ermutigen Sie dazu, im Bundesrat mitzumachen. Aber die Gegenfinanzierung muss stimmen. Diese Gegenfinanzierung haben Sie nicht vorgelegt. Sie legen eine erneute Neuverschuldung vor. Sie verschieben die Finanzierung auf die Zukunft. Streichen Sie einfach pauschal 20 % aller Subventionen im Bundeshaushalt.

(Abg. Drexler SPD: Den Leuten das Geld aus der Tasche nehmen! Da ist doch kein Effekt da!)

(Theurer)

Gehen Sie vor allen Dingen über ein Haushaltssicherungskonzept auch einmal an die staatlichen Leistungen. Unser Staat ist überfordert, Deutschland ist in einer Strukturkrise, und nur weniger Staat und mehr Eigeninitiative und mehr Privatwirtschaft wird dieses Land wieder auf den Kurs von Wachstum und mehr Beschäftigung führen. Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Jetzt etwas Qualifiziertes!)

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Hauptproblem ist, dass es einem schwer fällt, der Bundesregierung in steuerpolitischen Fragen zu vertrauen. Da ist in den letzten zwei Jahren zu viel geschehen. Diese Bundesregierung hat einen Zickzackkurs gefahren, und die Steuerpolitik ist noch heute bestimmt durch Show, durch Taktik, durch Befreiungsschläge statt durch Investitionsförderung, Verlässlichkeit und Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist keine Linie, keine Logik und keine Berechenbarkeit in dieser Steuerpolitik. Ich darf nur einmal daran erinnern: Man hat die Körperschaftsteuer in der Weise neu gestaltet, dass zwei Jahre lang gar keine Körperschaftsteuer einging, dann hat man sie wegen der Flutkatastrophe kurzfristig wieder um 1,5 Prozentpunkte hochgesetzt. Man hat nach der Wahl die Ökosteuer, die Tabaksteuer und die Versicherungsteuer erhöht, man hat über die Vermögensteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer diskutiert, man hat das Steuervergünstigungsabbaugesetz, das in Wirklichkeit ein Steuererhöhungsgesetz war, gebracht. Meine Damen und Herren, es ist erschreckend, was dieses –

(Lachen des Abg. Birzele SPD – Abg. Birzele SPD: Jeder Steuervergünstigungsabbau ist eine Steuererhöhung! Wird aber gleichzeitig gefordert von Ihnen! Das ist inkonsequent!)

– Natürlich! Lieber Herr Birzele, offensichtlich haben Sie das nicht verstanden. Das Steuervergünstigungsabbaugesetz sollte die Steuerbemessungsgrundlage verbreitern. Dafür waren auch wir bei den Petersberger Beschlüssen. Aber wir forderten eine gleichzeitige Herabsetzung der Steuersätze.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie wollten aber die Steuersätze behalten und die Bemessungsgrundlage verbreitern. Also erhöhen Sie die Steuern. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Aber das passt zu Rot-Grün!)

Die Bundesregierung hat in der letzten Zeit unheimlich schöne Wortungetüme erfunden: zum Beispiel das Steuer-

vergünstigungsabbaugesetz und das Steuerehrlichkeitsförderungsgesetz. Meine Damen und Herren, die Bundesregierung bräuchte eines: ein Steuerpolitikverlässlichkeitsförderungsgesetz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich befürchte, dass auch der Vorschlag des Bundeskanzlers als Befreiungsschlag wieder Taktik war. Aber wir sollten ihn, auch wenn der Vorschlag gar nicht so hehr gemeint war, beim Wort nehmen. Wir sind im Prinzip dafür, dass die Steuersenkung, die ja erst ein Jahr später erfolgen sollte, vorgezogen wird. Wir wollen den Bundeskanzler beim Wort nehmen.

Wir haben allerdings ganz bestimmte Vorstellungen, die in diesem Zusammenhang verwirklicht sein müssen.

Zunächst einmal: Das Vorziehen der Steuerreform kann unter bestimmten Umständen ein positives Signal für die Wirtschaft sein. Da werden die Gründe genannt, die heute schon mehrfach aufgezählt worden sind, also eine Förderung der Konsummasse, aber auch eine Investitionsförderung. Für mich wäre ganz wichtig, dass endlich wieder einmal eine positive Nachricht aus der Politik kommt. Denn man sollte die Wirkung der Psychologie auf die Wirtschaft nicht unterschätzen; ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

Aber – und jetzt kommt das Zweite – eine solche Steuerreform allein kann relativ wenig bewirken. Denn Deutschland hat – da sind sich, glaube ich, alle Experten einig – nicht so sehr ein Konjunkturproblem, sondern Strukturprobleme. Unser größtes Problem ist der Arbeitsmarkt, und unser zweitgrößtes Problem sind die Sozialsysteme. Das wird auch dadurch deutlich, dass die Bundesregierung das im Prinzip genauso sieht. Denn das sind die beiden Probleme, die in der Agenda 2010 angegangen werden.

Nun fragen manche, ob wir das, was in der Agenda 2010 steht, eigentlich mittragen können. Ja, selbstverständlich! Denn das ist ganz präzise das, was die Union zusammen mit der FDP Mitte der Neunzigerjahre bereits gemacht hat. Wir hatten bereits eine Steuerreform, wir hatten bereits den Arbeitsmarkt flexibilisiert,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

wir hatten bezüglich der Rentenreform und bezüglich der Gesundheitsreform etwas gemacht. Unsere Steuerreform ist aber durch Herrn Eichel und Herrn Lafontaine verhindert worden, und die drei anderen Punkte wurden von Herrn Lafontaine, als die SPD zusammen mit den Grünen an der Regierung war, wieder abgeschafft. Dies kommt nun unter neuem Namen wieder. Das ist in Ordnung, aber Deutschland hat zehn Jahre verloren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: So lange regiert Rot-Grün noch nicht!)

– Herr Palmer, ich habe Ihren Zwischenruf gehört. Weil vorhin jemand gerufen hatte, es sollte etwas Sachliches

(Minister Stratthaus)

kommen, sollen Sie jetzt eine sachliche Antwort bekommen. Wir haben zehn Jahre verloren;

(Abg. Göschel SPD: 16!)

denn wir sind jetzt so weit, wie wir im Jahr 1994 zum Zeitpunkt der Bundestagswahl waren. 1996 sollte der damalige Zustand reformiert werden; Sie haben ihn verändert, sodass die Reform frühestens im Jahr 2004 kommen wird. Durch die Politik, die vor allem Lafontaine mit Unterstützung von Eichel und Schröder gemacht hat, hat Deutschland zehn Jahre verloren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das Nächste. Für uns ist es ganz wichtig, dass die Struktur-reformen kommen. Mir ist in der Diskussion der letzten Wochen eines aufgefallen: Während man noch bis vor 14 Tagen, drei Wochen sehr stark über die unangenehmen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Lohnnebenkosten diskutiert hat, wird jetzt alles durch die Diskussion über die Steuersenkung überdeckt. Das war wahrscheinlich die taktische Absicht des Bundeskanzlers. Er wollte über die anderen Reformen, nachdem er sie einmal angekündigt hatte, nicht mehr sehr lange reden.

Das ist letzten Endes unser großes Problem, meine Damen und Herren. Was der Bundeskanzler bisher angekündigt hat, ist Ankündigung geblieben. Es gibt bisher nicht einmal Gesetzesvorschläge, sondern nur reine Ankündigungen. Das Gleiche war doch schon vor drei Jahren im Schröder-Blair-Papier angekündigt. Was ist daraus geworden? Genau das Gegenteil. Man hat das Betriebsverfassungsgesetz in der Richtung geändert, dass sich die Wirtschaft noch schwerer tut und der Arbeitsmarkt noch stärker verriegelt ist. Deswegen verlangen wir, dass aus den Ankündigungen des Bundeskanzlers auch Wirklichkeit wird. Dann kann man mit uns weiterreden.

Das Nächste ist die Finanzierungsfrage. Ich habe mehrfach gesagt – das wird auch von der Landesregierung mitgetragen –: Wir wollen einen möglichst großen Teil der Ausfälle durch den Abbau von Subventionen gegenfinanzieren. Wenn zum Schluss ein Rest bleibt und wenn die anderen Bedingungen erfüllt sind, ist es vernünftig, die Steuersenkung mitzutragen, selbst wenn es zu einer leichten Erhöhung der Verschuldung kommt. Denn ich glaube, dass sich eine Steuersenkung unter der Voraussetzung, dass die anderen Reformen, die ich genannt habe, durchgeführt werden, zum Teil tatsächlich selbst finanziert.

Ich benutze immer das Bild eines gefesselten Riesen. Die deutsche Wirtschaft ist ein gefesselter und verfetteter Riese. Die Fesseln sind der Arbeitsmarkt, und das Fett sind die Lohnnebenkosten. Erst wenn beides wegkommt, kann eine Steuersenkung tatsächlich wirken.

Vorhin ist gesagt worden – ich glaube, Herr Kretschmann hat es gesagt –, die Bemessungsgrundlage sei nun verändert, und nachdem der Steuersatz gesenkt werden würde, könnten wir einer Änderung der Bemessungsgrundlage zustimmen; das sei ja damals das Petersberger Prinzip gewesen.

Herr Kretschmann, wir sollen die Bemessungsgrundlage für das Vorziehen der Steuersenkung um ein einziges Jahr verbreitern. Dann bleibt sie aber in allen folgenden Jahren, obwohl die Steuersätze gleich hoch bleiben. Es geht ja um Folgendes: Wir hätten die Steuersätze, die jetzt zum 1. Januar 2004 in Kraft treten sollen, auf jeden Fall im Jahr 2005 in Kraft treten lassen; so waren auch unsere mittelfristige Finanzplanung und die des Bundes ausgerichtet.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Wir haben es also nur mit der Erleichterung für ein Jahr zu tun, während Sie umgekehrt die Belastung der Wirtschaft und der Bürger durch die Bemessungsgrundlage ins Unendliche steigern wollen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ja!)

Meines Erachtens passt beides nicht zueinander.

(Abg. Wieser CDU: Taschenspieler!)

Was gestern vorgeschlagen wurde – 5 Milliarden € Schuldenabbau und 2 Milliarden € Vermögensabbau –, ist arg wenig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Neuverschuldung! Sie sagten „Schuldenabbau“! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Entschuldigung! 5 Milliarden € mehr Schulden und 2 Milliarden € Vermögensabbau. Das heißt, im Grunde genommen ist gar nichts passiert.

Vorhin ist schon gesagt worden: Besonders betroffen sind die Kommunen, wenn kein Haushaltssicherungsgesetz kommt. Ich behaupte: Wenn es zu keiner entsprechenden Gegenfinanzierung kommt, werden von unseren 1111 Kommunen wahrscheinlich 1 000 keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr haben.

(Abg. Theurer FDP/DVP: So ist es!)

Die Kommunen haben darüber schon vorher geklagt. Jetzt wird es noch viel schlimmer.

Übrigens noch etwas zum Bundeshaushalt, weil immer von Gegenfinanzierungen die Rede ist. Bereits der Urhaushalt, also der Haushalt ohne die Steuersenkung, war wirklich eine Luftnummer. Er enthält nämlich 2,4 Milliarden € Einnahmen aus dem Steuerehrlichkeitsförderungsgesetz. Bei der Zuverlässigkeit, die die Bundesregierung in Steuerfragen zeigt, glauben Sie doch nicht im Ernst, dass unversteuertes Geld in solchen Massen aus dem Ausland zurückkommt.

Weiterhin hat man den Abbau der Pendlerpauschale und den Abbau der Eigenheimzulage eingebaut, und das bereits vor dem Vorziehen der Steuersenkung im normalen Haushalt. Auch dieser Haushalt ist also schon unseriös finanziert.

Lassen Sie mich noch auf zwei Dinge eingehen, die hier immer wieder genannt werden. Das eine ist die Eigenheimzulage. Die SPD hat deutlich gemacht, dass sie im Prinzip zur Eigenheimzulage steht. Es wird überlegt, ob man die

(Minister Stratthaus)

Innenstädte stärker fördern sollte. Über solche Umbauten kann man sicher diskutieren.

Ich bin der Meinung, Herr Kretschmann, dass die Eigenheimzulage aus gesellschaftspolitischen Gründen und aus wirtschaftspolitischen Gründen unbedingt bleiben sollte. Zunächst einmal halte ich das Eigenheim für die beste Altersversicherung, die es überhaupt gibt.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir wissen alle, dass unsere Umlagesysteme in der bestehenden Form in Zukunft nicht mehr funktionieren werden. Die Menschen müssen Eigenvorsorge betreiben. Dazu sind die eigenen vier Wände meines Erachtens eben das Beste, was es gibt.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Zweitens: Die Familie ist ganz wichtig, und das Haus bzw. die Wohnung ist das Nest der Familie. Ich sage Ihnen: Die meisten jungen Familien, die sich heute das Geld wirklich noch vom Mund absparen, um sich eine Wohnung kaufen oder bauen zu können, könnten das nicht ohne die Eigenheimförderung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum brauchen Singles Eigenheimzulage?)

Ein Weiteres: Als langjähriger Kommunalpolitiker habe ich immer festgestellt, dass aus dem Einwohner dann ein Bürger wird, wenn seine Kinder in die Schule gehen, wenn er in einen Verein eintritt oder wenn er Wohneigentum erwirbt.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wir sollten auch solche gesellschaftspolitischen Dinge in der Tat nicht außer Acht lassen.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich noch, meine Damen und Herren – da kann ich an Herrn Drexler anschließen –: Baden-Württemberg ist ja das Zuwanderungsland innerhalb Deutschlands, ist immer noch ein wachsendes Land, und wir haben zurzeit große Probleme in unserer Bauwirtschaft. Ich glaube, die Abschaffung der Eigenheimzulage wäre der endgültige Todesstoß für die Bauwirtschaft. Auch aus diesem Grund dürfen wir die Eigenheimzulage nicht abschaffen.

Jetzt noch zur Entfernungspauschale. Sie war wirklich ein tolles Stück grüner Politik, Herr Kretschmann. Ich kann Ihnen einmal erzählen, wie das die letzten drei Jahre gelaufen ist.

Sie wollten das Kilometergeld vor der vorletzten Wahl eigentlich senken.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dann hat man die Ökosteuer eingeführt, damit das Autofahren teurer wird. Als die Leute gemerkt haben, dass das Autofahren teurer wird, hat man Angst vor dem Wähler bekommen und hat gesagt: „Wir erhöhen das Kilometergeld.“ Dann haben die Grünen gesagt: Nicht nur diejenigen, die Auto fahren, sondern auch diejenigen, die zum Arbeitsplatz

schwimmen oder zum Arbeitsplatz spurten, alle sollen die Entfernungspauschale bekommen.

Jetzt kommt der Höhepunkt: Auch dann, wenn fünf Personen gemeinsam in einem Auto sitzen, erhält jeder die Entfernungspauschale. Das war Ihre neue Regelung.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die Entfernungspauschale hat dazu geführt, meine Damen und Herren, dass zum Beispiel ein Vorstandsmitglied, ein gut verdienender Mensch mit hoher Steuerprogression, der weit mit der Bahn fährt, bei der ganzen Sache noch Geld verdient.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, er bekommt mehr vom Staat ersetzt, als ihn die Fahrkarte kostet. Das, was Sie damals gemacht haben, war sozusagen ein Großverdienerförderungsgesetz.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Deswegen: Über die Ausgestaltung der Entfernungspauschale kann man sicher diskutieren. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern – das war vor ungefähr drei Jahren im Vermittlungsausschuss –: Das Land Baden-Württemberg war damals gegen die bestehende Ausgestaltung.

Ich möchte zusammenfassend noch einmal sagen: Aus all diesen Gründen werden wir die vorgesehene Steuersenkung mittragen, weil wir sie für vernünftig halten. Die Vorbedingung, dass die anderen notwendigen Strukturreformen durchgeführt werden, muss erfüllt werden. Vor allem muss die Steuersenkung anders finanziert werden, als es geplant ist. Es geht nicht, dass sie zu 70 % über Schulden finanziert wird.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wie denn dann? Dann sagen Sie es doch!)

Vielmehr muss der Anteil der Schulden, wenn überhaupt, sehr viel geringer sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Oettinger CDU: Die Luft ist raus! Ist gelaufen!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Vergangenheitsbewältigung, rhetorischen Finten

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Das war ja sehr konkret! – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Was? – Zurufe von der CDU)

und allgemeinen Schuldzuweisungen kann man solche Probleme nicht lösen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

(Kretschmann)

Wir sind auch gar nicht im Wahlkampf.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Was ist das Resümee dessen, was Sie vorgetragen haben? Einerseits sind Sie für das Vorziehen der Steuerreform, wenn auch mit vielen Wenn und Aber. Andererseits lehnen Sie das ab, was Eichel auf den Tisch gelegt hat, und drittens machen Sie selbst aber gar keine Vorschläge

(Abg. Drexler SPD: Genau so ist es! – Abg. Capezzuto SPD: Typisch!)

und jammern über die Steuerausfälle. Das ist doch ein absolut destruktives Verhalten, das Sie in einer solchen Situation zeigen.

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Zuruf von der CDU)

Jeder weiß: Jetzt liegt die Karte beim Bundesrat und bei den Bundesländern. Sie müssen jetzt springen. Die Bundesregierung hat ihren Vorschlag auf den Tisch gelegt. Sie haben jetzt die Möglichkeit, ihn zu blockieren.

(Zurufe von der CDU)

Herr Finanzminister, Sie können sich doch nicht allen Ernstes darüber beschweren, dass das Vorziehen der Steuerreform 650 Milliarden € Einbußen für den Landeshaushalt bringt.

(Zurufe: Millionen!)

– Millionen. Dann sagen Sie, der Bund solle das ausgleichen. Aber wie soll er das denn ohne Subventionsabbau ausgleichen? Diesen Subventionsabbau blockieren Sie aber. Das ist doch einfach eine ganz perverse Argumentation. Wenn Ihnen das nicht gefällt, müssen Sie hier doch Vorschläge machen – die lagen auf dem Tisch –, wie erreicht werden soll, dass es nicht zu diesen Steuerausfällen kommt. Einen anderen Weg als den Subventionsabbau gibt es doch dafür überhaupt nicht,

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD)

abgesehen von der Hoffnung, dass sich ein Teil durch den wirtschaftlichen Aufschwung gegenfinanziert.

Zweitens sagen Sie, es seien Strukturreformen erforderlich. Das ist ja völlig richtig. Diese Strukturreformen werden mit der Agenda 2010 parallel durchgeführt. Besser kann man es doch gar nicht machen. Man führt Strukturreformen durch und senkt zugleich die Steuern. Auch da sind Sie doch gefragt. Das liegt doch auch auf dem Tisch. Es gibt jetzt eine Verhandlungskommission zur Gesundheitsreform, die hoffentlich erfolgreich arbeitet. Also das, was Sie als Grundlage fordern, nämlich dass auch Strukturen geändert werden, passiert ja gerade mit der Agenda 2010.

Wenn jeder nur sein Lieblingsprojekt verteidigt und selbst keine Vorschläge macht, kommt es weiter zu Blockaden. Das ist eine unverantwortliche Haltung. Die können Sie sich, finde ich, in keiner Weise erlauben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wie kann denn der Ministerpräsident sagen, er rede noch nicht einmal über die Eigenheimzulage, obwohl jeder weiß, dass diese Eigenheimzulage, bundesweit gesehen, nach einem reinen Gießkannenprinzip gewährt wird? Die gilt für die neuen Bundesländer, in denen eine Million Wohnungen abgerissen werden, genauso wie für den Ballungsraum Stuttgart. Das ist doch offensichtlich ein unsinniges Konzept. Darüber werden Sie doch wenigstens mit denen in Berlin reden müssen, die Verantwortung tragen. Wenn Sie dem völligen Abbau nicht zustimmen, sollen Sie doch wenigstens bereit sein, die Eigenheimzulage so zu modifizieren, dass sie diese grandiosen Fehlallokationen nicht mehr bereitet.

(Beifall bei den Grünen)

Ich glaube, es ist ganz klar – das haben Sie auch ausgeführt, Herr Finanzminister –: Auch die CDU hat die Senkung im Zusammenhang mit der Steuerreform in den Petersberger Beschlüssen mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gegenfinanzieren wollen, und der Abbau von Subventionen ist natürlich faktisch nichts anderes, ebenso der Abbau von Subventionen.

Es ist gerade die Chance der Krise, Subventionen, die überflüssig sind und nur Mitnahmeeffekte zur Folge haben, abzubauen. Wir alle waren auf dem Parlamentarischen Abend mit den Bausparkassen. Was haben wir da für eine wunderbare Nachricht gehört? Es wurde gesagt, dass die Bausparkassen im letzten Jahr Wachstumsraten von bis zu 20 % hatten.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha, jetzt!)

Das zeigt doch ganz deutlich, dass die Leute ganz genau wissen, wo sie in einer solchen Zeit ihr Geld ausgeben und wo nicht. Das zeigt, dass die Leute bereit sind, ihr Geld richtig einzusetzen. Dazu braucht man keine Mitnahmeeffekte. Das ist völlig unsinnig.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Von der Rente bis zum Familiengeld! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das stimmt doch nicht!)

Die Bevölkerung sieht ganz klar, dass wir in einer Krise sind und dass es nicht ohne Einschnitte geht. Nur wenn man dazu bereit ist, kommt man auch aus der Krise heraus. Und Sie haben es wieder fertig gebracht, in einer Situation, in der die Karten auf dem Tisch liegen, keinen einzigen Vorschlag zu machen, wie man aus der Krise herauskommt, außer der Herr Kollege Theurer mit seinen 20 % Subventionsabbau in allen Bereichen, was natürlich in dieser Höhe völlig unsinnig ist.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Warum?)

Da wollen Sie 20 %

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das stimmt doch nicht! Das ist ganz vernünftig!)

bei Projekten streichen, bei denen Innovationen gefördert werden, genauso bei der Kohlesubvention, was natürlich auch eine unsinnige Forderung ist. Deswegen ist es in der

(Kretschmann)

Höhe völlig obsolet. Das wird außer von Ihnen auch von niemandem gefordert. Das ist unmöglich.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber nur so geht es!)

Aber, Herr Kollege Theurer, wir sind zu Zugeständnissen bereit – das habe ich gesagt –, zwar nicht in der Höhe, wie Sie es vorgeschlagen haben, aber darunter. Aber das geht nur, wenn auch Sie bereit sind, endlich zu sagen, welches Ihre Vorschläge sind, und mit der Wartehallenpolitik ein Ende machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Finanzminister, Sie haben mich auch enttäuscht. Ich hatte eigentlich schon erwartet – nachdem Sie in der Presse gesagt hatten, der Bund solle die Ausfälle des Landes ausgleichen –, dass Sie jetzt wenigstens sagen, wie man das machen soll. Da sind wir doch insgesamt offen. Es ist doch gar nicht so, dass wir sagen, das Konzept von Eichel sei nun sakrosankt. Es ist ein Vorschlag, nachdem Herr Eichel der Auffassung ist, es gehe nicht anders. Dies gilt vor allem dann, wenn wir eine Nettoentlastung der Bevölkerung wollen.

Herr Theurer, bei Ihrem Vorschlag, 20 % in allen Bereichen zu streichen, zum Beispiel bei über 50 Milliarden € an Leistungen – Familienleistungen, Kindergeld; da wollen Sie auch 20 % streichen –, machen wir nicht mit. Sie müssen schon schauen, wo Sie streichen wollen. Wie kann man denn in der heutigen Lage bei den Familien streichen?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ca-pezzuto SPD: Familienfeindliche FDP!)

Noch etwas zur Eigenheimzulage: Ich bitte die Landesregierung darum, sich auch einmal Gedanken darüber zu machen, wie man von den 10 Milliarden € herunterkommt – wenn ich auch die 3 Milliarden € Abrissprämie für den Osten dazunehme, dann sind es 13 Milliarden € – und daraus etwas Vernünftiges, etwas Zielgerechtes für die Bundesländer macht, die noch Zuwachs haben – das sind wenige –, und für die, die das Geld zum Abriss brauchen. Mir ist klar, dass die Ostländer überhaupt keine Eigenheimzulage wollen. Wir hatten darüber eine Debatte mit den neuen Bundesländern. Sie sagen: „Bei uns stehen die sanierten Wohnungen leer. Wir wollen nicht, dass diejenigen, die noch darin wohnen, sich jetzt ein Eigenheim bauen.“ Deswegen wollen sie die Eigenheimzulage nicht. Na also, dann brauchen sie keine. Wir brauchen sie aber.

Herr Finanzminister, lassen Sie mich das schon sagen. Ich will jetzt keine Verschärfung in die Debatte hineinbringen. Mich hat das sowieso gestört: Jetzt sind wir an einem Scheidepunkt der Debatte, und da haut Herr Theurer hier mit zehn Jahre alten Storys auf den Putz.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie verkennen völlig die Situation. Die Situation ist, dass jetzt alle zusammenhalten müssen, um das Ding zu machen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hätte man schon vor zehn Jahren machen sollen!)

– Ach, vor zehn Jahren! Es nutzt mir und der Bevölkerung doch jetzt nichts, was vor zehn Jahren war. Die wollen, dass die Politiker jetzt zusammenhalten und das Ding machen, damit am 1. Januar 2004 eine Entlastung stattfindet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Göschel SPD: Zehn Jahre lang die Holzwohle aus dem Teppich gezupft! – Zuruf von der CDU: Wer regiert denn hier?)

Bei der Eigenheimzulage muss man natürlich sagen, dass das Land Baden-Württemberg das Landesprogramm für Wohnungsbau von ca. 300 Millionen € auf 25 Millionen € heruntergesetzt hat.

(Abg. Gall SPD: Da schau her!)

Das müssen Sie sich vorstellen. Wir haben fast kein Landeswohnungsbauprogramm mehr. Das ist auch ein zentraler Fehler.

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Insofern kommt natürlich, wenn man in Berlin die Eigenheimzulage anspricht, immer wieder die Frage: Was macht ihr eigentlich selbst? Und da sehen wir nicht gut aus. Ich wollte das nur auch einmal sagen, damit man sich da nicht zu stark an die Brust klopft.

Auf jeden Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen: So geht es nicht mehr weiter. Man kann nicht auf der einen Seite gegen die Abschaffung der Eigenheimzulage, gegen die Abschaffung der Pendlerpauschale, gegen die Opfer für Bauern und gegen eine Reduzierung der Zahl der Bundeswehrstandorte sein – wenn die Bundeswehr reduziert wird, weil man Geld sparen will –, man kann auch nicht noch mehr Mittel für Straßenbau fordern, wie das der Herr Ministerpräsident tut, wenn man schon über 60 % mehr Bundesverkehrswegemittel erhält, aber auf der anderen Seite, wenn es darum geht, zu sagen, was die eigene Politik ist, nichts sagen. Das geht nicht mehr. Das wird von der Bevölkerung auch nicht mehr abgenommen. Wer Nein sagt, der muss in diesem Land Alternativen bieten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da sind Sie jetzt gefragt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es wäre doch vernünftig, Herr Theurer, wir könnten uns darüber unterhalten. Überlegen Sie einmal, wenn wir das hinbekämen, was wir dann für ein tolles Steuersystem in der Bundesrepublik hätten – einmal unabhängig davon, dass es noch wahnsinnig viele dicke Bücher darüber gibt. Ich sage Ihnen aber einfach einmal, was zum Schluss da steht:

Wenn wir den Eingangssteuersatz nun wirklich vorgezogen auf 15 % heruntersetzten, dann stünden wir damit an der Spitze aller Länder.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut! Alte FDP-Forderung!)

Dann hätten wir den niedrigsten Eingangssteuersatz.

(Drexler)

Zweitens: Beim Spitzensteuersatz liegen wir mit 42 % noch immer vor Frankreich, den Niederlanden und den USA im vorderen Drittel. Da brauchen wir möglicherweise auch nichts mehr zu machen.

Und bei der Körperschaftsteuer liegen wir mit 25 % weit an der Spitze aller vergleichbaren Länder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wäre doch ein Wort, wenn wir das ab 1. Januar 2004 hätten!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Gewerbesteuer kommt aber noch dazu!)

– Die Gewerbesteuer kommt bei einem Teil dazu. Beim Privaten kommt sie nicht dazu. Damit wird der Steuersatz von 42 % für denjenigen, der für seine Firma selbst verantwortlich ist, noch einmal reduziert. Von daher gesehen ist das eine vernünftige Geschichte, und wir würden damit ein Steuersystem haben, mit dem wir weit im vorderen Drittel aller Länder – manchmal auf dem dritten Platz – stünden. Das sollte doch die Anstrengung wert sein.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Meine Bitte an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist: Legen Sie jetzt endlich die Vorschläge auf den Tisch. Das hat sich heute gezeigt. Herr Oettinger hat vor zehn Tagen in einem Interview gesagt, die Union habe eine große Chance, indem sie zum populären Teil von Gerhard Schröder, die Steuern zu senken, die notwendige ergänzende Antwort zur Finanzierung darstelle. „Ich baue darauf, dass wir in den nächsten Tagen in der Lage sind, dies zu tun.“

Die nächsten Tage sind schon vorbei. Aber Sie haben noch bis zum 13. August Zeit. Wir bitten endlich um Ihre Vorschläge. Dann können wir wieder darüber streiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Zuruf von der CDU: Muss das jetzt sein? – Gegenruf von der SPD: Na, wenn er sich entschuldigt!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Nachdem mich die Kollegen Kretschmann und Drexler angesprochen haben, muss ich noch einmal das Wort ergreifen.

Mit der Vergangenheitsbewältigung rennen Sie bei mir ausgehängte Türen ein, aber wenn Herrn Bundeskanzler Schröder gestern bei der Pressekonferenz nichts anderes einfällt, als auf 16 Jahre Kohl zu verweisen und die Verantwortung der alten Regierung zuzuschieben,

(Zurufe von der SPD)

nachdem er jetzt vier Jahre oder mehr für die Misere in unserem Land Verantwortung trägt, muss ich sagen: Das kann ich Ihnen einfach zurückgeben.

(Abg. Drexler SPD: Aber für die Schulden seid ihr schon mitverantwortlich!)

Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Wir sind fest davon überzeugt, dass die Steuerreform solide gegenfinanziert werden kann.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt das?)

In der Tat war der FDP-Vorschlag, ein einfaches Steuersystem mit Steuersätzen von 15 %, 25 %, 35 % zu schaffen, genau der richtige Weg. Er würde dazu führen, dass Deutschland eines der modernsten und attraktivsten Einkommensteuersysteme der Welt bekommen würde. Wir wollen das gegenfinanzieren. Der Bundesfinanzminister gibt jährlich selbst einen Subventionsbericht heraus, der insgesamt rund 150 Milliarden € umfasst. Wenn man davon nur 10 % herausnehmen würde, Herr Kollege Drexler, dann hätten wir 15 Milliarden €. Damit könnte man nicht nur die Nettoneuverschuldung des Bundes verhindern, sondern man könnte damit auch die Ausgaben der Länder und Gemeinden, denen ja das Wasser bis zum Hals und darüber hinaus steht, kompensieren. Wenn man nur die engeren Subventionen nehmen würde, also nicht das Kindergeld und die Eigenheimzulage, sondern die engeren Bereiche, Kohle, Werften,

(Abg. Drexler SPD: Die Kohle wird doch reduziert!)

also dort, wo es Herrn Schröder und anderen besonders wehtut, auch bezüglich Nordrhein-Westfalen, sind es immerhin noch 53 Milliarden €. Nehmen wir davon nur 10 %, dann sind wir bei den 5,3 Milliarden €, die jetzt als Neuverschuldung draufkommen sollen.

Es kann mir also niemand sagen, man könne dieses Vorziehen der Steuerreform nicht durch einen Subventionsabbau gegenfinanzieren. Man kann es. Wir als FDP haben aufgezeigt, wie man das machen kann. Das ist ganz hervorragend.

Ich denke, Sie haben ein ganz anderes Problem: Die Bundesregierung hat die Steuerreform jetzt vorgezogen, die Finanzierung ist unsolid. Jetzt versucht man, den Ball den Ländern zuzuschieben, die natürlich auch ihre eigenen Interessen vertreten müssen.

Das größte Problem, das Sie haben, ist doch, dass Sie immer noch nicht bereit sind, den Menschen das zu sagen, was wir als Liberale ihnen schon lange sagen, dass nämlich das Rentenniveau nicht gehalten werden kann, dass es abgesenkt werden muss – das haben wir schon immer gesagt, aber Sie haben den Leuten weisgemacht, dass das anders geht –, dass die Eigenbeteiligung bei der Krankenversicherung erhöht werden muss, dass die private Vorsorge verstärkt werden muss,

(Abg. Drexler SPD: Jetzt warten Sie doch mal ab, was kommt!)

dass der Staat nicht mehr alles leisten kann, dass die Leistungen bei der Sozialhilfe so nicht mehr finanzierbar sind und auch in anderen Bereichen die staatlichen Sozialleistungen auf den Prüfstand müssen, und zwar einfach deshalb, weil dieses Land Gefahr läuft, seinen Wohlstand, alles, was wir haben, zu verspielen. Sie trauen sich immer noch nicht, dies den Menschen klar zu sagen. Das ist Ihr Problem.

(Theurer)

(Abg. Drexler SPD: Die Leute in diesem Land müssen mit ihrem Einkommen noch leben können!)

Wir haben dieses Problem nicht, weil wir das immer klar gesagt haben. Wir wissen, dass das schwierig wird, aber wenn es uns nicht gelingt, durch diese Strukturreformen dieses Land wieder wettbewerbsfähig zu machen, wenn es uns damit nicht gelingt, dafür zu sorgen, dass unsere Unternehmen wieder am Weltmarkt erfolgreich sind und damit echte Beschäftigung geschaffen werden kann, dann werden wir unseren Lebensstandard nicht halten können.

Daher müssen Sie sich von Ihrer Staatsgläubigkeit verabschieden. Sie müssen sich hinwenden zu dem einzig richtigen Weg: mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung und mehr privat! Dafür treten wir ein.

(Abg. Drexler SPD: Aber auch bei der Handwerksordnung?)

Das ist das Problem, das Sie haben. Wir sind für die Steuerreform. Wir erwarten von der Bundesregierung und von den Regierungsparteien im Bundestag eine entsprechende solide Gegenfinanzierung. Diese Gegenfinanzierung können wir über den Bundesrat überhaupt nicht gewährleisten, sondern wir dürfen von der Bundesregierung erwarten, dass sie ein Gesetz vorlegt, das auch die Länder, auch Baden-Württemberg, und unsere Städte, Gemeinden und Landkreise in die Lage versetzt, ihren Aufgaben nachzukommen, die ja vom Bundestag gesetzlich festgelegt worden sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 2 der Tagesordnung ist damit beendet.

Gemäß Vereinbarung im Präsidium und mit Ihrer Zustimmung möchte ich nun Punkt 4 der Tagesordnung vorziehen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Dazu begrüße ich den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Stilz.

Meine Damen und Herren Richter des Staatsgerichtshofs, der Landtag hat Sie in seiner 46. Sitzung am 25. Juni dieses Jahres gemäß Artikel 68 der Landesverfassung in Verbindung mit § 2 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg gewählt bzw. wiedergewählt. Sie haben die Wahl angenommen.

Nach § 4 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof haben die Mitglieder und ihre Stellvertreter vor Antritt des Amtes vor dem Landtag einen Eid zu leisten.

Ich verlese den gesetzlich vorgeschriebenen Eid:

Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Verfassung des Landes Baden-Württemberg getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Eidesformel gehört. Ich darf Sie nun bitten, einzeln in der im Gesetz vorgesehenen Reihenfolge zu mir auf das Podium zu treten, die rechte Hand zu erheben und zu sprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Herr Strauß.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Strauß: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Dr. Mattes.

Dr. Mattes: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Professor Dr. Kirchhof.

Dr. Kirchhof: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Professor Dr. Roßnagel.

Dr. Roßnagel: Ich schwöre es.

Präsident Straub: Frau Prechtel.

Ute Prechtel: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Frau Griebhaber.

Rita Griebhaber: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen und wünsche Ihnen im Namen des ganzen Hauses viel Erfolg in Ihrem hohen und verantwortungsvollen Richteramt.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, jetzt in die Mittagspause einzutreten. Wir unterbrechen daher die Sitzung bis 13:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:09 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:47 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Fragestunde – Drucksache 13/2247

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donau-eschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81

Das Wort zur Verlesung seiner Anfrage erhält Herr Abg. Gustav-Adolf Haas. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche zusätzliche Lkw-Belastung erwartet nach der Einführung der Lkw-Maut die Landesregierung auf der B 31 als durchgehender Ost-West-Verbindung zwischen Donaueschingen und Freiburg/Umkirch, die die künftig Lkw-Maut-pflichtigen Autobahnen A 5 und A 81 verbindet?
- b) Ist die Landesregierung im Falle einer signifikanten Zunahme dieser Lkw-Belastung bereit, dem Bundesverkehrsministerium die Einbeziehung dieses Abschnitts der B 31 in das bemaute Netz vorzuschlagen und darzulegen, welche prozentuale Zunahme gegenüber dem Status quo eine solche Aktivität der Landesregierung als Voraussetzung hätte?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält für die Landesregierung Herr Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Herrn Abg. Haas wie folgt:

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr hat den Bund bereits vor über einem Jahr dazu aufgefordert, die Auswirkungen der Lkw-Maut auf das nachgeordnete Straßennetz durch Vorher-Nachher-Untersuchungen festzustellen. Der Bund hat diese Anregung mittlerweile aufgegriffen. Um eine belastbare Datengrundlage für mögliche Verkehrsverlagerungen zu erhalten, wurde durch das BMVBW eine Studie in Auftrag gegeben, in der auf der Basis von Modellrechnungen die Auswirkungen der Lkw-Maut, insbesondere die Größenordnung von möglichen Verkehrsverlagerungen zulasten bestimmter Räume, Städte und Gemeinden, untersucht werden. Die Modellrechnungen basieren auf den aktuell für die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans durchgeführten Berechnungen. Die Studie wird vom Bund gemeinsam mit einigen Bundesländern – darunter auch Baden-Württemberg – betreut.

Parallel dazu sollen mögliche Verlagerungseffekte auf der Grundlage von Verkehrsdaten untersucht werden. Hierzu dienen die Verkehrsdaten aus automatischen Dauerzählstellen. Zusätzliche Verkehrsdaten liefern manuelle Zählungen der Straßenbauverwaltungen.

Aufgrund der Zählungen und der Modellrechnungen wird sich die Auswirkung der Lkw-Maut auf die B 31 zwischen der A 5 und der A 81 bestimmen lassen. Die Zusammenführung und Auswertung der verschiedenen Datenquellen wird allerdings insbesondere wegen der erforderlichen Nachher-Untersuchungen einige Zeit in Anspruch nehmen. Auch wird es erst dann möglich sein, die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen zu bewerten.

Die Ausdehnung der Mautpflicht auf genau bezeichnete Abschnitte von Bundesstraßen ist nach § 1 Abs. 4 des Autobahnmautgesetzes nur dann möglich, wenn dies aus Sicherheitsgründen gerechtfertigt ist. Diese Sicherheitsgründe werden sich nicht schematisch an einem bestimmten Prozentsatz der Verkehrszunahme festmachen lassen.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfragen? – Bitte, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wann wird die Untersuchung abgeschlossen sein?

Staatssekretär Mappus: Ich gehe davon aus, dass die Untersuchung im nächsten viertel bis halben Jahr abgeschlossen und ausgewertet sein wird.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Danke schön!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Dann rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Inge Utzt SPD – Zurückstellung von Einbürgerungsanträgen

Frau Abg. Utzt, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Inge Utzt SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass das Regierungspräsidium Freiburg einbürgerungswilligen italienischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern rät, ihren Einbürgerungsantrag bis zur Klärung der Frage einer eventuell vorübergehenden Doppelstaatsangehörigkeit zurückstellen zu lassen?
- b) Sind der Landesregierung ähnliche Vorgehensweisen bei anderen Regierungspräsidien bekannt?

(Abg. Teßmer SPD: Das ist ein dicker Hund!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erhält für die Landesregierung Herr Staatssekretär Rech.

Staatssekretär Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Frau Kollegin Utzt, im Namen der Landesregierung darf ich Ihre Mündliche Anfrage wie folgt beantworten:

Zunächst einmal eine Vorbemerkung. Man könnte versucht sein, die Frage formal mit Nein zu beantworten, weil weder das Regierungspräsidium noch etwa das Innenministerium Kontakt mit Antragstellern haben.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na, na!)

Sie können solche Ratschläge also nicht erteilen.

(Abg. Inge Utzt SPD: Soll ich Ihnen die Korrespondenz zeigen?)

Aber so einfach machen wir es uns natürlich nicht, und die Antwort wird Sie – so hoffe ich jedenfalls – zufrieden stellen, denn die Verfahrensweise, die ich jetzt gleich schildere, ist ein Entgegenkommen den Antragstellern gegenüber.

Ich will Ihnen das begründen. Es gibt ein Übereinkommen vom 6. Mai 1963 über die Verringerung der Mehrstaatigkeit auf der einen Seite und zur Wehrpflicht von Mehrstaatern auf der anderen Seite. Das Innenministerium hat nun die Regierungspräsidien und die Einbürgerungsbehörden

(Staatssekretär Rech)

mit Schreiben vom 10. Februar dieses Jahres über die Kündigung dieses Übereinkommens informiert und hat dargestellt, dass nach unserer Auffassung keine Gegenseitigkeit im Sinne des § 87 Abs. 2 des Ausländergesetzes besteht.

Das heißt, französische und italienische Einbürgerungsbewerber erhalten eine Einbürgerungszusicherung. Dementsprechend verfahren die Einbürgerungsbehörden nicht nur im Regierungsbezirk Freiburg – wie Sie anfragen –, sondern auch in den übrigen Regierungsbezirken.

Antragstellern, Frau Kollegin Utzt, die dies nicht möchten – nämlich zunächst eine Einbürgerungszusicherung zu erhalten –, wird angeboten, die Bearbeitung ihres Antrags bis zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über den Revisionsantrag von Bayern zurückstellen zu lassen.

(Abg. Teßmer SPD: Das klang wie eine Drohung!)

In einem Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht haben sowohl das Verwaltungsgericht Ansbach als auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München eine andere Auslegung des § 87 Abs. 2 des Ausländergesetzes vertreten, als das Land Bayern sie vertritt.

(Abg. Inge Utzt SPD: Und Baden-Württemberg!)

– Und auch Baden-Württemberg; Sie wissen dies. Wegen der grundlegenden Bedeutung dieser Sache hat der VGH – wie immer in solchen Fällen – die Revision zugelassen. Bayern hat auch fristgerecht Revision eingelegt. Mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts wird im Laufe des nächsten Jahres gerechnet.

Deswegen ist die Verfahrensweise ein Entgegenkommen gegenüber den Antragstellern und geschieht nur mit deren Zustimmung. Wenn die Antragsteller beides ablehnen, nämlich Einbürgerungszusicherung und Zurückstellung ihres Antrags, also auf Entscheidung bestehen, dann muss der Antrag abgelehnt werden – nebenbei bemerkt: mit entsprechender Kostenfolge. Um dies zu vermeiden, bieten wir diesen Weg an.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Ist der Landesregierung bewusst, dass es durch die von Ihnen beschriebene Praxis italienischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern quasi unmöglich ist, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, weil das italienische Staatsangehörigkeitsrecht eine auch nur vorübergehende Staatenlosigkeit nicht zulässt?

Staatssekretär Rech: Die tritt ja nicht ein, wenn der Antrag zurückgestellt wird.

(Abg. Inge Utzt SPD: Eben!)

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage.

Abg. Inge Utzt SPD: Gerade aufgrund Ihrer Antwort, Herr Staatssekretär: Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Einbürgerungsanträge italienischer Staatsangehöriger aufgrund der von Ihnen beschriebenen Praxis zurückgestellt, zurückgenommen oder vorsorglich erst gar nicht gestellt worden sind?

Staatssekretär Rech: Über die Anzahl der erst gar nicht gestellten Anträge können wir natürlich keine Erkenntnisse haben.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Inge Utzt SPD:
Das ist klar!)

Insoweit bewege ich mich auf sehr sicherem Eis.

Die Zahlen zu der anderen Frage müsste ich in der Tat erheben lassen. Ich weiß nicht, ob es darüber eine Statistik gibt. Das müsste in jedem Regierungsbezirk jetzt einzeln abgefragt werden. Einbürgerungsbehörde ist nicht das Regierungspräsidium. Aber ich kann der Frage gerne nachgehen. Wenn Erkenntnisse darüber vorliegen, werde ich Ihnen die genauen Zahlen gerne nennen.

Ich weiß nicht, ob es gestattet ist, dass auch der Gefragte eine Frage stellt, eine ganz harmlose, Frau Kollegin Utzt.

(Abg. Inge Utzt SPD: Ich lasse eine Frage zu! – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Utzt wird nicht die Möglichkeit haben, solche Fragen zu beantworten.

Staatssekretär Rech: Es liegt ja angeblich ein Gutachten zu dieser Frage vor. Dieses ist dem Innenministerium aber nicht bekannt. Deswegen könnten wir uns vielleicht bilateral darüber verständigen, dass wir das Gutachten in die künftige Handhabung mit einbeziehen.

(Abg. Inge Utzt SPD: Ich werde Ihnen das Datum des Gutachtens nennen! Ich habe es drüben in meinem Büro! – Heiterkeit)

– Kein Problem. Vielen Dank.

Stellv. Präsident Birzele: Damit ist die zweite Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn

Das Wort zur Verlesung seiner Anfrage erhält Herr Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Zugleistungen des in der vergangenen Woche unterzeichneten Verkehrsvertrags des Landes mit der Deutschen Bahn sind vor Ablauf der Vertragsdauer im Jahr 2016 für eine Vergabe im Wettbewerb vorgesehen (vorgesehene Vergaben mit Umfang in Zugkilometer und Euro pro Jahr sowie vorgesehenem Jahr der Betriebsübergabe)?
- b) Wie stellt sich die Landesregierung einen kontinuierlichen Übergang in den Wettbewerb mit einer Stärkung neuer Schienenverkehrsanbieter vor, wenn zwei Drittel des Vergabevolumens von 350 Millionen € pro Jahr der Deutschen Bahn bis zum Jahr 2016 garantiert werden und dann auf einen Schlag neu zu vergeben sind?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Herrn Abg. Palmer wie folgt:

Zu a: Ausgehend von bisher 49 Millionen Zugkilometern werden während der Vertragslaufzeit Leistungen in Höhe von rund 17 Millionen Zugkilometern bzw. rund 35 % der Gesamtleistung aus dem Vertrag herausgelöst.

Folgende Leistungen werden während der Vertragslaufzeit auslaufen: S-Bahn Rhein-Neckar, erste Stufe, mit 2,71 Millionen Zugkilometern zum 15. Dezember 2003, Hausach-Freudenstadt mit 0,32 Millionen Zugkilometern im Jahr 2004, Heilbronn-Öhringen mit 0,26 Millionen Zugkilometern im Jahr 2005, Nordschwarzwald-Pforzheim-Horb-Tübingen mit 1,24 Millionen Zugkilometern im Jahr 2005, Schwarzwaldbahn mit 3,59 Millionen Zugkilometern im Jahr 2006, Südbahn mit 1,96 Millionen Zugkilometern im Jahr 2011, Verkehrsnetz Nordwürttemberg mit 2,15 Millionen Zugkilometern im Jahr 2012, S-Bahn Rhein-Neckar, zweite Stufe, mit 3,9 Millionen Zugkilometern im Jahr 2015. Hinzu kommen verschiedene Grenzverkehre mit einem Volumen von 1,28 Millionen Zugkilometern, abhängig von Ausschreibungsaktivitäten in Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern.

(Abg. Teßmer SPD: Schweiz?)

Angaben zum Zuschussvolumen – das war die Frage nach den vorgesehenen Vergaben in Euro pro Jahr – sind aus heutiger Sicht nicht möglich, da der Ausgang des Vergabeverfahrens nicht vorausgesagt werden kann. Soweit die Vergabeverfahren bereits abgeschlossen sind, ist die Landesregierung aus vergaberechtlichen Gründen daran gehindert, die Angebote der Bieter im Einzelnen öffentlich zu machen. Dies betrifft insbesondere die Höhe des Zuschusses.

Zu b: Am Ende der Vertragslaufzeit werden etwa 32 Millionen Zugkilometer bei der DB Regio AG verblieben sein. Diese Leistungen werden zwar zum Ende der Vertragslaufzeit gleichzeitig, aber nicht in einem Los vergeben werden. Gemäß den Vorschriften des Vergaberechts – § 5 VOL/A: Vergabe nach Losen – werden diese Leistungen vielmehr in verkehrlich sinnvolle Teillöse aufgeteilt. Diese werden so zugeschnitten sein, dass sich auch kleinere Mitbewerber mit Aussicht auf Erfolg um eines oder mehrere dieser Teillöse bewerben können.

Dadurch erwartet die Landesregierung einen lebhaften Wettbewerb zum Ende der Laufzeit des jetzt geschlossenen Verkehrsvertrags. Zudem ist davon auszugehen, dass sich bis zum Ende der Vertragslaufzeit der Wettbewerb um Schienenpersonennahverkehrsleistungen so weit entwickelt hat, dass sich auf die Ausschreibungen der entsprechenden Verkehrsleistungen im Unterschied zu heute zahlreiche potenzielle Wettbewerber bewerben werden.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfragen? – Damit ist die Fragestunde beendet und Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – EU-Agrarreform – Auswirkungen auf Landwirte und Kulturlandschaft in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, ich will vorab erneut auf die Regeln der Aktuellen Debatten verweisen: Gesamtrededzeit 40 Minuten, zwei Runden, Rededzeit für jeden Redner/jede Rednerin fünf Minuten, kein Zusammenzählen der Rededzeiten. Insbesondere will ich darauf hinweisen, dass die Reden in freier Rede zu halten sind. Ferner bitte ich die Landesregierung um Beachtung der vorgegebenen Rededzeiten.

Herr Abg. Kiefl, Sie erhalten das Wort.

Abg. Kiefl CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Beschlüssen der EU von Luxemburg beginnt in der Agrarpolitik eine neue Ära. Es findet ein Paradigmenwechsel statt, das heißt, es muss ein Umdenken beginnen, und zwar mehr und mehr weg von der Nahrungsmittelproduktion hin zu einer größeren Bedeutung der Kulturlandschaft.

Was sind die Kernpunkte dieser Reform? Ich will sie noch einmal ganz kurz in Erinnerung rufen. Das sind im Wesentlichen zwei Punkte.

Das ist zum einen die Entkopplung der Direktzahlungen, der Ausgleichsleistungen von der Produktion. Das heißt also, die Ausgleichsleistungen haben nichts mehr mit der pro Hektar produzierten Menge zu tun, hängen also nicht mehr von der Menge ab.

Das ist zum anderen eine Geldumschichtung im Rahmen der so genannten Modulation, wobei von diesen Direktzahlungen an die Bauern etwas weggenommen wird und in den ländlichen Raum hinüberschoben wird. Man kann also sagen: weg vom Bauernhof hinein ins Dorf.

Das sind – es gibt noch ein paar andere – die zwei Kernpunkte.

Meine Damen und Herren, im Grundsatz ist das, sage ich einmal, eine richtige Entscheidung. Es wurde schon immer damit gerechnet, dass es in diese Richtung läuft. Wir haben in der EU bei den Nahrungsmitteln eine Vollversorgung. Der Welthandel – die WTO – schreibt natürlich auch entsprechende Richtlinien fest. Aber – und das ist jetzt das Entscheidende für uns – inwieweit greift der Vorsatz von EU-Kommissar Fischler, dass sich das Ganze nach der Reform über die Jahre hinweg stabilisieren soll und es sogar zu einer leichten Verbesserung der Verhältnisse in der Landwirtschaft kommen soll, für uns in Deutschland und ganz konkret in Baden-Württemberg? Wirkt sich die Reform positiv aus? Da muss ich sagen: Das geht nach dem Stand, den wir kennen und den wir bis heute berechnen können, voll daneben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Na, na!)

Wir haben eine Reihe von Nachteilen. Nachteil Nummer 1 – ich will es festmachen – ist der, dass sich der französische Staatspräsident Chirac mit seiner Konzeption voll durchgesetzt hat,

(Kiefl)

(Abg. Teßmer SPD: Das habt ihr doch gewollt! Ihr habt doch gesagt, wir sollen uns an Frankreich anhängen!)

übrigens mit Unterstützung von Frau Künast. – Lassen Sie es mich erklären: Chirac hat sich voll durchgesetzt mit der Folge,

(Abg. Teßmer SPD: Ach Quatsch!)

dass die Getreideländer – Frankreich ist natürlich ein starkes Getreideland –

(Abg. Teßmer SPD: Norddeutschland!)

im Vergleich – jetzt beziehe ich es gleich auf uns – mit den süddeutschen Grünlandregionen mit ihrer Milchviehhaltung einen Vorteil haben.

Ich nenne konkrete Zahlen. Die Einbußen bei der Milchviehhaltung im Allgäu – ich fange dort an, wo die Viehhaltung am intensivsten ist – betragen 40 % und im Schwarzwald 30 %.

(Abg. Teßmer SPD: Gar nicht wahr!)

Beim Getreide machen sie 4 % und bei den Schweinen 1 % aus.

(Abg. Teßmer SPD: Jammern, jammern!)

– Versuchen Sie einmal, dem zu folgen! – An den genannten Zahlen kann jeder ablesen: Die süddeutschen Grünlandregionen sind am stärksten betroffen, der Norden und der Osten der Republik – Getreide und Schweine – nicht oder kaum; sie kommen mit einem blauen Auge davon.

Das heißt, die Benachteiligten stehen eindeutig fest. Es ergeben sich Nachteile für die Milchviehhaltung und damit Nachteile für die Kulturlandschaft; denn Milcherzeugung schafft eigentlich Kulturlandschaft.

Nun zu einem zweiten Punkt neben den Auswirkungen auf die Höfe. Die gepflegte, nachhaltige Kulturlandschaft bleibt flächendeckend nur durch Nutzung und nicht durch irgendwelche anderen Maßnahmen erhalten.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Herr Teßmer, in der Milchviehhaltung gibt es Einkommenseinbußen von 40 %.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

– Natürlich.

(Abg. Teßmer SPD: Ach Quatsch!)

Ich lege Ihnen noch die Rechnung vor. Ich kann es Ihnen auch gleich vorrechnen, wenn das nicht auf die Redezeit angerechnet wird. Die Berechnungen liegen hier.

(Abg. Teßmer SPD: Wenn man schlecht informiert ist, soll man nicht Unsinn verbreiten! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kiefl, damit Sie nicht einem Irrtum unterliegen: Das wird natürlich auf die Redezeit angerechnet.

Abg. Kiefl CDU: Dann schenke ich es mir jetzt.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist auch besser!)

Entscheidend ist, wie das Neue wird. Für die Landschaft gibt es keinen Markt; das ist ganz klar. Es gibt einen Markt für Kalorien,

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen wir beide gut!)

was zu der perversen Situation geführt hat, dass Fleisch billiger ist als Hundefutter, dass Milch billiger ist als Wasser und dass, immer auf die Kalorien bezogen, Getreide billiger ist als Müll.

(Abg. Fleischer CDU: Unglaublich!)

Das, meine Damen und Herren, ist der Paradigmenwechsel, von dem ich eingangs sprach. Das ist nicht mehr nur eine Frage der klassischen Agrarpolitik, sondern die gesamte Gesellschaft muss begreifen, dass hier etwas ganz Neues auf uns zukommt.

(Abg. Teßmer SPD: Das war doch zu Ihrer Zeit auch nicht anders! Ach du lieber Gott!)

Wenn wir nicht wollen, dass das wegbricht, was viele unserer Mitbürger „Heimat“ nennen – Kalorien kann ich überall zukaufen; das ist nicht das Thema –, müssen wir versuchen zu begreifen, was sich hier abspielt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Teßmer SPD: Fangen Sie einmal bei sich selber an!)

Ich komme zu einem dritten Punkt. Wir müssen leider – Gott sei geklagt – einen Zweifrontenkrieg führen, nämlich nicht nur im Hinblick auf die EU-Beschlüsse, sondern auch im Hinblick auf das, was von Berlin kommt. Die nationalen Alleingänge – ich habe das hier schon zimal gesagt –, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen, sind hinreichend bekannt. Aber jetzt kommt noch eine interessante Zahl, die man sich merken sollte. Ich meine die Steigerung der Krankenkassenbeiträge, um nur ein Datum zu nennen.

(Abg. Teßmer SPD: Darauf habe ich gewartet!)

– Darum habe ich es genau ausgerechnet.

(Abg. Walter GRÜNE: Das gehört aber nicht zum Thema!)

Die Krankenkassenbeiträge eines durchschnittlichen baden-württembergischen Betriebs sind um 1 635 € pro Jahr

(Abg. Teßmer SPD: Was hat das mit Luxemburg zu tun?)

bzw. 136 € pro Monat gestiegen.

(Abg. Walter GRÜNE: Thema verfehlt!)

(Kiefl)

Ein MEKA-Empfänger liegt im Durchschnitt bei rund 1 300 €. Und jetzt kommen die Geistesgrößen und wollen uns erklären, wir sollten all das, was auf die Landwirtschaft zukommt, mit Landesprogrammen auffangen.

(Abg. Fleischer CDU: Unglaublich!)

Dabei ist die Steigerung der Krankenkassenbeiträge bereits höher als das, was das Land einem MEKA-Empfänger durchschnittlich gewähren kann.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt sind Sie aber vom Thema weit weg! – Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Ich sehe, die Sprechzeit ist zu Ende.

(Abg. Teßmer SPD: Besser so!)

Aber in der zweiten Runde gibt es weitere Erläuterungen.

Jetzt, Kollege Teßmer, kommen Sie mit mir mit, oder ich komme zu Ihnen und zeige Ihnen die Rechnung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Hören Sie auf! Falsche Zahlen werden auch durch ständiges Wiederholen nicht richtig!)

Stellv. Präsident Birzele: Es ist immer ein Angebot an das hohe Haus, wenn sich Abgeordnete abseits des Rednerpults austauschen.

Herr Abg. Teßmer, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Fleischer: Jetzt hat er es! Vorher hat er es missbraucht!)

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der liebe Kollege, der gerade gesprochen hat, ist anscheinend der „Weltmeister im Schlechtrechnen“. Aber man muss jetzt zunächst einmal die Gedanken von Luxemburg und von Brüssel zusammenfassen.

Zum einen hat Herr Fischler – er ist ja auch Landwirt – etwas völlig Korrektes gesagt. Das sagen übrigens auch die Vertreter der Landwirtschaft, also die Bauernverbände und die nachgeordneten Verbände, genauso wie das Ministerium. Da muss man deutlich feststellen: Es geht im Augenblick um zwei verschiedene Dinge. Herr Kiefl, ich bin froh, dass wir uns wenigstens da einig sind.

Einmal: Die Landwirte müssen in Zukunft, weil sie ja Unternehmer sind, von ihren Produkten leben können und wollen.

Zum anderen: Sie kriegen – da ist die Durchsetzung gar nicht so einfach – dafür, dass sie eine Landschaftspflegeleistung erbringen, Geld. Da sind wir uns ja Gott sei Dank einig.

Bei der Milch haben Sie gerade den Worst Case berechnet. Ihre Zahlen stimmen nicht. Das trage ich gern in der zweiten Runde vor. Ihre Zahlen stimmen nur insofern, als Sie sie absichtlich schlechtgeredet haben.

Sie sind mir da schöne Pharisäer. Bei der Verwaltungsreform sagen Sie: „Irgendwie werden die 20 % Einsparung erreicht.“ In Bezug auf die von SPD und Grünen geführte Bundesregierung in Berlin dagegen sagen Sie dauernd: „Das wird viel schlimmer, als wir befürchten.“ So billig bekommen Sie Ihre Zahlen nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kiefl CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich gebe Ihnen keine Antwort. Denn ich muss meine Rede jetzt einmal durchziehen.

Zur Grünlandprämie müssen Sie sagen: Das ist etwas völlig Neues. Davon haben Sie immer geredet, und jetzt kommt sie.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Also tun Sie nicht so, als ob wir die Landwirte kaputtmachen wollten. Auch Frau Künast weiß, dass die Landschaftspflege und die Leistungen unserer Landwirte wichtig sind.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Teßmer, Herr Kollege Kiefl hat eine dringende Zwischenfrage.

Abg. Teßmer SPD: Das kann er nachher in der Pause mit mir klären.

(Abg. Kiefl CDU: Nachfrage!)

Die Luxemburger Beschlüsse haben endlich dazu geführt, dass man nicht etwas produziert, was man nicht verkaufen kann, weil der Interventionspreis zu hoch dotiert war. Das ist doch etwas Sinnvolles.

Das Zweite: Wir akzeptieren und honorieren in Zukunft die landschaftspflegerische Leistung.

Herr Kiefl, ich verstehe Sie in einem Punkt nicht: Sie machen auf einmal einen Unterschied zwischen Norddeutschland und Süddeutschland, wenn es Ihnen passt, und wenn es Ihnen nicht passt, sagen Sie: „Wir müssen auch Rücksicht auf die Grünland- und die Getreideanbauunterschiede zwischen Norddeutschland und Süddeutschland nehmen.“ Das ist nicht fair.

Wir sollten aber auch deutlich machen: Auch der Tierschutz kommt in Zukunft besser weg. Das nützt den Bauern nichts, aber es schadet ihnen auch nichts.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Ob das so optimal ist, weiß ich nicht. Aber der Verbraucher muss auch wissen: Politik hat auch etwas damit zu tun, wie Tiere über die Straße transportiert werden, wenn das eigentlich gar nicht nötig ist. Das haben Sie leider ganz vergessen, aber das passt Ihnen wohl nicht in den Kram.

Ich möchte deutlich machen – erste Runde –: Landwirte sagen – ich halte das für richtig –, dass sie Unternehmer sind. Dann müssen sie unternehmerisch denken können. Es kann nicht sein, dass der Staat ihnen durch die Intervention das Denken abnimmt, weil die Preise festgelegt sind.

(Abg. Hauk CDU schüttelt den Kopf.)

(Teßmer)

– Ja, Herr Hauk, da dürfen Sie jetzt nicht den Kopf schütteln. Retten Sie mit Ihrer Kompetenz die Förster und unser Einheitsforstamt. Darüber wäre ich sehr glücklich.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Fleischer CDU: Sie sind schon der Gipfel der Sachlichkeit und des wirren Vortrags! Was hat das Einheitsforstamt mit dem Weizen in Norddeutschland zu tun?)

– Dazu könnte ich Ihnen auch etwas sagen.

(Abg. Fleischer CDU: Das glaube ich auch!)

Unser Problem ist meiner Ansicht nach, dass wir bei einer Reform, die aus Geldmangel entstanden ist – das will ich überhaupt nicht abstreiten –, nicht zugeben wollen, dass Landschaftspflege in Zukunft honoriert wird, Grünland nicht mehr umgebrochen werden darf. Das wissen Sie auch. Dafür gibt es Geld von der EU, nicht von Herrn Stächele. Er hat ja ohnehin nichts an Geld, und an Kompetenzen hat er bald auch nichts mehr, wenn ihm alle Ämter weggenommen werden.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ein Weiteres ist deutlich: Man baut in Zukunft das an, was man auch verkaufen kann. Da möchte ich von Ihnen einmal eine Antwort auf die Frage hören: Warum können wir da, wo die Landwirtschaft sehr wohl Rohstoffe für das Gewerbe und die Industrie anbauen könnte, nicht mehr Unterstützung leisten? Da herrscht in Baden-Württemberg Fehlanzeige. Wir können dazu gern Beispiele liefern, wenn Sie wollen.

Ich möchte nur noch deutlich machen: Ich finde es schlichtweg unfair, wenn Sie behaupten, bei Ihrer Reform sei die Einsparung gottgewollt und komme, während sie von Brüssel aus nie komme. Da wird immer der schlechteste Fall angenommen. Das ist nicht fair. Denn eines ist klar: Herr Fischler will die Landwirtschaft auch in der Fläche erhalten. Das wollen die Sozialdemokraten auch.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

– Zwischenfragen sind möglich. Aber Sie haben ja nachher das Wort in der zweiten Runde.

Herr Drautz, Sie haben das Wort.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein Mensch, der an und für sich immer sehr optimistisch ist.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist erfreulich, Herr Kollege!)

Aber wenn ich hier zum Beispiel die Überschrift lese: „Europas Landwirtschaft bleibt teuer“, muss ich trotz meines ganzen Optimismus sagen,

(Abg. Teßmer SPD: Aber nur beim Wein, oder wie? – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Sie haben doch gerade geredet! Seien Sie doch mal still!)

dass unseren Landwirten schwere Zeiten bevorstehen.

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt hoch. – Abg. Drexler SPD: Das können wir nicht lesen!)

– Ich zitiere gleich, Herr Drexler.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht alles vorlesen!)

– Ich lese nicht alles vor. Machen Sie sich keine Sorgen. Ich will nur eines sagen: Wenn wir in Deutschland 4,44 Milliarden € an die EU zahlen und zum Beispiel Spanien 3,237 Milliarden € bekommt und die EU-Erweiterung stattfindet –

(Abg. Teßmer SPD: Was hat das mit den Beschlüssen von Luxemburg zu tun?)

– Was das mit den Beschlüssen von Luxemburg zu tun hat? Da sieht man, wie weltfremd Sie sind. Sobald die neuen Beitrittsstaaten in der EU voll integriert sind,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Was ist dann?)

werden die Beschlüsse von Luxemburg auch für diese Staaten gelten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist doch nicht wahr! Die EU-Ausgaben sind doch gedeckelt!)

– Ja, dass die EU-Ausgaben gedeckelt sind, Herr Winkler, ist richtig. Aber gerade weil sie gedeckelt sind und diese Länder dazukommen und dann an den Programmen beteiligt sind und weil wir die Nettozahler sind und auch nicht mehr zahlen können, da unsere Haushaltskassen im Bund und in den Ländern auch knapp sind, kommen harte Zeiten. Das ist nur der Anfang.

(Abg. Drexler SPD: Harte Zeiten, das ist richtig! – Abg. Teßmer SPD: Das hat aber mit den Beschlüssen nichts zu tun! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist ja der Sinn der Reform! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Dass harte Zeiten kommen? Prima, Herr Winkler! Ein Politikmasochist!)

Da muss man jetzt einmal die Wahrheit sagen. Ich sage Ihnen eines: Ich gehöre diesem Berufsstand an, und Sie theoretisieren und gehen bei der Reform vom Status quo aus. Aber Sie müssen einmal klar sehen: Wenn die neuen Beitrittsstaaten dazukommen – wir wollen Europa, wir wollen Frieden in Europa; dies muss man ganz klar sehen –, ist es nicht mehr möglich, innerhalb der EU diese Programme dementsprechend zu fahren.

(Abg. Teßmer SPD: Das betrifft aber Frankreich genauso!)

– Entschuldigung, ich habe doch nicht gesagt, dass es nur Deutschland trifft. Die alte EU wird es treffen. Tatsache ist aber, dass diese Programme nicht mehr so wie bisher gefahren werden können. Nach den ganzen neuen Beschlüssen der EU, die jetzt da sind, muss ich eines ganz klar sagen,

(Drautz)

Herr Teßmer, wenn Sie sagen, der Landwirt solle Unternehmer sein:

(Abg. Teßmer SPD: Soll er es nicht?)

Wir Landwirte sind Unternehmer. Stellen Sie sich das vor.

(Abg. Teßmer SPD: Also, dann unternehmen Sie doch etwas!)

Da brauchen wir Sie nicht, damit uns Sie erklären, wie ein Unternehmen zu funktionieren hat.

(Abg. Drexler SPD: Das ist schön gesagt! – Abg. Walter GRÜNE: Kannst du einmal etwas zum Thema sagen?)

Eines steht fest: Wenn landwirtschaftliches Unternehmertum in Europa – und es geht um die EU-Beschlüsse und zukünftige Förderungen der Landwirtschaft –, dann unter gleichen Standortbedingungen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn ich die neuen Beschlüsse der EU anschau, stelle ich fest, dass Sozialdumping stattfindet und im Bereich Tiererschutz ein Riesenproblem besteht, weil andere EU-Staaten nicht unsere Standards haben und deshalb wesentlich günstiger produzieren können. Im Pflanzenschutzmittelbereich gibt es praktisch totale Unterschiede, sodass unsere Bauern mit den zukünftig gekürzten Zuschüssen nicht mehr leben können, weil auf der anderen Seite zum Beispiel Frankreich Agrardiesel hat, was auch ein Thema ist. Deshalb ist es das Allerwichtigste, dass im Tierarzneimittelrecht und bei den Pflanzenschutzmitteln harmonisiert wird und dass die Wirkstoffe europaweit zugelassen werden, damit man einheitlich produzieren kann. Mit den Standards, die wir in Deutschland aufgebaut haben, gehen sonst unsere Landwirte unter. Das muss man einmal ganz klar sehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Deshalb spreche ich zur EU-Reform. Ich spreche bloß nicht das nach, was die ganze Zeit von allen geredet wird,

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie jetzt?)

sondern sage, was auf uns in der Landwirtschaft zukommen wird. Als ich dann Ihren Kanzler – unseren Kanzler –

(Abg. Drexler SPD: Unseren!)

gehört habe, als er gesagt hat, er wolle hauptsächlich bei den Kohlesubventionen und in der Landwirtschaft kürzen, dachte ich: Dann bekommen wir einen Doppelschlag auf die Landwirtschaft.

(Abg. Drexler SPD: Wo wollen Sie denn kürzen?)

– Ich sage es Ihnen bloß. Deshalb braucht Herr Teßmer nicht so zu tun, als ob er der große Wegbereiter für die Landwirte wäre und es mit den Landwirten gut meinte.

(Beifall des Dr. Noll FDP/DVP)

In der zweiten Runde werde ich im Detail auf das Thema EU-Agrarreform eingehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Zimmermann CDU – Zurufe der Abg. Teßmer und Drexler SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Rede des Kollegen Kiefl hatte mir eigentlich Hoffnung gemacht, dass wir heute ohne diesen ideologischen Pulverdampf und Pulverrauch über die EU-Agrarreform diskutieren können.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das hat doch mit Ideologie nichts zu tun!)

Aber das, was Herr Kollege Drautz jetzt hier abgelenkt hat,

(Abg. Drexler SPD: War mehr Dampf als Pulver!)

verstehe ich überhaupt nicht.

(Unruhe)

Ich freue mich auf die zweite Runde, Kollege Drautz. Dann können Sie noch einmal zum Thema reden. Das haben Sie bisher nicht gemacht.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Nebel war das! Nebelkerzen! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Keine Nebelkerzen!)

Meine Damen und Herren, wir müssen als Erstes zur Kenntnis nehmen: Diese EU-Agrarreform bringt viele Erfolge mit sich. Herr Kollege Kiefl hat glücklicherweise einige genannt. Offensichtlich sind sie bei der FDP/DVP noch nicht angekommen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist so üblich!)

Wenn wir uns anschauen, wo wir im Mai noch gemeinsam standen, wo sich abzeichnete, dass es überhaupt keine Reform geben würde, weil sich beispielsweise Frankreich völlig uneinsichtig zeigte, dann erkennen wir, dass wir heute einen wesentlichen Schritt weitergekommen sind. Herr Kollege Kiefl hat darauf hingewiesen: Der längst überfällige Systemwechsel in der Agrarpolitik wird nun endlich eingeleitet.

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch der größte Schwachsinn!)

Das ist ein Riesenerfolg für alle, und das kann man nicht kleinreden. – Kollege Hauk, Sie haben das offensichtlich auch noch nicht mitbekommen.

(Zurufe der Abg. Hauk CDU und Dr. Caroli SPD)

Charakterisiert wird dies beispielsweise durch die Entkopplung: Es ist Schluss mit dem Mechanismus, dass man umso mehr bekommt, je mehr man produziert. Das ist doch ein wichtiger Schritt.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

(Walter)

Das ist wirklich ein Paradigmenwechsel. Wer das nicht als Erfolg sehen will, dem kann ich auch nicht helfen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es muss endlich Schluss sein mit den Milchseen und den Butterbergen und all den anderen Überschüssen.

Das Zweite ist: Wir bekommen eine bessere Förderung für den ländlichen Raum durch die Modulation. Auch das ist ein Erfolg.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Dann verstehe ich gar nicht, Kollege Drautz, was Sie beispielsweise zum Bereich Tierschutz sagen. Der Fachbegriff „Cross Compliance“ gilt für alle Länder und für alles, was dort beschlossen wurde. Was heißt das auf Deutsch? Es bedeutet, dass diejenigen, die Gelder haben wollen, sich an bestimmte Auflagen im Tierschutz, im Umweltbereich usw. halten müssen; sonst gibt es eben nicht die entsprechenden Prämien. Das ist ein entscheidender Fortschritt, Kollege Drautz. Da gilt für alle Länder dasselbe.

(Abg. Teßmer SPD: Sogar mit Strafandrohung!)

Deswegen ist es völliger Unsinn, hier zu sagen, nur unsere Standards seien richtig oder es gäbe keine Standards. – Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Kollege Drautz, gerade dieser Punkt ist unheimlich wichtig: Wir alle wissen doch, wie gesellschaftlich umstritten die Agrarsubventionen sind. Ihre Akzeptanz in der Gesellschaft wird wesentlich erhöht, wenn sie mit den entsprechenden Umweltstandards verbunden sind. Deswegen ist auch das ein richtiger Schritt gewesen. Die Menschen erwarten nun einmal gesunde Lebensmittel, und sie erwarten eine artgerechte Tierhaltung.

Ein weiterer Erfolg aus Sicht der Landwirtschaft ist: Die Mittel werden insgesamt nicht gekürzt, sondern sind zunächst einmal auf viele Jahre festgeschrieben. In einer Zeit, in der überall gekürzt wird, ist das ein Riesenerfolg für die Landwirtschaft. Das können Sie doch nicht in Abrede stellen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Noch ein Weiteres, Kollege Drautz: Sie wissen doch genauso gut wie ich – das hoffe ich zumindest –, dass im September die WTO-Verhandlungen anstehen. Ein Muss dieser Agrarreform war doch, dass die Subventionen WTO-kompatibel gemacht werden. Sonst hätten wir als Europa da doch gar nicht antreten müssen. Also auch das ist eine gute Sache.

Besonders umstritten und besonders kritisiert sind die Beschlüsse im Milchbereich. Das ist ohne Zweifel für Baden-Württemberg sehr wichtig.

(Zustimmung des Abg. Kiefl CDU)

Ohne eine entsprechende Bezahlung werden wir es nicht schaffen, dass gerade in den benachteiligten Gebieten – in

unseren Grünlandstandorten im Schwarzwald, im Allgäu und in anderen Gegenden – die Landwirte weitermachen.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Das heißt, wir brauchen sie auch dort. Wir brauchen sie dort zur Pflege unserer Kulturlandschaft. Da kann ich dem Kollegen Kiefl nur Recht geben.

Aber auch da, Kollege Kiefl, nützen uns irgendwelche Berechnungen, die Sie irgendwo angestellt haben, nichts, sondern man muss einmal genauer anschauen, was jetzt eigentlich Sache ist. Wenn ich betrachte, was letzte Woche bei der Agrarministerkonferenz besprochen wurde, sehe ich: Da hat man sehr sachlich und sehr konstruktiv diskutiert. Man ist jetzt auseinander gegangen und hat vereinbart: Jetzt rechnet erst einmal zu Hause, bevor man hier blind drauf reinschlägt.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Sache ist doch Folgendes, Kollege Hauk:

(Abg. Hauk CDU: Das ist nicht berechenbar!)

Es gilt zunächst festzuhalten, dass drei von vier Zielen aus deutscher Sicht erreicht worden sind.

Erstens ist die Quote bis 2015 verlängert worden. Das unterscheidet sich von dem, was Fischler zunächst vorgelegt hatte. Es gibt keine Ausweitung der Quoten. Auch das ist ein Erfolg für Frau Künast, weil es Länder in Europa gab, die etwas ganz anderes wollten. Noch bis zuletzt wollten beispielsweise die Italiener eine Erhöhung von mindestens 2 %. Was das bedeutet hätte, brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Dass das verhindert wurde, ist auch ein Erfolg.

Auch die ursprünglichen Pläne Fischlers zu den Ausgleichszahlungen sind vom Tisch. Sie wissen genau, dass das große Einbußen mit sich gebracht hätte. Stattdessen, meine Damen und Herren, gibt es einen 80-prozentigen Ausgleich statt eines 50-prozentigen Ausgleichs, wie es ursprünglich in der Agenda 2000 vereinbart war. Auch das ist ein Fortschritt. Auch das schafft mehr Planungssicherheit für die Landwirte im Milchbereich.

Der Punkt – da hat Kollege Kiefl völlig Recht –, der nicht durchgesetzt werden konnte und der hauptsächlich am Votum Frankreichs gescheitert ist, war die Gleichstellung der Getreidebauern mit den Milchbauern.

(Abg. Kiefl CDU: Genau! Ja!)

Das ist selbstverständlich richtig. Auch die Degression ist an Chirac gescheitert. Nur, Herr Kollege Kiefl, wenn 15 Nationen am Tisch sitzen, kann nicht eine Nation alles diktieren.

(Abg. Hauk CDU: So war es aber am Schluss!
Aber genau!)

Das ist doch selbstverständlich.

(Abg. Hauk CDU: Aber so war es zum Schluss!)

Und wenn man von vier Dingen drei durchbringt, hat nicht eine Nation alles dominiert.

(Walter)

Ich werde Ihnen in der zweiten Runde, weil meine Redezeit jetzt leider zu Ende ist, sagen, wie wir national damit umgehen müssen. Denn das – das muss hier ausdrücklich gesagt werden – ist ein weiterer Erfolg dieser EU-Agrarreform: Wir haben nun viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten auf nationaler und regionaler Ebene als vorher. Ich hätte mir gewünscht, Kollege Drautz, dass Sie das wenigstens in einem Nebensatz erwähnen und hier nicht nur den „Jammerix“ spielen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Kiefl CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir immer wieder über die Agrarpolitik sprechen.

(Abg. Teßmer SPD: Wir auch!)

Denn hier im Parlament wie auch draußen wird immer mehr bewusst, dass die Sorgen zunehmen. Im Grunde muss man derzeit zwei große schwarze Wolken unterscheiden.

Das eine ist der allgemeine Konjunkturhimmel. Bei einer Bevölkerungsgruppe, die begründbar in weiten Teilen von dem abhängig ist, was an öffentlichem Geld in die Hand genommen werden kann, bedeutet dies eine ganz beachtliche Bedrohung. Was sich im Moment im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt abspielt, zeigt, dass die Befürchtungen sehr wohl konkret sind. Wenn im agrarsozialen Bereich Einsparungen in Höhe von 250 Millionen € vorgenommen werden sollen, heißt das ganz konkret, dass die Beiträge um 30, 40, 50 % angehoben werden müssen. Ich stelle das einfach fest. Das ergibt für einen Milchbetrieb – Kollege Kiefl hat das vorgerechnet – schnell 1 300, 1 400 € im Jahr. Ich stelle das fest, damit wir nicht mit Leichtfertigkeit die Probleme diskutieren, sondern merken, dass es jetzt wirklich ans Eingemachte geht, oder besser gesagt: Es geht ganz konkret um die Existenzen unserer bäuerlichen Familien.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

– Ja, das Allheilmittel Modulation. Ich komme noch darauf, Herr Winkler. Schauen Sie sich das genau an, bevor Sie das einsteigen. Das kann schnell zum Bumerang werden.

Das andere, was mit den Steuerreformbeschlüssen zusammenhängt und was sich auch wieder gegen die Landwirtschaft richtet, ist die Einführung der Buchführungspflicht. Das betrifft 15 000 bis 20 000 Betriebe, die erst einmal die entsprechenden Gebühren aufbringen müssen. Auch das bedeutet eine Belastung. Hinzu kommt, dass die Pauschalsätze verändert werden. Also kurzum: Auch hier geht es gegen die Landwirtschaft.

Die gegenwärtige Entwicklung wird also einerseits vom Konjunkturhimmel und andererseits von dem geprägt, was unsere öffentlichen Haushalte erbringen können oder, besser gesagt, nicht mehr zu finanzieren in der Lage sind. Genau in diese Situation kommt das, was Brüssel jetzt bringt,

nämlich ein elementarer Paradigmenwechsel für die Landwirtschaftspolitik.

Wir haben kurz vor der Verabschiedung in Brüssel, glaube ich, hier darüber debattiert, und jetzt wissen wir, was daraus entstanden ist. Ich meine, die Entkopplungsfrage bzw. Teilentkopplungsfrage ist das eine. Wir haben immer gesagt, dass erst recht mit einer Teilentkopplung viel Verwaltungsaufwand verbunden ist und dass wir deswegen große Befürchtungen haben.

Es ist angesprochen worden, dass die Cross Compliance eine große Tat wäre. Meine Damen und Herren, natürlich sind dabei nicht mehr 36 Vorschriften zu beachten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: 18!)

– Es sind jetzt nur noch 18, aber zu den 18 kommt all das andere hinzu, was Bodenschutz und anderes anbelangt.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt für Deutschland, damit Sie nicht gleich von einer Segnung für Deutschland sprechen. Der entscheidende Punkt ist, dass unter Umständen mit Cross Compliance genau das in Wegfall kommen kann, was uns bisher als fördernde Agrarpolitik in den Agrarumweltprogrammen ausgezeichnet hat.

Lieber Herr Walter, Sie haben gesagt: „Die kriegen doch eine Grünlandprämie.“ Oder war es Herr Teßmer? Cross Compliance ist im Moment geeignet, genau die 90 €, die bisher gekommen sind, wegzustreichen,

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

weil das nationale Niveau Geschäftsgrundlage ist.

(Abg. Kiefl CDU: Das weiß der Teßmer!)

Ganz abgesehen davon wird es auch wiederum Bürokratie bringen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Verstehen Sie mich dabei richtig, meine Kollegen von der Opposition. Mir geht es jetzt nicht darum, dass ich alles schlechtreden wollte.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na! Das sieht ein bisschen so aus! – Abg. Walter GRÜNE: Das ist auch schwierig!)

Es ist ganz einfach zu zeigen, was in Brüssel schief gelaufen ist, insbesondere dort, wo Frau Künast zwar im Boot von Chirac gesessen ist, aber kurz vor der Schlusslinie ins Wasser gefallen sein muss.

(Abg. Walter GRÜNE: Oh!)

Schauen Sie doch einmal die Ergebnisse an! Frankreich hat das durchgesetzt, was es durchsetzen wollte: Mutterkühe, Rinderprämie.

(Abg. Teßmer SPD: Wir haben auch 75 % durchgesetzt!)

Und wir? Im Milchbereich müssen wir tatsächlich mit 30 bis 40 % Einkommenseinbußen rechnen.

(Minister Stähele)

(Abg. Teßmer SPD: Das stimmt doch nicht! – Abg. Kiefl CDU: Teßmer, zuhören!)

Wir sind auf der Strecke geblieben. Sie können doch wirklich nicht behaupten, dass Frau Künast in Brüssel erfolgreich gewesen sei, wenn sie zurückkommt und sagen muss: „Ihr verliert 30 % eures Einkommens.“ Das wäre Chirac nicht passiert, das wäre keinem anderen Land passiert. Das ist deswegen passiert, weil sie offensichtlich nicht in der Lage war, sich in Brüssel einigermaßen auf Augenhöhe mit Frankreich zu bewegen. Das ist der Punkt, den ich ansprechen muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Das muss man ansprechen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist zu einseitig!)

– Sie werden doch genauso wie wir gefragt, wie wir es mit den bäuerlichen Existenzen im Allgäu, im Schwarzwald oder auf der Alb halten.

Jetzt kommt das zweite Zauberwort, das ich immer wieder höre: Das sind die ganz neuen Spielräume, die da aufgetan worden sind.

Ich weiß schon, was dahinter steckt. Das Motto bei den Spielräumen ist: „Ihr Länder geht voran und zahlt, was wir in Brüssel nicht erreicht haben.“ So darf die Arbeitsteilung aber nicht laufen. Deshalb muss dies ganz deutlich und konkret angemerkt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage noch einmal: Wir haben uns nie grundsätzlich gegen die Reformüberlegungen von Fischler gestellt. Ich weiß doch genau, welchen Grundansatz er hatte. Vieles davon war auch richtig. Es kann sich niemand wegdrücken, wenn es darum geht, die WTO-Verhandlungen zu bestehen.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Er hat einmal gesagt: Wir wollen mehr Transparenz für das, was wir fördern, und wir wollen mehr gesellschaftliche Akzeptanz schaffen. Auch das ist ein hehres und gutes Ziel. Er hat ursprünglich auch versprochen, er würde im Zuge dieser Reform ein bisschen weniger Bürokratie hinkriegen. Auch das war ein hehres Ziel, das wir damals unterstützt haben; keine Frage.

Aber wir müssen jetzt natürlich ehrlich und Manns genug sein, kühl und nüchtern zu berechnen, was letztendlich herausgekommen ist. Und am Verhandlungstisch saß nicht irgendeiner aus den Ländern, da saß halt die Frau Bundesminister.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Das ist doch richtig so!)

Wenn wir das jetzt nüchtern bilanzieren und sagen, dieses und jenes stimme nicht, dann ist das doch keine Majestätsbeleidigung, sondern entspricht der Fürsorgepflicht, die wir für unsere bäuerlichen Familienbetriebe einfach wahrzunehmen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kiefl CDU: Sie hat eine Chance verdient! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich möchte behaupten – aber, wie gesagt, dies ist eine persönliche Meinung und insofern eine persönliche, subjektive Behauptung –, dass sich Frau Künast zu spät positioniert hat.

(Abg. Teßmer SPD: Ach was!)

Die Sache mit der Quotenverlängerung war von Frau Künast nicht zu hören; das war eine Forderung der unionsregierten Länder. Die A-Länder sind dann mit einer gemeinsamen Erklärung auf diese Forderung aufgesprungen.

(Abg. Teßmer SPD: Aber durchgesetzt hat sie Frau Künast! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das ist ganz eindeutig.

Jetzt sage ich ein Zweites:

(Abg. Teßmer SPD: Falsches wird nicht richtig, wenn man es wiederholt!)

Die CDU-regierten Länder haben sich auf ein gemeinsames Konzept geeinigt. Wir haben die A-Länder dazu gewonnen. Dann sind wir nach Berlin gegangen. Dann gab es ein bisschen eine Moderatorenrolle von Frau Künast. Bis zum Schluss habe ich aber nicht erkennen können, was sie denn nun eigentlich in Brüssel einzubringen gedenkt. Also, so deutlich, so überragend war das nicht, was da an deutscher Position in Brüssel eingebracht worden ist,

(Abg. Fleischer CDU: Versagerin! Schaden für die Landwirtschaft! – Abg. Teßmer SPD: Vielleicht haben Sie es nicht verstanden! Die Quote ist erhalten – das ist der Zusatz! Das waren nicht Sie!)

auch wenn wir anfänglich durchaus glücklich waren, eine gemeinsame Position bei den Grünland- und Ackerprämien zu erreichen.

Es ist geradezu katastrophal, dass sie bei den handelbaren Prämienrechten zurückgewichen ist. Ich muss Ihnen sagen: Das ist genau das, was wir bei den Betriebsprämien abgelehnt haben. Deswegen können Sie es doch jetzt nicht bei der Grünlandprämie, bei der Ackerlandprämie gutheißen. Das wäre doch ein logischer Bruch zu dem, was Sie vorhin zu der ganzen Geschichte gesagt haben.

Kurzum: Wir werden jetzt natürlich versuchen, das Beste daraus zu machen.

(Abg. Teßmer SPD: Hoffentlich!)

Im Blick auf die Prämien und die handelbaren Rechte kann man vielleicht jetzt gemeinsam dafür Sorge tragen, dass möglichst die gesamte landwirtschaftliche Fläche mit einbezogen wird und dadurch die Handelbarkeit eingeschränkt wird.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben Sie aber noch nie gesagt!)

(Minister Stächele)

Wir bemühen uns im Moment unter den Bundesländern, bundeseinheitliche Lösungen zu finden, wobei natürlich einige Länder gleich den Braten riechen und sagen: Das, was gut gemacht und bisher für einige Länder eine Bevorteilung war, würde dann zugunsten etwa auch Baden-Württembergs korrigiert. Das ist also nicht ganz einfach. Da kann ich Ihnen nur empfehlen, dass Sie auch SPD-regierte Länder im Norden ein bisschen in diese Richtung schubsen.

Bei Cross Compliance habe ich die größte Befürchtung, dass wir eine Fülle von Sanktionsrisiken, Anlastungsrisiken kriegen. Mit Sicherheit kriegen wir auch ein Problem dort, wo Baden-Württemberg führend war, nämlich bei den ganzen Agrarumweltprogrammen.

Noch ein Satz zur Modulation, weil Sie es noch einmal angesprochen haben, Herr Winkler: Ein Geschäft ist das nicht. Es ist nur dann ein Geschäft, wenn man irgendeinem Bauern klar machen kann, dass ihm Geld weggenommen wird, wenn es einigen wenigen dann wieder zugewendet wird und der, der das Geld geben musste, anschließend vor Dankbarkeit überfließt und deswegen gar nicht merkt, dass ihm etwas weggenommen wurde. Wie Sie das mit der Modulation machen wollen, verstehe ich nicht ganz. Sie nehmen Geld weg. Nur 80 % der Modulationsmittel fließen wieder zurück

(Abg. Walter GRÜNE: 90 %! – Abg. Teßmer SPD: 90!)

– 80 % in unserem Fall; nur im Roggenbereich sind es 90 % –, aber von diesen 80 % der Modulationsmittel, die wieder zurückfließen, sind nur 20 % wirklich geeignet, das Einkommen wieder zu festigen; der Rest muss durch neue Leistungen erworben werden. Das ist der Punkt bei der Modulation.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist Unternehmertum!)

Unterm Strich sind es sicherlich nicht übergroße Summen, aber in der Summe, in der Gesamtheit macht es unheimlich viel für die Einkommen unserer Landwirte aus. Bei der Modulation fließen letztendlich 8 Millionen € weniger.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Winkler, bitte schön.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Minister, danke.

Nur eine kurze Frage zu den Modulationsmitteln: Sind Sie nicht der Meinung, dass man darüber reden muss, dass die Modulationsmittel zwischen Ackerbau und Grünland entsprechend anders verteilt werden müssen, um das Problem zu lösen, und die Ackerbauern sich nicht so heraushalten können, dass der Schaden bzw. der Nachteil bei den Grünlandbauern liegt? Sind Sie nicht der Meinung, dass man darüber reden muss?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Die Modulationsmittel werden einheitlich nach Prozentsätzen gekürzt. Deswegen brauchen Sie gar nicht darüber

zu reden. Die Frage ist vielmehr, wie die Mittel anschließend verwendet werden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Eben! Sage ich doch! – Abg. Teßmer SPD: Das hat er doch gesagt!)

– Ja, die Verwendung danach.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Da muss man halt hinsehen und Charakter haben!)

Das sind Mittel, die vorwiegend im Tierschutzbereich und im Umweltbereich eingesetzt werden sollen. Das heißt, diejenigen, denen Mittel genommen werden und die bisher schon in diesem Bereich führend waren, haben in jedem Fall einen Verlust. Daran kann man nicht vorbeireden.

Noch einmal zurück: Es ist ganz wichtig, dass wir alle miteinander aus gemeinsamer Verantwortung das im Auge behalten, was sich in der Milchwirtschaft tut: Einkommensverluste bis 35 %, Verluste von knapp 80 Millionen € jährlich. Das heißt, katastrophale Folgen für unsere Grünlandwirtschaft, für große Bereiche unseres Landes sind absehbar.

Deswegen ist mein dringender Appell, dass wir uns immer wieder mit den Brüsseler Beschlüssen und deren Auswirkungen auf Baden-Württemberg beschäftigen. Wir sind in unserem Haus daran, die konkreten Beispiele auszuarbeiten. Ich kann die Agrarpolitiker dieses Hauses nur ermuntern, dabei mitzuwirken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Na ja!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Grundbewertung, meine Damen und Herren, sind wir ja nicht so weit voneinander entfernt.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist erfreulich!)

Dass die Luxemburger Beschlüsse eine Fortführung der – wenn man so will – EU-Agrarwende von 1992 sind und auch diese damaligen Beschlüsse in der Agenda 2000 – da haben Sie noch ganz anders geredet, Herr Kollege Walter;

(Abg. Walter GRÜNE: 1992 und 2003 kann man nicht miteinander vergleichen!)

damals haben Sie nicht erkannt, was die Stunde geschlagen hat – fortentwickelt werden müssen und dass wir Interventionspreise sukzessive absenken müssen, um an den Weltmarkt heranzukommen, das ist, glaube ich, unstrittig. Die Frage ist doch nur: Wie wird es unter dem Strich gerecht und sozial ausgewogen für unsere Unternehmens- und Betriebsstrukturen umgesetzt? Genau dort, meine Damen und Herren, haben Sie, hat Frau Künast versagt, und zwar sträflich versagt. Ich sage Ihnen ganz offen: Das trifft – darüber sind wir uns einig; das sagen Sie ja selbst – in allererster Linie die Milchviehbetriebe.

(Abg. Walter GRÜNE: Dagegen kann man etwas tun!)

(Hauk)

Das sind diejenigen, die davon besonders betroffen sind. Das, Herr Kollege Walter, ist ein süddeutsches Problem. Mit Frau Künast haben wir das Problem, dass sie bei den Beschlüssen nur Norddeutschland und Ostdeutschland – nämlich den Getreidebereich, für den auch Frankreich eintritt – vertreten hat

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr!)

und uns in Süddeutschland links liegen ließ.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: So ein Quark! – Abg. Fleischer CDU: Walter hat keinen Einfluss auf Frau Künast, das ist das Problem! – Gegenruf des Abg. Walter GRÜNE: Eindeutig mehr als andere!)

Ich füge ein Weiteres hinzu: Das ist genau der Bereich, in dem die Unternehmen am härtesten im Wettbewerb stehen und wo die Gewinnspannen am geringsten sind. Ich sage Ihnen, Herr Kollege Teßmer: Die Sozialdemokratie und die Sozialdemokratische Partei als Vertreterin von sozialer Demokratie haben meinen Respekt längst verloren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: So viel dummes Zeug! – Abg. Teßmer SPD: Vielleicht brauchen wir Ihren Respekt nicht! – Abg. Knapp SPD: Ihren Respekt brauchen wir nicht! Dass das klar ist!)

Sie tragen zur Verfälschung derer bei, die in der sozialen Hängematte liegen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

aber denjenigen, die sich tagtäglich einem harten Wettbewerb stellen müssen, helfen Sie nicht. Das ist das Unsozialste, was es überhaupt gibt.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Zurufe der Abg. Alfred Winkler SPD und Walter GRÜNE)

Herr Kollege Walter,

(Abg. Walter GRÜNE: Lassen Sie doch den Kiefl reden! Der versteht wenigstens was davon!)

von einer grünen Agrarministerin hätte ich erwartet,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ausgerechnet Sie! – Abg. Walter GRÜNE: Der Kiefl war besser!)

dass sie sich in den Bereichen, in denen das größte Potenzial der Grünen überhaupt liegt – im Naturschutzbereich, im Grünland – mit am meisten einsetzt. Was ist passiert? Überhaupt nichts!

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch gar nicht wahr! – Abg. Walter GRÜNE: Schwachsinn hoch vier!)

Die Grünlandbetriebe sind die Verlierer; das ist das eigentliche Problem. Das Problem besteht nicht darin, dass Brüsseler Beschlüsse von 1992 in der Fortführung ergänzt wer-

den mussten und ein bestimmter Weg weiterverfolgt wird. Die Frage ist, wie Sie das gelöst haben. Sie haben es nicht gelöst. Sie haben Ihre sozialen Vorstellungen verraten und verkauft, und, Herr Kollege Walter, Frau Künast hat auch Ihre grünen Vorstellungen verraten und verkauft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Hauk – –

Abg. Hauk CDU: Nein, ich gestatte im Augenblick keine Zwischenfrage. Vielen Dank, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Birzele: Es war Herr Kiefl, der die Zwischenfrage stellen wollte.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nicht mal der darf was fragen! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Kiefl – aus alter Kollegialität immer.

(Heiterkeit)

Abg. Kiefl CDU: Weil die Milchproduktion erneut angesprochen worden ist: Können Sie sich vorstellen, Herr Kollege Hauk, dem verehrten Herrn Kollegen Teßmer

(Abg. Teßmer SPD: Vorsicht!)

folgende Rechnung aufzumachen?

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn von rund 7 Cent nur 3,55 Cent erstattet werden und etwas mehr als 3 Cent übrig bleiben, dann sind das bei einem 200 000-Kilogramm-Milchviehbetrieb durchschnittlich 6 000 € im Jahr, die fehlen. Das macht bei diesem Betrieb exakt 40 % des Gewinnes aus. – Können Sie sich vorstellen, dem Kollegen Teßmer das zu erklären?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Heiterkeit – Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist für ihn zu schwierig!)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Kiefl, Sie haben mit Ihrer Fragestellung die Rechnung so transparent dargestellt, dass sich eine weitere Erklärung erübrigt.

Meine Damen und Herren, wir haben ein echtes – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Hauk, jetzt möchte Herr Kollege Drautz eine Zwischenfrage stellen.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine Redezeit neigt sich leider dem Ende entgegen. Wenn Sie Gnade walten lassen, gestatte ich gerne auch eine weitere Frage.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Drautz, Sie haben das Wort.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie provozieren die eigenen Reihen! – Zuruf von der CDU: Hat er auch ein Rechenbeispiel?)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Kollege Hauk, ich hätte zum Kollegen Kiefl noch eine Zusatzfrage.

(Heiterkeit)

Abg. Hauk CDU: Wir sind aber nicht in der Fragestunde, Herr Kollege Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Könnten Sie sich vorstellen, wie Herr Teßmer reagieren würde, wenn ihm auf einmal 40 % der Diäten gekürzt würden?

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Wenn man drei Liter Most mittags trinkt! – Abg. Teßmer SPD zu Abg. Drautz FDP/DVP: Früher waren Sie in der Bütt, nicht wir!)

Abg. Hauk CDU: Hierzu möchte ich mich aus Kollegialität gegenüber den Kollegen hier im Haus nicht äußern.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Können Sie das übersetzen? – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt faktisch ein Problem. Die Stärkung der zweiten Säule der Agrarpolitik, die vorgesehen ist und die wir grundsätzlich auch begrüßen,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

stellt uns hinsichtlich des Ergebnisses der Aushandlungen vor ein weiteres Problem, Herr Kollege Walter. Der Herr Minister hat vorhin das Thema „Cross Compliance“ angesprochen. Wir wissen noch nicht, was in der Zukunft tatsächlich noch förderfähig sein wird – beispielsweise über den MEKA –, wenn es unter Umständen schon durch gesetzliche Auflagen in anderen Bereichen abgedeckt ist.

Dann kommt ein Weiteres noch dazu, und diese Politik müssen Sie auch mitverantworten: Die Stärkung der zweiten Säule bedingt natürlich auch, dass wir nach einer EU-Erweiterung – und da können wir nicht erwarten, dass die neuen Beitrittsländer aus eigener Kraft die notwendige Kofinanzierung sofort erbringen können – unter Umständen EU-seitig mehr Mittel zur Verfügung haben, aber nicht mehr in der Lage sind, diese Mittel national, sprich länderseitig, auch kofinanzieren, weil wir durch Ihre fatale Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in eine Lage versetzt werden,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

in der wir Jahr für Jahr Milliardenausfälle im Steuerbereich haben und damit auch wegen fehlender Eigenmittel in der Agrarpolitik keine zusätzlichen Signale setzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn Sie wissen, dass für diese Dinge eine Kofinanzierung nötig ist.

Das, was nun gut ist – nicht nur gut gemeint, sondern vonseiten der EU auch gut ist – zur Stärkung der zweiten Säule, das, was Sie, Herr Kollege Walter, mittlerweile auch erkannt haben, nämlich dass wir eine regionale Agrarpolitik brauchen,

(Abg. Walter GRÜNE: Sag einmal! Da habt ihr noch gar nicht gewusst, was das ist, da haben wir das schon gesagt!)

dass wir regionale Ausgestaltungsmöglichkeiten brauchen, das verunmöglichen Sie im Zweifelsfall durch Ihre katastrophale Steuerpolitik.

(Abg. Walter GRÜNE: So eine Katastrophenrede!)

Meine Damen und Herren, es ist schon interessant – ich komme dann auch langsam zum Schluss, Herr Präsident –:

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! Das war der bisher beste Satz!)

Nach Agrardiesel – das ist weitestgehend abgehakt – kommen jetzt – Herr Kollege Kiefl hat es vorhin angesprochen – Kürzungen bei der Krankenversicherung. Jetzt ist ganz aktuell zur Vorfinanzierung der Steuerreform – das sind ja nur 2 Milliarden €, die Sie finanzieren können oder durch so genannten Subventionsabbau erbringen wollen – der Agrarbereich erneut mit pauschal 5 % in der Summe mit dabei. Das nenne ich dann in der Tat, den Schwerpunkt auf eine grüne Agrarpolitik zu legen, Herr Kollege Walter.

(Abg. Walter GRÜNE: Da klatscht nicht einmal einer in der eigenen Fraktion!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird aller Anstrengungen bedürfen, dass wir in der Zukunft die Eigenmittel aufbringen, um die Dinge auch nur annähernd kompensieren zu können, auf die wir aufgrund der Landschaftserhaltung und der Erhaltung unserer bäuerlichen und mittelständischen betrieblichen Situation dringend angewiesen sind. Dazu wäre es hilfreich, Herr Kollege Walter und Herr Kollege Teßmer,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wie in der Vergangenheit!)

wenn Sie bei Ihren Berliner Parteigenossen und Parteifreunden Einfluss nehmen würden, damit uns der Kragen nicht vollends zugekehrt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kiefl, ich danke Ihnen, denn bei Ihnen habe ich den Ansatz für eine gemeinsame Agrarpolitik erkennen können, bei den anderen Rednern der Regierungsfaktionen leider nicht.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr richtig!)

Denen geht es hier nur um Zerstören und um Schlechtrechnen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist nicht wahr!)

Ich will es einmal ganz vorsichtig formulieren.

(Teßmer)

Beispiel 1: Kein Ton von Ihnen und vom Herrn Minister zu unseren mehrfach gemachten Vorschlägen, wie wir erreichen können, dass bei der Flächenprämie die Pacht nicht steigt. Das ist sehr, sehr schwierig. Das kann man nicht generell machen. Das muss man regional entscheiden. Vorschlag von Herrn Stächele in Bonn: null.

Zweiter Punkt: Man hat den Milchpreis abgesenkt. Da sind wir uns einig. Ganz gleich, ob das gut ist oder nicht, das war so. Aber warum sagen Sie nicht ganz laut und deutlich, dass der Unterschied, der wegfällt, mit 80 % gefördert wird?

(Abg. Kiefl CDU: 3,5 von 7!)

Das heißt, es fällt langsam ab. – Herr Kiefl, Ihre Zahl war für diesen einen Hof richtig. Aber ich kann Ihnen auch Höfe nennen, für die es dann durchaus Sinn macht, dass wir rechnen, wenn Sie zugeben, dass man in Zukunft bis zu 100 € pro Hektar Grünland bekommen kann unter der Voraussetzung, dass es nicht umgebrochen werden darf.

(Abg. Hauk CDU: Das stimmt nicht!)

Das müssen Sie addieren. Das hat leider auch der Bauernverband nicht gemacht. Da kommt zwar nicht null heraus, aber es sind auch nicht 35 %.

Dritter Punkt: Sozialversicherung und Rente. Ich hätte mich gefreut, wenn mein Landwirtschaftsminister in Bonn und in Berlin einmal gesagt hätte: Machen wir einmal – dieser Antrag geht übrigens durch, wenn die CDU-Länder ihn stellen – für zwei Jahre die Krankenkasse auf. Dann haben wir das Problem nicht mehr. Das wissen Sie ganz genau. Dann ist Ihre landwirtschaftliche Krankenkasse innerhalb von zwei Jahren nicht mehr nötig, weil wir dort so viel – auch mit Altlasten – in eine Verwaltung einzahlen, die elfmal stattfindet. Baden-Württemberg hat lange genug gebraucht, um aus zweien eine zu machen. Da muss einmal ein Vorschlag kommen. Von Ihnen und vom Bauernverband kommt aber gar nichts. Ich habe immer das Gefühl, das ist ein Versorgungsfriedhof für irgendwelche verdienten Leute. Wir müssen da ein ganz kleines bisschen ehrlich sein und sagen, wie es ist, wenn ich diese elf verschiedenen Kassen habe. Bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte geht das ja auch. Warum geht es dann in den anderen Bereichen nicht, Kosten zu sparen, die wir sehr wohl einsparen können?

Vorschlag Baden-Württemberg in der großen Runde: null. Das muss man auch einmal sagen.

Jetzt ein Wort zum Agrardiesel: Ich höre jetzt schon das Geschrei, obwohl jeder von den Landwirten weiß – was ich auch nicht gut finde –, dass das 2004 noch gar nicht finanzrelevant ist. Sie bekommen ja im nächsten Jahr noch den vollen Zuschlag wie in diesem Jahr, weil es ein Jahr später kommt. Dann haben wir eineinhalb Jahre Zeit – sowohl die Fraktionen hier als auch das Ministerium –, die Frage zu beantworten, wie wir da etwas abfedern können. Aber es wird schon jetzt geschrien, als ob am 1. August die Gasölverbilligung wegfallen würde. Das stimmt nicht, und das wissen Sie auch.

Also müssen wir ehrlich sagen: Es gibt eine rechtzeitige Ankündigung, sodass es nicht so ist, dass sie schon morgen alles auf einmal verlieren würden.

Herr Hauk, ich möchte Sie um eines bitten: Unterstellen wir uns doch beide nicht, dass die einen Sozialismus in der Landwirtschaft machten, sodass die Landwirte nicht mehr bestehen könnten, und Sie die Entdecker der Zukunft der Landwirtschaft wären.

(Abg. Hauk CDU: Ich stelle nur die Ergebnisse fest!)

– Aus Ihrer Sicht. Aber es könnte ja auch sein, dass nicht nur Konzilien irren.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ich möchte ganz deutlich sagen, und zwar zu Ihnen, Herr Minister: Mir wurde berichtet, dass Sie am 10. Juli in Bonn gar keine Gegenvorschläge gemacht haben, sondern relativ einverstanden waren, und jetzt tun Sie hier so, als ob Sie am 10. Juli in Bonn dicke Arme gemacht hätten und Frau Künast vorgeführt hätten, was sie den Franzosen alles nicht gegeben habe oder ihnen nicht abgetrotzt habe.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das ist nicht fair. Ich hätte Sie, wenn es etwas zu loben gegeben hätte, durchaus gelobt, aber mir wurde nichts Lobenswertes berichtet. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir dort, wo wir selbst konstruktiv werden können, mit den gleichen Zielen – und die unterstelle ich Ihnen, und ich bitte Sie, sie auch mir zu unterstellen – vorwärts gehen würden.

Herr Hauk, natürlich gehen wir gern nach Berlin und sagen: Die süddeutsche Landwirtschaft ist nicht die gleiche wie die in Mecklenburg-Vorpommern. Das weiß ich doch auch. Kommen Sie doch nicht immer mit den neuen Ländern und den Ostblockländern. Das wissen wir doch. Natürlich wird der Kuchen nicht größer. Aber es entsteht auch ein Markt, und das darf man nicht vergessen.

Der Herr Minister hat mich ja mit nach Warschau genommen. Da hätten Sie mal die polnischen Bauern hören müssen, was für eine Angst die vor den deutschen Bauern haben, dass sie sie über den Tisch ziehen würden – nicht wegen Herrn Stächele oder wegen mir, sondern wegen der viel höheren Effizienz unserer Landwirtschaft mit all ihren nachgeordneten Bereichen wie Maschinenringen und Ähnlichem. Auch das muss man sagen.

Ich halte diesen Einstieg – ob Sie den Wende nennen oder nicht, ist mir Wurscht – für richtig. Das möchte ich am Schluss doch sagen. Das ist der meiner Ansicht nach richtige Versuch, zu sagen: Es gibt eine Honorierung für das, was landschaftspflegerisch geleistet wird. Es gibt eine verbraucherfreundliche Komponente, die auch den Tierschutz enthält, für alle, und es gibt Geld für Produktion, die sich lohnt, auch für nachwachsende Rohstoffe – nicht nur, aber auch – aus der Landwirtschaft. Das ist der Einstieg in Brüssel, und der ist meiner Ansicht nach gelungen. Daher sollten wir jetzt nicht alles schlechtreden.

(Teßmer)

Herr Kiefl, den letzten Satz zu Ihnen: Rechnen Sie bitte nicht immer den Worst Case, sondern auch die beste Möglichkeit, dann kommen Sie auf andere Ergebnisse.

Danke.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

(Abg. Teßmer SPD: Aber jetzt zur Sache, Herr Kollege!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines ist doch klar: Es ist, wie von allen Fraktionen anerkannt wurde, völlig überholt, der Landwirtschaft Zuschüsse für die Produktion von Überschüssen zu gewähren. Dies ist der falsche Weg. Ich wollte darauf aufmerksam machen, was für einen steinigen Weg die Umsteuerung für die deutsche Landwirtschaft bedeuten wird.

(Abg. Teßmer SPD: Egal, wer regiert!)

– Ich habe vorhin nicht von der SPD gesprochen, aber trotzdem haben Sie alle aufgeheult, Ihr Vorsitzender zuerst.

Ich habe nur erklären wollen, was durch die EU noch alles auf uns zukommen wird und dass die Töpfe nicht voller, sondern eher leerer werden und dass es, wenn die neuen Länder hinzukommen und Geld aus Programmen abziehen können, in diesen Bereichen noch schwieriger wird.

Wir als FDP/DVP sind ganz klar für eine Kulturlandschaftsprämie. Ich muss sagen, uns holt bei der Milch natürlich die Politik der Vergangenheit ein.

(Abg. Teßmer SPD: Aber das war Ihr Verantwortungsbereich!)

Zum Beispiel hat sich der Schweinemäster – beim Schweinemarkt gibt es keine Quote, sondern schon immer einen freien Markt –, wenn ich den Schweinepreis über 20 Jahre hinweg rechne, besser gestellt als der Milchbauer trotz Quote.

Zur Quote muss man eines ganz klar und deutlich sagen – man muss auch unbequeme Dinge sagen dürfen –:

(Abg. Teßmer SPD: Tun Sie es!)

Solange die Milchproduktion bei 110 % des Bedarfs liegt, greift keine Quote. Schauen Sie sich den Zuckerbereich an, in dem es auch eine Quote gibt!

(Abg. Teßmer SPD: Das ist nicht dasselbe!)

Der Zuckermarkt ist in Ordnung. – Sie sagen, das sei nicht dasselbe. Ich sehe es aber auch beim Weinmarkt. Die Ordnung auf dem Weinmarkt ist besser, seit es die Höchstmenngenregulierung gibt.

Eines muss man dabei natürlich sehen: Es gibt immer einen Umsteuerungszeitraum. Während des Umsteuerungszeitraums entstehen viele Ungerechtigkeiten.

(Abg. Teßmer SPD: Das klingt schon viel besser als vorhin!)

Diese Ungerechtigkeit gibt es jetzt bei der Milch. Denn wenn jemand für teures Geld eine Milchquote gekauft hat,

(Abg. Teßmer SPD: Dann behält er sie bis 2015!)

behält er sie bis 2015. Aber die Milchquote wird dadurch entwertet, dass der Preis für Milch gesunken ist. Beim Kauf der Milchquote hat der Landwirt nicht davon ausgehen können, dass der Preis trotz Quote sinkt. Eine Senkung der Milchquote würde dazu führen, dass der Preis wieder stimmt.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Hier und heute ist klar, dass es dazu kommen wird, dass die Milchquote ab 2015 noch erhöht wird und der Milchpreis wegen der Erhöhung der Milchquote weiter sinkt. Das möchte ich ganz klar sagen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE – Abg. Teßmer SPD: Aber das entscheiden wir beide nicht mehr!)

Ich komme zur Modulation, zu Cross Compliance und zur Entkoppelung.

(Abg. Walter GRÜNE: Gutes Stichwort!)

Man muss sehen, dass hier – das zum Thema Bürokratieabbau – ein neuer Moloch aufgebaut wird. Bei der Modulation bleibt, so gut das gemeint ist, um die Gelder anderweitig zu verwenden, viel Geld in der Verwaltung stecken, weil für diesen Bereich neue Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden müssen. Das Geld kommt im Endeffekt nicht mehr unseren Landwirten zugute. Denn zum Beispiel wird die Verlockung groß sein, den neuen Dorfbrunnen aus diesem Topf zu zahlen, sodass das Geld nicht der Landwirtschaft zugute kommt.

Das Allerwichtigste in der europäischen Agrarpolitik ist mir – ich wiederhole mich hier –, dass wir auf gleiche Standards kommen. Im Tierarzneimittelbereich und im Pflanzenschutzbereich müssen wir europaweit auf gleiche Standards kommen. Minister Stächele hat gerade vorhin erklärt, dass die Standards, die wir bei Cross Compliance haben, angenommen werden – nicht der Durchschnittsstandard der EU, sondern der Standard, den wir in Deutschland haben. Das bedeutet wiederum eine Benachteiligung unserer Bauern.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Meine Sprechzeit ist zu Ende. Ich danke Ihnen und freue mich auf neue Agrardebatten, auch wenn derartige Probleme anstehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wal-
ter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem die Debatte ziemlich sachlich angefangen hatte, konnte Herr Kollege Hauk leider der Versuchung

(Walter)

nicht widerstehen, sich wieder einmal als Retter der Landwirtschaft aufzuspielen, ohne zu sagen, was er im Einzelnen machen möchte. Er konnte auch nicht aufzeigen, was man in Brüssel oder in Luxemburg eigentlich alternativ hätte aushandeln sollen.

Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe den Eindruck: Sie wissen gar nicht, was da verhandelt wurde, und wenn Sie da beigegessen wären, wäre vielleicht dasselbe herausgekommen wie das, was Herr Borchert ausgehandelt hat.

(Abg. Teßmer SPD: Nämlich gar nichts!)

Mit dem, was Frau Künast ausgehandelt hat, sind unsere Bauern und Bäuerinnen wesentlich besser bedient.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer SPD: Sehr richtig!)

Beispielsweise sagen Sie, Herr Kollege Hauk: Wir wissen gar nicht, wie es mit unseren Agrarumweltprogrammen weitergeht. Ein Punkt der Agrarreform, die jetzt in Luxemburg beschlossen wurde, ist, dass die Kofinanzierung der EU in Ziel-1-Gebieten auf 85 % und in den übrigen Gebieten – da sind wir betroffen – auf 60 % erhöht wurde. Das heißt, wir können, um die gleiche Förderung zu betreiben, bei MEKA entweder Geld streichen – dadurch sparen wir etwas –, oder wir sagen: Wir wollen bei MEKA erhöhen und nutzen den Spielraum, den uns die EU dazu gibt. Das ist die Realität. Das hat Frau Künast ausgehandelt. Das dürfen Sie doch nicht alles immer vergessen. Wahrscheinlich haben Sie es aber gar nicht mitbekommen. Das heißt, Sie können auch gar nichts vergessen.

Herr Kollege Hauk, jetzt geht es doch nicht um ideologischen oder parteipolitischen Streit, sondern es geht um die Frage: Was können wir tun, um bei dem Spielraum, den uns die Agrarreform gibt, das Optimale herauszuholen? Da frage ich Sie:

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Was ist zu tun?

Erstens: Wir brauchen eine Grünlandprämie. Das haben wir immer gefordert. Teile Ihrer Partei haben das auch gefordert. Was ist daran schlecht, dass es jetzt eine Grünlandprämie gibt? Das müssen Sie mir einmal erklären. Das ist doch ein großer Fortschritt.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Ja, warum haben Sie es dann nicht ausgehandelt?

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wo waren Sie denn, als die CDU regiert hat? Von der Grünlandprämie hat man damals ja nicht einmal richtig geredet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE zur CDU: Wo waren Sie denn da?)

Natürlich muss man zur Kenntnis nehmen – das ist mir auch klar, Herr Kollege Hauk –, dass bei flächenarmen Betrieben eine Grünlandprämie nicht das ausgleichen wird, was an an-

derer Stelle gekürzt wird. Allerdings können Sie doch 10 % des Volumens der Direktzahlungen nutzen, um bestimmte Produktionsformen zu fördern. Warum machen wir das für die Milch dann nicht? Wahrscheinlich würden in diesem Fall sogar weniger als 10 % reichen.

Jetzt muss man hier doch auch einmal Klartext reden, und das heißt: Mit der einseitigen Bevorzugung des Ackerlandes gegenüber dem Grünland hat der Bauernverband bisher doch gut gelebt. Wo war denn der Protest? Wo ist denn das Geld innerhalb des Systems verteilt worden? Das ist doch gar nicht angestrebt worden. Bisher war die Bevorzugung des Ackerlandes die Politik des Bauernverbands und die Politik der Bundes-CDU. Deswegen: Vergießen Sie hier doch keine Krokodilstränen. Sie hätten längst Zeit gehabt, hier einen Systemwechsel vorzunehmen.

Jetzt kommt der dritte Punkt, die von Ihnen so oft gescholtene Modulation. Wenn Sie den Milchbauern etwas Gutes tun wollen, dann nehmen Sie doch Gelder aus der Modulation für eine Weideprämie. Warum machen Sie das nicht?

(Abg. Teßmer SPD: Das darf man, ja!)

Wenn Sie die drei Punkte, die ich jetzt genannt habe, zusammennehmen, dann kommen Sie zu einem ganz anderem Ergebnis als das, was der Kollege Kiefl als Worst Case zusammengerechnet hat. Man muss doch ehrlich mit den Leuten umgehen. Sie machen ihnen Angst, Sie machen den Bauern Zukunftsängste, anstatt das Positive aufzugreifen und zu versuchen, das Beste aus der Situation zu machen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Herr Kollege Hauk, wir sind uns doch darüber einig: Es gibt keine Alternative zu der Reform. Sie wissen genau: Es gibt nur einen Kuchen, aber demnächst sitzen mehr Esser am Tisch. Sie sagen nicht: „Okay, dann müssen wir eben das, was wir haben, möglichst gerecht verteilen.“ Vielmehr sagen Sie: „Dann soll der Bäcker eben einen größeren Kuchen backen“, obwohl Sie wissen, dass er gar nicht die Zutaten dazu hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Nein, überhaupt nicht! Aber um eine gerechtere Verteilung geht es! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Herr Kollege Hauk, noch eines: Wenn Sie all das, was jetzt kommt, all das, was auf den Weg gebracht wird – Cross Compliance, Entkoppelung; ich kann nur wiederholen, was ich schon am Anfang gesagt habe –, nicht durchziehen, werden Sie keine gesellschaftliche Akzeptanz dafür erreichen, dass so viel Geld – das ist ja praktisch 50 % des EU-Haushalts – in einen einzigen Bereich fließt. Sie werden diese Akzeptanz nicht erreichen. Deswegen sind Sie gut beraten, weniger laut zu schreien und statt dessen Alternativen zu entwickeln, wie den Bauern mit dem jetzt vorgelegten Modell am besten geholfen werden kann.

Ich kann Ihnen nur eines sagen, nachdem auch Herr Stächele von „keiner gleichen Augenhöhe mit Herrn Chirac“ gesprochen hat: Frau Künast ist körperlich tatsächlich etwas kleiner. Aber an einem Tisch sitzt man. Ich kann Ihnen,

(Walter)

Herr Minister Stächele, versichern: Nach all dem, was ich bisher gehört habe – lassen Sie mich das noch sagen –, wundern mich immer Ihre Reden hier. Wenn ich mit Frau Künast, Herrn Berninger oder anderen Vertretern der Ministeriumsspitze in Berlin spreche, heißt es immer: „Sehr konstruktive Gespräche mit Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist oft mit uns auf einer Linie.“ Dann verhalten Sie sich auch hier einmal entsprechend.

Deswegen, Herr Stächele: Wenn Sie in Luxemburg dabei gewesen wären und diese Ergebnisse erreicht hätten,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

wäre Ihre Brust so geschwellt, dass Sie nicht einmal mehr durch das größte Scheunentor Ihres Wahlkreises kommen würden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

(Abg. Teßmer SPD: Der kommt noch durch das Scheunentor! Der war ja auch nicht in Luxemburg!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Bevor hier der Eindruck einer wunderbaren Geldvermehrung durch die Fee Künast entsteht, schlage ich vor, dass wir im Ausschuss ganz konkret die Einzelfälle anschauen,

(Abg. Walter GRÜNE: Das machen wir gern! –
Abg. Teßmer SPD: Vielleicht machen wir das beim nächsten Mal vor der Debatte!)

und zwar sauber anhand eines Betriebs aus dem Allgäu oder dem Schwarzwald. Dann kann man sich nicht mit irgendwelchen angeblichen Förderungen, die es gibt, davonestehen. Die Grünlandprämie haben Sie, glaube ich, drei- oder viermal am heutigen Nachmittag verteilt.

(Abg. Teßmer SPD: Nein!)

Der entscheidende Punkt, Herr Walter: In der Tat hat sich da viel an Kooperation entwickeln lassen, und wir haben hier aus Baden-Württemberg heraus entwickelt, was viele an sich in dieser Form nicht erwartet haben: die differenzierte Prämie Grünland/Ackerland. In dem Punkt kritisiere ich nachhaltig, dass diese Brüssel nicht ohne die Handelbarkeit überstanden hat. Damit ist die Qualität des Ganzen natürlich erheblich geschwächt. Also man ist mit dem, was wir in den Rucksack gegeben haben, nach Brüssel gegangen, aber die Handelbarkeit macht uns Probleme.

Nur, auch wenn diese Geschichte vielleicht eine Kooperation erfahren hat und erfahren könnte, hilft uns das natürlich nicht über das hinweg, was die Milchwirtschaft zu erleiden hat. Das heißt, die ganze Flächenprämie für Grünland und Ackerland ersetzt nicht das, was der Milchwirtschaft droht. Deshalb müssen wir dort ansetzen. Es sind eben nicht 80 %, sondern man muss im Grunde die Agenda 2000 einrechnen, und dann sind es ganz konkret nur 56 % Ausgleich. Deswegen kommt das zustande, was ich vorhin mit einem Einkommensverlust von 30 bis 40 % angesprochen habe.

(Abg. Teßmer SPD: Das hat aber Herr Kiefl nicht eingerechnet!)

Ich biete also an, den konkreten Einzelfall zu betrachten. Ich bin sehr dankbar, wenn der Ausschuss da mitmacht. Es hat keinen Wert, dass wir uns da irgendetwas vormachen. Es ist eine ganz schwierige Situation für die Landwirtschaft.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist unstrittig!)

Da müssen wir hinstehen, aber nicht nur mit Landesgeld, sondern auch mit Bundesgeld.

Jetzt hätte ich eine dringende Bitte. Sie wissen doch, wie schwierig es ist. Achten Sie doch darauf, dass nicht im Wege der Haushaltskürzung – Bund, Bundessozial-, Bundesagrarpolitik – und im Wege der Steuerreform die Landwirtschaft an weiterer Stelle gebeutelt wird.

(Abg. Teßmer SPD: Das gilt aber wechselseitig, Herr Minister!)

Wir sind nämlich im Zug der aktuellen Diskussion wieder mitten in der Grundsatzfrage: Wie viel Landwirtschaft können wir uns erlauben, und was können wir für die Pflege und die Landschaftserhaltung ausgeben?

Gerade in der „Welt am Sonntag“ sagt uns Horst Siebert, der bekannte frühere Weise vom Sachverständigenrat: Man kann doch nicht die Landschaftspflege bezahlen; da könnte dann jeder Golfplatzbesitzer daherkommen und Geld verlangen. Das ist eine Stimmung, die wir gemeinsam bekämpfen müssen, weil wir ja zum Paradigmenwechsel sagen: nicht mehr in die Produktion, aber auf der Grundlage der Produktion eine Entlohnung für die Landschaftserhaltung. Das muss das Konstrukt sein, auf dem wir aufbauen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das ist ja unstrittig!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 13/2160

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 13/2226

Berichterstatter: Abg. Zeller

Dazu rufe ich die Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 13/2271-1, 13/2271-2 und 13/2271-3, sowie den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2271-4, auf.

Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln jetzt den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes, der für die Schülerinnen und Schüler nach unserer Einschätzung weit

(Fischer)

reichende Folgerungen nach sich zieht. Deshalb beantragen wir nach § 38 der Geschäftsordnung, dass zu diesem Punkt die zuständige Ministerin herbeigerufen wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Findet der Antrag die erforderliche Unterstützung? – Das ist der Fall.

Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer für die Herbeirufung von Frau Ministerin Dr. Schavan ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist beschlossen – –

(Zurufe von der CDU: Das war nie die Mehrheit! – Abg. Kübler CDU: Nie im Leben war das die Mehrheit!)

– Das war sogar ganz eindeutig. Das Erste waren etwa zehn Abgeordnete mehr. Es war also deutlich die Mehrheit.

(Abg. Teßmer SPD: Sehr gut! – Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, da Herr Abg. Hillebrand als Schriftführer das von mir festgestellte Ergebnis der Abstimmung bestritten hat, müssen wir nach der Geschäftsordnung eine erneute Abstimmung durchführen.

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

Ich lasse deshalb noch einmal abstimmen: Wer für die Herbeirufung der Ministerin ist, den bitte ich um ein deutliches Handzeichen. –

(Abg. Birgit Kipfer SPD zur CDU: Sie wollen die Ministerin nicht haben? – Gegenruf des Abg. Rüeck CDU: Wir haben sie ständig! – Abg. Wacker CDU: Ich sage gleich etwas dazu! – Abg. Teßmer SPD: Das ist eine Unverschämtheit, dass neben dem Präsidenten ein Blinder sitzt! – Abg. Walter GRÜNE: Jetzt zweifle ich das Ergebnis an!)

Wer ist dagegen? –

(Abg. Fischer SPD: Das hat doch mit Demokratie nichts mehr zu tun! Das ist unfair! – Weitere Zu- und Gegenrufe von der SPD und der CDU)

Das Zweite war diesmal die Mehrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Jetzt kann man das auch wieder anzweifeln!)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Wacker.

(Abg. Dr. Caroli SPD: So geht das aber normalerweise nicht!)

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Fischer, Sie können davon ausgehen, dass ich Sie persönlich sehr schätze. Ich kann mir aber die Bemerkung nicht verkneifen, dass in jedem Ministerium eine so genannte Amtsspitze die Geschichte des Ministeriums führt.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Zu dieser Amtsspitze gehört die Ministerin, gehören gleichzeitig aber auch der Staatssekretär und der Ministerialdirektor. Es ist guter Brauch, dass der Staatssekretär die Position der Landesregierung hier genauso verkünden darf. Insofern ist es mehr als gerechtfertigt, dass bei der Zweiten Beratung dieses Gesetzentwurfs sehr wohl Herr Staatssekretär Rau die Position der Landesregierung wiedergibt, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

zumal wir uns bei der Ersten Beratung sehr ausführlich mit dem Gesetzentwurf befasst haben.

Ich glaube, damit ist dieses Thema erledigt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist nicht erledigt, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, ich beziehe mich im Besonderen auf die Beratungen bei der ersten Lesung. Ich darf für die CDU-Fraktion nur besondere Bausteine dieses Gesetzentwurfs der Landesregierung herausgreifen.

Es ist keine Frage, dass der Gesetzentwurf zum einen formale Kriterien aufgreift, zum anderen aber eine abschließende Pointierung eines umfassenden Reformvorhabens vornimmt, beispielsweise der flächendeckenden Einführung des achtjährigen Gymnasiums, der sehr lange Beratungen vorangegangen sind und wo wir heute dementsprechend deutliche Signale in das Land senden wollen.

Ein wichtiger Punkt ist, dass wir die Kooperationsklassen von Hauptschulen und Berufsvorbereitungsjahr in das Gesetz aufnehmen wollen, nachdem wir damit in Modellen gute Erfahrungen im Land gesammelt haben. Insofern ist es folgerichtig, dass wir heute die Aufnahme in dieses Gesetz beschließen.

Darüber hinaus wollen wir – das hat das Ministerium auch in der letzten Debatte ausgesagt –, dass Kooperationen zwischen Förderschulen und Berufsvorbereitungsjahr in Form von Modellen in die Wege geleitet werden sollen. Deswegen handelt es sich hier um einen Schulversuch.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Herr Wacker!)

Dies müssen wir zunächst nicht in das Gesetz aufnehmen. Dabei beobachten wir diese Entwicklung sehr wohlwollend und werden in einigen Jahren mit Sicherheit eine entsprechende Novellierung vornehmen.

Die frühe Einschulung – in diesem Falle bin ich auch der Opposition ausdrücklich dankbar – findet hier in diesem Hause Konsens. Es ist auch wichtig, dass wir die frühere Einschulung erst ab dem Schuljahr 2005 in Stufen vornehmen: zum einen, damit die Eltern der Kindergartenkinder

(Wacker)

die Möglichkeit haben, sehr früh über die Möglichkeit der früheren Einschulung informiert zu werden, und zum anderen, damit auch die Kommunen entsprechend ihrem Raumbedarf frühzeitig die Möglichkeit haben, sich auf die geänderte Situation einzustellen. Es handelt sich hier also um keine überhastete Einführung, sondern wir beschließen diesen Gesetzentwurf heute rechtzeitig, damit diese frühzeitige Information möglich ist.

Seit Erfurt, meine Damen und Herren – das ist auch grundsätzlicher Konsens in diesem Hause –, ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Eltern natürlich in verstärktem Maße gefragt, auch was die volljährigen Schüler betrifft. Daher möchte ich bei den Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfractionen bezüglich der Informationspflicht oder des Informationsrechts seitens der Schulen, was volljährige Schüler betrifft, für eine Gesetzesformulierung werben, die rechtsverständlich ist, die aber auch Rechtssicherheit gewährleistet, zumal sich auch Landesschulbeirat, Landeselternbeirat und Landeschülerbeirat für eine Formulierung ausgesprochen haben, die auch Nichtjuristen verstehen können. Der Normenprüfungsausschuss hat dies ausdrücklich gebilligt.

Nun, meine Damen und Herren, zum grundsätzlichen Beschluss, ab dem Schuljahr 2004 das achtjährige Gymnasium flächendeckend einzuführen. Wir haben kein Verständnis für das Begehren, die Einführung des achtjährigen Gymnasiums zu verzögern oder Öffnungsklauseln für Schulträger zu gewährleisten.

Erstens sind diese Modelle schon sehr lange pädagogisch erprobt. Seit über zehn Jahren haben wir bezüglich des achtjährigen Gymnasiums in Baden-Württemberg Erfahrung. Seit dem Jahr 1997 gibt es die Möglichkeit, freiwillig achtjährige Züge einzurichten.

Was die pädagogische Konzeption für das achtjährige Gymnasium betrifft, so gab es umfassende Diskussionen mit Experten, die diese Konzeption auch gebilligt haben. Wir halten es nur für folgerichtig, dass wir ab 2004 das achtjährige Gymnasium flächendeckend und konsequent für alle Schulstandorte einführen.

Meine Damen und Herren, wir wollen natürlich das Anliegen des Städtetags ernst nehmen. Aber da ich selbst bei der entsprechenden Sitzung des Schulausschusses des Städtetags anwesend war, sehe ich lediglich einzelne Bedenken von einzelnen Schulstandorten.

Es ergibt sich kein Problem, wenn es um den Raumbedarf für den Nachmittagsunterricht geht, da dieser erst ab dem Schuljahr 2006/07 relevant wird, nämlich ab der Jahrgangsstufe 7. Erst dann ist mit der Erweiterung des Nachmittagsunterrichts zu rechnen. Insofern kann man den Kommunen in jedem Falle die Sorgen nehmen.

Ein weiterer Kritikpunkt, über den wir auch im Ausschuss gesprochen haben, war: Wie sieht es aus, wenn zum ersten Mal die Absolventen des achtjährigen Gymnasiums und die Absolventen des neunjährigen Gymnasiums gemeinsam die Schule verlassen und sich auf dem Ausbildungsmarkt und auch auf dem Hochschulmarkt bewerben? Hierzu liegen auch Zahlen vor, die belegen, dass wir ab dem Jahr 2008 ei-

nen deutlichen Rückgang der Absolventenzahl haben werden, sodass wir im Jahr 2011/12 wesentlich weniger Schulabgänger haben werden, als das auf dem Höhepunkt im Jahr 2008 zu erwarten ist.

Wir müssen diesen Prozess aufmerksam begleiten. Es gibt auch eine interministerielle Arbeitsgruppe, die sich mit diesen einzelnen Fragen beschäftigt. Eine Panikmache oder eine Angstmache, dass die jungen Menschen keinen Studienplatz bekommen würden, halten wir für nicht angemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das waren einige wesentliche Gesichtspunkte, die ich nochmals herausgegriffen habe. Wir begrüßen den Schritt zur Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs als ein wichtiges Signal für das Reformland, für das Bildungsland Baden-Württemberg. Insofern bitten wir um Zustimmung auch zu den kritisch diskutierten Punkten, die wir im Schulausschuss als Regierungsfraction beschlossen haben.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Er wird jedes Mal stärker!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Vorgang, den wir hier erlebt haben, sagen. Es gibt ein Votum des Präsidiums, das eindeutig besagt, dass die Landesregierung während der Plenarsitzungen keine Parallelveranstaltungen abhalten soll. Was hier geschehen ist, ist eine Missachtung des Parlaments.

(Zuruf von der SPD: Eine üble!)

Es ist ein schlechter demokratischer Stil, wenn ein wichtiges Gesetz hier beraten wird und die zuständige Ministerin nicht anwesend ist.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Ich würde Herrn Hillebrand gern einmal eine stärkere Brille spendieren, damit er richtig sehen kann.

(Unruhe – Abg. Seimetz CDU: Der Herr Präsident hat gezählt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die meisten Änderungsvorschläge zum Schulgesetz sind unstrittig. Entscheidende Änderungen, die sich vor allem auf die Struktur unserer Schullandschaft beziehen, haben Sie leider nicht vorgesehen.

Wir haben in der Schulausschusssitzung auch noch einiges klären können. So konnten zum Beispiel die Bedenken des Datenschutzbeauftragten durch entsprechende Stellungnahmen ausgeräumt werden. Es konnte auch geklärt und deutlich gemacht werden, dass es in dieser neuen Schulstruktur keine Benachteiligung für schwerhörige Kinder geben wird. Insofern war es durchaus hilfreich, in der Ausschusssitzung den einen oder anderen Punkt noch anzusprechen.

(Zeller)

Aber in einem Punkt konnten wir uns nicht verständigen. Er betrifft die Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Wir halten nach wie vor – gerade auch nach den geführten Diskussionen – eine Korridorlösung für den richtigen und sinnvollen Weg. Ich bin schon erstaunt: Auch in jüngster Zeit haben sich viele Eltern, Bürgermeister und Lehrer gegen diesen Gesetzesteil, der die flächendeckende Einführung zum Schuljahr 2004/05 vorsieht, ausgesprochen und haben deutlich gemacht, dass sie dies für den falschen Weg halten.

Ich könnte Ihnen dafür jetzt eine Reihe von Beispielen vortragen, will aber nur einige wenige zitieren. Mir wurde mitgeteilt, dass gestern Abend zum Beispiel noch eine Sitzung in Ummendorf war. Ich weiß nicht, ob Sie überhaupt wissen, wo Ummendorf liegt.

(Abg. Seimetz CDU: Doch! Im Oberland! – Unruhe)

Aber Herr Schneider, der heute durch Abwesenheit glänzt, müsste es wissen. Dort wurde zum Beispiel konkret der CDU-Landrat aufgefordert, sich dem Votum für eine Korridorlösung anzuschließen.

(Abg. Seimetz CDU: Da hat die GEW wahrscheinlich eine Konferenz gehabt!)

Es gab zum Beispiel eine Elternversammlung am Montfort-Gymnasium in Tettnang. Ich will nur kurz zitieren, was hier steht:

Mit Bestürzung haben wir zur Kenntnis genommen,

(Abg. Seimetz CDU: Von Zeller aufgehetzt!)

dass Sie

– gemeint ist Frau Schavan –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die heute leider nicht da ist!)

trotz massiver Kritik den Gesetzentwurf zum G 8 in seiner bisherigen Form in den Landtag eingebracht haben und nach wie vor an der Einführung im Jahr 2004 festhalten – dies, obwohl der Philologenverband, die Direktorenvereinigung Tübingen, der Städte- und der Gemeindetag, der Landeselternbeirat und verschiedene Elterninitiativen sehr sachlich und differenziert ihre Bedenken sowohl zum Konzept als auch zum Einführungszeitpunkt 2004/05 deutlich gemacht haben.

Ich sage Ihnen: Dies ist genau der Punkt! Man kann es eigentlich nicht treffender formulieren.

(Abg. Seimetz CDU: Wahrscheinlich von Herrn Zeller formuliert!)

Es kommt noch ein interessanter Zusatz. Er muss genauso zu denken geben. Hoffentlich erfährt das die Ministerin auch. Es heißt dort nämlich weiter:

Umso deutlicher ist jetzt unser Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber Entscheidungen auf politischer Ebene.

So gehen Sie mit den Meinungen der Eltern um!

(Abg. Röhm CDU: Einzelner Eltern! Nicht d e r Eltern!)

– Ja, ja, ich weiß.

(Abg. Seimetz CDU: Es gibt noch mehr Eltern, die sagen, dass es richtig ist! – Abg. Röhm CDU: Es gibt keine Meinung d e r Eltern!)

– Es gibt eine Meinung des Landeselternbeirats. Herr Röhm, wenn Sie die Meinung dieses Gremiums nachlesen wollen, können Sie das sogar im Anhang zum Gesetzentwurf tun.

Es kommt sogar noch schlimmer, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Zeller SPD: Bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Röhm, bitte.

Abg. Röhm CDU: Herr Kollege Zeller, ich wollte Sie fragen, woher Sie die Information haben, dass die Schulleiter aus Südwürttemberg-Hohenzollern dem nicht zugestimmt hätten. Das hätte ich gerne gewusst. Ich war selbst bei dieser Sitzung dabei und kann Ihnen sagen, was da war. Die wollten vor eineinhalb Jahren die Einführung von G 8 nicht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ist gut, Herr Schulleiter! Zu Befehl, Herr Schulleiter!)

Stellv. Präsident Birzele: Frage!

Abg. Röhm CDU: Ja, ist in Ordnung.

Stellv. Präsident Birzele: Keinen Beitrag! Sie haben eine Frage gestellt.

Abg. Röhm CDU: Gut, dann warte ich auf die Antwort.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Zeller, bitte schön.

Abg. Zeller SPD: Die Direktorenvereinigung Tübingen

(Abg. Röhm CDU: Zu der gehöre ich!)

hat sich gegen die Einführung in dem Sinne, wie das hier vorgesehen ist, geäußert.

(Abg. Röhm CDU: Wann und wo, war die Frage!)

– Das habe ich jetzt nicht konkret hier. Ich liefere es Ihnen aber gerne nach.

(Abg. Seimetz CDU: Falsche Antwort!)

Meine Damen und Herren, es kommt noch schlimmer: In Hechingen gab es einen Protest auf dem Schulhof. Dort haben Eltern gesagt: Wir lassen unsere Kinder zu Hause und gehen selbst wieder einmal in die Schule

(Abg. Wieser CDU: Das würde ich nie machen!)

(Zeller)

und wenden uns gegen die Einführung des G 8 in dieser Form.

(Abg. Seimetz CDU: Wir kennen doch aufgehetzte Eltern!)

Wissen Sie, wie die Antwort der Ministerin aussieht? Das ist heute in der „Südwest Presse“ nachzulesen. Dort heißt es:

Kultusministerin Annette Schavan will nicht mehr dulden, dass Eltern wie in Hechingen auf dem Schulhof demonstrieren.

Der dortige Schulleiter wird dann einbestellt. Dort sollen offensichtlich keine Veranstaltungen der Eltern auf dem Schulhof mehr stattfinden können. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Das, was hier stattfindet, ist Schavanismus pur!

(Beifall bei der SPD)

Immer dann, meine Damen und Herren, wenn es in die Konzeption der Ministerin passt, ist Elternmeinung erwünscht und gut. Wenn sie aber anders aussieht, wenn sie gegen die Politik der Ministerin ausgerichtet ist, dann kommt der Knüppel aus dem Sack, und dann werden die Leute sozusagen in ihrer politischen Freiheit angegangen und bedroht.

(Beifall bei der SPD)

Dies halte ich für einen sehr, sehr schlechten Stil.

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich nochmals klipp und klar: Die Einführung des G 8 so, wie es im Regierungsentwurf vorgesehen ist – im Schuljahr 2004/05 –, ist nicht der richtige Weg. Eine Korridorlösung ist hier der richtige Weg. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht und bitten Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem vorhin die Wogen wegen der Parallelveranstaltung etwas hochgegangen sind, noch ein paar Takte dazu, damit auch alle hier im Hause wissen, worum es geht. Es gibt eine Festveranstaltung anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums des Landesschulbeirats Baden-Württemberg.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Muss die gerade jetzt sein? – Abg. Zeller SPD: Dazu hat die Regierung eingeladen!)

– Darf ich reden? Menschenskind! Sind Sie immer so vorlaut?

(Abg. Seimetz CDU: Wer hat eingeladen? Die CDU? – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Die Regierung!)

Diese Festveranstaltung findet heute um 14 Uhr im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart statt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das hätte auch morgen sein können! – Abg. Zeller SPD: Auf Einladung der Regierung!)

Dass es sich hierbei um eine Überschneidung handelt, können Sie sich selbst an fünf Fingern abzählen. Es ist schade, dass es so gekommen ist, nicht zuletzt deshalb, weil ich gerne dabei gewesen wäre,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich auch!)

wie Frau Kollegin Rastätter und Herr Kollege Wacker auch.

(Abg. Fischer SPD: Wie auch die Kollegen Wintruff und Zeller! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es gibt aber im Leben, Herr Kollege Fischer, auch einmal Überschneidungen, Probleme und Fehler, und man muss sich überlegen, was man macht.

(Abg. Fischer SPD: Herr Kollege Kleinmann, es gibt einen Jahreskalender des Parlaments! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Zu dem Zeitpunkt, als ich diese Einladung erhielt, habe ich mich sofort mit dem Kultusministerium in Verbindung gesetzt, und es war klar, dass diese Veranstaltung nicht mehr abzubereiten war.

(Abg. Zeller SPD: Nein! Das war in den Planungen des Parlaments!)

Man konnte deshalb nicht einfach sagen: „Wir haben so und so viele Einladungen verschickt. Weil das jetzt parallel läuft mit der Plenarsitzung des Parlaments, sagen wir das ab.“

(Abg. Zeller SPD: Ist dem Ministerium nicht bekannt, wann die Plenarsitzungen sind?)

Meine Damen und Herren, G 8 ist das große Thema. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass beginnend mit dem Schuljahr 1991/1992, Herr Zeller – und das heißt, wenn Sie rechnen können, und das können Sie ja, vor zwölf Jahren –, das Modell eines achtjährigen Gymnasiums an zunächst vier Standorten erprobt wurde. Ich räume ein, dass hierfür anfänglich andere Bedingungen galten. Aber das jetzige Modell wird inzwischen an mehr als 80 allgemein bildenden Gymnasien angeboten, und zwar erfolgreich.

Die Verkürzung der Schulzeit ist eingebunden in ein Gesamtkonzept der Reform des Gymnasiums, zu dessen weiteren Elementen die Reform der Oberstufe und die Einführung von Bildungsstandards und von Kern- und Schulcurricula gehören, die wiederum die Eigenverantwortlichkeit und die Schärfung von Schulprofilen in engem inneren Zusammenhang zur Folge haben.

Die erforderlichen Vorbereitungen hierfür laufen oder sind eingeleitet. An vielen Gymnasien, Herr Zeller, sind Arbeitsgruppen gebildet, die an den entsprechenden konkreten Konzepten arbeiten.

(Kleinmann)

Ich wehre mich dagegen – und meine Fraktion mit mir –, diese sinnvolle Einbettung in ein Gesamtkonzept negativ umzumünzen in den Vorwurf, es solle jetzt zu viel auf einmal gemacht werden. Ich habe den Eindruck, dass diejenigen, die auflisten, was zusammen mit der Umstellung auf G 8 auf die Gymnasien zukomme, teilweise bewusst irreführend argumentieren, indem sie so tun, als ob von dieser Umstellung schlagartig alle Klassen und alle Jahrgangsstufen insgesamt betroffen wären. Die Realität sieht anders aus: Es beginnt mit Klasse 5, und Schritt für Schritt wächst ein weiterer Jahrgang hinein.

Meine Damen und Herren, es wird auch oft betont, die Durchlässigkeit wäre nicht mehr gegeben; auch Sie, Frau Kollegin Rastätter, sagen dies. Ich möchte diesem Irrtum entschieden widersprechen. Es ist doch nicht so, dass die Klassen 5 bis 10 der Realschule parallel zu den Klassen 5 bis 10 des Gymnasiums laufen. Da werden ganz unterschiedliche Ziele verfolgt, einerseits auf dem Gymnasium und andererseits auf der Realschule, wenn auch beide Male der Abschluss mittlere Reife erreicht wird. Dieser wird aber auch an der Hauptschule mit dem Abschluss Werkrealschule erreicht. Auch hier habe ich den Abschluss mittlere Reife, und dieser Weg ist ein ganz anderer als der der Realschule. Es ist doch irreführend, zu meinen, man hätte nicht eine eigene gymnasiale Konzeption und würde dann quasi nach den sechs Jahren, ob jetzt Realschule oder Gymnasium – Herr Köberle, Sie kennen das Problem als früherer Staatssekretär –, bloß noch drei Jahre am Gymnasium hinzusetzen und sagen: Das ist der Abschluss des Gymnasiums.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt haben Sie gerade bewiesen, dass es keine Durchlässigkeit gibt!)

Es ist also nicht richtig, dass die Durchlässigkeit damit nicht mehr gegeben ist. Sie ist zugegebenermaßen etwas erschwert; das ist richtig.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Genau! – Abg. Zeller SPD: Genau! So ist es! Deutlich erschwert!)

Aber wir wollen doch in aller Klarheit und Deutlichkeit sagen, dass dies nicht unsere beruflichen Gymnasien betrifft. Die meisten Abgänger der Realschule gehen anschließend auf ein berufliches Gymnasium, sei es ein Wirtschaftsgymnasium oder ein Technisches Gymnasium. Dort bleibt es bei dem G-9-Konzept, sprich bei drei Jahren. Da ändert sich diesbezüglich nichts.

Meine Damen und Herren, auf die anderen Punkte bin ich schon bei der ersten Lesung ausführlich eingegangen. Ich erinnere noch einmal daran, dass der „Schulanfang auf neuen Wegen“ von uns allen getragen wird. Ich bedanke mich ausdrücklich auch bei der Opposition, dass sie da mitmacht.

In gleicher Weise gilt das für das Kooperationsmodell. Ich weise deshalb noch einmal darauf hin, weil es mir ganz wichtig ist, auch aufzuzeigen, dass wir nicht nur an der Grundschule und an den Gymnasien herumoperieren, sondern dass auch die Hauptschulen von elementarer Bedeutung für uns sind. Uns ist es wichtig, dass jeder Hauptschüler und jede Hauptschülerin die Chance bekommt, einen qualifizierten Abschluss zu machen. Wer dies bei dem An-

gebot von neun Jahren nicht schafft, schafft es dann nach zehn Jahren; deshalb dieses Kooperationsmodell.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion wird dem Schulgesetzentwurf, wie er nun beraten und im Schulausschuss auch mehrheitlich beschlossen worden ist, zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

(Abg. Seimetz CDU: Frau Rastätter ist auch dafür! Dann können wir gleich zur Erledigung kommen! – Zuruf von der SPD)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie bereits bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs angekündigt und bei dieser Gelegenheit auch ausführlich begründet, werden wir Grünen heute Teilen des Gesetzentwurfs zustimmen. Wir werden drei Änderungsanträge zur Abstimmung stellen, einige Punkte des Gesetzentwurfs aber auch ablehnen.

Zunächst zum achtjährigen Gymnasium: Wir lehnen weiterhin eine generelle Einführung ab dem Schuljahr 2004 ab und wollen einen Einführungskorridor bis zum Jahr 2007.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, insbesondere Reformen dieses Ausmaßes entfalten ihre Wirksamkeit vor allem dann, wenn sie im Konsens mit den Beteiligten, aber nicht gegen den Willen der Beteiligten durchgeführt werden. Ich bin fest davon überzeugt: Wenn Sie einen Korridor bis zum Jahr 2007 eröffnet hätten, wären sehr bald sehr viele Gymnasien eingestiegen. Es stimmt ja, was Sie sagen, Herr Kleinmann: Es gibt Gymnasien, die an der Vorbereitung arbeiten. Diese Gymnasien wären auch im Jahr 2004 eingestiegen –

(Zustimmung des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

auf freiwilliger Basis. Wir wissen, dass auch hier Konkurrenz das Geschäft belebt. Ich bin sicher, dass dieser Einführungskorridor dann gar nicht in diesem Umfang notwendig gewesen wäre. Insofern hätte man mit einer Flexibilisierung viel Motivation erreichen können, und der Widerstand wäre gar nicht so zum Ausdruck gekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es! Genau!)

Im Übrigen noch ein Wort zur Konzeption. Ich habe es bei der ersten Lesung ausführlich begründet, und Sie, Herr Kleinmann, haben es eben bestätigt: Die soziale Auslese wird verschärft.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein!)

Das Gymnasium wird von den anderen beiden Schularten abgekoppelt, weil die Verkürzung in der Unterstufe stattfin-

(Renate Rastätter)

det. Damit wird das, was schon heute ohnehin schwierig genug ist – nämlich ein Übergang von den anderen beiden Schularten, Hauptschule und Realschule, nach der siebten oder achten Klasse ins Gymnasium –, fast unmöglich gemacht. Damit wird die horizontale Durchlässigkeit zwischen den Schularten verschärft. Das ist genau das Gegenteil des Ziels, an dem wir arbeiten müssen, nämlich ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder oder – zumindest in einem ersten Schritt – die Verbesserung der Durchlässigkeit unter den Schularten.

(Beifall bei den Grünen)

Insofern liegt Ihnen heute ein Änderungsantrag vor; ich habe ihn bereits angekündigt. Sie wollen im Schulgesetz verankern, dass im Gymnasium ab Klasse 5 mit der zweiten Fremdsprache begonnen werden kann. Wir wollen keine Beschränkung auf das Gymnasium. Wenn wir in der ersten Klasse mit der ersten Fremdsprache beginnen, dann sollen alle Schularten, alle Schulen, die das wollen, mit der zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 beginnen können. Deshalb muss das auch im Schulgesetz in dieser Form verankert werden.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Herr Ministerpräsident Teufel gestern in seiner Regierungserklärung zur EU-Verfassung betont hat, dass die Sprachenvielfalt, die Vielfalt der Kulturen in Europa unter dem Dach der EU-Verfassung einen noch höheren Stellenwert erhalten wird. Wir wollen, dass all unsere Schüler die Chance haben, mehrsprachig zu werden. Deshalb muss man auch den anderen Schularten die Möglichkeit geben, ihre Profile so auszugestalten,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

dass sie eine zweite Fremdsprache ab Klasse 5 anbieten können.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Zweiter Punkt: Stichtagsregelung. Hier ist ein kleiner Unterschied der Fraktion GRÜNE zu den anderen Fraktionen. Wir stimmen der Stichtagsregelung, der Verschiebung um drei Monate auf 30. September, zu. Es macht Sinn, dass alle Kinder mit sechs Jahren eingeschult werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Aber die freiwillige Stichtagsverlängerung auf 30. Juni des darauf folgenden Jahres wollen wir nicht. Deshalb bitte ich um getrennte Abstimmung über die Buchstaben a und b.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Und warum denn um Gottes willen nicht?)

– Und zwar aus folgendem Grund: Selbstverständlich sollen Kinder mit fünf Jahren eingeschult werden können. Aber damit Eltern sich entscheiden, ohne dass das Votum der Schule dabei eine Rolle spielt, muss die Grundschule pädagogisch noch besser weiterentwickelt werden. Wenn der „Schulanfang auf neuen Wegen“ schon in der Fläche umgesetzt wäre, wenn wir bessere Rahmenbedingungen hätten und keinen Klassenteiler von 31 an der Grundschule, wenn schon alle Grundschulen pädagogische Konzepte hätten, um Kinder individuell besser fördern zu können, dann

könnten wir das machen. Aber in der jetzigen Situation würde das bedeuten, dass unter Umständen Kinder eingeschult werden, ohne dass die Bedingungen für eine gute Förderung vorliegen. Deshalb ist eine Einwilligung erforderlich, und deshalb wollen wir diese Möglichkeit für die Eltern nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Es liegt Ihnen auch ein Änderungsantrag zu den Kooperationsklassen BVJ/Hauptschule vor. Wir wollen, dass auch die Förderschulen hier mit einbezogen werden.

Mit dem dritten Änderungsantrag wollen wir erreichen, dass bei der Information der Eltern von erwachsenen Kindern die Formulierung des Landesdatenschutzbeauftragten gewählt wird. Sie stellt für uns einen guten Kompromiss dar, mit dem einerseits das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von erwachsenen jungen Schülern gewahrt bleibt, aber andererseits auch unserem Wunsch, dass Eltern informiert werden können, wenn es notwendig ist, sie zu informieren, Rechnung getragen wird. Deshalb ist dieser Kompromiss sinnvoll.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Änderungsanträge und stimmen auch Teilen Ihres Gesetzentwurfs zu.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Rau.

Staatssekretär Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Fischer hat vorhin den Antrag gestellt, die Ministerin herbeizurufen, weil die Debatte so bedeutend würde. Der Beitrag Ihres Kollegen Zeller hat Letzteres nicht belegt.

(Abg. Zeller SPD: Das ist aber nur Ihre Ansicht!)

– Das ist meine Einschätzung und meine Bewertung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Das hat nichts mit Bedeutung zu tun! Das gehört sich so! Das ist eine Vereinbarung zwischen Parlament und Regierung!)

Bei der ersten Lesung ist eine sehr ausführliche Grundsatzdebatte geführt worden, und es wurden dort auch die entscheidenden Argumente eingebracht.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Warum reden Sie dann jetzt noch zu dem Gesetzentwurf?)

Wenn Sie die heutige Tagesordnung anschauen, dann sehen Sie, dass dieser Tagesordnungspunkt vor der Mittagspause vorgesehen war. Er ist nämlich vor der Fragestunde ausgedruckt. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Ministerin hier zur Verfügung gestanden.

(Abg. Zeller SPD: Es war aber klar, dass der Zeitplan nicht einzuhalten war!)

Heute Nachmittag ist der Festakt „50 Jahre Landesschulbeirat“.

(Staatssekretär Rau)

(Abg. Zeller SPD: Dazu hat die Regierung eingeladen!)

Es ist wichtig, dass die Kultusministerin daran teilnimmt. Dieses Datum ist mit Rücksicht auf die Festrednerin dieses Festakts gewählt worden.

(Abg. Schmiedel SPD: Für Festakte hat man Staatssekretäre! Sonst braucht man die nämlich nicht! – Heiterkeit bei der SPD)

– Sie sehen ja, dass es auch anders geht, Herr Schmiedel. Es wird Ihnen sicher Leid tun, dass Sie nie die Chance dazu haben, das nachzuvollziehen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Staatssekretär Rau: Sicher.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Zeller, bitte.

Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass zu diesem 50-Jahr-Jubiläum des Landesschulbeirats die Ministerin persönlich eingeladen hat und insofern die Ministerin für diesen Termin verantwortlich ist?

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Staatssekretär Rau: Mir ist diese Einladung bekannt. Sie ist natürlich auch mir zugegangen. Aber ich sage Ihnen noch einmal: Ausweislich der Tagesordnung war dieser Punkt vor der Mittagspause vorgesehen, und da wäre sie zur Verfügung gestanden.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann soll sie halt keinen Plenartag nehmen! – Abg. Drexler SPD: Aber ohne Einschlebung eurer Regierungserklärung zur Messe!)

Auf der Tagesordnung steht unter Punkt 5 die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Schulgesetzes, unter Punkt 6 die Fragestunde und unter Punkt 1 die Regierungserklärung.

(Abg. Drexler SPD: Das geht doch zeitlich gar nicht!)

– Das geht schon, wenn man sich an die Redezeiten hält.

(Heiterkeit bei der SPD – Unruhe)

Dann möchte ich auf die Argumente, die hier noch einmal gebracht worden sind, eingehen. Entscheidend für diese Überarbeitung des Schulgesetzes ist es, dass einige wesentliche Punkte hier in großer Einheit mitgetragen werden. Ich halte es für die Schülerinnen und Schüler, für die Jugendlichen, die davon betroffen sind, für außerordentlich wichtig, dass beispielsweise die Kooperationsklassen Hauptschule/BVJ jetzt im Schulgesetz verankert worden sind. Ich möchte zu Ihrem Antrag, Frau Rastätter, dass Sie das auch gern für die Förderschulen haben möchten, sagen, dass wir auch bei den Hauptschulen eine Vorlaufphase hatten, in der wir das als Versuch haben laufen lassen. Wir haben gute Erfahrungen damit gesammelt, und jetzt kommt es mit Unterstützung des ganzen Hauses ins Gesetz.

Wir haben vor, zum kommenden Schuljahr die Schulversuchsverordnung für Kooperationsklassen Förderschule/BVJ in Kraft zu setzen,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Die gibt es doch schon!)

damit uns die Schulversuche Kooperationsklassen Förderschule/BVJ weitere Erkenntnisse für diesen Bereich erbringen können. Wir hoffen sehr, dass wir bei den Kooperationsklassen Förderschule/BVJ die gleichen Erfahrungen machen wie bei den Kooperationsklassen Hauptschule/BVJ, in denen eine große Zahl schwächerer Schülerinnen und Schüler ihren Hauptschulabschluss erreichen und auch einen guten Übergang zu einem Ausbildungsplatz finden.

(Glocke des Präsidenten)

Unsere Absicht ist auch die Ihre. Wir gehen aber einen anderen Weg, der uns erst Erfahrungen sammeln lässt. Wenn die Erfahrungen ausgewertet sind, führt das möglicherweise auch zu einer Novelle des Schulgesetzes.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Rastätter?

Staatssekretär Rau: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Staatssekretär Rau, ist Ihnen bekannt, dass es diese Kooperationen Förderschule/BVJ schon gibt?

Staatssekretär Rau: Ja.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es ist nicht so, dass Sie hier jetzt erst in die Modellversuche einsteigen würden, sondern in Karlsruhe gibt es zum Beispiel eine Förderschule, die bereits seit sieben oder acht Jahren diese Kooperation mit großem Erfolg praktiziert. Insofern: Hätten Sie es nicht für richtig empfunden, diesem Antrag der Fraktion GRÜNE seitens des Ministeriums zuzustimmen und das aufzunehmen? Das wäre auch für die Förderschulen und für den Landesverband „Lernen fördern“ ein sehr gutes und positives Signal gewesen, dass man Schüler der Förderschulen genauso fördert wie Schüler der Hauptschulen.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte auf eine Frage beschränken.

Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rau: Frau Kollegin Rastätter, es gibt an einigen wenigen Schulen bereits dieses Modell.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, eben!)

Wir wollen dies durch eine entsprechende Schulversuchsverordnung verstetigen, die wir jetzt in Kraft setzen. Die ist bisher noch nicht in Kraft.

(Abg. Wacker CDU: Der übliche Fahrplan!)

Die Schulen haben das selbst in Angriff genommen und hierzu Modelle entwickelt. Wir verstetigen das jetzt. Wenn wir dann die Erfahrungen in der gleichen Breite wie bei Ko-

(Staatssekretär Rau)

operationsklassen Hauptschule/BVJ haben, können wir es ins Gesetz nehmen. Wir sind im Grundsatz nicht auseinander; es geht nur um die Schritte, die wir dabei gehen. Ich freue mich, dass das hier einheitlich gesehen wird.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, diesmal eine Frage der Frau Abg. Weckenmann?

Staatssekretär Rau: Sicher.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Frau Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Rau, mich würde interessieren, wie die Erfolgsbilanz von Hauptschülern, die nur das BVJ abgeschlossen haben, beim Übergang in eine Ausbildung aussieht, wie viele nachher in Ausbildung kommen. Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage lautet, ob Sie auch erhoben haben, ob das BVJ für diese Jugendlichen notwendig war oder der Tatsache geschuldet war, dass sie sonst keinen Arbeitsplatz hatten.

Die dritte Frage würde ich nach Ihrer Antwort anschließen, wenn Sie sie zulassen.

(Unruhe)

Staatssekretär Rau: Das BVJ ist schon für viele Schülerinnen und Schüler, die diese Schule besuchen, auch ein weiteres vollschulisches Jahr, weil sie keinen dualen Ausbildungsplatz finden. Das wird ohne weiteres zugegeben.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir haben durch die Kooperation Hauptschule/BVJ aber erreicht, dass die Zahl derer, die sich nach diesem zweijährigen Bildungsgang, so will ich es einmal nennen, um eine Ausbildungsstelle bemühen, wesentlich größer ist, dass also eine wesentlich größere Zahl beim Übergang in eine duale Ausbildungsstelle Erfolg hat. Ich weiß das, weil wir die ersten Kooperationsklassen in Lehr in der sehr schwierigen Situation der großen Aussiedlerzahlen eingerichtet haben. Dort kommen aus der Kooperationsklasse nach Abschluss des zweiten Jahres bis zu 60 % auf einen dualen Ausbildungsplatz. Das ist ein hervorragendes Ergebnis, deutlich besser als bei denen, die nach Abschluss der Hauptschule aus Verlegenheit noch das BVJ besuchen.

Wir haben bei diesen Jugendlichen in der Tat ein Problem beim Übergang in Beruf und Ausbildung. Es ist auf der anderen Seite bei uns – Gott sei Dank! – noch am besten gelöst, was Sie auch an der Zahl der Hauptschulabschlussprüfungen sehen.

Es gibt einen Antrag Ihrer Fraktion, in dem die Aussage gemacht wird, dass etwa 20 % der Hauptschüler ohne Abschluss abgehen. Das ist sehr unterschiedlich. In Baden-Württemberg sind es nicht einmal 8 %, und von diesen haben weitere Schüler die Möglichkeit ergriffen, über das BVJ einen Hauptschulabschluss zu machen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Damit haben sie eine vernünftige Grundlage, um doch noch zu einer Berufsausbildung zu kommen.

(Abg. Zeller SPD: 15 % der BVJ-Schüler haben nach dem BVJ eine weitere Ausbildungschance!)

Ist Ihre Frage erledigt, Frau Kollegin Weckenmann?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die dritte Frage!)

– Offensichtlich hat sich die angekündigte dritte Frage durch meine Antwort erledigt.

Ich denke, das achtjährige Gymnasium ist eine große Chance, insgesamt bei der Einteilung von Ausbildungszeiten einen wichtigen Schritt voranzukommen.

Wir müssen den Gesamtzusammenhang zwischen dem ersten Schuljahr und dem möglichen Ende eines Studiums sehen. Das Gymnasium hat hierzu einen Beitrag zu leisten. Aber dieser Beitrag ist gut vorbereitet. 80 der 370 Gymnasien im Lande haben das G 8 schon eingeführt. Da kann niemand sagen, man habe keine Erfahrungen sammeln können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es, exakt!)

Seit zwölf Jahren werden Erfahrungen gesammelt. Wir haben in den vergangenen Jahren eine steigende Akzeptanz festgestellt, und das Jahr 2004 ist ein entscheidendes Jahr, nicht nur was das achtjährige Gymnasium angeht, sondern auch was die Einführung der Bildungsstandards angeht. Es ist sehr gut, dass wir das miteinander verbunden einführen können, dass die Arbeit auf der Basis von Bildungsstandards in den Gymnasien gleichzeitig mit der Umstellung auf G 8 beginnt.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Natürlich lässt sich wunderbar der eine oder andere zitieren, der gegen G 8 ist. Aber da Sie hier immer so eifrig Beispiele aus dem Kreis Biberach vortragen – Sie haben da einen fleißigen Zuarbeiter –,

(Abg. Zeller SPD: Ich kann Ihnen auch andere Beispiele nennen!)

möchte ich Ihnen sagen, dass uns die Vorsitzende des Gesamtelternbeirats der Biberacher Schulen heute schreibt: „Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass die beiden Biberacher Gymnasien, das Pestalozzi-Gymnasium und das Wieland-Gymnasium, sich ausdrücklich für die Einführung des G 8 im Jahr 2004 entschieden haben.“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Das hat der CDU-Landrat veranlasst!)

Ihre Einzelbeispiele werden also durch andere widerlegt.

(Glocke des Präsidenten)

Wir können bei drängenden Entscheidungen nicht warten, bis es auch noch der Letzte versteht und den Weg mitgeht.

(Abg. Zeller SPD: Die Ergebnisse der Anhörung sind drin!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Rau, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Staatssekretär Rau: Nein. Ich würde jetzt gerne ein bisschen am Stück reden. Später wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Verrückte ist ja, dass Sie im Grundsatz zustimmen, dass Sie aber gerne noch ein paar Jahre ein Thema hätten, bei dem Sie „herumzerfen“ können.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wir haben einige andere Themen auf Lager!)

Andreas Böhme hat das in der „Südwest Presse“ völlig richtig mit den Worten kommentiert: „Wer wie die Landes-SPD vom Hauruckverfahren faselt, macht sich lächerlich. Außer dass der Opposition ein Lieblingsthema abhanden kommt, gibt es keinen Grund für die Verschiebung.“

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Ich kann Ihnen andere Zitate bringen!)

Recht hat er, kann ich da nur sagen.

(Abg. Zeller SPD: Damit halten Sie die Eltern für blöd!)

Die Entscheidung fällt heute. Der Start ist in einem Jahr. Die Schulen haben genügend Zeit, um sich vorzubereiten, und sie werden sich der Aufgabe natürlich stellen. Es ist ja nicht in ihre Beliebigkeit gestellt, ob sie das tun wollen oder nicht. Sie wissen, was auf sie zukommt. Die Direktoren sind in Dienstbesprechungen vorbereitet worden, es gibt Fortbildungsveranstaltungen, und wir bilden Multiplikatoren aus. Das G 8 wird gut vorbereitet sein und zur richtigen Zeit flächendeckend starten.

(Abg. Röhm CDU: Also sollen sie jetzt Gas geben, damit sie dabei sind!)

Frau Rastätter, zum Thema „Fremdsprache ab Klasse 5“. Ich halte es für richtig, dass wir dann, wenn die Grundschulfremdsprache „durchgewachsen“ ist, in den fünften Klassen der Gymnasien überall mit der zweiten Fremdsprache starten. Ich halte es für genauso wichtig, dass wir nicht nur diese formale Entscheidung treffen, sondern dass die Gymnasien auch wissen, dass sie sich auf eine veränderte Form des Sprachenlernens einstellen müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Die Kinder haben in der Grundschule die Chance, eine Sprache zu erlernen,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber die anderen auch!)

die sie später nicht mehr haben. Aber die weiterführenden Schulen müssen darauf aufbauen. Das sage ich besonders an die Adresse der Gymnasien, weil sich die anderen weiterführenden Schulen ohnehin heute eher schon an der Form des Sprachenlernens orientieren, die wir in der Grundschule ab dem kommenden Schuljahr erleben werden.

Sie begehren, dass die zweite Fremdsprache in Klasse 5 auch in den anderen Schularten eingeführt werden kann. Sie wissen, dass das vorgesehen ist. Die Hauptschulen können dort, wo in der Grundschule Französisch unterrichtet wird, eine AG anbieten.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Sie wissen, dass in den Realschulen auf jeden Fall die Möglichkeit besteht – zusätzlich zu Englisch –, eine AG einzurichten oder dort, wo die Kinder mit Grundschulfranzösisch kommen, grundständig einen F-1-Zug einzurichten.

(Glocke des Präsidenten)

Das heißt, die Vielfalt des Sprachenlernens wird in allen weiterführenden Schulen gewährleistet sein.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

Staatssekretär Rau: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Schmid SPD: Herr Staatssekretär Rau, darf ich Sie fragen, weshalb Sie die Rede halten, obwohl die Frau Ministerin draußen an der Treppe wartet?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: War das eine intelligente Zwischenfrage! Der Schmid ist doch sonst nicht so komisch!)

Staatssekretär Rau: Da sehen Sie einmal, wie der Zeitplan heute durcheinander gekommen ist.

(Unruhe – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Capez-zuto: Jetzt lassen Sie sie doch rein, Mensch!)

Frau Kollegin Rastätter, Sie haben sich noch zu der Stichtagsregelung geäußert. Wieso sollen wir die Freiwilligkeit dieses Angebots wieder aus dem Schulgesetz herausnehmen? Wir geben den Eltern Möglichkeiten zur Entscheidung über den weiteren Entwicklungsgang ihrer Kinder.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Sie wollen die Regelung in Bezug auf die Freiwilligkeit für das weitere Dreivierteljahr nicht im Gesetz haben. Lassen Sie den Eltern doch diese Möglichkeit,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wir lassen doch den Eltern diese Möglichkeit!)

auf den Entwicklungsstand ihrer Kinder einzugehen. Sie sind doch sonst so sehr für individuelle Lösungen. Warum in diesem Fall nicht?

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Ich meine also, dass die angesprochene Regelung vernünftig ist.

Schließlich haben Sie sich noch zu der Frage der Information von Eltern volljähriger Schüler geäußert. Bei allem Respekt vor dem Datenschutzbeauftragten: Wir brauchen eine

(Staatssekretär Rau)

praktikable, verständliche und klare Regelung mit großer Verlässlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Deswegen haben wir den Textvorschlag des Normenprüfungsausschusses übernommen. Mehr können wir nicht tun, als genau diese Frage dort prüfen zu lassen und die Grundlage dafür zu legen, dass Schülerinnen und Schüler, auch wenn sie 18 Jahre alt sind, in Lebenskrisen nicht allein gelassen werden, sondern dass ihre Eltern mit eingebunden werden und die Chance haben, ihnen zu helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Grundsatz sind wir uns ja auch hier – wie bei allen anderen Punkten, die heute zur Abstimmung stehen – einig.

Ich sage abschließend noch einmal: Im Zentrum dieser Debatte hat auch das G 8 gestanden. Das G 8 ist ein großer Schritt voran. Wir werden hier jetzt keine Debatten mehr dazu haben, sondern wir werden sie in der Realität der Schule erleben. Die Schülerinnen und Schüler dieses Landes werden froh sein, dass wir auch hier an der Spitze der Bundesländer marschieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur *A b s t i m m u n g*.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Drucksache 13/2226. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/2160, unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

des Gesetzentwurfs und hier Nummer 1. Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 1 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2 und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2271-4, auf.

Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Beifall des Ministers Dr. Döring – Oh-Rufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Findet der Antrag auf namentliche Abstimmung die notwendige Unterstützung? – Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, wer dem Änderungsantrag Drucksache 13/2271-4 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der möge

mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Herr Abg. Hillebrand, ich bitte Sie, den Namensaufruf vorzunehmen. Wir beginnen mit dem Buchstaben A.

(Zurufe, u. a. Abg. Wintruff SPD: Der sieht doch nichts! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen und sich ruhig zu verhalten, damit die Voten jeweils gehört werden können.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt vor:

Es haben insgesamt 124 Abgeordnete abgestimmt.

*53 Abgeordnete stimmten mit Ja;
71 Abgeordnete stimmten mit Nein.*

Damit ist der Antrag Drucksache 13/2271-4 abgelehnt.

*

Mit *J a* haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit *N e i n* haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräble, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosserschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr über Artikel 1 Nr. 2 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 Nr. 2 wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich lasse nunmehr abstimmen über Artikel 1 Nr. 3 in der vorliegenden Fassung und anschließend über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2271-1, weil dieser Änderungsantrag eine Ergänzung begehrt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der CDU)

– Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung. Sie waren etwas irritiert, weil einige schon die Hand gehoben hatten. –

(Unruhe)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 Nr. 3 ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt kommt der Ergänzungsantrag!)

Nunmehr rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2271-1, auf, der am Anfang etwas anders lauten müsste, nämlich wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

In Artikel 1 Nr. 3 wird als Buchstabe b eingefügt:

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe nunmehr Artikel 1 Nr. 4 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2271-2, auf, der wie folgt beginnen müsste:

Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

Sie wollen ja die Sätze im Gesetzentwurf verändern.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun über Artikel 1 Nr. 4 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 Nr. 4 wurde bei einigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 5 und Artikel 1 Nr. 6 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Buchstaben a und b getrennt!)

Ich rufe also Artikel 1 Nr. 5 Buchst. a auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 5 Buchst. b auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 5 Buchst. b wurde bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 6 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 Nr. 6 wurde einstimmig angenommen.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 7 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2271-3, auf, der begehrt, Artikel 1 Nr. 7 wie folgt zu fassen:

In § 89 Abs. 2 Nr. 3 wird folgender Halbsatz angefügt: . . .

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 7 in der Fassung des Gesetzentwurfs auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 Nr. 7 wurde mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 8 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 wurde mehrheitlich angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Juli 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Danke. Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Ziffer 2 der Beschlussempfehlung Drucksache 13/2226 abzustimmen. Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport schlägt Ihnen vor, einige Anträge für erledigt zu erklären. Wer Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Herr Abg. Zeller, Sie wünschen das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte für die SPD-Fraktion erklären, dass sich unsere ablehnende Haltung bei der Schlussabstimmung auf die Einführung des G 8 und nicht auf die übrigen Teile des Gesetzes bezog.

Stellv. Präsident Birzele: Danke.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 abgeschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe nunmehr **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts – Drucksache 13/2175

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/2244

Berichterstatter: Abg. Stickelberger

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen?

(Abg. Dr. Birk CDU: Es spricht zunächst die FDP/DVP! Herr Theurer! – Unruhe)

– Es gibt keine veränderte Reihenfolge. Die CDU-Fraktion wünscht das Wort nicht.

(Abg. Kurz CDU: Doch! – Heiterkeit)

– Also, bitte schön, Herr Abg. Kurz, Sie haben das Wort.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt wird es aber interessant! Dass der auch etwas von Wahlen versteht!)

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! An sich hatte ich mit dem Kollegen Theurer vereinbart, dass er zunächst begründen solle. Aber er überlässt mir in diesem Falle das Geschäft.

(Abg. Fischer SPD: Mut verlassen!)

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, worum geht es eigentlich?

(Abg. Drexler SPD: Wissen wir!)

Wir hatten in der letzten Sitzung eine sehr lebhafteste Aussprache, und ich kann mich noch an das theatralische Auftreten des Kollegen Nagel erinnern. Aber wir sollten die Problematik mit etwas mehr Sachlichkeit betrachten und auf die Ebene der Realität herunterholen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja, ja! Jetzt sagen Sie es einmal!)

Herr Drexler, worum geht es denn?

(Abg. Drexler SPD: Jetzt sagen Sie es einmal!)

Es geht um die Aufhebung der Wohnortbindung. Und damit können Sie sich doch wirklich einverstanden erklären.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch Unsinn, was Sie hier verzapfen!)

Es geht nur darum, dass eine Bewerberin oder ein Bewerber

(Abg. Drexler SPD: Unsinn!)

auch innerhalb eines anderen Wahlkreises des Landkreises sich auf der gleichen Liste bewerben kann.

(Lebhafte Unruhe)

Und es geht darum, ob der Wahlkreis, in dem man sich bewirbt, ausgewählt werden kann.

(Abg. Drexler SPD: Oder nicht!)

Möglich ist der Wahlkreis, in dem die Bewerberin oder der Bewerber wohnt oder in dem der Arbeitsmittelpunkt liegt. Die dritte Möglichkeit ist die Wahl eines Wahlkreises im Landkreis außerhalb des eigentlichen Lebensmittelpunktes.

(Abg. Drexler SPD: Oder dass sie sich aufteilen! Der Kopf dahin und die restlichen Körperteile dort-hin!)

Das sind doch Punkte, die man, realistisch betrachtet, durchaus akzeptieren kann.

(Abg. Drexler SPD: Unsinn!)

Jetzt kommt natürlich noch ein weiterer Fall.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aha! Jetzt kommts!)

Es geht darum,

(Abg. Wintruff SPD: Jetzt kommt es!)

dass sich eine Bewerberin oder ein Bewerber auch in zwei Wahlkreisen eines Landkreises auf der gleichen Liste bewerben kann,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wie bei der Landtagswahl!)

ähnlich wie es sich auch bei der Landtagswahl darstellt. Dort gibt es ja auch nicht einen solchen Sturm der Entrüstung.

(Abg. Göschel SPD: Der geklonte Bewerber bei der Kreistagswahl!)

Ich darf in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass die Idee zur Neuregelung des Kreistagswahlrechts von unserem Koalitionspartner stammt.

(Abg. Drexler SPD: Was? Nein! Das hätte ich nicht gedacht! – Unruhe)

– Herr Drexler, blasen Sie sich doch nicht so auf.

(Abg. Drexler SPD: Ich kann mich nicht so aufblasen, wie Sie sind! So weit kann ich mich nicht aufblasen! – Unruhe)

Wir leben mit unserem Koalitionspartner doch nicht in einer wilden Ehe, sondern wir haben einen Vertrag miteinander geschlossen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In diesem Vertrag wird geregelt, dass Gesetzentwürfe die gegenseitige Zustimmung finden müssen. Vorschläge, Ideen

(Kurz)

und Anträge sind gemeinsam zu prüfen und im Geiste einer kooperativen Zusammenarbeit zu beraten.

(Zurufe, u. a. des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Ich weiß, worauf Sie anspielen wollen. Aber all diese Vorwürfe, die jetzt gegen dieses Gesetzesvorhaben vorgebracht werden, dass es zum Beispiel eine Kungelei wäre – Herr Nagel hat es auch damals so aufgegriffen –,

(Abg. Drexler SPD: Natürlich ist es eine Kungelei!
Das ist sogar eine Mauschelei!)

sind doch weit, weit hergeholt.

(Abg. Drexler SPD: Was haben Sie denn dafür gekriegt?)

Jetzt nehmen Sie doch einmal die Europawahl.

(Abg. Drexler SPD: Was haben Sie denn dafür gekriegt?)

Die Zusammenlegung des Wahltermins der Europa- und der Kommunalwahl

(Abg. Drexler SPD: Also das haben Sie dafür gekriegt?)

war doch auch in Ihrem Interesse. Sie lag doch im Interesse der Förderung des europäischen Gedankens. Es sollten möglichst viele Wähler an die Urne gebracht werden.

(Abg. Drexler und Fischer SPD: Das wäre auch ohne dies gegangen! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dagegen kann man sich doch überhaupt nicht auflehnen. Dafür brauchten wir auch kein Gegengeschäft zu machen.

(Abg. Drexler SPD: Haben Sie es nicht gemacht?)

– Nein. Das brauchten wir wirklich nicht.

(Abg. Drexler SPD: Das war nicht das Gegengeschäft?)

– Nein. Wir machen keine Gegengeschäfte, sondern wir machen eine vernünftige Politik in gegenseitiger Abstimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das werden wir nachprüfen, ob Sie das Parlament nicht angelogen haben! – Abg. Seimetz CDU: Warum ist der Drexler denn so aufgeregt? – Abg. Birzele SPD: Herr Kurz, fällt Ihnen auf, dass der Kollege Stratthaus gerade ungläubig gelacht hat?)

Es wird auch ständig die Änderung der Gemeindeordnung angeführt. Bitte denken Sie einmal etwas zurück, Herr Drexler. Vor eineinhalb Jahren lag zu diesem Sachverhalt bereits ein Gesetzentwurf auf dem Tisch. Die kommunalen Landesverbände wurden dazu angehört. Es war einstimmige Auffassung, dass wichtige und herausragende kommunale Wahlämter auch für Kandidaten offen sein sollen, die kein Staatsexamen vorweisen, sondern die sich bewährt haben

im Leben, in der freien Wirtschaft und in der Politik. Diesen Anachronismus, der in unserer Gemeindeordnung noch enthalten war, haben wir gemeinsam weggeräumt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Ach so! Das hätte man auch vorher machen können!)

Auch dies war keine Kungelei.

Jetzt liegt ein Gesetzentwurf auf dem Tisch, der gemeinsam abgesprochen und beraten wurde. Die CDU-Fraktion schloss sich der Anregung des Koalitionspartners an. Gegenseitiger Respekt und gegenseitiger Rat festigen die Koalition.

(Lachen bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Ist sie in Gefahr?)

Vor allem kleinere politische Gruppierungen werden vom neuen Gesetz profitieren. Darüber sollten gerade die Grünen nachdenken: Dadurch haben auch kleine Parteien weitere Chancen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wir sind selber stark!)

In diesem Sinne: Die CDU-Fraktion steht hinter diesem Gesetzentwurf. Wir tragen den Gesetzentwurf gemeinsam mit der FDP/DVP.

(Abg. Fischer SPD: In voller Stärke!)

Ich meine, es wird am Schluss eine gute Sache für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nagel.

Abg. Nagel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit Teil 2 der Serie „Nepper, Schlepper, Bauernfänger“.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Herrlich! – Abg. Hauk CDU: Wir haben keine kabarettistische Veranstaltung!)

Ich freue mich aufrichtig, dass ich heute hier wieder vertraute Gesichter von CDU-Innenpolitikern sehe. Einen Teil von Ihnen habe ich bei der Sondersitzung des Innenausschusses vermisst.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Gott sei Dank hat man Sie offensichtlich nur zeitweise ausgesperrt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zu Ihren Bemerkungen, Herr Kurz. Ihr Parteifreund, der ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Herr Rommel,

(Nagel)

hat einmal gesagt: Wenn Sie schon wissentlich Unrichtiges vortragen müssen, dann sollten Sie wenigstens undeutlich sprechen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit –
Zuruf von der CDU: Da hat er Recht!)

Ich habe bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion vorgetragen. Was hat sich nun seit dieser ersten Lesung getan? Die kommunalen Landesverbände haben sich im Rahmen der Anhörung schriftlich geäußert und all das bestätigt, was ich damals bereits für die SPD-Fraktion vorgetragen habe. Der Landkreistag, der Gemeindetag, der Städtetag: Alle lehnen die geplante Veränderung des Kreistagswahlrechts vehement ab.

Der Gemeindetag führt unter anderem aus – ich zitiere aus der Stellungnahme vom 3. Juli 2003 –:

In der Abwägung der Nachteile und Vorteile der mit dem Gesetzesvorschlag verbundenen Abweichung vom geltenden Wahlsystem gibt der Gemeindetag jedoch der Beibehaltung der starken Persönlichkeitselemente im Kommunalwahlrecht den eindeutigen Vorzug

(Abg. Pfister FDP/DVP: Daran ändert sich ja gar nichts!)

und spricht sich deshalb ausdrücklich gegen die vorgesehene Gesetzesänderung aus, nicht zuletzt auch deshalb, weil nicht einzuschätzen ist, ob Wählerinnen und Wähler solche Wahlrechtsänderungen akzeptieren oder diese eher geeignet sind, die Wahlmüdigkeit zu verstärken.

Soweit der Gemeindetag.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Der Städtetag führt unter anderem aus – ich zitiere aus dessen Stellungnahme –:

Die durch den Gesetzentwurf bezweckten Änderungsvorhaben, Wahlbewerbern bei Kreistagswahlen Doppelkandidaturen innerhalb desselben Landkreises sowie – als notwendige Folge – Kandidaturen unabhängig von deren Hauptwohntort in beliebig bestimmbaren Wahlkreisen zu ermöglichen, würden zu einer Schwächung der Persönlichkeitswahlelemente zugunsten von Verhältniswahlmechanismen führen. Weder aus der kommunalen Praxis noch aus dem Gesetzentwurf sind Gründe ersichtlich, welche diese Verschiebung notwendig oder gar vorteilhaft erscheinen lassen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ich zitiere nun noch aus der Stellungnahme des Landkreistags. Dort wird unter anderem ausgeführt:

Die vorgesehene Option der Mehrfachbewerbung widerspricht dem Prinzip der Persönlichkeitswahl. Bisher konnte sich ein Wähler darauf verlassen, dass ein erfolgreicher Bewerber das Mandat annehmen und ausüben muss. Da nur ein Mandat angenommen werden

kann, müssten sich all diejenigen Wähler getäuscht fühlen, die den Bewerber gewählt haben, der in ihrem Wahlkreis zwar gewählt wurde, das Mandat dann aber nicht ausübt.

(Abg. Fischer SPD: Ja! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dessen Stimmen sollen nach den Vorstellungen der FDP den anderen Bewerbern der Liste zugute kommen. Es ist zu befürchten, dass derartige Manipulationen am Wahlrecht die Wahlmüdigkeit verstärken. . . .

Aus den dargestellten Gründen bittet der Landkreistag dringend, von dem Gesetzesvorhaben Abstand zu nehmen.

Blattschuss, meine Damen und Herren von der FDP/DVP und von der CDU.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aber auch wenn man die Presse studiert, kann man Interessantes finden.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Lesen Sie nicht nur die Zeitung vor!)

– Entschuldigen Sie bitte, ich habe noch nicht einmal 10 % der Zitate gebracht, die der Ministerpräsident in einer Rede im Normalfall anführt.

(Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Der hat auch keine Redezeitbegrenzung! – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Eigene Gedanken, nicht nur Zitate!)

Die „Ludwigsburger Kreiszeitung“ schreibt am 28. Juni 2003 unter der Überschrift „Doppelter Weng“ – gemeint ist Ihr Kollege Weng von der FDP/DVP –:

Das doppelte Lottchen ist seit Erich Kästner eine literarische Gestalt. Doch bald gibt es auch den doppelten Weng. Allerdings als kreispolitische Figur. Weil es den 61-jährigen Gerlinger Apotheker unbedingt in den Kreistag zieht, muss das Wahlrecht vom Landtag geändert werden. Nicht dass der Gerlinger von einer Kandidatur ausgeschlossen wäre – nein, aber in seinem Wahlkreis Gerlingen/Ditzingen hatte die FDP noch nie den Hauch einer Chance. . . . Wenn nun die CDU/FDP-Koalition im Landesparlament aber so genannte Doppelkandidaturen zulässt,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

dann darf sich Wolfgang Weng einen ihm passenden Wahlkreis aussuchen . . .

Ein Schelm, der Schlechtes dabei denkt!

(Abg. Scheuermann CDU: Herr Nagel, das können wir auch anders lesen!)

Andreas Müller hat in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 8. Juli 2003 einen denkwürdigen Kommentar unter der Überschrift „Schindluder“ geschrieben. Ich zitiere daraus einige Zeilen:

Ist der FDP eigentlich überhaupt nichts mehr peinlich?

(Nagel)

(Beifall bei der SPD und den Grünen und des Abg. Blenke CDU)

Haben die Liberalen gar kein Gespür mehr dafür, was sich gehört und was nicht? Sind die politischen Sitten im Land bereits derart verlottert, dass die Regierungsparteien mit der Demokratie ungehindert Schindluder treiben dürfen?

Dem braucht man eigentlich nichts hinzuzufügen.

(Zuruf von der SPD: Alles Müller!)

Aber jetzt ein Wort an Sie, Herr Innenminister. Lieber Herr Kollege Dr. Schäuble, bei der ersten Lesung haben Sie sich vornehm zurückgehalten und nichts zu dem Gesetzentwurf gesagt.

(Abg. Capezzuto SPD: Wohlweislich!)

Heute ersparen wir Ihnen das nicht. Uns interessiert sehr, wie die Landesregierung diesen merk- und denkwürdigen Gesetzentwurf zur Änderung des Kreistagswahlrechts begründet. Man könnte ihn übrigens auch in die Kurzform kleiden: WCEG – Wahlchancenerhöhungsgesetz zugunsten der FDP/DVP.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Herr Minister, Sie haben im Innenausschuss kurz und platt erklärt, man müsse von der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfs ausgehen und außerdem müsse man halt dem kleinen Koalitionspartner eine Gefälligkeit erweisen. Da sage ich Ihnen, Herr Dr. Schäuble: Hier kann es sich nicht um Gefälligkeitsgeschäfte handeln. Hier soll ein Gesetz zugunsten der FDP/DVP verbogen werden, und dabei dürfen gerade Sie als Innen- und Verfassungsminister nicht mitspielen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ein letztes Wort nochmals an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Ich will erneut an Sie appellieren: Machen Sie dieses Spiel nicht mit. Ich gebe Ihnen ein Wort von Ringelratz mit auf den Weg, das ich leicht verändert habe. Es lautet:

*Zu so 'nem Antrag hingezerrt
ist schon ein schlimmer Stuss.
Man fühlt sich wie ins Klo gesperrt,
obwohl man gar nicht muss.*

(Große Heiterkeit – Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie sich nicht ins Klo sperren. Stimmen Sie mit uns den Gesetzentwurf nieder!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Zugabe!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Wintruff SPD: Jetzt kommt der Heilige Geist persönlich! – Abg. Scheuermann CDU: Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin zunächst einmal dem Kollegen Nagel dankbar: Zum einen ist Lachen gesund, und damit haben wir durch Ihren Beitrag wieder ein Stück weit mehr Gesundheit erhalten. Zum Zweiten haben es Ihre doch in weiten Strecken polemischen Ausführungen der Mehrheit des Hauses mit Sicherheit erleichtert, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Im Übrigen sind Ihre Argumente falsch und widerlegbar. Normalerweise weisen Sie ja gern darauf hin, dass Verbandsstellungennahmen von uns hier im Parlament durchaus noch einmal kritisch hinterfragt werden müssen.

Ich möchte nur ein einziges der von Ihnen genannten Argumente kurz herausgreifen. Sie haben davon gesprochen und haben hierzu den Gemeindetag zitiert, dass Stimmen praktisch einem anderen Bewerber zugute kommen können. Ich habe noch einmal nachgeschlagen: Sie sind der einzige SPD-Landtagsabgeordnete, der direkt in seinem Wahlkreis gewählt worden ist.

(Abg. Nagel SPD: Das stimmt nicht! – Abg. Capezzuto SPD: Das stimmt ja gar nicht! In dieser Legislaturperiode sind es sieben! Das war früher! Sie dürfen doch nicht von früher reden!)

– Sieben. Und was ist dann mit den anderen?

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Birgit Kipfer SPD: Wir wohnen alle in unserem Wahlkreis!)

Sie jedenfalls, Herr Nagel, sind direkt gewählt worden.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, bitte bewahren Sie mehr Ruhe!

Abg. Theurer FDP/DVP: Das zeigt ja deutlich, dass Sie Sachargumenten gar nicht mehr zugänglich sind.

(Abg. Drexler SPD: Wieso? Wenn Sie eine falsche Zahl nennen! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Ich habe mich ja sofort korrigiert.

Aber ich will auf das eigentliche Argument kommen. Bei der Landtagswahl ist es tatsächlich so, dass in vielen Wahlkreisen die Wählerinnen und Wähler SPD gewählt haben, diese Stimmen aber nicht dem Bewerber des Wahlkreises, sondern denjenigen Kolleginnen und Kollegen zugute gekommen sind, die über die Zweitauszählung diesem Parlament angehören.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie verbiegen aber mächtig! – Abg. Drexler SPD: Das ist völlig falsch!)

Hier sprechen Sie aber nicht von Manipulation. Dies ist beim jetzigen Kreistagswahlrecht genauso der Fall. Wir haben beim Kreistagswahlrecht kein Mehrheitswahlrecht im

(Theurer)

Sinne eines englischen Modells, sondern wir haben eine Kombination aus Persönlichkeitswahlrecht und Verhältniswahlrecht. Das ist schon heute so. Auch heute schon werden aus Stimmbezirken Mitglieder durch die Stimmen, die in anderen Stimmbezirken für die Liste – Wählervereinigung oder Partei – abgegeben worden sind, in den Kreistag gewählt. Deshalb möchte ich ausdrücklich Herrn Kollegen Kurz loben.

(Unruhe – Abg. Schmid SPD: Im Kreistagswahlrecht gibt es keine Zweitauszählung!)

– Es gibt auch keine Zweitauszählung bei der Landtagswahl.

(Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Birgit Kipfer SPD: Es gibt auch keine Liste bei der Landtagswahl!)

– Meine Damen und Herren, mir war bewusst, dass ich mit meiner Rede heute keinen Blumentopf gewinnen kann,

(Abg. Drexler SPD: Das ist richtig!)

wohl aber die Tapferkeitsmedaille,

(Heiterkeit)

und zwar die Tapferkeitsmedaille, wenn es darum geht, Chancenungleichheiten abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Was?)

Ich möchte den Kollegen Kurz loben. Er hat das Ganze nämlich wieder vom Kopf auf die Füße gestellt. Es geht lediglich um die Veränderung des Wohnortprinzips, und es geht darum, dass kleinere Gruppierungen, Wählervereinigungen und Parteien – und dazu gehört ja nun nicht nur die FDP/DVP; die Grünen haben im Land Baden-Württemberg weniger Mitglieder; es gibt auch freie Listen –

(Abg. Drexler SPD: Die sind dagegen, die Freien Wähler! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir haben das nicht nötig!)

Wir möchten unsere Meinung einfach noch einmal vortragen können. Es ist ja oft so: Wenn eine Minderheit etwas vorträgt, argumentiert eine Mehrheit dagegen. Und dass Verbände, deren Vorstände mit Menschen besetzt sind, die vom jetzigen System profitiert haben, möglicherweise zu anderen Ergebnissen kommen, ist nachvollziehbar. Ich möchte Sie einfach bitten, mir für das Argument der Minderheit eine einzige Minute Ihr Ohr zu leihen, ohne mich zu unterbrechen.

(Abg. Drexler SPD: Das hat mit Minderheit nun wirklich nichts zu tun! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Wenn eine bisherige Benachteiligung abgebaut wird und am Start mehr Chancengleichheit gewährt wird, bedeutet das nicht, dass die bisher Bevorzugten nun benachteiligt würden. Denn auch mit der Änderung entscheiden die Wählerinnen und Wähler, wer in Zukunft mit welcher Stärke in den Kreistag gewählt wird.

(Abg. Oettinger CDU: Noch steht die Mehrheit, Herr Theurer, aber nicht mehr lange!)

Lassen Sie mich zum Abschluss den Politikprofessor Hans-Georg Wehling zitieren,

(Abg. Scheuermann CDU: Der hat gerade noch gefehlt!)

der, wie heute in der „Stuttgarter Zeitung“ zu lesen ist, auf die Frage: „Kritiker sagen, dem Wählerwillen würde nicht mehr entsprochen, falls ein Kandidat in zwei Bezirken gewählt würde, aber nur für einen in den Kreistag einzieht?“ gesagt hat:

Das halte ich für nicht so gravierend, dafür rückt dann jemand anderes dieser Partei nach.

(Abg. Drexler SPD: Aber das ist doch – –! – Abg. Drexler SPD schlägt sich mit der flachen Hand gegen die Stirn.)

Auch die Befürchtung, die Kreistage würden zersplittert, weil mehr Parteien in die Gremien einziehen könnten, teile ich nicht. Dadurch würde die Macht der Bürgermeister in den Kreistagen begrenzt,

(Abg. Drexler SPD: Was?)

und der Landrat hätte mehr Möglichkeiten, wechselnde Mehrheiten zu organisieren.

So der Politikfachmann Wehling.

(Beifall des Abg. Rüeck CDU)

Ich stelle abschließend fest: Seit der ersten Lesung und seit der Beratung im Innenausschuss haben sich keine neuen Argumente gegen den Gesetzentwurf ergeben.

(Abg. Drexler SPD: Aber kein einziges dafür!)

Wie bei anderen Gesetzentwürfen, gegen die Sie ja vorhin auch gestimmt haben, gibt es auch bei diesem Gesetzentwurf unterschiedliche Auffassungen. Ich denke, im Plenum und im Fachausschuss wurden die Argumente für und gegen eine Gesetzesänderung

(Abg. Drexler SPD: Es gab keine dafür!)

wohl abgewogen. Die Argumente sind hier vorgetragen worden.

Wir sind Herrn Kurz sehr dankbar,

(Abg. Drexler SPD: Sehr dankbar! – Abg. Hauk CDU: Der CDU-Fraktion, Herr Kollege Theurer!)

dass er das auf die Kleinigkeit, die hier geändert werden kann und muss, zurückgebracht hat – und damit auch der CDU-Fraktion. Wir meinen, dass beim Kreistagswahlrecht ein Stück weit mehr Chancengleichheit eingeführt wird, und wir bitten Sie nochmals, in sich zu gehen, Ihre Widerstände gegen diese vernünftige Änderung aufzugeben

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja eine Unverschämtheit!)

und diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

Ich möchte auf die Innenausschusssitzung Bezug nehmen. Kollege Nagel hat das auch getan, indem er Minister Schäuble zitiert hat. Auch ich will das gern tun und stelle das an den Anfang meiner Rede, weil dann der Innenminister bzw. die Justizministerin noch die Gelegenheit hat, dazu Stellung zu nehmen.

Der Minister hat im Innenausschuss erklärt, wichtig sei, dass die Verfassungsmäßigkeit durch das Justizministerium geprüft worden sei. Jetzt kommt es: Er unterstelle die Richtigkeit dieser Prüfung. Aus dieser Aussage schließe ich, dass er es nicht weiß. Wenn er es doch weiß, bitte ich ihn, dass er dies dem Plenum heute kundtut. Noch besser fände ich es aber – ich will darüber nicht abstimmen lassen –, wenn die Justizministerin, die offensichtlich die Prüfung durchgeführt hat, hier persönlich kundtun würde, was sie von der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfs hält.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat sie doch mitgeteilt! – Abg. Nagel SPD: Wo ist das schriftliche Gutachten?)

– Ich habe kein Gutachten, Kollege Pfister. Auch dem Innenausschuss und sonstigen Gremien wurde keines vorgelegt.

Aber zur Sache selbst. Wir haben im Prinzip zwei zentrale Kritikpunkte an der Vorgehensweise bzw. am Gesetzentwurf.

Zunächst einmal zum Verfahren. Es handelt sich um ein so genanntes Kompensationsgeschäft. Das ist offensichtlich, weil wir vor wenigen Wochen in diesem Plenarsaal über die „Lex Föll“ diskutiert haben und man nur eins und eins zusammenzählen muss, um zu erkennen, dass der Gesetzentwurf jetzt die Kompensation für die Zustimmung der FDP/DVP zur „Lex Föll“ sein soll.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Oelmayer-Algebra!)

Ein zweiter Punkt: So, wie es im Baurecht einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gibt, haben wir hier offensichtlich eine vorhabenbezogene Gesetzgebung.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist eine Mutmaßung!)

Das Gesetz soll nämlich ausschließlich den Interessen der FDP/DVP dienen. Der Minister hat das in der Sitzung des Innenausschusses selbst eingeräumt. Das wird auch ganz klar, weil niemand in diesem Hause und darüber hinaus – das möchte ich doch einmal der Reihe nach aufzählen – den Gesetzentwurf trägt mit Ausnahme einer etwas zögerlichen und eher sehr zurückhaltenden CDU, die sich im Innenausschuss durch die Rotation von Mitgliedern hervorgetan hat, und der FDP/DVP.

(Abg. Hauk CDU: Ein altbewährtes grünes Prinzip! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Beweglichkeit!)

Schauen wir es uns an: Alle drei kommunalen Landesverbände lehnen den Gesetzentwurf und die mit ihm intendierte Änderung ab. Des Weiteren lehnen die Fraktionen von SPD und Grünen dieses Hauses die Gesetzesänderung ab, des Weiteren auch die CDU.

Ich darf einmal ein Zitat aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 26. Juni 2003 bringen. Es betrifft die CDU-Fraktion, und ich bitte Herrn Kollegen Hauk, aufmerksam zuzuhören. Der Kollege Herrmann, immerhin der Vorsitzende unseres Rechtsausschusses, wird wie folgt zitiert: „Wir machen das mit geballter Faust in der Tasche“.

(Abg. Dr. Birk CDU: Jawohl, aber wir machen es!)

Herr Kollege Herrmann und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich kann Sie nur auffordern: Nehmen Sie die Faust aus der Tasche, hauen Sie auf den Tisch, und lehnen Sie den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Reichardt CDU: Den Ball flach halten!)

– Keine Plattheiten, Herr Kollege.

(Abg. Reichardt CDU: Den Ball flach halten!)

– Den Ball flach halten kommt in etwa auf das Gleiche heraus.

Ein weiterer Punkt, der unseres Erachtens nur eine Ablehnung des Gesetzentwurfs zur Folge haben kann, ist das, was mit ihm intendiert ist. Ich würde ja die Auffassung der FDP/DVP noch nachvollziehen können, wenn sie von dem Gesetzentwurf in dem Maße profitieren würde, wie sie sich das vielleicht vorstellt. Aber sehen Sie sich die Änderung einmal an! Es geht um die – das ist das Wenige, was der Kollege Kurz richtig gesagt hat – Aufhebung der Wohnsitzbindung. Man hebt doch die Wohnsitzbindung auf, damit bekannte Persönlichkeiten innerhalb eines Landkreises auch in anderen Wahlkreisen kandidieren können. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: DVP!)

– und DVP; Kollege Theurer, sehen Sie es mir nach –,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das war ich nicht!)

es ist an den Fingern einer Hand abzuzählen, dass die berühmten Persönlichkeiten, die Sie schon bisher nicht zu einer Kandidatur motivieren können, sich offensichtlich nicht in Ihren, sondern in anderen Reihen befinden, zum Beispiel in den Reihen der Freien Wähler, der CDU und der SPD. Das heißt, Sie erreichen mit dem Gesetz nicht einmal das Ziel, das Sie aus Ihrer Sicht verfolgen.

Deswegen stellt das Ganze, was Sie hier vollziehen, ja eigentlich eine Perversion dar. Sie verbiegen das Landtags- und das Kreistagswahlrecht zu Ihren Gunsten. Das kann unsere Zustimmung nicht finden.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Kollege Oelmayer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rück?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Bitte.

Abg. Rüeck CDU: Herr Kollege Oelmayer, ist Ihnen bewusst, dass auch das Landtagswahlrecht die Kandidatur außerhalb des Wahlkreises, in dem sich der Wohnsitz befindet, zulässt

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Das hat man nach dem Krieg gemacht! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber nicht in zwei Wahlkreisen!)

und dass, soweit mir bekannt ist, die einzige Partei, die das bei der letzten Landtagswahl genutzt hat, die Grünen waren?

(Zurufe von der SPD)

Halten Sie deswegen das Landtagswahlrecht für eine Perversion, wie Sie es gerade in Bezug auf das Kreistagswahlrecht gesagt haben?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die FDP und die Republikaner waren es!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Kollege, darauf kann ich Ihnen nur antworten: Selbstverständlich kenne ich das Landtagswahlrecht. Selbstverständlich gibt es wenige Ausnahmen, in denen von der angesprochenen Regelung Gebrauch gemacht wurde. Ich will gar nicht ausschließen, dass auch von unserer Partei davon Gebrauch gemacht wurde.

(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU: Salomon!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht doch ein Unterschied zwischen dem Landtagswahlrecht und dem Kreistagswahlrecht. Deshalb sagen wir: Die Wohnsitzbindung beim Kreistagswahlrecht trägt die Keimzelle der Demokratie in sich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Nein! – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir wollen, dass die Menschen dort in den Kreistag gewählt werden, wo sie wohnen und wo sie auch akzeptiert werden. Das ist ein ganz einfacher Grund, lieber Kollege.

(Zurufe der Abg. Pfister FDP/DVP und Dr. Reinhardt CDU)

– Kollege Pfister, Sie können ja nachher durch Ihr Abstimmungsverhalten dokumentieren, dass Sie sich doch noch eines Besseren besonnen haben.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Ein letzter Punkt, den ich anführen möchte: Es geht ja auch immer um das Angehen gegen Wahlmüdigkeit. Es geht um die verstärkte Partizipation von Menschen an unserer demokratischen Struktur und Gesellschaft. Dazu zählt in erster Linie auch, dass wir transparente Regeln schaffen, dass wir ein Wahlrecht schaffen, das die Menschen verstehen, und dass die Stimmabgabe zu dem Ergebnis führt, für das die Menschen ihre Stimme abgegeben haben.

Das, was Sie mit dieser Wahlrechtsänderung machen, ist tatsächlich – ich kann es gar nicht anders formulieren, als es der Landkreistag getan hat – in gewisser Form der Versuch einer Manipulation der Stimmabgabe.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist eine Beleidigung der Wähler! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Auch deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lehnen wir diese Gesetzesänderung ab.

(Abg. Zimmermann CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Kollege Zimmermann, Ihre Zwischenfrage können wir nachher noch bilateral klären. Ich glaube, meine Redezeit geht zu Ende.

Ich kann Sie zum Schluss nur auffordern, dass Sie auch diesen Gestaltungsmissbrauch –

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Sehr geehrter Herr Oelmayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Zimmermann? Er hätte seine Frage gern jetzt gestellt.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Also gut.

Abg. Zimmermann CDU: Herr Abg. Oelmayer, stimmen Sie mir wenigstens darin zu, dass im Sinne der Ausführungen, die Sie jetzt selbst gemacht haben, heute eine zunehmende Fluktuation bei der Wohnsitznahme innerhalb eines Landkreises stattfindet und dass der Bürger dann nicht versteht, weshalb eine bekannte Person – zum Beispiel ein Schulleiter, der 20, 30 Jahre den Wohnsitz A hat, aber jetzt am Wohnsitz B ist – nicht am Wohnsitz A kandidieren kann?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das steht aber in dem Gesetzentwurf gar nicht drin!)

Würde wenigstens das auf Ihre Zustimmung stoßen, würden Sie wenigstens der alternativen Wahl zustimmen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Soll er es noch einmal wiederholen, oder haben Sie es verstanden?)

Das versteht doch der Bürger auch nicht.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Kollege Zimmermann, ich glaube, Sie haben das Problem nicht begriffen.

Abg. Zimmermann CDU: Die Frage ist die alternative Wahl innerhalb des Landkreises. Würden Sie wenigstens dem zustimmen?

(Abg. Drexler SPD: Was für eine alternative Wahl denn?)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich weiß nicht, worum es Ihnen jetzt geht. Denn die Frage hat ja nur peripher mit der Sache zu tun.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

(Oelmayer)

Der FDP/DVP geht es nicht um den Schulmeister. Der FDP/DVP geht es einfach darum – das hofft sie, ich aber muss das bestreiten –, dadurch ihre Wahlchancen zu erhöhen.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich bin der Auffassung: Genau das Gegenteil ist der Fall. Der Kollege Nagel hat letztes Mal schon das Richtige gesagt.

(Abg. Seimetz CDU: Warum schreit der so?)

Wenn Sie der Auffassung sind, dass Sie zu wenig Mandate in den Kreistagen haben, dann müssen Sie einmal selbst in den Spiegel schauen. Sie müssen Ihre Politik ändern, aber nicht im Landtag die Gesetze.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin in meiner Eigenschaft als Verfassungsminister angesprochen worden und will dazu auch über das hinaus, was ich im Innenausschuss beiläufig gesagt habe, Folgendes feststellen:

Das Innenministerium als Verfassungsministerium hat natürlich auch die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfs geprüft und kam zu dem Ergebnis, dass er verfassungsmäßig ist. Es hat aber angesichts der heiklen Fragen, um die es hier geht, das Justizministerium noch um eine zusätzliche Stellungnahme gebeten, deren Ergebnis ich im Innenausschuss mitgeteilt habe.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das stimmt ja gar nicht!)

Das heißt, wir dürfen davon ausgehen: Dieses Gesetz wäre bei Beschlussfassung verfassungsmäßig. Wären unsere Experten zu einem anderen Ergebnis gekommen, müssten wir heute diese Debatte nicht führen und würde sich deshalb niemand ins Schwert stürzen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Aber um einfach die Frage zu beantworten – nachdem ich mit Recht als Verfassungsminister angesprochen worden bin –: Diesen Auftrag habe ich mit Hilfe des Justizministeriums, gemeinsam mit den Experten im Innenministerium und im Justizministerium, erfüllt, und wir können davon ausgehen, dass der Gesetzentwurf verfassungsmäßig ist. Das sollte man bei der ganzen Debatte berücksichtigen, dabei dann aber auch die Folgerung ziehen, Herr Kollege Oelmayer, sich in der Wortwahl vielleicht da und dort ein kleines bisschen zurückzuhalten.

Politisch sei mir die Anmerkung noch gestattet: Wie ich denke, habe ich in dieser Sache politisch nie ein Geheimnis aus meiner Auffassung gemacht. Aber ich würde auch dazu raten, aus solch einer Frage keine Schicksalsfrage der Nation oder gar eine Gewissensfrage zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das kann man auch etwas niedriger hängen.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Nagel hat sich zu Wort gemeldet.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich! Er hat ja auch noch Zeit! – Abg. Seimetz CDU: Ist ihm eine neue Geschichte eingefallen? – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Nagel, ich erteile Ihnen das Wort.

(Abg. Reichardt CDU: Er hat noch eine Minute!)

Abg. Nagel SPD: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Ich will nur noch einmal kurz auf die Beiträge meiner Vorredner eingehen.

Herr Kollege Theurer hat aus dem heutigen Artikel von Herrn Wehling zitiert. Er hat dabei natürlich nur drei Zeilen von 248 herausgesucht, die ihm passend erscheinen. Ich nehme eine andere Passage, und zwar heißt es da:

Ich bin nicht dazu da, der FDP Ratschläge zu geben. Aber die FDP muss sich schon fragen lassen, ob sie mit solch einem Verhalten ihr inhaltliches Profil in der Regierung schärfen kann.

Konkret: Angesichts einer negativen Berichterstattung über die Wahlrechtsänderung

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das soll nicht Ihre Sorge sein!)

könnte der langfristige Schaden für die FDP größer als der nun erhoffte Vorteil sein.

Herr Rüeck hat eine Frage gestellt und hat die Landtagswahlen als Vergleich herangezogen. Hier darf ich noch einmal aus der Stellungnahme des Städtetags zitieren. Dort heißt es – ich bin sofort fertig –:

Das Kreistagswahlrecht kennt im Gegensatz zum Landtagswahlrecht keine 5-Prozent-Hürde. Daher können auch Parteien und andere Wahlvorschlagsträger mit Stimmenanteilen, welche deutlich unter 5 % liegen, in den Kreistag einziehen.

Allerletzte Bemerkung zu Herrn Zimmermann: Sie haben die Fluktuation als Grund angeführt, also die Tatsache, dass jemand in eine andere Gemeinde umzieht. Wir können doch aber nichts dafür, dass dann, wenn zum Beispiel ein Lehrer und FDP-Mitglied von einer Gemeinde in eine andere wechselt, die Partei vor Ort ca. 60 % ihrer Mitglieder verliert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit bei der SPD, den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Aber die vorherigen Geschichten waren besser!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Drexler SPD: Doch, Herr Abg. Wieser!)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/2244. Der Innenaus-

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

schuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung der Landkreisordnung

Wer dem Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen?

(Abg. Stickelberger SPD: Ich zweifle die Abstimmung an!)

– Herr Schriftführer Stickelberger hat Zweifel, was die Mehrheit war.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Abgekartetes Spiel! Herr Birzele hat vorhin mit ihm gesprochen! Das ist ein abgekartetes Spiel hier! – Lebhaftige Unruhe)

Meine Damen und Herren, einen Moment! Von hier oben konnte das Abstimmungsergebnis nicht eindeutig erkannt werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich wiederhole deshalb die Abstimmung über Artikel 1. Wer dem Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Göschel SPD hebt versehentlich die Hand. – Zurufe von der CDU: Sehr gut! Jetzt hat sogar der Göschel zugestimmt!)

Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Bei zwei Enthaltungen wurde diesem Artikel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wer dem Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei zwei Enthaltungen ist Artikel 2 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer dem Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Jetzt könntet ihr wenigstens aufhören, zuzustimmen! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sie könnten aufhören, dagegen zu stimmen! – Heiterkeit)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei zwei Enthaltungen ist Artikel 3 mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Juli 2003 das folgende Gesetz beschlossen.“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Lebhaftige Unruhe)

Gegenprobe! –

(Anhaltende Unruhe)

Enthaltungen? – Bei zwei Enthaltungen wurde dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 8:**

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1284

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Meine Damen und Herren, wem darf ich das Wort erteilen? – Ich erteile Herrn Abg. Palmer das Wort.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Während sich der Saal leert, darf ich Sie zu einem Gedankenexperiment auffordern. Stellen Sie sich einfach vor, die Schweizer Eidgenossen hätten im Jahr 1291 keinen Vertrag miteinander geschlossen, es wäre nicht zur Gründung der Schweiz gekommen und die Schweiz wäre heute ein Teil der Bundesrepublik Deutschland. Sagen wir, die Schweiz wäre ein gemeinsames Bundesland mit Baden-Württemberg mit seinem Regierungssitz in Stuttgart.

Nun stellen Sie sich die Frage: Wie würde in dieser Konstellation wohl der Lärm durch den Betrieb des Flughafens Zürich verteilt? Meine Damen und Herren, ich glaube, man kann diese Frage ganz einfach beantworten: Der Lärm, den der Flughafen Zürich durch An- und Abflüge produziert, würde ungefähr so verteilt werden, wie er in der Vergangenheit verteilt wurde. Er würde nämlich dort konzentriert, wo die geringste Anzahl von Menschen betroffen sind. Bedauerlicherweise bedeutet das, dass die Einflugschneise gemäß der heutigen geographischen Grenzziehung über süd-deutschem Gebiet liegen würde.

Wir haben nun über einen Antrag zu beraten, der aufdecken soll, dass die Landesregierung beim Thema Fluglärm immer wieder Doppelstandards anwendet. Bis 1998 hat die

(Boris Palmer)

Landesregierung keine Anstalten unternommen, die Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm zu schützen, im Gegenteil.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche draußen zu führen, hier drin Platz zu nehmen, die Türen zu schließen und dem Redner zu lauschen.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich danke für diesen Hinweis, zumal Lärm über die Tische das Reden nicht vereinfacht.

Fluglärm ist das Thema. Bis 1998 hat diese Landesregierung keine Anstalten unternommen, die Bundesregierung dazu aufzufordern, von der Schweiz eine Reduzierung des Lärms am Hochrhein zu verlangen. Im Gegenteil, sie hat alles brav hingenommen. Ganz offensichtlich macht die Landesregierung ihre Haltung, was den Fluglärm angeht, eher vom Auge als vom Ohr abhängig. Erstaunlicherweise kommt es mehr auf die Farbe der Regierung in Berlin als auf die Lautstärke des Lärms am Hochrhein an. Denn, siehe da, seit die Regierungsfarbe gewechselt hat, ist Ministerpräsident Teufel zu einem der lautesten Verfechter der Ruhe am Hochrhein geworden und hat keine Gelegenheit ausgelassen, die Bundesregierung dafür zu kritisieren, dass sie der Schweiz gegenüber zu nachsichtig sei.

Halten wir fest: In der Zeit, als die CDU selbst an der Macht war, hat sie gegenüber der Schweiz nichts unternommen. Erst als Rot-Grün an der Macht war, konnte man gegenüber der Schweiz gar nicht hart genug sein. Selbst hat die Union nichts erreicht.

Ein zweites Beispiel. Diesmal geht es nicht um die Farbe der Regierung, sondern um den Inhalt der Verträge. Auch hier Doppelstandards! Nehmen wir die Beispiele Flughafen Stuttgart und Flughafen Zürich und halten diese beiden gegeneinander, so stellen wir fest: Am Flughafen Zürich hat der Staatsvertrag, der von dieser Landesregierung immer wieder heftig kritisiert wurde, ein Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr vorgesehen, am Wochenende von 20 Uhr bis 9 Uhr. Dies wurde von der Landesregierung als viel zu lasch kritisiert. Aber die Situation am Flughafen Stuttgart sieht so aus: Nachtflugverbot zwischen 23:30 Uhr und 6 Uhr, das heißt anderthalb Stunden weniger. Mit anderen Worten: Es kann anderthalb Stunden länger über den Köpfen der Bevölkerung gelärmt werden. Das ist ein ganz eindeutiger Doppelstandard.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass auch das Gegenargument, dass es sozusagen guten und schlechten Lärm gebe, nämlich guten Lärm, den man selber produziert, und schlechten Lärm, den ausländische Flugzeuge produzieren, wirklich nicht geeignet ist, den Doppelstandard aufzuheben, weil nämlich in der einseitigen Verordnung, die jetzt gegenüber der Schweiz erlassen wurde, ein Nachtflugverbot von 21 Uhr bis 7 Uhr festgelegt ist. Man hat also in der Tat diesen Faktor berücksichtigt und hat die Nachtflugbestimmungen noch verschärft. Aber die Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr sollte überall, auch in Stuttgart, den Bewohnern als Nachtruhe gegönnt sein.

(Abg. Moser SPD: Ist der jetzt Theologe oder Politiker?)

– Ich kann mich nicht erinnern, in irgendeiner Weise theologische Bemerkungen von mir gegeben zu haben, Herr Kollege.

(Abg. Moser SPD: Das trieft ja vor Moral! Hast du nicht begriffen, dass wir für die Schweiz der Abfalleimer für den Müll sind? – Gegenruf des Abg.

Scheuermann CDU: Das mag er nicht kapieren!)

– Herr Kollege Moser, Moral ist eine Kategorie, die nicht nur theologisch begründet werden kann, sondern auch ohne Gottes Existenz.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Bevor wir jetzt in Diskussionen über Theologie geraten: Ich bestreite überhaupt nicht, Herr Kollege Moser, dass die Schweiz versucht hat, ihr Lärmproblem nach Deutschland zu exportieren. Meine These ist nur: Die Landesregierung ist gegenüber der Schweiz sehr, sehr hart, aber wenn es um den eigenen Flughafen geht, sind die gleichen Grundsätze völlig wertlos.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Scheuermann CDU: Das ist doch nicht wahr! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Selbstverständlich.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Kollege.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege, darf ich um eine genaue Sprachregelung bitten! Nicht die Schweiz verursacht Lärm, sondern die Betreibergesellschaft des Flughafens und dessen Flugzeuge. Ich möchte das aus nachbarschaftlichen Gründen scharf trennen.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich bin mit dieser Trennung völlig einverstanden, obwohl das keine Frage war, wenn ich das richtig sehe.

Was den dritten Punkt eines Doppelstandards angeht, meine Damen und Herren: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass das, was am Hochrhein gilt, am Oberrhein offensichtlich nicht gilt. Wir hatten heute eine denkwürdige Sitzung des Finanzausschusses. Im Finanzausschuss hat die Landesregierung 6 Millionen € als jährliche Subvention für den Flughafen Söllingen zur Kenntnis gegeben, insgesamt 76 Millionen €, die für den Flughafen Söllingen als Subvention aus dem Landeshaushalt ausgereicht werden sollen. Da gibt es nur zwei denkbare Möglichkeiten.

Die erste Möglichkeit: Diese Investition ist gut angelegt. Dann heißt das: Im Jahr 2015 herrscht dort so viel Verkehr, dass wir das Lärmproblem, das wir gerade am Hochrhein mühsam bekämpfen, am Oberrhein haben.

Und die zweite Möglichkeit: Es gibt dort kein Lärmproblem. Dann war das Geld mehr als rausgeschmissen. Auch das ist ein offenkundiger Doppelstandard, meine Damen und Herren.

(Boris Palmer)

In der Stellungnahme zu unserem Antrag führt die Landesregierung aus, dass sie sich gar nicht genötigt fühle, eine Stellungnahme zur Frage eines bundesweiten Fluglärmsgesetzes abzugeben, weil dieses Fluglärmsgesetz von der Bundesregierung zurückgezogen worden sei. Aufgrund der Diskontinuität ist wieder ein Fluglärmsgesetz in Arbeit. Wir können also von der Landesregierung sehr wohl erwarten, dass sie Auskunft darüber gibt, ob sie bereit wäre, einer bundeseinheitlichen Nachtflugregelung, eines Lärmschutzes von 22 bis 6 Uhr, zuzustimmen. Denn ohne Zustimmung des Bundesrats hätte dieses Gesetz keine Chance.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Landesregierung verhält sich ungefähr so wie ein Bürger, der über seinen Gartenzaun hinüber Vorschriften macht und verlangt, dass auf dem Grundstück seines Nachbarn kein Rasenmäher betrieben werden darf, weil der zu laut sei, aber selbst nicht bereit ist, am eigenen Fahrzeug wenigstens einmal den Auspuff reparieren zu lassen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie haben, was das Thema Lärmschutz angeht, im Verhältnis zur Schweiz nie etwas selbst erreicht, sondern nur kritisiert, was die derzeitige Bundesregierung an Schutz für die Bevölkerung am Hochrhein durchgesetzt hat. Dort, wo Sie selbst zuständig sind, nämlich beim Erlass von Fluglärmschutzvorschriften für Flughäfen hier im Land, bleiben Sie untätig und lassen zu, dass bis Mitternacht Nachtflugverkehr stattfindet. Wir kritisieren das heftig.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Palmer, Sie haben Äpfel mit Birnen verglichen, taten aber so, als würden Sie Äpfel mit Äpfeln vergleichen. Weil dies aber nicht stimmte, war Ihre Konsequenz grotesk, einfach richtig grotesk!

Wir haben folgenden Sachverhalt: Die Schweizer betreiben in Zürich einen Flughafen, und sie unternehmen alles, um die Zwangsnotwendigkeit, aus Norden anzufliegen und nach Norden abzufliegen, zu erhöhen. Aus welchem Grund? Um ihre eigene Bevölkerung vor Fluglärm zu schützen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Weil dort die wenigsten Menschen wohnen!)

Das ist doch ein völlig anderer Tatbestand, als wenn ich mich damit beschäftige, dass ich die eigene Bevölkerung vor dem Fluglärm schützen muss, der durch den Betrieb meines eigenen Flugplatzes verursacht wird. Wir sind doch nicht dafür da, um für den Flughafen Zürich mehr Anflüge und mehr Abflüge in Kauf zu nehmen, als technisch unbedingt notwendig wären.

Jetzt bei diesem Sachverhalt zu sagen: „Das, was dem Hochrhein billig ist, muss ganz Baden-Württemberg“ – Sie haben sogar gesagt: ganz Deutschland – „recht sein“, das ist wirklich eine Vergewaltigung der Logik und sonst gar nichts.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein zweiter Gesichtspunkt: Bundesumweltminister Trittin hat einen Vorschlag zur Verschärfung des Fluglärmsgesetzes aus dem Jahr 1971 ins Kabinett gebracht. Das Kabinett ist dem Vorschlag des Bundesumweltministers Trittin

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nicht gefolgt!)

nicht gefolgt – aus einem ganz einfachen Grund: weil ich nicht alle Flughäfen in Deutschland über einen Kamm scheeren kann. Ich muss mich mit den konkreten Verhältnissen befassen. Wenn ich einen Flughafen auf der grünen Wiese habe, stellt sich doch die Frage des Lärms ganz anders, als wenn ich einen Flughafen habe, an den im Laufe der Zeit die Bebauung ganz eng herangeführt wurde.

(Beifall des Abg. Moser SPD)

Uns jetzt zu fragen, wie wir gegenüber einer Verschärfung des Fluglärmsgesetzes eingestellt seien, nachdem Sie bis jetzt nicht einmal einen Entwurf zustande gebracht haben, lieber Herr Palmer, das ist doch wirklich arg viel verlangt.

Sie müssen sich einmal an die Tatsache gewöhnen: Sie haben mit uns bei der letzten Bundestagswahl um die Stimmenmehrheit gekämpft. Ihre Koalition hat sie bekommen. Folglich gelten die ganz allgemeinen Regeln, dass zunächst das, was politisch geschehen soll, von der Regierung auf den Tisch gelegt wird. Dann haben wir als Opposition in Berlin das gute Recht, uns darüber zu unterhalten, was wir damit machen. Aber umgekehrt ist das auch wieder eine Vergewaltigung einfachster demokratischer Spielregeln.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Opposition in Berlin frage ich nicht!)

Es versteht sich von selbst, dass wir uns als Opposition in Berlin gegen eine Novellierung des Fluglärmsgesetzes überhaupt nicht wehren können, weil es aus dem Jahr 1971 stammt und auch wir die Entwicklung nicht negieren können, die sich in den letzten 30 Jahren in Bezug auf Flugplätze, Flugzeuge und Fluglärm tatsächlich vollzogen hat.

Letzter Gesichtspunkt, letzte Bemerkung: Es bleibt auf absehbare Zeit gar nichts anderes übrig, als die Politik fortzusetzen, die der Flughafen Stuttgart in dieser Hinsicht betreibt, nämlich durch eine unterschiedliche Gestaltung der Start- und Landegeühren diejenigen Flugzeuge zu bevorzugen, die die heutige moderne Technologie besitzen. Wenn Sie einmal die Lärmauswirkungen eines Flugzeugs von vor 20 Jahren mit denen eines modernen Flugzeugs von heute vergleichen, stellen Sie fest, dass hier ein himmelweiter Unterschied besteht. Mit dieser Politik müssen wir fortfahren, mindestens so lange, bis Ihre Bundesregierung eine Novellierung des Fluglärmsgesetzes auf den Tisch gelegt hat.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Hauk CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Fluglärm kann für die betroffenen Menschen eine schwerwiegende Beeinträchtigung bedeuten. Der Konflikt zwischen den wachsenden Ansprüchen der Gesellschaft an den Luftverkehr und dem berechtigten Bedürfnis nach Ruhe, insbesondere in der Nacht, nimmt zu. Diesem Konflikt müssen wir uns stellen. Da im Flugverkehr weitere Zuwachsraten zu erwarten sind, müssen Maßnahmenpakete zur Eindämmung und zur Vermeidung von Fluglärm geschnürt werden.

Fluglärm gibt es aber nicht nur am Hochrhein, sondern an allen baden-württembergischen Flughäfen und Verkehrslandeplätzen. So sehr uns auch der unberechtigte Schweizer Fluglärmexport beschäftigen muss: Lärm mindernde Maßnahmen sind an allen Standorten notwendig.

Nun, Herr Kollege Palmer, kann ich Ihnen eine Kritik unserer Fraktion nicht ersparen.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Wir werden dieser Aufgabe, lärm mindernde Maßnahmen zu ergreifen, nicht gerecht, wenn wir, wie von den Grünen gefordert, die Regelungen für den An- und Abflugverkehr des Flughafens Zürich über deutschem Gebiet zum Maßstab für Nachtflugeinschränkungen an den baden-württembergischen Flughäfen machen. Am Hochrhein findet nämlich Flugverkehr statt, der dort nicht stattfinden müsste. Das ist die besondere Situation. Wenn die Schweiz Flüge aus Süden, Westen oder Osten im Anflug auf den Flughafen Zürich nur deswegen über deutsches Gebiet führt, weil sie die eigene Bevölkerung schonen will, erfordert dies als Antwort strengere Regelungen, als bei unseren Flughäfen geboten sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Caroli, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Abg. Dr. Caroli SPD: Einen kleinen Moment! Lassen Sie mich noch einen Gedanken anfügen, der Herrn Palmer vielleicht schon wieder beruhigt. Ich komme aber auf Ihre Frage zurück.

Wenn allerdings CDU-Politiker am Hochrhein drohend in den Himmel, nach Berlin und über den Rhein in die Schweiz schauen, sich aber ansonsten bei den im Land zunehmenden Fluglärmproblemen taub stellen, ist dies pure Heuchelei.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Jetzt haben Sie die Gelegenheit für eine Zwischenfrage, Herr Kollege Palmer.

(Abg. Birzele SPD: Jetzt hat er nichts mehr zu sagen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort für eine Zwischenfrage erhält Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Caroli, müsste man nicht aus der von Ihnen vorgetragenen Besonderheit des Fluglärmexports und der Anflugrouten folgern, dass zahlenmäßig eine Einschränkung gegenüber der Schweiz durchgesetzt werden muss? Wie kann man aber mit dieser Argumentation eine Einschränkung bezüglich der Zeiten rechtfertigen? Da müssten doch alle gleich sein. Oder ist es so, dass man als Hochrheinbewohner nachts um 22 Uhr weniger empfindlich ist als ein Stuttgarter?

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Kollege Palmer, an jedem Standort in Baden-Württemberg bestehen andere Verhältnisse.

Ihre These ist nicht einmal richtig, wenn ich sie nur auf die baden-württembergischen Standorte beziehe. Sie ist auch dann falsch. Aber hier ist sie besonders falsch, weil es nämlich darum geht, dass Flugzeuge, die dort gar nicht hingehören, über deutschem Gebiet verkehren

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die müssen weg!)

und Lärm für die dort wohnende Bevölkerung bringen. Das ist der Punkt. Das müssen wir verhindern, weil die Schweiz auf diesem Wege nämlich eine Beeinträchtigung der eigenen Bevölkerung umgeht, für die sie selber Sorge tragen muss, damit dies nicht so stattfindet. Insofern kann ich Ihrer These nicht zustimmen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber was ist mit denen, die da hingehören?)

Meine Damen und Herren, was ist denn nun eigentlich zu tun?

Wir brauchen erstens Überlegungen zu differenziert angelegten Lärm minderungsstrategien an den baden-württembergischen Standorten. Dies sage ich insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung des Stuttgarter Flughafens, weil dort durch das großflächige Zusammenwirken von Flug- und Verkehrslärm in dem sehr dicht besiedelten Gebiet eine einmalige Sondersituation besteht.

Ich erspare mir an dieser Stelle Ausführungen zu den Bestandteilen eines umfassenden Fluglärmschutzes. Dieser beinhaltet gesetzliche Vorschriften, eine Verbesserung der Triebwerkstechnologien, gestaffelte Landegebühren, Lärmschutzzonen, Messanlagen und Nachtflugbeschränkungen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir brauchen zweitens ein Luftverkehrskonzept, in das arbeitsteilige Strukturen bezüglich der unterschiedlichen Flugverkehrsangebote von Linien-, Charter- und Frachtflügen sowie der expandierenden Billigflieger eingehen und mit dem eine sinnvolle Aufgabenverteilung für die Standorte im Land gefunden wird.

Drittens brauchen wir gemeinsame Anstrengungen zu einer schnellen Novellierung des Fluglärmgesetzes und Regelungen für den Bau und die Veränderung von Flugplätzen.

Wenn Sie Ihre Initiative allein auf Nachtflugregelungen reduzieren, dann greift dies zu kurz. Deshalb sollte diese Ini-

(Dr. Caroli)

tiative in den Umwelt- und Verkehrsausschuss verwiesen werden, um dort – allerdings mit meinem differenzierteren und deshalb effizienteren Ansatz – diskutiert zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch die FDP/DVP-Fraktion tritt seit Jahren dafür ein, dass die Lärmemissionen im Luftverkehr – vor allem solche zulasten der Anwohner in Flughafennähe – minimiert werden und dass hierzu entsprechende Vorschriften erlassen werden.

Wir nehmen aber sehr wohl wahr, dass auch ohne den Erlass von Vorschriften beträchtliche Anstrengungen vonseiten der Industrie und der Flughäfen unternommen werden und dass diese Erfolg haben. Es gab in den letzten Jahren aufgrund technischer Veränderungen enorme Verbesserungen hinsichtlich der Belastung durch Fluglärm.

Einerseits entstehen durch Flugverkehr natürlich Lärm und eine Belastung der Anwohner, andererseits müssen Sie aber bitte auch die wirtschaftliche Notwendigkeit sehen. Ich erinnere mich sehr gut an ein Gespräch mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern, die sich beklagt haben, dass man abends nicht mehr von London nach Stuttgart kommt, weil zu Zeiten, in denen man in Stuttgart noch ankommen könnte, in London kein Abflug möglich ist, weil der dortige Flughafen überlastet ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da müssen sie halt einmal übernachten, damit andere Leute schlafen können! Meine Güte!)

Solche Aspekte müssen auch bedacht werden. Die Bevölkerung profitiert schließlich auch von den Vorteilen, die aus der Wirtschaftsstärke unserer Region resultieren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ein Manager kann auch in London in einem Hotel übernachten!)

Ich denke, man sollte eigentlich eine Lösung finden, bei der alle, die hier blockieren, künftig nicht mehr von den Vorteilen profitieren.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, die Nachtflugverbote einheitlich zu regeln, ist schon deshalb nicht umsetzbar, weil – schauen Sie sich in Baden-Württemberg um – bei uns fast überall die Notwendigkeit besteht, sich mit den Ausländern abzustimmen, weil die Flughäfen in der Nähe von Staatsgrenzen liegen. Dazu braucht man einen Staatsvertrag, und den schließt nicht das Land ab, sondern der Bund.

Ihr Antrag zielt zu Recht auf deutsche und auf baden-württembergische Flughäfen ab. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass das Zürich gar nicht betrifft.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Selbstverständlich nicht! Das ist auch gar nicht nötig!)

Sie haben hier munter Dinge miteinander vermengt, die überhaupt nicht zusammenpassen. Ich habe mich informiert: Für Zürich gilt eine wesentlich geringere Einschränkung. Dort ist für den Linienverkehr von 0:30 Uhr bis 6 Uhr kein Start möglich, von 0:30 Uhr bis 5:30 Uhr keine Landung. Das ist weit entfernt von dem, was Sie hier für uns vorschreiben wollen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber nicht von dem, was Sie immer von uns fordern!)

Aber eines muss man sagen: Auch wir sind sehr froh, dass kürzlich mit der Schweiz ein Kompromiss, eine Übergangslösung zustande gekommen ist. Das ist schon deshalb notwendig, weil wir, wie der Kollege Winkler schon gesagt hat, das gutnachbarschaftliche Verhältnis zur Schweiz nicht gerade durch dieses Problem zu Schaden kommen lassen sollten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es gibt keinen Kompromiss!)

Daran müssen wir weiter arbeiten. Da ist vor allem die Bundesregierung gefordert, bald eine vernünftige Lösung zustande zu bringen. Jedes Mal, wenn ich in der Schweiz bin, versuche ich dafür zu werben, dass auch die Bürger dort ihre Politiker entsprechend motivieren, eben nicht nur pro loco zu argumentieren.

Eine bundeseinheitliche Regelung für ein Nachtflugverbot ist aber auch deshalb nicht sinnvoll, weil Sie bundeseinheitlich und auch einheitlich für Baden-Württemberg dann ja nur den kleinsten gemeinsamen Nenner vereinbaren könnten. Das heißt, Sie müssten dann auch an Standorten, an denen man das Nachtflugverbot ausdehnen kann, weil späte Starts und Landungen dort so nicht notwendig sind, dieses verkürzen. Ich weiß nicht, wie Sie das gegenüber diesen Standorten und der dortigen Bevölkerung vertreten wollen.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion und die FDP-Bundestagsfraktion unterstützen das Vorhaben des Bundes, mit der geplanten Novellierung des Fluglärmsgesetzes die Menschen im Umland von Flughäfen noch stärker zu entlasten und vor Fluglärm während der Nachtzeit zu schützen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gut! Da nehmen wir Sie beim Wort!)

Das muss zum Beispiel durch bundeseinheitliche Grenzwerte erfolgen. Das ist weit effizienter, als wenn ich Zeiten festlege.

Aber es wurde schon angesprochen, dass der Vorschlag Ihres Bundesumweltministers in der Bundesregierung ja bisher keine Zustimmung findet. Ich muss sagen, die Ziffer 2 Ihres Antrags, den Sie uns hier beschließen lassen wollen, findet bei uns keine Zustimmung. Die Regelung in Baden-Württemberg hat sich bisher weitgehend bewährt. Wir sind dafür, das auch in Zukunft so zu regeln, wie es für die jeweiligen Standorte und für die dort gegebene Situation vernünftig ist, sodass wir unsere Bevölkerung nach besten Kräften schützen, aber auch nicht einfach als Verhinderer auftreten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann es kurz machen.

(Beifall des Abg. Behringer CDU – Abg. Behringer CDU: Sehr gut! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es ist alles gesagt!)

Ich glaube, das Bild mit den Äpfeln und den Birnen, die da miteinander verglichen werden, trifft den Nagel auf den Kopf. Herr Kollege Palmer, wenn Sie so argumentieren, wie Sie das hier getan haben, dann mag das für jemanden, der von den Dingen überhaupt nichts versteht, irgendwie noch nachvollziehbar sein. Aber wer hier in diesem Haus ist und so tut, als könnte man dieses Problem und damit auch die Lösung, die am Hochrhein erforderlich ist, auf andere Regionen übertragen, der macht schon eine recht populistische und im Übrigen sachlich völlig falsche Politik. Die Fragestellungen sind andere, die Lösungen sind andere, und deswegen ist der Gedanke, das, was am Hochrhein zu geschehen hätte, müsste auch im Rest des Landes geschehen, natürlich völlig verfehlt.

Wir haben es mit dem Territorialitätsprinzip zu tun, dass jeder zunächst einmal vor der eigenen Tür kehrt und seine eigenen Lasten trägt. Wir haben es mit einer hochgradigen Ungerechtigkeit zu tun, die genau mit der Landesgrenze oder Bundesgrenze zusammenhängt, von der Sie gesprochen haben. Denn es ist schon bemerkenswert, dass aus allen Himmelsrichtungen ungefähr 95 % des Flugverkehrs über unser Gebiet geleitet werden. Wer da noch glaubt, das sei Zufall, dem ist wirklich nicht zu helfen.

In dieser Frage stimmen wir mit der Bundesregierung überein. Wir stimmen mit ihr auch überein, dass daraus nicht in irgendeiner Weise an anderen Stellen des Landes oder des Bundesgebiets eine Konsequenz zu ziehen wäre. Die Bundesregierung, die sich nun in Verhandlungen mit der Schweiz bemüht, zu einer gerechteren Lastenverteilung zu kommen, denkt nicht daran, dass daraus in irgendeiner Weise Konsequenzen in Frankfurt, Stuttgart, München oder wo auch immer zu ziehen wären. Es gibt nur ganz wenige, die diese Konsequenz ziehen wollen, und die sitzen offensichtlich im Landtag von Baden-Württemberg in Ihrer Fraktion.

Wir haben auch Lösungen ganz anderer Art an anderen Stellen. Wenn Sie beispielsweise an Lärminderungskonzepte denken, an die 100 Millionen DM, die der Flughafen Stuttgart auf den Fildern für Lärmschutzmaßnahmen investiert hat, dann zeigt das: Die Probleme sind andere, und die Lösungen sind andere.

Ich möchte Ihnen vor Augen halten – und will es damit eigentlich auch schon bewenden lassen –: Wer so argumentiert, dass am Hochrhein nur das geschehen dürfe, was an anderen Flughäfen in Baden-Württemberg oder auch sonst in Deutschland zu geschehen hätte, der verhindert den möglichen und den gerechtfertigten Lärmschutz der Bürger am Hochrhein. Sie sollten sich doch einmal überlegen, ob Sie

sich mit einer solchen Argumentation bei den Bürgern am Hochrhein blicken lassen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, bitte sehr.

(Minister Dr. Döring zu Abg. Boris Palmer GRÜNE: Benimm dich!)

Sie haben noch 1 Minute und 30 Sekunden Redezeit.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, nur eine Replik auf den Minister: Nachdem Ihre Landesregierung mindestens 20 Jahre lang keine Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger am Hochrhein, was den Lärmschutz angeht, durchgesetzt hat, halte ich es für einen ziemlich billigen demagogischen Trick, jetzt hier die Fraktion GRÜNE dafür verantwortlich zu machen und ihr vorzuwerfen, dass sie die Schuld dafür tragen könnte, dass es am Hochrhein in Zukunft Lärm über den Häusern gibt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ihre Lösung würde das aber bringen!)

Sie wissen, dass diese Bundesregierung eine Regelung durchgesetzt hat, die viel strenger als all das ist, was Ihre Regierung je zustande gebracht hat. Deswegen denke ich, dass die Bürgerinnen und Bürger am Hochrhein wissen, bei wem sie sich dafür bedanken können und wen sie dafür zur Verantwortung ziehen müssen.

Im Übrigen stimme ich den Ausführungen des Herrn Kollegen Caroli insoweit zu, als das Problem tatsächlich differenziert ist und hier nur ein Aspekt herausgegriffen wurde. Deshalb beantrage ich Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zur weiteren Beratung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Behringer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist Überweisung des Antrags Drucksache 13/1284 an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr beantragt worden. – Sie stimmen der Überweisung zu. Es ist so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Zukunft der Wasserwirtschaft und die Ziele der Landesregierung – Drucksache 13/1314

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haller.

Abg. Haller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag wurde zwar vor geraumer Zeit eingebracht, das Thema hat aber einen aktuellen Bezug. Es geht um das Thema Wasser. Es gibt Länder, in denen es einen Wassernotstand gibt. Wenn wir es uns noch leisten können, mit einem höchstwertigen Lebensmittel Rasen zu sprengen und Wiesenflächen zu bewässern, können wir glücklich sein. Wir sollten diesen Zustand mit Argusaugen bewachen und bewahren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Die Gefahr, die hier droht, geht zum einen von Europa und zum anderen von denjenigen aus, die Liberalisierung als Ideologie und Dogma betreiben. Das ist bei uns, wie ich der Stellungnahme zum Antrag entnehme, weniger das Ministerium für Umwelt und Verkehr als vielmehr die Wirtschaftsministerkonferenz und die FDP/DVP, die immer auf Liberalisierung drängt. Das wollen wir als SPD beim Wasser aber nicht. Wenn ich es richtig lese, will das auch die Landesregierung nicht, und das, was das Ministerium für Umwelt und Verkehr schreibt, begrüßen wir.

Ich erinnere auch an das, was der Ministerpräsident gestern – kurz bevor er von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP „selig applaudiert“ wurde – gesagt hat. Er hat gesagt, dass es in Europa Nischen vor dem Wettbewerb gebe und dazu die Daseinsvorsorge zähle, für welche die Kommunen die Verantwortung tragen würden. Wir stehen dazu, dass das eine originäre kommunale Aufgabe ist, weil einem Bürgermeister sonst nichts mehr bleibt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist eine hinreichende Begründung!)

Es ist keine vorrangig kommunale Aufgabe, Musentempel, Badetempel und Vergnügungsstätten zu bauen, sondern es ist kommunale Aufgabe, Daseinsvorsorge zu betreiben und Infrastruktur bereitzustellen. Deswegen ist uns die Wasserwirtschaft so wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Sauberes Wasser ist von unschätzbarem Wert. Es ist ein grundlegendes Lebensmittel. Als solches muss es auch im Bewusstsein der Bevölkerung verankert bleiben.

Deswegen ist es auch enorm wichtig, die lokalen Wasservorkommen zu nutzen und nicht ausschließlich auf Fernwasserversorgung zu setzen. Denn die Vorstellung, irgendwo gebe es einen Stausee, verletzt das Bewusstsein. Bei uns ist glücklicherweise der Bodensee das Reservoir, auf das wir zurückgreifen können.

(Abg. Hauk CDU: Und die Donau!)

– Und das Donauried, ich weiß, und der Oberrhein. Nur ist es dort etwas schwieriger, weil der Grundwasserspiegel kräftig absinkt.

Es ist vor allem die Fernwasserversorgung, die die Stütze ist. Aber es kann nicht sein – ich sehe es eigentlich auch nirgends –, dass wir darauf als alleiniges Mittel setzen. Wir sehen ja, in welchem Dilemma die Mittelmeerländer sind, die andere klimatische Verhältnisse haben.

Noch etwas: In vielen Ländern der Welt wird zwischen Eau non potable, also Wasser, das ich abkochen muss, und Trinkwasser, das in Flaschen bereitsteht, unterschieden. Diesen Zustand gilt es in dieser Republik auf Teufel komm raus zu verhindern. Das bedeutet für uns aber auch, eine Liberalisierung zu verhindern.

Ich fasse zusammen. Die Stellungnahme, die das Umweltministerium zu unserem Antrag verfasst hat, stellt uns grundsätzlich zufrieden, weil die Verantwortung der Gemeinde für die Wasserversorgung klar ausgesprochen ist und der Liberalisierung der Wasserwirtschaft eine Absage erteilt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Das begrüßen wir. Wir wollen all jenen Einhalt gebieten, die bereit sind, alle Quellen – beste Quellen, ertragreiche Quellen, Quellen von Lourdes bis Fatima und Wigratzbad – der Liberalisierung anheim zu stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Hillebrand.

Abg. Hillebrand CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann es – nicht zuletzt mit Blick auf die vorgerückte Zeit und auf die große Übereinstimmung in diesem Haus – kurz machen. Wir alle in diesem hohen Haus – ich schließe die FDP/DVP ausdrücklich mit ein –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenns stimmt!)

und maßgebliche Kreise darüber hinaus – es stimmt, Herr Palmer –, der Bundestag, die Innenministerkonferenz, die Umweltministerkonferenz und die kommunalen Spitzenverbände auf Bundes- und auf Landesebene, alle sind sich darin einig, dass die Wasserwirtschaft in unserem Land speziell in der Form, wie sie hier in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten von Städten und Gemeinden, von kleinen, mittleren und großen Zweckverbänden hervorragend organisiert ist, Zukunft hat.

Auslöser der heutigen, von der SPD beantragten Diskussion, Herr Kollege Haller, ist die von der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission proklamierte Liberalisierung des Wassermarkts. Dass es bei einem geschätzten riesigen Absatzmarkt im Volumen von rund 80 Milliarden € auf dem Wassermarkt Begehrlichkeiten gibt, liegt auf der Hand. Ich bestreite auch nicht, dass es in Europa wasserwirtschaftlich unterentwickelte Regionen gibt, die von einer Liberalisierung des Wassermarkts profitieren würden.

Wasser ist indessen – da schließe ich mich dem an, Herr Kollege Haller, was Sie gesagt haben – keine Ware, die zur Disposition des Marktes gestellt werden kann. Wasser ist schlechthin das Lebensmittel Nummer 1, das unseren Bürgern von rund 1 300 Wasserversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg überaus preiswert und bestens aufbereitet und kontrolliert zur Verfügung gestellt wird. Dies soll auch in Zukunft so bleiben.

(Hillebrand)

Garant hierfür sind unsere Städte und Gemeinden, unsere kleinen, mittleren und überregionalen Wasserversorgungsunternehmen und die von den Koalitionsfraktionen dieses Hauses getragene Landesregierung.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Oi, oi, oi!)

Dieses hohe Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat seinen politischen Willen 1998 in der Novellierung des Wassergesetzes zum Ausdruck gebracht. § 43 dieses Wassergesetzes sieht den Vorrang der örtlichen Wasserversorgung vor und ergänzend überall da, wo Bedarf ist, die regionale oder eine Fernwasserversorgung. Dazu stehen wir von der CDU nach wie vor.

Wir werden auch in Zukunft alles dafür tun, dass Trinkwasser nicht einem zwangsliberalisierten Wassermarkt zum Fraß vorgeworfen wird.

(Beifall bei der CDU)

Besser gesagt, um im Bild zu bleiben: Wir werden alles dafür tun, dass sich profitorientierte, supranational agierende Großwasserversorger nicht einen kräftigen Schluck aus der Pulle der baden-württembergischen Wasserwirtschaft genehmigen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Göschel SPD)

In diesem Sinn, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Gewachsene, erfolgreiche und preiswerte Strukturen dürfen im Interesse unserer Bürger nicht zerstört werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Jahr 2003 wurde von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr des Süßwassers“ bestimmt, und das mit gutem Grund. Im Einführungsbeitrag von Herrn Haller wurde schon erwähnt, dass es tatsächlich Gegenden auf der Welt gibt, in denen es mit dem Wasser wesentlich mehr Probleme gibt als bei uns. Aber auch uns ist natürlich klar, dass Wasser das wichtigste Lebensmittel überhaupt ist. Denn jeder von uns weiß: Man kann etliche Tage leben, ohne etwas zu essen, aber nur wenige Stunden, ohne etwas zu trinken.

Aber wie ist denn die Lage bei uns? Bei uns ist die Qualität des Wassers top, aber wir sind auch, wie in der FAZ vom 7. Juli dieses Jahres festgestellt wird, bei den Wasserpreisen europaweit Spitze. Eigentlich gehören sowohl die Qualität als auch der Preis zum Verbraucherschutz.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Dass die EU-Kommission aktiv wird, ist deswegen zu verstehen. Allerdings sind wir der festen Überzeugung, dass es so rigide, wie es in der FAZ dargestellt ist, mit Sicherheit nicht kommen kann. Beim Wasser kann es nicht eine

Marktöffnung wie beim Strom geben. Da ist das Lebensmittel als Medium viel zu sensibel. Was wir jedoch brauchen, ist eine stärkere Beteiligung privater Unternehmen – das ist wünschenswert –, auch zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Kommunalbetriebe, wo nun wirklich finanzielle Probleme bestehen,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

und damit letztlich zum Nutzen der Bürger.

Deshalb unterstützt die FDP/DVP Bemühungen, auch im Bereich Wasser kostengünstige Strukturen zu schaffen, eben mit der Möglichkeit, das Know-how privater Unternehmen für die Kommunen zu nutzen, verbesserte Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Die letzte Verantwortung wird immer bei den Kommunen liegen müssen, und der Fortbestand der kommunalen Wasserwirtschaft muss garantiert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt habe ich mich einigermaßen gewundert, dass Sie, Herr Haller, mit Angst vor Liberalisierung offensichtlich wieder einmal Stimmen fangen wollen. Ich habe mich erkundigt, worum es bei der Wirtschaftsministerkonferenz eigentlich ging. Sie haben da ein Riesengespenst an die Wand gemalt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich sage Ihnen, worum es ging. Es ging erstens um eine von der Organisationsform unabhängige steuerliche Gleichbehandlung durch einen einheitlichen ermäßigten Umsatzsteuersatz. Es ging zweitens um eine bundeseinheitliche Regelung von Ausschreibungen, und es ging drittens darum, ein Kennziffernvergleichssystem in der Wasserwirtschaft einzuführen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Alfred Winkler?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich führe meinen Gedanken auf jeden Fall noch zu Ende. – Wo da ein Problem der Gefährdung durch stärkere Liberalisierung liegt, das ist mir nun wirklich nicht erkennbar.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es sollen lediglich Rationalisierungsmöglichkeiten erkannt und Änderungen, wenn sie gewünscht werden, ermöglicht werden.

Jetzt, Herr Winkler.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass bei den WTO-Verhandlungen neben dem Bildungsbereich unter anderem der Vorsorgebereich explizit der Liberalisierung zugesprochen wird, sodass wir auf diesem Gebiet in Zukunft weltweite Konzerne haben und das ein Problem des Welthandels und nicht nur einer Ministerkonferenz der EU ist?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich spreche hier zu Ihrem Antrag, Herr Kollege. Darin ist von einem Antrag bei der Wirtschaftsministerkonferenz die Rede, und dazu habe ich gesprochen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Was die WTO macht, ist, glaube ich, nicht Sache des Landtags von Baden-Württemberg.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Fischer: Doch, irgendwann schon!)

– Ja, deswegen ziehe ich auch noch ein Fazit.

Ich habe Ihnen gerade gesagt, was die Wirtschaftsministerkonferenz wollte. Wenn Sie dazu deutliche Erläuterungen wollen, erkundigen Sie sich vielleicht als Erstes einmal bei einem Herrn Wolfgang Clement, der im Deutschen Bundestag deutlich gefordert hat, dass die Bundesregierung in Abstimmung mit Ländern, Kommunen und Verbänden der Wirtschaft eine Modernisierungsstrategie für eine nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland entwerfen soll. Genau da stehen nun etliche dieser Dinge drin, die Sie gerade befürchtet haben. Aber ich denke, das braucht man hier gar nicht intensiv zu beantworten.

Ich sage Ihnen nur eines: Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und die Steigerung der Effizienz sind notwendig und sinnvoll. Dabei müssen aber bewährte Standards beibehalten werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wenn wir es erreichen, das mit weniger Staat zu organisieren, wäre uns das eine wichtige Sache. Das heißt, wir wollen private Aufgabenerledigung ermöglichen. Aber wir müssen selbstverständlich die Versorgungszuständigkeit, die letzte Entscheidung und auch die regelmäßige Überprüfung und Bestätigung bei den Kommunen und beim Staat belassen, weil das einfach zur Daseinsvorsorge gehört.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Insofern ist für irgendwelche Ängste überhaupt kein Raum.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ausgesprochen erfreulich, dass bei uns im Haus nicht nur Einigkeit über die Bedeutung des Wassers herrscht – das ist selbstverständlich –, sondern dass diese Einigkeit auch die Frage umfasst, ob Wasser ein Gut ist, das der Liberalisierung zugänglich gemacht werden soll. Wir sind uns über alle Fraktionen hinweg – das schicke ich vorweg; das gilt selbstverständlich auch für die Grünen – einig, dass es zu keiner Zwangsliberalisierung des Wassermarkts kommen darf. Ich finde, das ist ganz hervorragend.

Insofern könnte man die Debatte an dieser Stelle auch beenden,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eine gute Idee!)

wenn es nicht so wäre, dass von anderer Seite Gefahr droht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nämlich?)

Insofern ist es, denke ich, bedeutsam, dass wir uns hier sehr deutlich positionieren. Denn es gibt eben von zwei Seiten die Gefahr, dass es doch zu einer Zwangsliberalisierung kommt:

Das sind zum einen die schon erwähnten Verhandlungen der WTO, das GATS-Abkommen. Wenn die dort diskutierten Pläne jemals Realität werden sollten, dann hätte das nicht nur für uns die gerade genannten gravierenden negativen Folgen, sondern die eigentlich Betroffenen wären die Länder der Dritten Welt, deren Märkte und deren Wasserversorgung dann vollständig transnationalen, globalen Konzernen ausgeliefert wären und die in große Abhängigkeit geraten würden. Insofern ist es bedeutsam, dass wir nicht nur an uns selbst denken, sondern auch an die Entwicklungsländer, und dass wir hier eine Gegenmeinung formulieren.

Zum Zweiten droht eine Gefahr von der EU-Kommission. Denn der schon genannte Kommissar Bolkestein hat mehrfach deutlich gemacht, dass er einer Liberalisierung auch im Wassermarkt das Wort redet. Es besteht nur insoweit Anlass zur Hoffnung, als im gerade veröffentlichten Grünbuch der EU-Kommission davon nicht mehr die Rede ist. Allerdings ist dort auch nicht das Gegenteil festgehalten, sodass es sehr wohl sein kann, dass in der weiteren Diskussion – auf ein Grünbuch folgt bekanntlich ein Weißbuch – auch hier noch negative Veränderungen stattfinden.

Deswegen müssen wir sowohl in Richtung WTO als auch in Richtung EU-Kommission deutlich signalisieren, dass dieser Eingriff in die Daseinsvorsorge von uns nicht akzeptiert werden kann.

Außerdem, meine Damen und Herren, gibt es trotz der Einigkeit einige unerfüllte landespolitische Aufgaben, auf die ich an dieser Stelle hinweisen möchte.

Da ist zum einen alles, was die Bodensee-Wasserversorgung betrifft, die im Moment unser Schutz vor Zuständen ist, wie sie derzeit in Italien herrschen. Dort droht eine Dürrekatastrophe, und es werden erhebliche Versorgungsengpässe beobachtet. Diese Bodensee-Wasserversorgung ist aber auch eine Gefahr, nämlich insoweit, als sie uns leichtsinnig machen kann, als kleine Brunnen geschlossen werden, als kein ausreichender Anreiz zur Sparsamkeit besteht. Verschwendung durch Überfluss ist eine Gefahr, der wir uns stellen müssen.

Gefahr besteht auch durch die extreme Abhängigkeit von der Entnahmestelle bei Sipplingen. Eine zentrale Versorgung ist leichter zu gefährden als eine dezentrale Versorgung. Vor zwei Jahren wurde bereits darüber diskutiert, was im Falle eines terroristischen Anschlags zu befürchten ist. Aber was wäre denn gewesen, wenn das Flugzeug vor einem Jahr nicht bei Überlingen auf Land, sondern bei Sipplingen in den See gestürzt wäre? Auch das hätte natürlich unsere Wasserversorgung beeinträchtigen können.

(Boris Palmer)

Wir müssen hier also sehr achtsam sein und dürfen uns nicht in der jetzigen Situation ausruhen, die durch die große Süßwassermenge im Bodensee geprägt ist.

Vor allem aber, meine Damen und Herren, ist uns bei der ganzen Diskussion eines entgangen, nämlich das Cross-Border-Leasing. Wenn es so ist, wie wir gerade einheitlich festgestellt haben, dass die Daseinsvorsorge gerade beim Thema Wasser so bedeutsam ist, dass die Gemeinden hier die Hoheit behalten müssen, dann sollten wir auch – so, wie unsere Fraktion es mit einem Antrag im Landtag begehrt – möglichst schnell der Entwicklung ein Ende bereiten, die dahin geht, dass die Kommunen das Eigentum an ihren Wasserversorgungssystemen und ihren Wasserentsorgungssystemen irgendwie in die USA veräußern und dann zu sehr unsicheren Konditionen nachher wieder zurückleasen. Denn wer ist in der Lage, 1 500 Seiten starke Verträge zu lesen? Ich glaube, hier besteht Regelungsbedarf, dem wir uns stellen müssen.

Schließlich und endlich schlagen wir vor, was die kleinen Brunnen betrifft, deren Erhalt wir für außerordentlich wichtig halten, darüber nachzudenken, ob die außerordentlich komplizierten Regelungen der SchALVO durch ein System von Direktzahlungen ersetzt werden können, in dem die Wasserversorger und die Wasserversorgungsgruppen vertragliche Vereinbarungen mit den Landwirten schließen, die im Gegensatz zur jetzigen SchALVO auch effektiv eine Absenkung der Nitratbelastung erreichen.

(Abg. Kiefl CDU: Wie denn?)

Denn leider haben wir trotz hoher Zahlungen, die im Moment geleistet werden, nach wie vor erhebliche Nitratbelastungen auch im Einzugsbereich der kleinen Brunnen.

Das, meine Damen und Herren, sind unsere Vorschläge und Anregungen. Die große Einigkeit im Haus lässt hoffen, dass wir bei diesem Thema gemeinsam vorankommen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Hillebrand CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

(Abg. Kiefl CDU: Uli, machs kurz!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, ich verstehe die Debatte als eine Strukturdebatte, also nicht als eine wasserpolitische Debatte. Es geht um die Wasserwirtschaft, also um die ordnungspolitischen Fragen. Ich freue mich natürlich über die große Übereinstimmung, die es hier im Hause gibt. Man kann vonseiten unseres Hauses und vonseiten der Landesregierung nahezu alles unterschreiben, was hier in der Debatte gesagt worden ist.

Man sollte aber schon nicht unterschätzen, dass es eine grundlegende Auseinandersetzung in der Europäischen Union – der Herr Ministerpräsident hat ja gestern darauf verwiesen – zwischen dem Wettbewerbsrecht auf der einen Seite und, in unseren Worten ausgedrückt, der Daseinsvorsorge auf der anderen Seite gibt. Aber wir haben in der Bundesrepublik eine klare übereinstimmende Meinung,

dass es Bereiche geben muss, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Daseinsvorsorge eben nicht dem Wettbewerb unterzogen werden können und nicht unterzogen werden sollen. Dazu gehört ausdrücklich das Wasser.

Die Europäische Union hat hierzu eine Reihe von verschiedenen Unterlagen auf den Tisch bekommen und wird sich in den nächsten Monaten mit dieser Grundsatzauseinandersetzung zu befassen haben.

In Deutschland selbst – ob das die kommunalen Spitzenverbände sind oder die IMK oder die UMK, also die Innenministerkonferenz oder die Umweltministerkonferenz; bei der Wirtschaftsministerkonferenz gibt es ein paar differenzierende Töne – gibt es ein klares Votum. Das schließt nicht aus, dass man die wasserwirtschaftlichen Angelegenheiten in ihrer Abwicklung privatwirtschaftlich regelt. Das haben wir bei uns im Wassergesetz schon seit Jahren so vorgesehen. Wenn eine Kommune Gebrauch davon machen will, dann soll sie es tun. Aber die Verantwortung dafür muss in öffentlicher Regie bleiben, und dies im Prinzip aus drei Gründen.

Der erste Grund ist ganz einfach die Frage: Gibt es eigentlich einen Grund dafür, dass wir etwas ändern müssten? Das Ding ist eigentlich verdammt gut. Wenn es keine Notwendigkeit und keinen Notstand gibt und wenn sich das Wasserangebot, die Trinkwasserqualität, die Trinkwassermenge und auch die Abwasserentsorgung in der Relation zwischen Preis und Leistung in Deutschland mit jedem anderen Land in Europa und darüber hinaus messen lassen können, warum sollen wir dann eigentlich etwas daran ändern? Diese Frage darf man ja ganz simpel stellen.

Zweitens: Wir können Wasser nicht ohne weiteres hin- und hertransportieren. Es ist immer ein natürliches Monopol. Das muss man berücksichtigen.

Drittens geht es hier um – wie soll man sagen? – ein mögliches Dilemma zwischen Kurzfristigkeit und Langfristigkeit. Das ganze Kanalsystem ist etwas, bei dem man seine Hausaufgaben unter Umständen im Interesse kurzfristiger Optimierungen verletzen kann. Das heißt, man kann es unterlassen, Kanäle zu sanieren oder in Kläranlagen zu investieren. Deswegen ist eine längerfristige oder eine ganz langfristige Betrachtung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung eine Aufgabe, die eigentlich am ehesten in einer öffentlich-rechtlichen Regie ablaufen kann.

Wir vonseiten des Ministeriums haben die Probleme der Wasserwirtschaft schon vor einigen Jahren gesehen. Das war schon in der Mitte der letzten Legislaturperiode. Wir haben deshalb mit allen Beteiligten eine Arbeitsgruppe gebildet und haben einen Konsens erzielt. Wir haben das auch in einer entsprechenden Broschüre zum Ausdruck gebracht. Das war auch die Basis für die Beantwortung des Antrags der Fraktion der SPD. Das heißt, wir haben hier im Land einen weitgehenden Konsens erreicht.

Ich will aber nicht verschweigen, dass es hinsichtlich der großen Zahl von Wasserversorgungsunternehmen im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten schon Strukturprobleme gibt. Wir haben mehr Wasserversorgungsunternehmen als Gemeinden. Ob das auf Dauer der wahre Jakob ist, das kann man schon bestreiten. Also ich

(Minister Müller)

würde sehr dafür plädieren, zu einer gewissen Konzentration, zu einer Hilfe zwischen den Großen und den Kleinen, zu einem Know-how-Transfer, zu einer Qualitätssicherung, zu einer Kostenreduzierung durch entsprechende Kooperation innerhalb der heutigen Strukturen beizutragen. Dass wir solche Miniunternehmen haben, kann entweder ins Geld gehen, oder es wird irgendwann an der Qualität gespart. Deswegen ist eine solche Kooperation sicherlich der richtige Weg.

(Zuruf von der FDP/DVP: Subsidiär!)

– Subsidiär, so ist es!

Wir haben bei dieser Gelegenheit übrigens ein hübsches Problem identifiziert, von dem ich nicht weiß, wie wir es lösen können. Was würden wir, wenn wir wirklich zu einer echten Privatisierung kämen, mit den Zuschussmitteln machen? Wir geben ja unglaublich viel öffentliche Zuschüsse für die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung. Würden wir diese Zuschüsse künftig privaten Unternehmen geben? Und was ist mit den Zuschüssen, die wir in den letzten Jahren schon gegeben haben? Das sind ja Anlagen, die erst in 20, 30, 40 Jahren abgeschrieben werden. Eigentlich müssten wir unsere Zuschüsse zurückverlangen. Wenn wir die Zuschüsse zurückverlangen würden, würden wahrscheinlich die Gebühren entsprechend steigen.

Auch aus diesem Grund glaube ich: Es spricht alles dafür, bei der bisherigen Struktur zu bleiben, und ich freue mich über den Konsens in diesem Haus in dieser Frage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie sind damit einverstanden, dass der Antrag nach der Aussprache erledigt ist? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Hochwasserschutz in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1316

Das Präsidium hat folgende Redezeiten vorgesehen: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelter Redezeit.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir bleiben beim Thema Wasser. Es macht allerdings einen erheblichen Unterschied, ob wir vom Trinkwasser oder vom Hochwasser sprechen. Dieser Tagesordnungspunkt ist heute einer der letzten,

(Abg. Fischer SPD: Nicht einer der letzten, es ist der letzte!)

und ich hoffe nicht, dass dies ein Indiz für die Priorität dieses Themas in diesem Hause ist.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie, dass ich meine Ausführungen mit einem Zitat einleite:

Für den professionellen Beobachter hält sich die Überraschung über die Fluten und Stürme . . . in Grenzen; dies entspricht genau den Szenarien, die von den Großrechnern der Klimaforscher ausgespuckt werden, wenn man vorher alle verfügbaren Daten eingibt und nach Voraussagen für das künftige Klima fragt.

So Dr. Hermann Ott, Direktor der Abteilung Klimapolitik des weltweit renommierten Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, in einem Kommentar zur Hochwasserkatastrophe an der Elbe. Und er führt weiter aus:

Es wird künftig mehr von diesen extremen Wetterereignissen geben, darauf müssen wir uns einstellen.

Meine Damen und Herren, ich füge hinzu: Dies gilt auch in Baden-Württemberg.

Der Pegel Plittersdorf am Rhein ist nicht sehr weit von meinem Wohnort entfernt, und dort werden die Pegelstände seit 1880 erfasst. Neun der zehn größten Flutwellen sind dort in den letzten 19 Jahren aufgetreten. Das sollte uns zu denken geben.

Die Versicherungen haben diese Tatsache schon seit langem begriffen, meine Damen und Herren. Sie haben sich schon seit zehn Jahren auf kommende extreme Wetterereignisse eingestellt und beschäftigen ganze Abteilungen mit der Beobachtung und Analyse der Klimaentwicklung. Ich habe auch bemerkt, dass die SV-Versicherung die in Druck gegebenen Leitlinien zum Hochwasserschutz mit finanziert oder mit herausgegeben hat.

Hochwasserrisiken und die durch Hochwasser tatsächlich eingetretenen Schäden haben auch in unserem Land deutlich zugenommen. Unser Antrag vom September des vergangenen Jahres nimmt darauf Bezug und fordert daher die Beschleunigung im Vollzug der Hochwasserschutzprogramme und eine verlässliche finanzielle Begleitplanung für einen überschaubaren Zeitraum. Dies halten wir nach wie vor für dringend geboten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gerne noch einmal auf die finanziellen Randbedingungen eingehen, soweit es die Ausgaben des Landes betrifft. Wenn wir zunächst einmal einen Planungszeitraum von zehn Jahren unterstellen, würde das bei den Gewässern I. Ordnung Investitionen in Höhe von etwa 57 Millionen € bedeuten. Wenn wir die Gewässer II. Ordnung mit 20 bis 25 Millionen € hinzunehmen, wären das pro Jahr rund 80 Millionen €. Wenn wir diesen Zeitraum auf 15 Jahre verlängern, Herr Minister, kommen wir immerhin noch auf 60 Millionen € pro Jahr. Wenn wir das mit dem vergleichen, was in den vergangenen Jahren ausgegeben wurde: Das waren bescheidene 14 Millionen € bei den Gewässern I. Ordnung, und wenn man die 20 Millionen € bei den Gewässern II. Ordnung hinzunimmt, sind wir lediglich bei 34 Millionen €.

(Kaufmann)

Insofern ist es durchaus erfreulich, dass die Mittel für Gewässer I. Ordnung im Rahmen des Nachtragshaushalts auf 34 Millionen € verdoppelt wurden. Wir hatten allerdings von unserer Seite gefordert, noch einmal 8 Millionen € zuzulegen. Dann wären wir zuzüglich der Gelder für Gewässer II. Ordnung bei einem Volumen von 54 Millionen €. Dies halten wir eigentlich angesichts der Aufgaben, die bevorstehen, für geboten. Wir haben uns mit dieser Forderung nach 8 Millionen € zusätzlich leider nicht durchsetzen können.

Herr Minister, Sie haben damals gesagt: „Es fehlt uns die Verwaltungskraft, dieses Geld auszugeben.“ Deshalb, meinen wir, ist es notwendig, durch eine kombinierte Investitions- und Finanzplanung Verlässlichkeit und Sicherheit herzustellen, damit wir in diesem Bereich die notwendigen Maßnahmen voranbringen können.

Wir hatten uns in der Tat seit dem vergangenen September mehrfach mit dem Hochwasserschutz beschäftigt – einmal in der Debatte im Plenum zum gemeinsamen Antrag zum Integrierten Rheinprogramm, wo wir Einvernehmen feststellen konnten, sowie bei den Diskussionen zum Nachtragshaushalt. Mittlerweile liegen auch die Leitlinien zum Hochwasserschutz vor.

Dennoch: Das Thema ist aktuell, und wir wollen gerne bei unserem Antrag bleiben, Sie dabei auch bei den Dingen unterstützen, die Sie uns bereits zugesagt haben. Deshalb darf ich für unsere Fraktion beantragen, den Antrag an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zu überweisen.

(Abg. Schebesta CDU: Und tschüss!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag wird spät am Nachmittag behandelt.

(Abg. Walter GRÜNE: Früh am Abend! Das können Sie auch positiv sehen!)

– Spät am Nachmittag behandelt. Er wird aber auch spät thematisch behandelt. Herr Kollege Kaufmann, ich glaube nicht, dass man daraus die Priorität, die dem Hochwasserschutz in diesem Haus gegeben wird, ablesen kann.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das hoffen wir mal alle!)

Wir haben in den letzten Plenarsitzungen und im Ausschuss für Umwelt und Verkehr des Öfteren auch über gemeinsam von allen Fraktionen getragene Anträge, Beschlussfassungen und deren Umsetzung beraten.

(Abg. Göschel SPD: Das ist ja kein Widerspruch!)

Sie haben den vorliegenden Antrag im September letzten Jahres gestellt – zu einer Zeit, zu der die Entscheidung, die Sie jetzt angesprochen haben, im Nachtragshaushalt noch

nicht getroffen war. Ich möchte einmal die Prognose wagen: Wenn Sie in diesen Antrag schon eine Ziffer hineingeschrieben hätten, wären Sie nicht bei einer Erhöhung um 25 Millionen € gelandet, sondern wären mit der Erhöhung um 17 Millionen €, die wir im Nachtragshaushalt erreicht haben, zufrieden gewesen. Ich hätte mir bei der Einmütigkeit, die in diesem Hause zum Hochwasserschutz besteht, auch vorstellen können, dass Sie über Ihren Schatten springen und bei den Nachtragshaushaltsberatungen sagen: „Verdoppelung von Mitteln für Gewässer I. Ordnung in dieser Zeit, alle Achtung! Das tragen wir so mit.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Einmütigkeit in der Sache – das habe ich angesprochen. Deshalb ist auch das, was Sie im ersten Satz Ihres Beschlusstils fordern, schon Bestandteil der Beschlussfassung des Landtags von Baden-Württemberg: die vorgesehenen Rückhaltemaßnahmen im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms beschleunigt voranzutreiben. Das ist bereits Beschluss vom 18. April 2002.

Sie beantragen jetzt eine Finanzierungsplanung. Der Minister für Umwelt und Verkehr Müller hat am 22. Januar 2003 hier im Landtag vorgetragen, was er, wenn er die Erhöhung auf 34 Millionen € erhält, mit diesem Geld anfangen kann: Polder Söllingen/Greffern ist im Bau und wird voraussichtlich bis Anfang 2005 fertig gestellt sein. Die Rheinschanzinsel kann mit diesen 34 Millionen €, die inzwischen in den Haushalt eingestellt sind, so schnell wie möglich realisiert werden. Weitere Planfeststellungsverfahren laufen. Also kann man doch in der Einmütigkeit, die in diesem Hause besteht, mit Fug und Recht sagen: Das, was wir grundlegend beschlossen haben, wird auch umgesetzt.

Wenn Sie darüber hinaus die Kombination von Mitteln für Investitionen und Personalstellen ansprechen: Auch das ist Gegenstand der Umsetzung. Darauf hat Minister Müller bereits in der Plenarsitzung am 22. Januar 2003 hingewiesen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD stammt vom September 2002 und ist wohl vor allem unter dem Eindruck des Sommerhochwassers gestellt worden. Dieses Jahr haben wir eigentlich gerade das entgegengesetzte Problem. Es ist eher zu trocken.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das haben wir auch schon gemerkt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Die Rede auch!)

Inzwischen haben sich auch viele der damals hoch gehenden Wellen deutlich beruhigt.

Allerdings wissen wir auch alle, dass durch die Erwärmung des Erdklimas und die damit verbundenen extremeren Niederschläge mit einer steigenden Häufigkeit von Hochwassern zu rechnen ist. Hochwasserschutz ist deshalb ein An-

(Heiderose Berroth)

liegen aller im Landtag vertretenen Fraktionen; das haben wir ja schon bei verschiedenen Diskussionen und Debatten festgestellt. Auch die Koalition misst dem Hochwasserschutz im Land große Bedeutung zu. Sie hat deshalb im letzten Nachtragshaushalt 14 Millionen € zusätzlich für den Hochwasserschutz eingestellt, obwohl es sonst überall Einsparungen gab.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Herr Kaufmann, ein Vorgehen nach dem Motto „darf es ein bisschen mehr sein?“ hätten wir natürlich überall gerne. Aber solange die Politik in Berlin dazu führt,

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Birzele SPD: Tata, tata, tata! – Abg. Walter GRÜNE: Den Satz sagt sie jedes Mal!)

dass überall die Steuereinnahmen sinken, ist dies leider nicht möglich. Jedes Mal, wenn Sie erneut solche Forderungen stellen, werden Sie von mir auch wieder diese Antwort kriegen.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Ausgerechnet diese Eisverkäufer!)

Die in der Stellungnahme zu dem Antrag aufgezählten vielfältigen Hochwasserschutzprogramme zeigen: Unsere Regierung in Baden-Württemberg macht keine Politik für den Augenblick, sondern Politik mit Weitsicht.

(Beifall der Abg. Pfister FDP/DVP und Rüeck CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Schöner Satz!)

Das Integrierte Rheinprogramm würden wir schon gern beschleunigen. Wir haben dazu ja auch Anhörungen im Umweltausschuss durchgeführt. Dabei ist aber auch deutlich geworden, dass neben dem Hochwasserschutz auch berechnete Interessen vieler Bürger und Verbände zu berücksichtigen sind, die in die andere Richtung gehen. Verfahrensbeschleunigung hieße deshalb in vielen Fällen weniger Bürgerbeteiligung und Demokratie. Sie müssen sich überlegen, ob Sie das wollen.

Hochwasserschutz, meine Damen und Herren, ist nicht nur Ländersache. Es war deshalb richtig, dass der Bund im September 2002, also ebenfalls unter dem Eindruck des Hochwassers vor allem in Ostdeutschland, ein Programm zur Verbesserung des Hochwasserschutzes angekündigt hat. Bedauerlich ist nur, dass bisher überhaupt nichts geschehen ist. Unsere Bundestagsfraktion hat deshalb am 1. Juli dieses Jahres einen Antrag im Bundestag eingebracht,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Seither regnet es nicht mehr! – Heiterkeit bei der SPD)

und zwar mit dem Thema „Hochwasserschutz – Solidarität erhalten, Eigenverantwortung stärken“. Um diese Eigenverantwortung geht es durchaus, und zwar um die Eigenverantwortung auf allen Ebenen. Es geht um Wasserrückhalt in den Niederschlagsgebieten, es geht um die Gewährleistung des Wasserabflusses unterhalb der Niederschlagsgebiete, und es geht um schadensminimierende Landnutzung in Überschwemmungs- und Risikogebieten, also zum Beispiel

um das Freihalten von hochwassergefährdeten Flächen und um aktive Maßnahmen wie die verstärkte Schaffung von Retentionsflächen, auch weit weg von den Flüssen.

(Abg. Birzele SPD: Das ist doch Überregulierung, wenn da der Bund politisch tätig werden soll! Das kann doch das Land machen!)

– Nein. Das muss man ja gar nicht regulieren. Da kann man vieles auch freiwillig machen, wie zum Beispiel beim Bau der neuen Messe, bei dem, wie heute Morgen schon erwähnt wurde, zu einem großen Teil begrünte Dächer vorgesehen sind.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Die sind doch trotzdem versiegelt!)

Mit der neuen Technik, mit der dies inzwischen ausgeführt wird, wird eine enorme Rückhaltefähigkeit für Niederschlagswasser erreicht.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Fazit: Das Land wird sich auch in Zukunft verstärkt um Belange des Hochwasserschutzes kümmern. Technischer Hochwasserschutz hat aber – auch das muss man wissen – seine Grenzen. Hochwasser wird es immer geben; man kann das nicht grundsätzlich verhindern.

Die Menschen, die an Flüssen leben, an denen häufig Hochwasser vorkommen, haben auch gelernt, damit umzugehen. Wir werden dort, wo es technisch möglich ist, dafür sorgen, dass Maßnahmen ergriffen werden. Ansonsten muss man dafür sorgen, dass die Situation dergestalt ist, dass man noch damit umgehen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als wir im letzten Jahr das Hochwasser an der Elbe hatten, überboten sich die Politiker geradezu mit Aussagen dazu, was nun alles getan werden müsse. Einig war man sich darüber, dass die Zahl der so genannten Jahrhunderthochwasser ständig zunimmt. Teilweise treten sie jedes Jahr oder alle zwei Jahre auf.

Deswegen war es auch Konsens, die Flussauen und Feuchtgebiete besser zu schützen. Es war Konsens, gefährdete Gebiete nicht weiter zu überbauen. Es war auch Konsens, dass wir in diesen gefährdeten Gebieten keine intensive landwirtschaftliche Nutzung haben wollen.

Deswegen enthält das neue Bundesnaturschutzgesetz einen guten Grundsatz. Es sagt aus: kein Umbruch von Grünland. Außerdem ist darin ein guter Punkt enthalten, den man im Zusammenhang mit Hochwasser umsetzen kann, nämlich die Schaffung eines Biotopverbunds von mindestens 10 % der Landesfläche. Dazu eignet sich natürlich ganz besonders die Ausweisung von Flussauen.

Deshalb muss die Novelle des Landeswassergesetzes, Herr Minister, all diese Aspekte, die damals Konsens waren, ent-

(Walter)

halten. Wenn man wirklich ernsthaft Politik betreibt, soll man den Konsens ja nicht nur während eines Hochwassers haben, sondern auch in Zeiten, in denen es nicht mehr regnet – wie Frau Kollegin Haußmann festgestellt hat.

In der Presse haben Sie Ende April verkündet, Herr Minister, dass das Bauen in all diesen gefährdeten Gebieten, in Flussaue usw. untersagt werde. Allerdings haben Sie – wie ein Straßenverkäufer – das Kleingedruckte unterschlagen. Ich habe mir Ihre Novelle daraufhin einmal näher angeschaut. Die darin genannten Ausnahmen lassen befürchten, dass es gerade so weitergehen wird wie bisher.

Zunächst einmal muss ich Ihnen die Frage stellen, weshalb es im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht für jedes Überschwemmungsgebiet eine separate Rechtsverordnung gibt. Baden-Württemberg geht hier den Weg der pauschalen Ausweisung – mit Ausnahmen.

Jetzt aber zu den Ausnahmen, die Sie zulassen. Aus meiner Sicht ist das ein richtiger Gummiparagraph. Da heißt es, dass eine Bebauung eben doch zulässig sei, wenn keine anderen zumutbaren Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestünden oder geschaffen werden könnten, wenn kein Verlust an Retentionsflächen erfolgen würde oder wenn ein umfangreicher oder funktionsgleicher Ausgleich durchgeführt würde.

Dies bedeutet, dass in den pauschal festgelegten Überschwemmungsgebieten weiter gebaut werden kann, wenn andernorts am betreffenden Gewässer ein entsprechender Ausgleich geschaffen wird. Mit solchen Vorschriften, Herr Minister, werden bauwillige – teilweise sind es auch bauwütige – Bürgermeister sicherlich nicht abgeschreckt werden. Da muss nachgebessert werden, wenn Ihr Versprechen, das Sie Ende April gegeben haben, tatsächlich in die Tat umgesetzt werden soll.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Minister: Ihr Entwurf gilt bei Umweltschützern bereits als Negativbeispiel dafür, wie man nach diesen Hochwassererfahrungen ein Landeswassergesetz novellieren kann.

Auch haben Sie, Herr Minister, kein Konzept zur Eindämmung des Flächenverbrauchs. Im Gegenteil: Diese Regierung tut alles, um möglichst viel Fläche zu versiegeln. Heute Morgen hatten wir das Beispiel der Messe; bei der letzten Plenardebatte gab es das Beispiel Sasbachwalden. Denken wir nur daran, wie viele Straßen Sie gerne noch bauen wollen und vieles mehr.

Jetzt haben Sie – Frau Kollegin Berroth hat darauf hingewiesen – in den Haushalt mehr Geld für den Hochwasserschutz eingestellt. Das ist prinzipiell zu loben, das ist richtig. Das finden wir auch gut. Aber dann kürzen Sie bei den GVFG-Mitteln, wobei Sie nur beim ÖPNV kürzen, was wiederum nicht gerade klimafreundlich ist, und geben 7 Millionen € davon in den Hochwasserschutz. Sie tun etwas Gutes für die Umwelt – mit Geldern, durch deren Fehlen in anderen Gebieten Sie die Umwelt gleichzeitig wieder belasten. So kann man eine wirklich integrierte Umweltpolitik schlichtweg nicht betreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Unmöglich!)

Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel dafür, was diese Versiegelungen an einem Neckarzufluss, nämlich der Körsch, bewirken. Innerhalb von 20 Jahren gab es einen Zuwachs versiegelter Gebiete in unmittelbarer Nähe von 7 auf 20 %. Die Folge war eine Verfünfachung der Spitzenabflüsse. Nach einem gleich starken Niederschlag hatten wir vor den Versiegelungen einen maximalen Abfluss von 2,2 Kubikmeter pro Sekunde und nach den Versiegelungen von 10,2 Kubikmeter pro Sekunde. An diesem Beispiel sieht man, was es bedeutet, wenn wir ständig weiter versiegeln. Wir haben es heute Morgen schon gehört: mehr als 12 Hektar pro Tag in Baden-Württemberg. Eine Studie der Universität Karlsruhe hat ergeben: Allein durch die Versiegelung steigen die Hochwasserstände am Rhein um 15 bis 20 Zentimeter.

Deswegen, Herr Minister, müssen Sie bei Ihrer Novellierung des Wassergesetzes nachbessern. Sie müssen mehr tun, um den Flächenverbrauch zu reduzieren, und wir müssen beim Klimaschutz weitere Anstrengungen unternehmen. Wir haben vor vier Wochen darüber diskutiert: Der CO₂-Ausstoß in Baden-Württemberg nimmt weiterhin zu. Da kann man sich nicht damit herausreden, dass wir pro Kopf besser dastehen als andere. Das liegt ja auch an der Struktur der Industrie.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Walter, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Walter GRÜNE: Ja, das mache ich gerade.

Deswegen sind wir gefordert, beim Klimaschutz und bei der CO₂-Reduktion endlich ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen, und zwar auch von Landesseite.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Kaufmann.

(Abg. Schebesta CDU: Man muss nicht reden, wenn man aufgerufen wird! – Abg. Kaufmann SPD: Ich möchte nach dem Minister sprechen!)

– Gut. Dann erteile ich das Wort Herrn Minister Müller.

(Abg. Birzele SPD: Er stellt heute einen Rekord nach dem anderen auf!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich unternehme den dritten Versuch, es kurz zu machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich will vorab einfach einmal unterstreichen: Die Aufgabe Hochwasserschutz habe ich mir zu einem persönlichen Ziel gesetzt, und ich versuche, ein Markenzeichen daraus zu machen. Es ist mir ein Anliegen, weil ich glaube, dass die typischen Staatsaufgaben, nämlich langfristiges Denken, das Notwendige tun, Solidarität üben, Bürger schützen – alles klassische Staatsaufgaben –, sich im Hochwasserschutz konzentrieren und wir da schon noch einen Nachholbedarf

(Minister Müller)

haben. Deswegen hätte ich es gerne, wenn man am Ende meiner Amtszeit sagen würde: „Er hat zwar sonst nichts zustande gebracht, aber im Hochwasserschutz war er ganz gut.“ Das mag eine leichte Übertreibung sein.

Deswegen haben wir im Jahr 2002 eine Offensive im Hochwasserschutz gemacht, aufbauend auf vielem, was es im Land schon gegeben hat. Wir sind schon immer gut in der Forschung gewesen, wir sind gut in der Vorhersage, wir sind gut in den Konzepten. Bei dem, was beispielsweise im Gefolge des Elbehochwassers vonseiten der Bundesregierung und von anderen Bundesländern gesagt worden ist, was jetzt konzeptionell geschehen müsste, bin ich mir immer vorgekommen wie beim Wettlauf zwischen Hase und Igel: Das haben wir im Prinzip alles schon oder sind dabei, es zu tun. Da war nichts Neues dabei. Insofern musste man sich über Bemühungen der Bundesregierung gar nicht sonderlich aufregen. Das machen wir alles schon.

Was haben wir im letzten Jahr alles angestoßen? Eine massive Öffentlichkeitsarbeit, eine Verfeinerung der Konzepte. Natürlich hat das Elbehochwasser dabei geholfen. Das kam, so gesehen, geschickt –

(Heiterkeit des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

nicht für die Betroffenen, keine Frage. Aber für diese Offensive, die wir schon im Januar begonnen hatten, war es natürlich ein Rückenwind. Wir betreiben die Planungen im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms mit erhöhter Schlagzahl massiv weiter. Wir haben uns eine Novellierung des Wassergesetzes vorgenommen, und dazu will ich doch etwas sagen.

Herr Kollege Walter, da haben Sie mehreres missverstanden. Erstens: Eine Ausweisung von Überschwemmungsgebieten durch eigene Rechtsverfahren ist genau das, was wir abschaffen wollen. In der Zukunft soll es heißen: Ein Überschwemmungsgebiet ist jenes Gebiet, in dem es 100-jährliches Hochwasser gibt – ex lege, durch das Gesetz, ohne Rechtsverfahren. Damit bekommen wir die entsprechenden Ausweisungen sehr viel schneller zustande.

Zweitens: die Bebauungsverbote. Übrigens, ein Umbruchverbot – dazu hat sich jetzt Herr Trittin unter Widerstand von Frau Künast geäußert – ist bei uns vorgesehen, wenn auch nicht zu 100 %. Aber was jetzt die Bebauungsverbote in Hochwasserschutzgebieten anbelangt, so ist das Neue an der Geschichte – abgesehen davon, dass man immer Ausnahmen haben muss; man kann das im Interesse der Kommunen und auch im Interesse des Verhältnismäßigkeitsprinzips nicht konsequent durchsetzen –, dass wir vorsehen, dass es nur im Einvernehmen mit der Wasserwirtschaft Ausnahmen geben kann. Wissen Sie, was „im Einvernehmen“ heißt? Das ist bekanntlich eine Blockademöglichkeit; die haben wir bisher nicht, und das ist schon eine erhebliche Verschärfung. Also Wassergesetznovelle.

Das Kabinett hat sich mit den Leitlinien für den Hochwasserschutz befasst. Das ist ein Konzept, das wir zusammen mit den kommunalen Landesverbänden gemacht haben. Da sind andere Aspekte, strategische Elemente des Hochwasserschutzes enthalten wie beispielsweise das Element des Katastrophenschutzes, das Element der Raumplanung und anderes.

Wir haben uns vorgenommen und sind jetzt Stück für Stück dabei, die Hochwassergefahrenkarten zu installieren. Das ist ein langjähriger Prozess, der ganz schön viel Geld kostet, aber für die Bürger und Kommunen sehr wichtig ist, damit sie genau wissen, wo das Wasser steht, wenn es an irgendeinem Pegel so oder so hoch steht. Wir installieren die Hochwasserpartnerschaften, und – in der Tat – wir geben Geld aus, und zwar mittlerweile deutlich mehr, als es in der Vergangenheit der Fall war. Wenn Sie es nicht weitersagen: In diesen traurigen Zeiten, in denen überall gespart wird, ist es mir im Laufe meiner Amtszeit in zwei Bereichen gelungen, die Mittel zu verdoppeln. Der eine Bereich war der Landesstraßenbau, und der zweite war der Hochwasserschutz. „Zu Verdoppeln“ heißt in diesen Zeiten schon etwas.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt! – Zurufe der Abg. Walter GRÜNE und Birzele SPD)

– Aber Herr Kollege Birzele, in der Zeit, in der wir schon erhöht haben, haben Sie noch Kürzungsvorschläge gemacht. Das will ich schon einmal sagen.

(Beifall der Abg. Hauk und Seimetz CDU – Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

– Beim Straßenbau.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Nein! Wir nicht!)

– Soll ich es Ihnen bringen?

(Abg. Drexler SPD: Machen wir eine Wette? – Abg. Göschel SPD: Das ist objektiv falsch! – Weitere Zurufe)

– Bei den Grünen ist es heute noch so. Bei Ihnen war das in dieser Legislaturperiode bekanntermaßen nicht mehr der Fall. Aber in der zweiten Hälfte der letzten Legislaturperiode waren Sie noch bei denen, die Kürzungsvorschläge gemacht haben.

(Abg. Hauk CDU zur SPD: Das waren immer nur die Ortsumgehungen, bei denen ihr erhöhen wolltet! – Abg. Drexler SPD: Machen wir eine Wette!)

– Gut.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

– Nein, nein.

(Abg. Drexler SPD: Wer verliert, läuft die Strecke, die nicht gebaut worden ist, allein ab! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Jawohl. Einverstanden! Nehmen Sie einen Saldo der Anträge aus der letzten Legislaturperiode, in denen Sie Kürzungen und Erhöhungen vorgeschlagen haben, und vergleichen Sie das mit dem, was wir gemacht haben! Da liegen wir klar vorn. – Und Sie laufen, Herr Kollege Drexler.

Aber jetzt zurück zum Hochwasserschutz: Es gab eine Verdoppelung der Mittel. Wir haben derzeit jedes Jahr immerhin 80 Millionen € für den Hochwasserschutz zur Verfügung. Das sind die 34 Millionen € für die Gewässer

(Minister Müller)

I. Ordnung und ungefähr 26 Millionen € für die Gewässer II. Ordnung – das gibt zusammen 60 Millionen € –, und dann können Sie ein Drittel hinzurechnen, weil wir ja nicht nur aus der Landeskasse, sondern auch aus der Bundeskasse – beim Integrierten Rheinprogramm – und aus den kommunalen Kassen Geld dazubekommen. Mittlerweile haben wir 80 Millionen € für den Hochwasserschutz zur Verfügung, und das ist eine Menge Geld. Ich kann nur hoffen, dass diese Beträge auch in der Zukunft zur Verfügung stehen.

Damit es jetzt mal konkret wird, will ich Ihnen sagen, was wir allein mit den Zusatzmitteln – das heißt mit den Geldern aus dem Nachtragshaushalt 2003 – in Baden-Württemberg machen, allein mit den 17 Millionen €, die wir in diesem Jahr zusätzlich haben und die wir, nehme ich mal an, auch im nächsten Jahr und in den Folgejahren haben. Ich zähle Ihnen die Projekte nachfolgend einmal auf, denn Hochwasserschutzmaßnahmen sind Projekte, die in der Regel im Verschwiegenen stattfinden – man sieht sie nicht, sie geschehen an Ortsrändern, sie geschehen im Tiefbau, anschließend wird das Ganze in das Gelände eingepasst, und man merkt eigentlich gar nicht mehr, dass da viel Geld verbaut worden ist –:

Sanierung Nagoldtalsperre, zweiter Bauabschnitt, Damm und Mauer M 19 in Calmbach, Ausbau Hardtbachpolder, Sanierung Hochwasserrückhaltebecken Heiligkreuz, Dammverstärkung Rheinhochwasserdamm XXX, Fertigstellung im Herbst, Erhöhung des Rheinhochwasserdamms XXXIV, Baubeginn im Herbst, Kriegbachpolder, Verlegung Gießgraben. So viel zum nördlichen Oberrhein.

Am Neckar die Maßnahmen in Wertheim und die Maßnahmen in Freudenberg. Die werden in diesem Jahr noch nicht kassenwirksam, aber sie sind im Blick auf die Zusatzmittel in diesem Jahr positiv entschieden worden. Da geht es jeweils um beträchtliche Summen.

Im Bereich Donau/Bodensee die zwei Schlüsselmaßnahmen im Rahmen des Integrierten Donauprogramms, nämlich auf der einen Seite Wolterdingen und auf der anderen Seite das Industriegebiet Donautal in Ulm – beide Maßnahmen werden in diesem Jahr begonnen –, Hochwasserschutz im Raum Ravensburg, in Öpfingen, in Erbach, die Illersanierung, Grundsatzplanung, die Illersanierung Aufweitung zwischen Kilometer 17 und Kilometer 9, Hochwasserschutz in Tübingen in Planung und ebenso in Tuttlingen.

Am südlichen Oberrhein bzw. Hochrhein die IRP-Planung für den Polder Bellenkopf und Rappenwörth, die Sanierung der Regelungsbauwerke Erlach und Riegel, Pumpbauwerk Kaiserwald, Hochwasserrückhaltebecken in Holchen, in Hürben, in Mührig, Sanierung der Flussdeiche Acher/Rench, Elz/Dreisam und Sanierungen am Rhein.

Was machen wir? Überall handeln wir, überall geht es voran, und überall verbessert sich der Hochwasserschutz.

Ich kann Ihnen auch sagen, dass wir uns größere Maßnahmen vornehmen, beispielsweise den Polder Rheinschanzinsel, mit dem wir wahrscheinlich im ersten Quartal 2004 beginnen können.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Welcher Polder?)

– Rheinschanzinsel. – Wenn der Polder Söllingen/Greffern am Ende des Jahres 2004 fertig gestellt wird, haben wir am Rhein immerhin schon einen Schutz vor einem 120-jährlichen Hochwasser; das ist bereits über dem Landesdurchschnitt.

Man kann also sagen: Mit dem Geld geschieht etwas Sinnvolles. Ich wollte die Liste ganz bewusst einmal herunterbeten, um zu verdeutlichen, dass die Summen nicht etwa irgendwohin fließen und kein Mensch etwas davon merkt. Es handelt sich um eine reale Verbesserung.

Ich bin dankbar für den Konsens in diesen Fragen in diesem Hause. Falls es bei den nächsten Haushaltsberatungen einen Kampf um die Mittel hierfür gibt, helfen Sie mir bitte! Das wird nicht ganz einfach sein. Aber ich bin der Auffassung, dass wir uns mit dem Hochwasserschutz im Land Baden-Württemberg mittlerweile blicken lassen können. Wir brauchen hier im Interesse der Bürger und im Interesse der sich in der Tat verschärfenden Probleme, die wir lösen müssen, Solidarität und ein Zusammenstehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Kaufmann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ach nein! Herr Professor!)

Abg. Kaufmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mir eine Replik auf die Kollegin Berroth nicht verkneifen, weil die gebetsmühlenhaften Wiederholungen mit Schuldzuweisungen an den Bund nicht mehr zu akzeptieren sind.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Bund ist allen seinen Verpflichtungen dort, wo er für Gewässer I. Ordnung mit zuständig ist und wo er an der Finanzierung beteiligt ist, nachgekommen. An den Mitteln des Bundes hat es nicht gelegen, dass wir mit den Hochwasserschutzmaßnahmen im Verzug sind. Das muss man an dieser Stelle deutlich sagen. Er ist allen seinen Verpflichtungen nachgekommen.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Kaufmann SPD: Ja, gern.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Frau Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Kaufmann, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nicht von den Verpflichtungen des Bundes gesprochen habe, sondern von den Steuermitteln, die dem Land zur Verfügung stehen und die geringer sind, weil die Bundespolitik die Berechnungsgröße hierfür verringert?

(Oh-Rufe von der SPD)

Abg. Kaufmann SPD: Frau Berroth, wir sprechen seit 1988 über Hochwasserschutz. Das Integrierte Rheinprogramm ist schon 20 Jahre in der Diskussion. Der Hochwasserschutz hat nicht erst in den letzten Jahren begonnen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie wollten mehr Geld für dieses Jahr!)

Und da frage ich Sie, wer für die Finanzgestaltung in diesem Lande zuständig war.

(Beifall bei der SPD)

Ihren Vorwurf kann ich gerne zurückgeben.

Ich erinnere Sie auch an das Fünf-Punkte-Programm der Bundesregierung zum Hochwasserschutz vom vergangenen Jahr unter dem Motto „Vorbeugen statt Nachsorgen“. Es enthält Elemente, die meines Erachtens auch für Baden-Württemberg beispielhaft sein können.

Herr Schebesta, dass wir die Mittel im Nachtragshaushalt erhöht haben, war dringend erforderlich. Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn Sie die 570 Millionen € mit jeweils nur 17 Millionen € im Jahr zu finanzieren hätten, brauchten Sie über 30 Jahre, um alles abzuarbeiten. Insofern war es dringend notwendig, diese Mittel zu erhöhen. Wir hätten gern noch etwas zugelegt, um den Planungszeitraum und den Investitionszeitraum damit zu verkürzen.

(Abg. Schebesta CDU: Bei einer Verdoppelung!)

Meine Damen und Herren, welche Fragen bleiben offen? Meines Erachtens bleiben drei wichtige Fragen offen, auf die die Antworten ausstehen.

Erstens: Wie gehen wir mit der Veränderung des Klimas um? Wie reagieren wir darauf? Hochwasserschutz ist eine vernetzte Angelegenheit und beschränkt sich nicht auf bautechnische Maßnahmen. Da ist die Landesregierung ebenfalls gefordert. Ich nenne die Themen „Energieverbrauch“ und „Einsatz regenerativer Energien“. Das sind Fragen, die hier dazugehören und die von uns beantwortet und mehr beachtet werden sollten.

(Abg. Hauk CDU: Wärmedämmung, Altbausanierung!)

Zweitens: Wie gehen wir mit der zunehmenden Versiegelung der Flächen um? Ich denke daran, wie stark Sie sich im Kampf gegen Windkraftanlagen mit einer Änderung des Landesplanungsgesetzes eingesetzt haben, und meine, der Hochwasserschutz hat dieselbe Priorität. Dort könnten die Möglichkeiten und die Instrumente, die Ihnen zur Verfü-

gung stehen, entsprechend genutzt werden, und das sollten Sie auch tun, meine Damen und Herren.

Drittens: Es gibt Naturereignisse, die nicht abwendbar sind; das ist klar. Wir können den Menschen keine absolute Sicherheit garantieren. Wie gehen wir also mit den Ereignissen um, die nicht beherrschbar sind? Da haben Sie die entsprechenden Katastrophenpläne und -szenarien vorgelegt. In Rastatt haben wir dazu eine Pilotstudie. Ich meine, es darf aber nicht acht Jahre dauern, wie Sie angekündigt haben, bis wir all die Möglichkeiten, die wir dort haben, in die notwendigen Maßnahmen umgesetzt haben. Auch hier ist eine Beschleunigung erforderlich.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die antragstellende Fraktion hat vorgeschlagen, den Antrag an den zuständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu. Es ist so beschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/2217, 13/2218, 13/2219, 13/2220

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/2222

Auch hier stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die heutige Plenarsitzung war gleichzeitig die letzte vor den Parlamentsferien. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 1. Oktober 2003, um 10:00 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen schöne und erholsame Ferien.

Ich bedanke mich bei Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:21 Uhr